

Henning Bartels

Die Piratenpartei

Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung



Reihe Netzbürger

Henning Bartels

Die Piratenpartei

Entstehung, Forderungen und Perspektiven
der Bewegung

Contumax-Verlag

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenzvertrag lizenziert. Um die Lizenz anzusehen, gehen Sie bitte zu <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/> oder schicken Sie einen Brief an Creative Commons, 171 Second Street, Suite 300, San Francisco, California 94105, USA.

Contumax-Verlag
Tempelhofer Damm 2
12101 Berlin

Gestaltung und Satz: Contumax GmbH & Co. KG
Druck und Bindung: Books on Demand GmbH, Norderstedt

1. Auflage, September 2009

ISBN 978-3-86199-001-7

Reihe Netzbürger

Band 1 Henning Bartels: Die Piratenpartei – Entstehung, Forderungen und Perspektiven
Band 2 Klaus Graf: Urheberrechtsfibel – nicht nur für Piraten
Band 3 Richard F. Simonson: Dünnes Eis

Inhalt

Vorwort	7
1 Filesharing und die schwedischen Piraten	8
1.1 Die Netzpiraten	8
1.2 Vom Trauma, Urheberverwertungsrechte in einer digitalisierten Welt zu besitzen	15
1.3 Antipiratbyrån und die Verschärfung des schwedischen Urheberrechts.....	26
1.4 Gründung der Piratpartiet und Razzia bei The Pirate Bay	30
1.5 Der Pirate Bay Prozess	40
1.6 Die EU-Wahl 2009 in Schweden	51
2 Zensursula und die deutschen PIRATEN	57
2.1 Warum die Filesharing-Debatte nicht zum Gründungsmythos der deutschen PIRATEN taugte	57
2.2 Die Netzsperrren-Debatte.....	62
2.3 Die Freiheit des Internets	92
2.4 Causa Tauss	105
2.5 Die Entwicklung der Partei bis zur Bundestagswahl 2009.....	117
3 Die Forderungen der Piratenpartei	131
3.1 Kleine Urheberrechtsdiskussion	131
3.1.1 Gesetzesanpassungen	135
3.1.2 Fazit der Anpassungen	139
3.1.3 Was will die Musikindustrie?	141
3.1.4 Was sagen die Kreativen?	146
3.2 Reform des Urheberrechts.....	152
3.2.1 Was will die Piratenpartei konkret ändern?.....	153
3.2.2 Alternative Vergütungsmodelle	163
3.2.3 Die Kulturflatrate	166
3.2.4 Sonderfall Software	171
3.3 Weitere politische Forderungen.....	175
3.3.1 Reform des Patentrechts	175

3.3.2 Open Access	177
3.3.3 Freier Zugang zu ... anderen Themen.....	180
3.3.4 Die Bürgerrechte.....	183
4 PIRATEN vs. die Etablierten	191
4.1 CDU	191
4.2 Die Linke.....	194
4.3 SPD.....	199
4.4 Die Grünen/Bündnis 90.....	207
4.5 FDP	214
5 Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren	221
5.1 Ein-Themen-Partei	221
5.2 Nicht links, nichts rechts, sondern... vorne?.....	236
5.2.1 Backbord oder Steuerbord	239
5.2.2 Bloß nicht über die Freiheit stolpern	245
5.3 Liquide Basisdemokraten.....	260
5.4 Euphorie und Perspektiven	272

Vorwort

Wenn Sie dieses Buch in seiner traditionellen Form in der Hand halten, dann sind Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Mitglied der Zielgruppe, für die dieses Buch geschrieben wurde. Sie sind ein *Digital Immigrant*, jemand, der nicht in die digitale Welt hineingeboren wurde. Diejenigen, die Computer und Internet quasi schon mit der Muttermilch aufgesogen haben, die *Digital Natives*, verspotten Sie als Mitglied der *Generation Kugelschreiber*, als *Offliner* oder *Internetausdrucker*. Aber genau für Sie ist diese Zusammenstellung gedacht. Dieses Buch dringt für Sie in die Tiefen des Internets vor und hat nach allem geforscht, was das Phänomen der *Piratenpartei* erklären könnte, es ist sozusagen ein Internet-ausdruck, im hoffentlich positivsten Sinne.

Das Projekt entstand kurzfristig nach der Europawahl, als die *Piratenpartei* ins Licht der großen Öffentlichkeit trat und immer mehr Menschen sich fragten: „Wer bitte schön, sind denn die? Und was soll der Name?“ Und nun haben ausgerechnet die bei der Bundestagswahl 2009 ein sensationelles Ergebnis eingefahren. Das verlangt nach Erklärungen, die dieses Buch bieten möchte.

Wenn Sie dieses Buch frei aus dem Internet geladen und gerade in ihren eBook-Reader eingespeist haben, dann gehören Sie zwar nicht unbedingt zur anvisierten Klientel, aber Sie dürfen natürlich trotzdem weiter lesen. Allerdings werden Ihnen bereits viele Dinge bekannt vorkommen und seien Sie bitte nachsichtig: In der Kürze der Zeit konnten nicht alle Quellen gesichtet und verarbeitet, nicht jeder Aspekt berücksichtigt und erklärt werden.

1 Filesharing und die schwedischen Piraten

1.1 Die Netzpiraten

Die *Piratenpartei* war einer der wenigen Farbtupfer in einem faden Wahlkampf, bei dem die Bundesbürger dazu aufgerufen worden waren, einen neuen Juniorpartner für die erste und einzige Kanzlerin zu finden. Und sie war erfolgreich: aus dem Stand 2% der Stimmen. Etwa 850.000 Wähler¹ für eine Partei, die vor dreieinhalb Monaten bei der Europawahl einen Achtungserfolg errang und damals von knapp 230.000 Menschen gewählt wurde und die vor einem halben Jahr außer ein paar Computerfreaks (oder neudeutsch: Nerds, sprich: Nörds) niemand kannte. Besonders erfolgreich war die Partei in den Großstädten – im Berliner Wahlkreis 084 (Friedrichshain- Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost) errang sie sagenhafte 6%² - und laut ARD-Wahlanalyse in einer Zielgruppe:

*Sie wird eher von Männern gewählt, eher von Hochgebildeten und eher in Großstädten. Unter den männlichen Erstwählern bekommt sie 13 Prozent der Stimmen, unter den 18- bis 24-Jährigen 9 Prozent.*³

Die Basis dieses Erfolgs liegt im Internet. Gerne lässt die Partei sich als die Internetpartei bezeichnen und in der Tat ist ihre Netzpräsenz beeindruckend: Um sie herum gibt es zahllose kleine private Webseiten oder Online-Journale (Blogs) von Sympathisanten, in und auf denen sich intensiv und liebevoll bis kritisch mit den PIRATEN auseinandergesetzt wird. Da diese Webseiten und die Kommentare darauf sich alle gegenseitig aufeinander beziehen und „verlinken“, also verknüpfen, entstehen thematische Netzwerke („die Blogosphäre“) eigens rund um die *Piratenpartei*.

-
- 1 Vorläufiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009 (28.09.09). Online: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html (28.09.09)
 - 2 Vorläufiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009 (28.09.09). Online: http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/wahlkreisergebnisse/111/wk084/ (28.09.09)
 - 3 blog.tagesschau.de (27.09.09); Die Piratenpartei. Online: <http://blog.tagesschau.de/?p=6808> (28.09.09)

Das Internet ist voll von solch neuen sozialen Netzwerken, auf denen die Jugend von heute sich selbst darstellt und mit deren Hilfe sie ihre Freizeit gestaltet. Man könnte sagen, ein Nutzer eines solchen Netzwerkes wie z. B. *Facebook* hat unendlich viele Brieffreundschaften rund um die Welt, nur dass er gleichzeitig und in Echtzeit mit denen kommunizieren kann. Natürlich gab es auch einen Wahlkampf auf diesen Plattformen und Probeabstimmungen zur Bundestagswahl – die alle haushoch von der *Piratenpartei* gewonnen wurden.

Dann gibt es noch *Twitter*, eine Kombination aus Blog und SMS, eine Art öffentlich einsehbares Tagebuch im Internet, in dem jeder Eintrag nur höchstens 140 Zeichen lang sein darf. Wenn man dort die zur Verfügung stehenden Inhalte zur *Piratenpartei* abonniert, hat man täglich eine Menge zu lesen. Ob auch alles lesenswert ist, mag erstmal dahingestellt bleiben.

Die Sympathisanten der *Piratenpartei* haben online die Meinungshoheit. Diese Omnipräsenz im Netz ist aber nicht gleich einer Omnipräsenz im richtigen Leben, kurz *RL*. Wer sich im Vorfeld der Bundestagswahlen online über den Wahlausgang informieren wollte, konnte leicht den Eindruck gewinnen, die *Piratenpartei* stünde kurz vor der absoluten Mehrheit. Dass die *Piratenpartei* bei der tatsächlichen Wahl dann immerhin 2% der Stimmen auf sich vereinen konnte, zeigt zwei Dinge: Es gibt noch einen großen Graben zwischen der On- und der Offline-Welt, und das Internet hat, wenn man es denn zu nutzen versteht, die Macht, neue politische Kräfte zu bündeln oder gar zu schaffen. Für die Internetauftritte der etablierten Parteien blieb da oft nur, sowohl von Seiten der Nutzer als auch der Medienexperten, Spott übrig, frei nach dem Motto: *Gut gemeint, aber an der Sache vorbei*.

Das Problem der Altparteien ist schlicht, dass sie Vorbehalte gegen das Internet sowohl haben als auch schüren, was bei den jungen Menschen, für die das Netz selbstverständlicher Teil des Lebens ist, nur auf Unverständnis stößt, wo doch die Vorteile dieses Mediums auf der Hand liegen:

Insgesamt aber muss, wer das Internet für überwiegend schädlich hält, ein Menschenfeind sein. Das Netz ist vor allem eins: Der größte Informationsvermittler und -speicher, den die Menschheit jemals zur Verfügung hatte. Vor nicht allzu langer Zeit herrschte im alten Europa noch Konsens darüber, dass mehr Information in der Regel besser ist als weniger Information. Dass die Möglichkeit, Bildung und Wissen zu erwerben

ben, begrüßenswert ist, dass die Welt dadurch zu einem besseren, freieren, womöglich glücklicheren Ort wird.⁴

Die *Piratenpartei* hat es verstanden, sich als eine Bürgerrechtspartei mit digitaler Kompetenz zu präsentieren. Bekommen hat sie diese Chance hauptsächlich durch die Politik der *Großen Koalition*, genauer gesagt, durch die von immer mehr jungen Menschen kritisch beäugten Sicherheitsgesetze aus dem Innenministerium und das Zugängerschwerungsgesetz von Familienministerin Ursula von der Leyen. Bevor aber insbesondere dieses Gesetzesvorhaben und seine Umsetzung sowie deren Bedeutung für die deutsche Piratenbewegung unter die Lupe genommen (Kap. 2) und im Anschluss daran das Programm (Kap. 3), das Verhältnis zu den etablierten Parteien (Kap. 4) und die Chancen und Gefahren (Kap. 5) skizziert werden sollen, muss ein anderes Thema in den Vordergrund rücken.

Genau genommen ist die Piraten-Idee nämlich geklaut. Und zwar von denen, die sich eigentlich gegen die sogenannte Piraterie im Internet, die Raubkopierer, wehren wollten: die Lobby der Inhaber von Rechten an Musik, Texten, Filmen, Software usw.

Als erste Quelle in diesem Buch soll daher der Blogbeitrag von Kristian Köhntopp vorgestellt werden, weil er zwei Dinge fassbar macht: Erstens steht der Autor exemplarisch für die Hauptzielgruppe der *Piraten*, jung, männlich, internetaffin, und zweitens erklärt der Text sehr anschaulich die Problematik des Kopierens in einer digitalisierten Welt:

Ich bin in etwa seit dem Jahresende 1987 online, mit Modem an Mailboxen. Morgen feiere ich mein 21-jähriges Unix-Jubiläum [...] Google datiert mein ältestes auffindbares Posting im Netz auf 1989 - ich bin also seit mindestens 20 Jahren online. [...] Ich lebe online. Alle Texte, die ich seit 1983 geschrieben habe, sind auf dem Computer geschrieben worden. Sie liegen auf einem halben Dutzend Rechnern im Netz verstreut. Seit 1986 achte ich darauf, portable Formate zu verwenden, um auch bei einer Migration auf neue Systeme keine Daten zu verlieren. Seit 20 Jahren lese ich laufend meine Mail, ich bin jeden Tag in fünf verschiedenen IM-Systemen zu erreichen.

4 Stöcker, Christian (10.08.09): Warum die Dummheit des Internets ein Segen ist. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,641508-10,00.html> (13.09.09)

Ich habe Freunde und Kollegen, die ich noch niemals in Persona getroffen habe. Meine Arbeitgeber seit eineinhalb Jahrzehnten setzen in ihren geschäftskritischen Systemen ausschließlich Open Source Software ein. Ich bin einige Jahre für eine Firma tätig gewesen, bei der ich weder den finnischen noch den deutschen Firmensitz je betreten habe, und bei der ich erst kurz vor dem Ausscheiden einmal Gelegenheit hatte, den amerikanischen Firmensitz von innen zu sehen. Ich habe in einem Bewerbungsgespräch gesessen, bei dem mein zukünftiger Arbeitgeber das Gespräch mit den Worten "Wir haben uns dann im Web schon mal über sie informiert. Fachlich ist wahrscheinlich alles klar, wir müssen nur noch sehen, ob das menschlich auch paßt." eröffnet hat. Ich mache mir Sorgen, was mit meinem Arbeitsplatz ist, wenn einmal das DSL ausfällt und überlege mir einen Backup-Anschluß via Kabelfernsehen ins Haus legen zu lassen. Dann fällt mir ein, daß mein Mobiltelefon ja eine UMTS-Flat hat und daß ich damit wahrscheinlich überbrücken kann.

Ich reiste beruflich fast drei Jahre durch Europa und die USA, aber ich war immer zu Hause [...], wo immer ich war: Ich habe nicht mehr oder weniger Kontakt mit meinen Freunden gehabt bloß weil ich mal ein paar Wochen auf einem anderen Kontinent war.

Das ist die Welt, in der ich existiere und das sind die Dinge, mit denen ich jeden Tag umgehe. Sie sind für mich real. Sie definieren und sie finanzieren meine Existenz in dieser Welt.

Ich bin kein Einzelfall. Alle Leute die ich kenne leben auch so, mehr oder weniger. Und deren Freunde auch. Wir sind viele, so viele, daß wir in sechs Wochen 134000 Unterschriften zusammenbekommen ohne das Haus verlassen zu müssen. Wir sind definitiv keine 80 Millionen und wir haben den Rest dieses Landes so dermaßen weit abgehängt, daß wir nicht einmal mehr eine gemeinsame Sprache haben. [...] Wir nennen sie Alte Männer mit Kugelschreibern oder Internetausdrucker. Wir wissen nicht, wie wir mit ihnen reden sollen und wie wir ihnen unsere Welt erklären sollen, und wir hoffen, daß es eine biologische Lösung für dieses Problem gibt.

[...] Unsere Computer sind Kopiermaschinen. Um ein Programm auszuführen muß es von einem Medium in den Speicher, vom Speicher in den Prozessor kopiert werden, ebenso alle Daten. Ergebnisse werden zu-

rück kopiert. Der Befehlssatz eines jeden Rechners hat circa zehn Mal mehr Kopier- als Rechenbefehle.

Unsere Netze sind Kopiermaschinen. Wir sagen wir "senden eine Nachricht", aber das Wort ist falsch. "Senden" impliziert, daß die Nachricht sich bewegt und für den "Ab"-Sender nicht mehr da ist. Das ist in der realen Welt so, aber nicht im Netz: Wir kopieren eine Nachricht an die Empfänger.

Das Wesen aller IT ist die Kopie.

Das Wesen aller Kommunikation und der darauf aufbauenden Kultur ist es auch. [...] Dieses Blog ist auch voll von Links und von Zitaten. Ohne diese Links und Zitate wäre dieses Blog sinnlos. Und dieses Sharing von Inhalten, das Weitergeben von URLs und Texten ist wichtig, denn es macht das Wesen von Nachrichten und Diskussionen aus.

Computer sind Kopiermaschinen. Das Netz macht aus allen Computern auf der Welt eine einzige Kopiermaschine.⁵

Dieses Selbstverständnis hat dazu geführt, dass gerade in den jüngeren Generationen das Kopieren als eine Kulturtechnik verstanden wird, der keine Grenzen gesetzt sind, auch nicht durch die Urheberrechtsgesetzgebungen. Die massiven Urheberrechtsverletzungen im Internet sind nach Meinung von Prof. Gasser, Autor des Buches *Generation Internet* auf drei Komponenten zurückzuführen: Erstens spiele die „technologische Innovation der Digitalisierung“ eine wichtige Rolle:

Dabei hat das Kopieren eine grundlegende Bedeutung. Computer funktionieren nur auf Basis von Kopien. Zudem sind die Transaktionskosten für Kopien massiv gesunken und die Kopien sind nahezu perfekt.

Zweitens habe das Internet ein soziales Phänomen des Teilens entfacht, was gesellschaftlich auch sanktioniert sei:

Wir lehren unseren Kindern ja auch, dass sie teilen sollen. Denn das Teilen gilt als etwas Gutes. Und im Internet ist es technisch sogar noch sehr viel einfacher. Wenn ich einem Freund einen Song kopiere, hat er ihn und ich habe ihn auch. Das stärkt also die Form des Teilens und

5 Die wunderbare Welt von Isotopp (Kristian Köhntopp, 23.06.09): Falscher Planet, falsches Jahrtausend. Online: <http://blog.koehntopp.de/archives/2518-Falscher-Planet,-falsches-Jahrtausend.html> (12.08.09)

das ist zunächst erstmal etwas Gutes. Denn dabei geht es nicht nur um urheberrechtlich geschützte Werke, es geht auch um persönliche Informationen in sozialen Netzwerken. Es ist einfach die Norm des Internet, dass man Informationen austauscht, sich mitteilt und teilhaben lässt.

Drittens schließlich hätten neurobiologische Untersuchungen gezeigt, dass physisches Eigentum in unseren Gehirnen anders behandelt werde als die Idee vom geistigen Eigentum.⁶

Die *Piratenpartei* hat sich nun zum Sprachrohr dieses neuen Lebensgefühls gemacht. Der Vorsitzende der *Piratenpartei* Deutschlands Jens Seipenbusch, beschreibt den im Raume stehenden Interessenkonflikt mit den Urhebern bzw. den Inhabern der Verwertungsrechte wie folgt:

Die Verwertungsindustrie sieht das Internet als eine riesige Bedrohung für ihre Gewinne, weil sie online bislang weniger verdient als bis vor kurzem offline. Da wird dann versucht, gegenzusteuern, bestimmte Geschäftsmodelle und Gewohnheiten aus der alten Zeit zu retten und sich zum Beispiel über ein Leistungsschutzrecht zukünftige Gewinne zu sichern. Das wird aber nicht gelingen. Der Wandel lässt sich nicht verhindern oder auch nur eindämmen. Die Musikindustrie hat das ja schon sehr schmerzhaft erfahren müssen, und auch die Verlage werden sich anpassen müssen. [...] Es kann keine politischen oder gesetzlichen Schutzrechte für eine Verdienstgarantie geben. Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Freiheit von Bürgern zu beschneiden, um einzelnen Unternehmen Gewinne zu sichern.

In diesem Sinne wird das vorliegende Buch auch unter einer Freien Lizenz veröffentlicht, denn es wäre ohne die im Internet so zahlreichen, offen zugänglichen Quellen nicht realisierbar gewesen. Die gemeinnützige Gesellschaft *Creative Commons* (engl. schöpferisches Gemeingut, Allmende) definiert im Internet Lizenzen,

mittels derer Autoren an ihren Werken, wie zum Beispiel Texten, Bildern, Musikstücken usw., der Öffentlichkeit Nutzungsrechte einräumen

6 jetzt.de (22.03.09): Die Sieger im Urheberrechtskrieg. Interview. Online: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/469221> (04.08.09)

7 Jens Seipenbusch zit. nach suite101.de (28.08.09): Piratenpartei – „Wir verteidigen Bürgerrechte“. Interview. Online: http://bundespolitik-deutschland.suite101.de/article.cfm/piratenpartei_wir_verteidigen_buergerrechte (08.09.09)

*können. Anders als etwa die von der Freie-Software-Gemeinde bekannte GPL sind diese Lizenzen jedoch nicht auf einen einzelnen Werkstyp zugeschnitten, sondern für beliebige Werke anwendbar, deren Schutz sich aus dem Urheberrecht ableiten lässt. Ferner gibt es eine starke Abstufung der Freiheitsgrade: von Lizenzen, die sich kaum vom völligen Vorbehalt der Rechte unterscheiden, bis hin zu Lizenzen, die das Werk in die Public Domain stellen, das heißt, bei denen auf das Urheberrecht so weit wie möglich verzichtet wird.*⁸

Deshalb sind alle hier ausgewerteten Quellen ausschließlich dem Internet entnommen. Das hat aber auch den einen oder anderen Nachteil. Zunächst einmal kann es passieren, dass die Texte, die eigentlich weltweit und jederzeit zugänglich sein sollten, nicht mehr auffindbar sind. Manchmal werden Inhalte verschoben oder Server geschlossen, sodass die angegebenen Quellenangaben nicht in Stein gemeißelt sein müssen. Dennoch gilt: Das Netz vergisst nicht und: wer sucht, der findet.

Und zweitens ist durch die Kulturtechnik des Kopierens diese kommentierte Textsammlung zwar erst möglich geworden, andererseits wurden die Texte aber eins zu eins kopiert, was wiederum heißt, das auch Fehler übernommen wurden. Gerade den Texten vieler Blogger hätte ein etwas gründlicheres Lektorat nicht geschadet, die Lesbarkeit ist schon so manches Mal beeinträchtigt. Dennoch wurde hier bis auf wenige Ausnahmen - die Sinnentstellungen vermeiden sollten - darauf verzichtet, die Fehler zu korrigieren, schon um den authentischen Charakter der Beiträge nicht zu verfälschen.

Die Produzenten dieses Werkes sind der Meinung und der guten Hoffnung, sich durch die parallele Veröffentlichung on- wie offline nicht finanziell zu schaden. Sich mit geistiger oder kreativer Arbeit den Lebensunterhalt verdienen können und trotzdem die Inhalte einer (hoffentlich) interessierten Öffentlichkeit jederzeit und kostenlos zugänglich machen – ein Traum wird wahr?!?

⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Creative_commons (18.09.09)

1.2 Vom Trauma, Urheberverwertungsrechte in einer digitalisierten Welt zu besitzen ...

Ein Traum also – oder doch ein Alptraum? So sehen nämlich die Inhaber von Rechten die Situation.

Das Buch- und Verlagswesen schien lange unberührt von der Digitalisierung und deren Folgen zu bleiben. Ein Buch ist ein Buch ist ein Buch galt als Axiom. Während Musik- und Filmabspielgeräte schon seit Dekaden in den Wohnzimmern zu Hause sind und damit das Risiko von Raubkopien mit sich herumtragen, war das gute alte Buch als Medium und einzig wahrer Träger eines Textes lange konkurrenzlos. Natürlich konnte man elektronisch aufbereitete Bücher am Bildschirm des Computers lesen, aber das war nicht dasselbe. Das haptische Erlebnis, ein Buch aus Papier in den Händen zu halten, wiegte die Verleger lange in Sicherheit. Das beginnt sich nun zu ändern. Denn im Vergleich zu den ersten eBooks, also den elektronischen Büchern, ist die neue Generation der Lesegeräte technisch ausgereifter, der Bildschirm ist so konzipiert, dass man schon nach Sekunden vergisst, es nicht mit dem guten alten Papier zu tun zu haben. Es funktioniert auch bei Sonneneinstrahlung tadellos, und: in diesen zierlichen kleinen E-Büchern verstecken sich ganze Bibliotheken. Nichts also für Angeber und Poser, die gerne möglichst viele Bücher zur Schau stellen, um – unabhängig davon, wie viele sie tatsächlich gelesen haben – als wahnsinnig belesen gelten wollen. Unverzichtbar könnte so ein Gerät aber bald für notorische Vielleser sein. Schon jetzt ist der Reader beispielsweise für Lektoren, die sich mit einer Unzahl von Manuskripten herumschlagen müssen eine enorme Arbeitserleichterung, von der Papierersparnis gar nicht zu reden.

Die Rechteinhaber (und auch Autoren) erkennen die Gefahren und formieren sich, Appelle werden ins Land geschickt. Im *Hamburger Appell* fordern die Zeitungsverleger ein Leistungsschutzrecht für ihre Artikel. Die „ungenehmigte Nutzung fremden geistigen Eigentums muss verboten bleiben“, heißt es in der Erklärung. Und weiter:

Das Internet ist für den Journalismus eine große Chance. Aber nur, wenn die wirtschaftliche Basis auch in den digitalen Vertriebskanälen gesichert bleibt. Das ist derzeit nicht der Fall.

*Zahlreiche Anbieter verwenden die Arbeit von Autoren, Verlagen und Sendern, ohne dafür zu bezahlen. Das bedroht auf die Dauer die Erstellung von Qualitäts-Inhalten und von unabhängigem Journalismus.*⁹

Der Medienjournalist Stefan Niggemeier stellt in seinem Blog klar:

*Die Firma Google, die sich – wohl nicht zu unrecht – angesprochen gefühlt hat, hat schon lapidar darauf hingewiesen, dass kein Autor oder Verleger es hinnehmen muss, dass seine Inhalte mithilfe von Suchmaschinen für die Öffentlichkeit auffindbar gemacht werden. Ein einfacher Befehl verwehrt Google den Zugriff und damit die kommerzielle Vermarktung dieser Suchergebnisse durch Google (reduziert allerdings auch die Zahl der Leser dramatisch).*¹⁰

Darüber hinaus hat Niggemeier versucht sich schlau zu machen, wer den nun die Zeitungsinhalte kommerziell verwendet, ohne dafür zu bezahlen? Er ist nicht fündig geworden. Es lässt sich fast vermuten, dass die Verleger sich schon mal eine etwas komfortablere Ausgangsposition verschaffen wollen, wenn es denn in der Zukunft – zum Beispiel durch eine Kulturflatrate (siehe Kap. 3) – zu einer Neuaufteilung des Kuchens kommen könnte.

*Am Grundproblem der Verlage ändern die Ideen freilich nicht viel: Die Medienhäuser verdienen zu wenig Geld mit ihren eigenen Internetangeboten. "Die illegale Nutzung von Onlinebeiträgen ist sicher nicht so wesentlich, dass eine konsequente Verfolgung alles ändert", sagt Medienwissenschaftler Horst Röper. Doch viele Verlage träumen längst von einer Kulturflatrate, die etwa auf DSL-Gebühr aufgeschlagen wird. Und deren Verteilung könnte ja durchaus auch eine Verwertungsgesellschaft übernehmen.*¹¹

-
- 9 „Hamburger Erklärung“ (08.06.09). Online: <http://www.faz.net/s/RubCF3AEB154CE64960822FA5429A182360/Doc~E99C35A8859434BD7AFC3B486CCF5FB5C~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (08.09.09)
- 10 Niggemeier, Stefan (22.07.09): Hamburger Bankrott-Erklärung. Online: <http://www.stefan-niggemeier.de/blog/hamburger-bankrott-erklarung/> (08.09.09)
- 11 Knappmann, Lutz (10.06.09): Verlage planen Gema für Onlinetexte. Online: <http://www.ftd.de/it-medien/medien-internet/:internet-piraterie-verlage-planen-gema-fuer-onlinetexte/525077.html> (08.09.09)

Der *Heidelberger Appell*¹² richtet sich da schon konkreter gegen *Googles* gigantisches Digitalisierungsprojekt und *Open Access* im Bereich der wissenschaftlichen Literatur. *Google* möchte die Bücher der Welt digital zugänglich machen und hat mit dem Scannen der Werke begonnen, ohne sich vorher um die Rechte zu kümmern.

*In der Tat ist das ein problematisches Vorgehen, denn Google hat dabei durch das Scannen von Millionen Büchern Fakten geschaffen, um anschließend unter dem Einsatz von Millionen US-Dollar an Anwaltshonoraren mit den US-Verleger- und Autorenverbänden eine Einigung zu erzielen.*¹³

Aber ist das wirklich eine „kalte Enteignung deutscher Rechteinhaber“ (Alexander Skipis, Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins) und der „Ausverkauf von Urheberrechten“, der „die soziale und ökonomische Lage der Autoren existenziell [gefährdet]“ (Imre Török, Verband deutscher Schriftsteller)? Worum geht es genau? Das *Handelsblatt*, wahrlich nicht im Verdacht des Kulturbolschewismus, klärt auf:

Google scannt Bücher ein und macht sie, aufgefächert nach Urheberrecht, durchsuchbar. So gibt es einige Bücher vollständig, andere auszugswise und einige gar nicht. Verdient Google damit Geld? Ja. Doch behält der Konzern selbst 37 Prozent, der Rest geht an eine Gesellschaft, die das Geld unter Autoren verteilt.

*Auch ein Blick auf die Art der digitalisierten Bücher ist nötig. Denn Google ist kein Raubkopierer. Der aktuelle Bestseller ist nicht in vollem Umfang lesbar. Experten schätzen, dass in US-Bibliotheken rund 40 Millionen Werke liegen. Doch nur sieben bis neun Millionen davon werden tatsächlich noch gedruckt. 23 bis 25 Millionen unterliegen dem Urheberrecht, doch produzieren die Rechteinhaber sie nicht mehr. Dieser gewaltige Berg ist nur noch in Bibliotheken oder Antiquariaten zu haben. Ist das gut für die Wissensgesellschaft?*¹⁴

12 Heidelberg Appell. Online: <http://www.textkritik.de/urheberrecht/appell.pdf> (08.09.09)

13 Spielkamp, Matthias (24.03.09): Open Excess: Der Heidelberger Appell. Online: <http://www.perlentaucher.de/artikel/5347.html> (08.09.09)

14 Knüwer, Thomas (20.08.09): Google: Neues Leben für alte Bücher. Online: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handelsblatt-kommentar/google-neues-leben-fuer-alte-buecher;2446817> (08.09.09)

Matthias Spielkamp ergänzt:

Google wird dann in lieferbare Bücher so viel Einblick gewähren, wie es die Rechteinhaber - also Autor oder Verlag - erlauben, und vergriffene Bücher verwerten, indem Nutzer die Bücher ansehen, ausdrucken oder auch als Print-on-demand-Version kaufen können - so lange nicht die Rechteinhaber Einspruch erheben. Von den Einnahmen bekommen die Rechteinhaber in der Regel 63 Prozent, Google 37.

Kritik an Google, vor allem durch Verleger, in allen Ehren: Aber 63 Prozent sind keine Enteignung. Wer heute einen Vertrag mit einem Verlag unterschreibt und nicht Daniel Kehlmann heißt, bekommt mit ein bisschen Glück einen Anteil von zehn Prozent des Ladenverkaufspreises. Wer Pech hat und zum Beispiel seine Dissertation veröffentlichen muss, zahlt an den Verleger einen Druckkostenzuschuss von mehreren Tausend Euro.¹⁵

Und Ilja Braun wundert sich in der *Süddeutschen Zeitung*:

Was Török dagegen hat, dass jeder Autor eines gescannten Buchs mindestens 60 US-Dollar bekommt, bleibt rätselhaft. Schließlich hat noch kein deutscher Verlag einem Autoren je so viel dafür geboten, dass er sein Werk für eine Online-Volltextsuche zur Verfügung stellt.¹⁶

Die Autorin Julia Franck unterstützt den Appell. Sie gab in einem Interview mit der *Welt* zwar an, bisher noch kaum Einbußen als Schriftstellerin zu haben, blickte aber doch ängstlich in die Zukunft. Ironischerweise ist genau eine Befürchtung, die sie hegt, die bestmögliche Versicherung, die die Buchbranche besitzt und die sie beispielsweise der Musikindustrie voraus hat:

Ein Text, der digitalisiert im Internet vorliegt hat keinerlei autokratische Aura, keinen unveränderlichen Urhebernachweis mehr, er kann von jedermann jederzeit bearbeitet werden. Jeder macht mit, das ist die Freude der Netzbenuer, man sieht das auch am Kommentareifer auf den Plattformen der Zeitungen, an YouTube und myspace. Das heißt, in kürzester Zeit kann eine unüberschaubare Zahl von Fassungen und

15 Spielkamp, Matthias (24.03.09): Open Excess: Der Heidelberger Appell. Online: <http://www.perlentaucher.de/artikel/5347.html> (08.09.09)

16 Braun, Ilja (02.02.09): Der Kampf gegen Google. Online: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/204/456868/text/> (08.09.09)

*Varianten eines Buches im Internet kursieren. Niemand, der einen Text aus dem Netz runter lädt, wird sich darauf verlassen können, dass er tatsächlich liest, was ein Autor geschrieben hat - oder gekürzte oder von anderen Lesern veränderte, umgeschriebene Fassungen.*¹⁷

Stefan Niggemeier kontert:

*Nun weiß ich nicht, wie viele Leute da draußen im Internet nur darauf warten, endlich mal so einen Julia-Franck-Roman in digitaler Form in die Finger zu bekommen, um ein paar Absätze darin umzustellen, aus der Helene eine Chantalle zu machen und das ein oder andere Happy-End hinzuzufügen. Aber mal angenommen, daraus würde ein Massensport: Genau dann wäre es doch ganz besonders attraktiv, sich die Romane nicht kostenlos aus einer dubiosen Quelle zu besorgen, sondern auf legalem Wege zu erstehen – gegen Geld, aber mit der 100-Prozent-Julia-Franck-Reinheitsgarantie.*¹⁸

Die Aufregung in der Verlags- und Buchbranche ist noch relativ frisch, das eBook lässt sich zwar kaum mehr verhindern, die Situation ist jedoch im Vergleich zur Film- und Musikbranche komfortabel. Diese beiden Branchen leiden darunter, dass ihnen kein so stabiler und langfristig erfolgreicher physischer Datenträger - wie es das Buch lange war und voraussichtlich auch noch lange sein wird - zur Verfügung stand. Die Filmindustrie kann ebenfalls auf ein zusätzliches und bewährtes Vertriebsmodell bauen: die Besuchszahlen sind zwar rückläufig, aber der Kinobesuch stellt immer noch ein Erlebnis, das bislang nicht wirklich bedroht ist, dar. Dennoch ist das Heimkino in den letzten Jahren für den wirtschaftlichen Erfolg der Branche immer wichtiger geworden, und hier werden die Aussichten trüber: War das Reproduzieren von Videokassetten noch vergleichsweise aufwändig, ließ sich eine DVD schon einfacher kopieren. Aber noch Ende des letzten Jahrhunderts konnte sich kaum jemand vorstellen, dass sich der Datentransfer über das Internet technisch so rasant entwickeln würde, dass auch ganze Filme in wenigen Sekunden um die Welt gesandt werden können.

17 welt-online (13.05.09): „Das Internet gefährdet die Existenz der Autoren“. Interview. Online: <http://www.welt.de/die-welt/article3728939/Das-Internet-gefaehrdet-die-Existenz-der-Autoren.html> (08.09.09)

18 Niggemeier, Stefan (14.05.09): Wer will Julia Franck remixen? Online: <http://www.stefan-niggemeier.de/blog/wer-will-julia-franck-remixen/> (08.09.09)

Die Tonträger- und Musikrechteindustrie musste da schon ganz andere Dinge erleben, wie ein Blick zurück zeigt. Nicht auf die Anfänge, als Edison einer Zinnfolie Töne entlockte oder Caruso der Schellack-Platte zum Durchbruch verhalf – obwohl es an dieser Stelle vielleicht auch von Interesse sein könnte, dass die Anfang des letzten Jahrhunderts boomenden Plattenfirmen sich u. a. deshalb so schnell und erfolgreich entwickeln konnten, weil der patentrechtliche Schutz der Schallplatte eher schlecht war.

Schellack- und später Vinyl-Platten verfügten über eine Eigenschaft, die der aufstrebenden Musikindustrie wahrscheinlich gar nicht bewusst, aber im Nachhinein äußerst sympathisch war: ihre Herstellung war sehr kompliziert und materialaufwändig, sodass niemand zu Hause in der Lage war, selbst Schallplatten herzustellen. Das änderte sich erstmals mit der Musikkassette, die ab Mitte der 1960er Jahre auf dem Markt erschien und sich schnell immer größer werdender Beliebtheit erfreute. Allerdings war die Qualität der Aufnahmen, die das neue Speichermedium beherbergte, eher mäßig. Das war aber besonders Jugendlichen egal, wenn sie dafür nur selbst eine Zusammenstellung ihrer Lieblingslieder produzieren konnten: das oft zitierte Mixtape.

*Kassetten aufnehmen bedeutete in den 70er-Jahren, nicht mehr die Musik zu hören, die die Eltern hörten. Gerade junge Menschen machten sich die Technik zu Eigen: Endlich konnte man die Lieblingstitel der verschiedenen Langspielplatten aufzeichnen.*¹⁹

Die traditionelle Musikindustrie, die in Deutschland 1979 erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg einen Umsatzrückgang verbuchen musste, brachte als eine Antwort den Walkman heraus, ein tragbares Kassetten-Abspielgerät.

So war einer der Hauptgründe, Ende der siebziger Jahre den ersten Walkman auf den Markt zu bringen, der Gedanke, man könne den Fans dann für ihr neues Spielzeug Alben in Form bereits bespielter Kassetten verkaufen. Stattdessen war die Einführung des Walkman der Schlüsselmoment für den Aufstieg der selbst gemischten Kassette zum ultimativen Jugendmedium der achtziger Jahre. Damals druckten die

19 Farah, Hindeja (28.08.03): Das sprechende Notizbuch. Online: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0828/media/0013/index.html> (17.08.09)

*Firmen kleine Logos mit dem Slogan „Home Taping Is Killing Music“ auf ihre Plattencover: Die Hand voll Dollar Verlust, um die sich Plattenfirmen einst sorgten, wirken im Zeitalter der Datenaustauschprogramme geradezu rührend.*²⁰

Die Aktion *Home Taping is killing Music*, zu deutsch etwa „Mischkassetten töten die Musik“, war aber nur ein Teil der Strategie gegen Umsatzeinbußen. Als wesentlich effektiver entpuppte sich die Entscheidung, die Compact Disc einzuführen. Schon bald hatte sie die alte Schallplatte überholt und der Industrie ging es wieder besser, nicht zuletzt deshalb, weil die alten analogen Plattenbestände der Musikfans langsam aber sicher noch ein zweites Mal gekauft wurden, diesmal in digitaler Form. Bis zum Ende der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte die Industrie eigentlich nichts zu fürchten, wenn da nicht die MP3 dazwischen gekommen wäre. Dieses vom Fraunhofer-Institut entwickelte Verfahren ermöglichte es, digitale Musik auf ungefähr ein Zehntel ihrer ursprünglichen Größe zu komprimieren, indem nur bewusst hörbare Audiosignale gespeichert werden, was die Qualität lediglich geringfügig beeinträchtigt. War es ohne dieses Verfahren praktisch unmöglich, eine normale Musik-CD - mit etwa 600 Megabyte Daten - auf einem Computer mit den damals noch geringen Festplattenkapazitäten zu speichern, geschweige denn über ein Modem durch das Internet zu übertragen, änderte sich dies nun auf dramatische Weise.

Die Festplatten wurden größer, es gab viele Programme, die das Speichern von CDs im Computer ermöglichten (rippen) und schließlich setzten sich auch die CD-Brenner durch: das Vervielfältigen von Musik in digitaler Form war kein Problem mehr, und, noch schlimmer, die Verbreitung solcher Dateien im Internet auch nicht mehr. Die Musikindustrie hatte durch die technische Entwicklung ihr wichtigstes Monopol verloren: die exklusive Fähigkeit, digitale Tonträger in absolut perfekter Qualität herzustellen.

Mit der zur Verfügung stehenden Technik konnte man im Internet nach Webseiten suchen, von denen man Musik umsonst runterladen konnte, das Problem: meistens lagen die Dateien auf obskuren Webseiten, von denen man nicht wusste, wer sie betrieb, oder sie wurden schon nach kurzer Zeit wieder geschlossen, auch weil die Plattenfirmen

20 Kreye, Adrian (23.08.05): Hey Alte, hastema ein Mixtape? Online: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/60/405837/text/> (17.08.09)

die Betreiber verklagten. Deshalb waren die Programme, die solche Seiten finden konnten (Suchmaschinen), oft nicht auf dem neuesten Stand und daher untauglich.

Nun überlegte sich ein Teenager namens Shawn Fanning, der den Spitznamen „Napster“ trug, dass es doch viel effektiver sei, wenn die Nutzer sich alle zusammenschließen und die Musik direkt untereinander tauschten, indem sie auf die Festplatten der anderen Nutzer zugreifen könnten. Dieses gemeinsame Nutzen von Ressourcen nennt sich *Peer-to-Peer (P2P)*, ein *Peer* ist ein Rechner als Endpunkt in einem Computernetz, *P2P* könnte man also mit „von Computer zu Computer“ oder als „Gleiche mit Gleichen vernetzen“ übersetzen, da auf einen übergeordneten Server verzichtet werden kann. Fanning schrieb also sein Programm *Napster*, das Informationen zwischen privaten Nutzern vermittelte ohne selber irgendwelche Dateien zu kopieren oder anzubieten, gründete eine kleine Firma und los ging die Revolution:

Man muss die Faszination des Programms verstehen, um Antworten auf die Fragen finden zu können, die Shawn Fannings Programm aufwirft. Napster öffnete die Tür zur weltgrößten Musikbibliothek, Napster fand die abwegigsten und ungewöhnlichsten Lieder innerhalb von Sekunden. Wo Musikfans vorher jahrelang Flohmärkte und Plattenläden durchstöbern mussten, um bestimmte Lieder zu finden, lieferte Napster Ergebnisse auf Knopfdruck. Das war nicht nur neu und anders, es war eine Revolution. Denn all diese Songs waren auch noch kostenfrei verfügbar. Die Napster-User stellten sie einander zur Verfügung und kopierten sie, so wie sich Menschen in den Generationen zuvor bereits Musik empfohlen und kopiert hatten.²¹

Das Dateiteilen, also das Filesharing, war geboren. Bernhard Gunther erkannte schon 2001 das Problem für die Musikindustrie:

Im Zeitalter analoger Tonaufnahmen und physischer Tonträger hatten sich die Medienkonzerne nach kurzem Kampf damit abgefunden, dass ihre Kunden sich zu Hause Kopien von Schallplatten machten oder sie an Freunde weitergaben. Das Kopieren zum nicht-kommerziellen, persönlichen Gebrauch wurde entweder stillschweigend geduldet oder sogar ausdrücklich von der Strafverfolgung ausgenommen [...] Die eigentli-

21 Dirk von Gehlen zit. nach netzpolitik.org (15.07.09): 10 Jahre Napster-Revolution. Online: <http://www.netzpolitik.org/2009/10-jahre-napster-revolution/> (22.09.09)

chen Gegner der Medienkonzerne waren die professionellen Raubkopierer, die Kopien in großer Auflage herstellten und in direkte, kommerzielle Konkurrenz zum eigentlichen Produkt traten. Eine Tauschbörse wie Napster stellte diese Rechnung jedoch auf den Kopf: Plötzlich war das private, nicht-kommerzielle Kopieren den Vertriebswegen der Konzerne mehr als ebenbürtig. Eben Moglen, Rechtsprofessor an der Columbia Law School in New York und Rechtsberater der Free Software Foundation, bringt es auf den Punkt: "Es ist der Industrie nicht möglich, Musik besser zu vertreiben, als Zwölfjährige das können."²²

Das Programm verbreitete sich rasant, Millionen Nutzer in aller Welt tauschten frei ihre Musik und konnten nebenbei noch ein bisschen auf den Festplatten der anderen stöbern, um zu gucken, was die denn so alles hörten. Natürlich merkte das auch die Musikindustrie und so dauerte es nicht allzu lange, bis Napster die ersten Klagen am Hals hatte:

Napsters Grundproblem lag in der Architektur der Tauschbörse. Um Community-Funktionen wie etwa den Chat sowie eine schnelle Suche möglich zu machen, setzte Napster auf ein semizentrales Peer-to-Peer-Modell, in dessen Mittelpunkt die Serverfarm der Firma stand. Sobald ein Nutzer Napster startete, setzte sich das Programm mit einem dieser Server in Verbindung. Damit ließ sich immer überblicken, wer gerade das System nutzte. Außerdem wurde so ein zentraler, temporärer Index aller angebotenen MP3s angelegt, der eine schnelle und unkomplizierte Suche ermöglichte. Doch Napsters Server waren auch der wunde Punkt, an dem die Firma angegriffen werden konnte. Zwar beteuerte Napster immer wieder, keine Kontrolle über die Nutzung seines Angebots zu haben. Für Kritiker der Tauschbörse war die Angelegenheit dagegen ganz einfach: Ohne die Server gab es kein Napster. Folglich musste man die Firma nur zur Aufgabe zwingen, und schon erledigte sich das Problem von selbst.²³

Musikindustrie und prominente Musiker klagten Napster schließlich in die Knie, der Dienst musste schließen. Inzwischen aber hatten sich findige Leute überlegt, ob Tauschbörsen nicht einfach auf zentrale Rechner

22 Gunther, Bernhard (24.09.01): Piraten. Online:
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/9/9608/1.html> (22.09.09)

23 Röttgers, Janko: Mix, Burn & R.I.P. Online:
http://www.lowpass.cc/Janko_Roettgers_Mix_Burn_RIP.pdf, S. 23 (19.09.09)

verzichten könnten? Sie konnten. Es entstanden dezentrale Netzwerke wie z. B. *Gnutella*, das von einer Firma entwickelt worden war, die noch vor der eigentlichen Veröffentlichung der Software vom Internetanbieter AOL aufgekauft wurde. Den neuen Besitzern war das Programm zu heikel, sie wollten es stoppen. Allerdings war eine Testversion schon wenige Tage online gewesen und das hatte genügt. Man fand schnell heraus, wie das Programm arbeitete und baute es einfach nach, aber das System hatte auch noch seine Tücken:

Gnutella funktioniert in etwa so wie das altbekannte Kinderspiel "Stille Post". Sucht ein Nutzer eine bestimmte Datei, fragt er einfach die mit ihm verbundenen Netz-Nachbarn. Die gucken ihre Sammlung nach der entsprechenden Datei durch und leiten die Anfrage wiederum an ihre Nachbarn weiter. Wird einer der gefragten Nutzer fündig, setzt er sich direkt mit dem Suchenden in Verbindung und initiiert den Download. [...]

Das Problem lag in der Methode, mit der Gnutella Suchanfragen weiterleitete: Wenn jeder einen Suchbegriff an eine Hand voll Nutzer übermittelte und diese die Anfrage wiederum an eine Hand voll anderer Nutzer weiterleiteten, dann wuchs die Zahl der Empfänger zwangsläufig exponentiell. Je größer das Netz war, desto früher kam es damit zum kompletten Datenstau.²⁴

Ein anderes System, *Kazaa*, versuchte einen etwas anderen Weg:

Im Kazaa-Netz übernahmen Rechner mit sehr guter Netzanbindung – beheimatet beispielsweise in Universitäten oder Firmen mit schneller Standleitung – die Rolle eines temporären Servers, auch Supernodes genannt. Ein normaler Nutzer baute lediglich eine Verbindung zu solch einem Supernode-Server auf. Der setzte sich wiederum mit anderen Supernodes in Verbindung und bildete eine zweite Netzwerkebene, über die Suchanfragen schnell und effektiv weitergeleitet werden konnten. Mit dieser Architektur war Kazaa so verlässlich wie Napster und gleichzeitig so wenig kontrollierbar wie Gnutella. Es gab keinen zentralen Schalter mehr, mit dem das gesamte Netzwerk heruntergefahren werden konnte. [...] Zudem waren mit Kazaa nicht nur MP3s, sondern auch Software und elektronische Bücher kinderleicht aufzufinden. Da

24 Röttgers, Janko: Mix, Burn & R.I.P. Online:
http://www.lowpass.cc/Janko_Roettgers_Mix_Burn_RIP.pdf, S. 24f (19.09.09)

*das Tauschprogramm eine Datei von mehreren Nutzern gleichzeitig heruntergeladen konnte, landeten bei Breitband-Nutzern selbst ganze Hollywood-Filme in vertretbarer Zeit auf der heimischen Festplatte.*²⁵

Eine dritte Generation von Filesharing-Protokollen ist mittlerweile aktiv, das bekannteste nennt sich *BitTorrent*, und das zu Recht, denn es heißt übersetzt etwa „reißender Datenstrom“ (Bit: kleinste Dateneinheit, engl. torrent: reißender Strom, von lat. torrens). Mit dieser Technik lassen sich in kürzester Zeit enorme Datenmengen durch das Netz transportieren. Hier werden nicht mehr ganze Musikstücke oder Filme übertragen, sondern nur noch die einzelnen Bits einer Datei, und das zeitgleich von völlig unterschiedlichen Quellen. Dadurch wird die Geschwindigkeit des Downloads signifikant erhöht und gleichzeitig ist es möglich, schon unvollständige Dateien weiterzugeben. Dieses Protokoll nutzen verschiedene Programme, deren Besitzer man nicht verklagen kann: die Software ist frei im Netz verfügbar, niemand ist für die Nutzung verantwortlich zu machen. Das System hat aber keine eigene Suchfunktion. Wenn man also ein großes Datenpaket, einen *Torrent*, herunterladen möchte, bedient man sich einer externen Suchmaschine, die im großen Netz solche Datenquellen auffindet, die sogenannten *Tracker*. Und der bekannteste *Torrent-Tracker* weltweit nennt sich *The Pirate Bay*, ist in Schweden beheimatet und entstand 2004 im Umfeld des *Piratbyrån*, einer Organisation, die als Antwort auf das *Antipiratbyrån*, das sich der Bekämpfung von Raubkopien verschrieben hat, gedacht war.

25 Röttgers, Janko: Mix, Burn & R.I.P. Online:
http://www.lowpass.cc/Janko_Roettgers_Mix_Burn_RIP.pdf, S. 26f (19.09.09)

1.3 Antipiratbyrån und die Verschärfung des schwedischen Urheberrechts

Schweden ist uns schon seit langem als ein liberales und tolerantes Land bekannt. Da in Schweden auch schon früh das Internet und die schnellen Breitbandanschlüsse verbreitet waren, verwundert es nur wenig, dass besonders die jüngeren Schweden das eher laxe Urheberrecht zusammen mit den technischen Möglichkeiten ausreizten und entsprechende Dateien aus dem Internet herunterluden.

Anfang dieses Jahrtausends nun ward dies der Musik- und Filmrechterverwertungsindustrie zuviel. Die Mediengiganten Disney, Sony Pictures, Viacom, Fox, Universal und Warner gründeten das schwedische Antipirateriebüro (*Antipiratbyrån*), das den Kampf gegen die Raubkopierer bündeln und koordinieren und beim Staat für schärfere Urheberrechtsgesetze und eine striktere Einhaltung derselben werben sollte.

Im März 2005 trug diese Lobbyarbeit die ersten Früchte. Hatte sich die schwedische Polizei bis dato eher ineffizient in kleineren Aktionen gegen die Dateiteiler (engl. Filesharer, schwed. Fildelare) verzettelt, änderte sie nun ihre Taktik und führte eine erste große Razzia gegen Schwedens größten unabhängigen Internet Service Provider durch. Die Polizei erklärte, man habe vier Rechner, darunter einen der größten bekannten Piratenserver in Europa, konfisziert. Auf den Servern hätten sich erhebliche Mengen an raubkopiertem Material befunden, u. a. 1.800 Filmdateien, 5.000 Software-Programme und etwa 450.000 Musikdateien. Die Aktion, so hieß es von offizieller Seite, sei u. a. aufgrund der Mithilfe der *Motion Picture Association of America* (MPAA), die derzeit zusammen mit der Musikindustrie weltweit Behörden über ihre Verdachtsmomente und den Stand der Ermittlungen aufkläre, zustande gekommen.²⁶

Wie diese Hilfe konkret ausgesehen hat, musste das *Antipiratbyrån* kurze Zeit später zugeben. Zwar jubelte der Anwalt der Lobbyorganisation Henrik Pontén zunächst, dass die Piratenszene in Schweden seit der Razzia kaum noch aktiv sei, gleichzeitig musste er jedoch einräumen, dass *Antipiratbyrån* mit einem Spitzel (Deckname: Rouge) als

26 Kino.de (14.03.05): Schwedens Polizei gelingt Schlag gegen Piraterie. Online: <http://www.kino.de/news/schwedens-polizei-gelingt-schlag-gegen-piraterie/174521.html> (14.08.09)

Informant zusammen gearbeitet habe, der Zugang zum innersten Kreis des Piratenuntergrunds in Schweden gehabt habe. Sogleich wurden Vorwürfe laut, dass der bezahlte Informant die beschlagnahmten digitalen Raubkopien vorher heimlich auf den Rechnern des ISP deponiert habe. Der Vorstandsvorsitzende des betroffenen Providers erklärte sichtlich angefressen, dass man Opfer eines „schlecht geplanten Angriffs aus dem Hinterhalt“ geworden sei. Und weiter wird er zitiert: „Er hat sich von außen in unser System eingeloggt [...] Wir haben keine Ahnung, was der Kerl alles angestellt hat.“²⁷

Obwohl die Öffentlichkeit in Schweden keinesfalls geschlossen hinter solchen Aktionen stand und die Medien das Thema kontrovers diskutierten, blieben die Piratenjäger in der Offensive: Im April 2005 brachte die schwedische Landesgruppe des Internationalen Musikverbandes *International Federation of Phonogram and Videogram Producers* (IFPI) einen Brief in Umlauf, in dem national wie international bekannte Musiker wie z. B. Per Gessle von der Gruppe *Roxette* oder Nils Landgren ihre Befürchtungen äußerten, dass Filesharing in der Gesellschaft bald akzeptiert sei, obwohl es doch eigentlich Diebstahl sei: „Wir wollen nicht bestohlen werden“ hieß es in dem Schreiben, das, wie Schwedens IFPI-Vorsitzender Lars Gustafsson (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Schriftsteller und Piratenunterstützer, siehe unten) hervorhob, eine Initiative der Künstler gewesen sei.²⁸

Unabhängig davon, wer letztlich der Initiator des Briefes war - der Zeitpunkt war günstig gewählt, denn er passte mitten in die Diskussion um eine Reform des Urheberrechts in Schweden. Und dass eine Reform in diesem Zusammenhang nur in eine Richtung verlaufen konnte, war nicht zuletzt der erfolgreichen Arbeit des *Antipiratbyrån* zu verdanken. Zwar betonte Justizminister Thomas Bodström in der laufenden Debatte: „Wenn man das Urheberrecht stärkt, ist es umso wichtiger, dass man damit nicht die Nutzungsmöglichkeiten für den privaten Bereich einschränkt.“ Er drohte den Plattenfirmen damit, Kopierschutzsysteme für Tonträger zu verbieten, sollten die Nutzungsrechte der Kunden weiter-

27 Kino.de (01.04.05): Schwedischer Internetdienst wehrt sich gegen Piratenjäger. Online: <http://www.kino.de/news/schwedischer-internetdienst-wehrt-sich-gegen-piratenjaeger/175643.html> (14.08.09)

28 Kino.de (19.04.05): Schwedens Musiker verurteilen Diebstahl ihrer Musik. Online: <http://www.kino.de/news/schwedens-musiker-verurteilen-diebstahl-ihrer-musik/176881.html> (14.08.09)

hin eingeschränkt werden. Schließlich müsse jeder Käufer einer CD in der Lage sein, sich digitale Kopien für die private Nutzung zu erstellen und die Entertainmentindustrie sei verpflichtet sicherzustellen, dass diese Möglichkeit nicht durch technologische Hürden verstellt werde.²⁹

Diese Ankündigung hatte aber wohl eher beschwichtigenden Charakter, ein kleines Zuckerl für die Nutzer und Kunden der Musikindustrie, denn am 25. Mai 2005 wurde ein neues Urheberrecht mit großer Mehrheit verabschiedet, das ausschließlich die Argumente der Rechteverwerter berücksichtigte. IFPI-Chef Gustafsson hatte einen Umsatzrückgang in der schwedischen Musikindustrie um 30 % seit 2001 beklagt und *Antipiratbyrån*-Anwalt Pontén hob stets hervor, dass Schweden die europäische Hochburg der Online-Piraterie sei: mindestens eine halbe Million Schweden versorge sich im Netz illegal mit Filmen und Musik und pro eine Million Einwohner müsse man jährlich 7.000 Fälle von illegalen Uploads verzeichnen, der europäische Durchschnitt liege bei 2.000 Fällen. Entsprechend beschloss das schwedische Parlament in dem zum 1. Juli 2005 in Kraft getretenen Gesetz, dass das im Internet zur Verfügung stellen (Upload) ebenso wie das Herunterladen (Download) und der Tausch von urheberrechtlich geschütztem Material unter Strafe zu stellen sei. Zudem wurde die Leermittelabgabe deutlich angehoben, um Urheber besser zu vergüten. Für eine normale DVD mit einer Speicherkapazität von fünf Gigabyte wurden demnach 30 (3,26 Euro) statt bisher zehn Kronen (1,09 Euro) fällig.³⁰

Dass der Kampf gegen die Internetpiraten mit der Gesetzesänderung entschieden war, kann jedoch nicht behauptet werden. Zwar war es nun amtlich, dass sich – je nach Schätzung – 7 bis 20% der schwedischen Bevölkerung permanent strafbar machten, Portale wie z. B. *The Pirate Bay* aber ließen sich auf der Basis dieser Gesetzesreform trotzdem nicht schließen, da auf der Website selber urheberrechtlich geschütztes Material weder angeboten, noch heruntergeladen, noch getauscht wurde. Immerhin waren die Nutzer der Tauschbörsen nun besser verfolgbar,

29 Kino.de (20.05.09): Schwedens Regierung droht mit Kopierschutzverbot. Online: <http://www.kino.de/news/schwedens-regierung-droht-mit-kopierschutzverbot/179135.html> (14.08.09)

30 Kino.de (27.05.09): Schweden verabschiedet Gesetz gegen Onlinepiraterie. Online: <http://www.kino.de/news/schweden-verabschiedet-gesetz-gegen-onlinepiraterie/179614.html> (14.08.09)

aber auch hier gab es ein Problem, wie etwa das folgende Beispiel aus Deutschland zeigt:

Mitte Dezember 2005 entschied das Landgericht Flensburg, dass ein Internetanbieter nicht gezwungen werden könne, die Daten von Tauschbörsennutzern zu speichern. Die Erhebung und Speicherung dieser Daten aber ist die notwendige Voraussetzung dafür, dass man die illegalen Downloader überhaupt ausfindig machen kann. Die Rechteinhaber hatten immer wieder darauf gedrängt, dass die Provider diese Daten speichern und den Staatsanwälten zur Verfügung stellen sollten. Auf der Basis solcher Daten gingen allein bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe im Juni und Juli 2005 über 20.000 Anzeigen wegen Urheberrechtsverletzungen ein.³¹

Just zu diesem Zeitpunkt aber kam der Industrie (zufällig?) der europäische Antiterrorkampf zu Hilfe. Am selben Tag, als die eben zitierte Meldung erschien, am 15. Dezember 2005, beschloss das europäische Parlament die Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten.

31 Netzeitung (15.12.05): Nutzer illegaler Tauschbörsen können aufatmen. Online: <http://www.netzeitung.de/internet/373146.html> (12.08.09)

1.4 Gründung der Piratpartiet und Razzia bei The Pirate Bay

Glaubt man den Beteiligten, so muss der Vorratsdatenbeschluss der letzte Anstoß zur Gründung einer Partei gewesen sein. Schon im Jahr 2003 hatte sich als Reaktion auf die Lobbyorganisation *Antipiratbyrå* das Piratenbüro (*Piratbyrå*) formiert, wo die Filesharer sich zusammen getan hatten und aus dem ein Jahr später die berühmterberühmte Plattform *The Pirate Bay* hervorgegangen war. Zudem gab es die FFII (Foundation for a Free Information Infrastructure, zu deutsch etwa *Verein für eine freie Informations-Infrastruktur*). Da dieser Name für eine neue politische Gruppierung eher etwas sperrig klang und den Betroffenen wohl auch nicht sexy genug war, entschied man sich dafür, die aggressiven Polemiken des *Antipiratbyrå* und den Vorwurf der Musik- und Filmindustrie, Filesharer seien „Piraten“, ironisch aufzugreifen und eine *Piratenpartei* (schwed. *Piratpartiet*) zu gründen.

*Bei der Namensgebung der Partei haben wir den negativen Kampfbe-
griff der Verwertungsindustrie aufgenommen. Musik- und Filmindust-
rie bezeichnen alle als Netzpiraten, die im Internet etwas anderes ma-
chen, als bei ihnen einzukaufen. Wir wollen dieser negativen Sicht des
Piraten etwas Positives entgegensetzen: Uns geht es vor allem um Frei-
heit.*³²

Die *Piratpartiet* hat stets betont, völlig unabhängig von *The Pirate Bay* zu agieren. Trotz der Tatsache, dass sowohl die politische Gruppierung als auch die Torrent-Plattform aus dem Piratenbüro hervorgegangen sind, ist *The Pirate Bay* keinesfalls mit der *Piratpartiet* gleich zu setzen, die Ziele als auch die Organisationsform sind völlig unterschiedlich. Einer der Mitgründer von *The Pirate Bay*, Peter Sunde, ist darüber hinaus Mitglied der schwedischen Grünen und hat im Europawahlkampf im Internet dazu aufgerufen, die Grünen und nicht etwa die *Piratpartiet* zu wählen.

Am 1. Januar 2006 um 20:30 Uhr war die Webseite der Partei online, was die Gründung der *Piratpartiet* bedeutete. Das erste Ziel war die

32 Jens Seipenbusch zit. nach der freitag (25.04.09): „Es geht uns um die Freiheit“. Interview. Online: <http://www.freitag.de/alltag/0917-piratenpartei-urheberrecht-interview> (10.08.09)

Sammlung von 2.000 Unterstützerunterschriften bis zum 29. Februar 2006, da von der schwedischen Wahlbehörde als Voraussetzung für die Teilnahme an den Reichstagswahlen im September 2006 mindestens 1.500 Unterschriften verlangt wurden. Bereits nach weniger als 24 Stunden konnte die Partei diese Hürde mit präsentierten 2.268 Unterschriften als gemeistert melden.

In den folgenden Monaten gelang es der Partei, sich erfolgreich für die kommende Wahl registrieren zu lassen, Kandidaten wurden in den wichtigen Wahlkreisen aufgestellt und auch die restlichen organisatorischen Probleme wurden gelöst. Was fehlte, war etwas Publicity, ein Aufreger, der der Partei die für die kommende Wahl notwendige Aufmerksamkeit bescherte. Und siehe da:

Ende Mai 2006 wurde *The Pirate Bay* Ziel einer groß angelegten Razzia. Mehrere Server wurden beschlagnahmt, drei Mitglieder wurden zum Verhör mitgenommen, kurz darauf aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Geleitet wurde die Aktion von einem Staatsanwalt, der für die Untersuchung für Fälle mit internationalem Bezug verantwortlich ist. Es sei darum gegangen, Beweismaterial sicherzustellen, mit dem man Filesharing und Verstöße gegen das Urheberrecht nachweisen könne.

Schon einen Tag später hatte ein Blogger ein Interview³³ mit einem Mitglied des Piratenbüros online gestellt:

Was genau ist gestern passiert?

Wir wissen tatsächlich noch nicht allzu viel. Der Durchsuchungsbefehl ist uns immer noch nicht bekannt, wir wissen also nicht wonach gesucht wird. Wir wissen aber vom Antipiratbyrån (der Schwedischen Anti-Piraterie-Organisation), dass es einen Durchsuchungsbefehl für den gesamten Provider PRQ gab. Es wurden anscheinend nicht nur etwa 160 Server sondern auch Netzwerk-equipment beschlagnahmt.

Das heißt es waren auch andere Webseiten betroffen?

Ja, das Magazin Säkerhet&Sekretess hat eine erste Liste veröffentlicht und ruft die betroffenen dazu auf, sich zu melden. Dass so viele völlig unschuldige Webseiten, wie auch die politische Organisation "Piratbyrån" betroffen sind, ist für uns viel schlimmer als die temporäre Auszeit von The Pirate Bay.

33 Finn, Julian (01.06.06): Interview mit darknite. Online: <http://www.zeitspuk.de/archives/642-ThePirateBay-News-Update.html> (11.08.09)

Es wurden auch ein paar Menschen verhaftet, was wird ihnen vorgeworfen?

Insgesamt wurden drei Crewmitglieder verhaftet und befragt, sie wurden jedoch gestern wieder freigelassen. Ihnen wird Verstoß gegen das Urheberrecht vorgeworfen, das könnte sich jedoch ändern. Wir vermuten, dass das Antipiratbyrå die Polizei fehlgeleitet hat und The Pirate Bay fälschlicherweise vorwirft, WareZ [illegal beschaffte oder verbreitete Software, Schwarzkopie; A. d. Hrsg.] auf dem Server zu lagern und zu verteilen.

Gibt es denn eine Einschätzung von Anwälten?

Nein, noch nicht. Wir verhandeln allerdings mit einem sehr bekannten schwedischen Anwalt und versuchen ihn zu überzeugen, uns in dem anstehenden Fall zu verteidigen.

Hat The Pirate Bay einen Backup-Plan?

Wir arbeiten gerade fieberhaft an einer Lösung und wären sehr enttäuscht von uns, wenn wir TPB nicht binnen einer Woche wieder zum Laufen bekommen. Möglich ist auch, dass wir in andere Länder gehen, gerüchteweise Holland, mit Russland als Backup. Allzu sehr lässt sich das nicht dezentralisieren, aber optimal wäre natürlich eine Lösung, die weiter funktioniert wenn einer der Server vom Netz genommen wird.

Wie waren denn die politischen Reaktionen bisher?

Bis jetzt hat sich nur die Piratenpartei geäußert. Allerdings ist dieses Jahr Wahljahr in Schweden, wir erwarten also noch einige Diskussionen zu diesem Thema. Das Vorgehen von Polizei und Antipiratbyrå wird dabei sicher zur Debatte stehen.

Sofort organisierte die *Piratenpartei* für die nächsten Tage Demonstrationen in Göteborg und Stockholm, an denen aber nur zwischen 500 und 900 Menschen teilnahmen. Auf der Stockholmer Demonstration hielt Falkvinge allerdings eine wirkungsvolle Rede.³⁴

³⁴ Zit. nach gulli.com (05.06.06). Online: <http://www.gulli.com/news/mein-name-ist-rickard-2006-06-05/> (31.07.09)

Freunde, Bürger, Piraten:

Es ist nichts Neues unter der Sonne.

Mein Name ist Rickard Falkvinge und ich bin der Anführer der Piratenpartei.

Während der letzten Woche haben wir einige Beispiele juristischer Schandtaten miterleben dürfen. Wir haben die Polizei gesehen, wie sie die ihnen zu Verfügung stehenden Mittel missbraucht hat. Wir haben gesehen, wie hochrangige Politiker mobilisiert haben, um die Unterhaltungsindustrie zu beschützen.

All das ist skandalös ohne Gleichen. Deshalb stehen wir heute hier.

Die Unterhaltungsindustrie will uns davon überzeugen, dass es nur um die Lösung von Zahlungsfragen geht, wie eine bestimmte Gruppe von Arbeiten bezahlt wird. Dass es um ihre immer kleiner werdenden Verkaufszahlen, um ihre trockenen Statistiken geht. Das ist ein Vorwand. Es geht um etwas ganz anderes.

Um die heutige Situation im Lichte der Geschichte zu verstehen müssen wir 400 Jahre zurück gehen, zurück, als die Kirche das Kultur- und Wissensmonopol hatte. Was die Kirche sagte, hatte zu geschehen. Pyramidenkommunikation. Es gab eine Person an der Spitze, die zu einer gewissen Zahl anderer weiter unten in der Pyramide gesprochen hat. Kultur und Wissen hatten eine Quelle und diese Quelle war die Kirche.

Und Gnade Gott denjenigen die es wagten, das Kultur- und Wissensmonopol der Kirche herauszufordern! Sie wurden den zu der Zeit denkbar schlimmsten Misshandlungen ausgesetzt. Die Kirche erlaubte den Bürgern unter keinen Umständen, selbst Informationen zu verbreiten; sie beherrschte die gesamte Gesetzgebung: Prävention, Verfolgung und Bestrafung.

Es ist nichts Neues unter der Sonne.

Heute wissen wir, dass die Freisetzung des Wissens das einzig Richtige für die Gesellschaft ist. Dieser Galileo Galilei hatte recht. Selbst er hat gegen das Wissensmonopol angekämpft.

Wir sprechen hier von einer Zeit, in der die Kirche die Meinung verbreitete, dass Bürger nicht lernen müssten zu lesen und zu schreiben, denn

der Pfarrer würde ihnen ohnehin alles sagen, was sie zu wissen hätten. Die Kirche wusste, was es bedeutet hätte, wenn sie ihre Kontrolle verloren hätte.

Dann kam der Buchdruck.

Plötzlich gab es nicht nur eine Wissensquelle, auf die man hören konnte, sondern mehrere. Die Bürger - die angefangen hatten, lesen zu lernen - konnten von unsanktioniertem Wissen profitieren. Die Kirche war wütend. Die königlichen Familien waren wütend. Die britische Königsfamilie ging sogar soweit, dass sie ein Gesetz erließ, das besagte, dass nur Drucker, die speziell von der Königsfamilie befugt waren, Bücher drucken, das Wissen und die Kultur für die Bürger vermehren durften.

Dieses Gesetz wurde "Copyright" genannt.

Dann vergingen einige hundert Jahre und die Pressefreiheit wurde geschaffen. Aber überall existierte immer noch dasselbe alte Kommunikationsmodell: Eine Person, die zu der Masse spricht. Es gab verschiedene Leute, auf die man hören konnte - dennoch überall: Eine Person, die zu der Masse spricht. Das wurde vom Staat benutzt, um das System eines "Herausgebers" einzuführen.

Die Bürger werden in der Tat vom Wissen profitieren können, doch es wird immer jemanden geben, der ihnen antworten kann, wenn sie - oh schrecklicher Gedanke - vom falschen Wissen profitieren wollen.

Und das ist es, was die Grundfesten heute reformieren wird. Denn das Internet gehorcht diesem Modell nicht mehr. Heutzutage laden wir nicht mehr einfach nur Kultur und Wissen herunter. Wir laden gleichzeitig hoch, zu anderen. Wir verteilen Dateien. Wissen und Kultur haben, erstaunlicherweise, ihren zentralen Kontrollpunkt verloren.

Das ist der zentrale Punkt meiner Ansprache, deshalb werde ich ins Detail gehen:

Downloaden ist das alte Modell des alten Massenmediums, wo es einen zentralen Kontrollpunkt gibt, einen Kontrollpunkt mit einem verantwortlichen Herausgeber, der Gefahr läuft, dass ihm der Pressezensur entzogen wird und so weiter und so fort - wo jeder Wissen und Kultur herunterladen kann, von diesem zentralen Kontrollpunkt, der genau die Rechte vergeben kann, die er für passend erachtet.

Kultur- und Wissensmonopol. Kontrolle.

Filesharing begründet das gleichzeitige Hoch- und Herunterladen von jeder verbundenen Person, ohne jede zentrale Kontrolle; es ist eine Situation, wo die gesamte Kultur und Information zwischen Millionen verschiedener Menschen fließt - zur selben Zeit. Das ist etwas grundlegend anderes, etwas komplett Neues in der Geschichte der menschlichen Kommunikation. Es gibt niemanden mehr, der verantwortlich gemacht wird, wenn das falsche Wissen verbreitet wird.

Deshalb reden die Firmen so viel von legalen Downloads. Legal. Downloads. Denn sie versuchen, das Abholen von ihrem zentralen Punkt unter ihrer Kontrolle als das einzig legale Modell darzustellen. Downloads, nicht Filesharing.

Und genau das ist der Grund, warum wir das Gesetz ändern werden.

Während der letzten Wochen haben wir gesehen, wie weit ein Spieler bereit ist zu gehen, nur um seine Kontrolle nicht zu verlieren. Wir haben gesehen, wie die Verfassung verletzt wurde. Wir haben gesehen wie Staatsgewalt unrechtmäßig eingesetzt wurde und wie die persönliche Integrität von der Polizei eingeschränkt wurde - nicht um Verbrechen zu bekämpfen, sondern um diejenigen, die verwickelt sind und all jene, die irgendwo nahe waren, zu belästigen.

Es ist nichts Neues unter der Sonne und die Geschichte wiederholt sich immer wieder. Es geht nicht um die Kompensierung einer bestimmten Gruppe von Arbeitern. Es geht um die Kontrolle von Kultur und Wissen, denn wer diese Dinge beherrscht, beherrscht die Welt.

Die Unterhaltungsindustrie hat versucht, uns zu beschämen, indem sie uns sagt, dass das was wir tun illegal sei, dass wir Piraten seien. Sie versuchen, uns unter irgendeinen Stein zu drücken. Schaut euch heute um - schaut, wie sie versagt haben. Ja, wir sind Piraten. Aber jemand, der denkt, ein Pirat zu sein sei eine Schande, hat unrecht. Es ist etwas, worauf wir stolz sind.

Denn wir haben bereits gesehen, was es heißt, ohne zentrale Kontrolle zu sein. Wir haben bereits die Freiheit geschmeckt, gefühlt und gerochen, ohne zentrales Monopol von Kultur und Wissen zu sein. Wir haben bereits gelernt, zu lesen und zu schreiben.

Und wir werden auch nicht vergessen, wie man liest und wie man schreibt, nur weil es in den Augen der Medien von gestern nicht passt.

MEIN NAME IST RICKARD UND ICH BIN EIN PIRAT!

Niedrige Beteiligung an den öffentlichen Protesten und ein Rückgang des gesamten Schwedischen Internetverkehrs nach der Beschlagnahme der *Pirate Bay* Server um 20% – die Urheberrechtsschützer waren begeistert. „Schwedische Behörden versenken *Pirate Bay*“³⁵ jubelte beispielsweise der Dachverband der amerikanischen Filmindustrie (MPAA) und die Musiklobbyorganisation IFPI kommentierte:

*Die Pirate-Bay-Seite hat die Musikindustrie in einem internationalen Ausmaß geschädigt. Es ist sehr begrüßenswert, dass die schwedischen Autoritäten hier durchgegriffen haben.*³⁶

Doch schon bald wurde bekannt, dass die US-amerikanische Regierung erheblichen Druck auf die schwedischen Behörden ausgeübt hatte. In einer Presseerklärung der MPAA wurde betont: „Seit der Einreichung einer Strafanzeige in Schweden im November 2004, hat die Filmindustrie energisch mit schwedischen und US-Regierungsbeamten daran gearbeitet, diese illegale Seite zu schließen.“³⁷ Und im schwedischen Fernsehen hieß es, dass die USA im Rahmen der WTO mit Handelssanktionen gedroht hatten, wenn Schweden nichts gegen das „Problem *Pirate Bay*“ unternahme.³⁸

Obwohl acht Monate später eine Kontrollinstanz, der schwedische Ombudsmann für Polizei und Justiz, das Vorgehen der von staatlicher Seite Beteiligten weitestgehend für angemessen erachtete,³⁹ war das Kind nun endgültig in den Brunnen gefallen. Zwar dementierte Justizminister Bodström die Weisung aus den USA - es habe lediglich Gespräche

35 MPAA-Pressemitteilung (31.05.06): SWEDISH AUTHORITIES SINK PIRATE BAY. Online: http://www.mpa.org/press_releases/2006_05_31.pdf (08.08.09)

36 Stöcker, Christian (02.06.06): USA sollen hinter Torrent-Razzia stecken. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,419445,00.html> (11.08.09)

37 MPAA-Pressemitteilung (31.05.06): SWEDISH AUTHORITIES SINK PIRATE BAY. Online: http://www.mpa.org/press_releases/2006_05_31.pdf (08.08.09)

38 heise online (21.06.06): USA nutzten WTO als Druckmittel beim „Problem *Pirate Bay*“. Online: <http://www.heise.de/newsticker/USA-nutzen-WTO-als-Druckmittel-beim-Problem-PirateBay--/meldung/74540> (11.08.09)

39 gulli.com (03.04.07): Viel falsch gelaufen, keine Folgen für die Strafverfolger. Online: <http://www.gulli.com/news/piratebay-razzia-viel-falsch-2007-04-03/> (11.08.09)

zum Urheberrecht gegeben - doch nun eskalierte die Situation. Denn am folgenden Wochenende lag dem Stockholmer Boulevardblatt *Aftonbladet* plötzlich eine Liste mit den Namen, Adressen und Telefonnummern von mehreren tausend Mitgliedern der *Piratenpartei* vor – nicht nur ein klarer Rechtsbruch, sondern auch ein Politikum: denn spätestens seit der umstrittenen Razzia sahen sich Mitglieder und Sympathisanten der *Piratenpartei* dem Generalverdacht der schweren Urheberrechtsverletzungen ausgesetzt.

Sofort kursierten Gerüchte, die Liste stamme von einem der beschlagnahmten Server. Aber damit nicht genug: *Aftonbladet* berichtete weiter, dass der alte Gegenspieler der Piraten, das *Antipiratbyrå*n, heimlich schwedische Internetnutzer ausspähe. Von über 400.000 Schweden sei akribisch festgehalten worden, welche Filme, Lieder und Spiele sie aus dem Netz heruntergeladen hätten.⁴⁰

Der Widerstand der „Dateiteiler“ gegen ein solches Vorgehen formierte sich nicht auf der Straße, sondern im Internet. Rechnernetze der Regierung und der schwedischen Polizei wurden Zielscheiben von Hackerangriffen, das *Antipiratbyrå*n nahm seine Webseite vorsorglich vom Netz. Verschiedene Seiten der Musikindustrie waren vorübergehend unerreichbar, so auch die Seite der IFPI (die allerdings einen Serverausfall als Grund nannte). Auf der Seite *www.sonymusicstudios.co.uk* erschien eine türkische Flagge und der Schriftzug „Hacked by Lucky Luke“. Im Quelltext der vorgeschalteten Seite fand sich ein Link zu einer Musikdatei aus dem Soundtrack des Films *Pirates of the Carribean*, die mit den Worten beginnt: „Sie vergessen eine sehr wichtige Sache - ich bin Captain Jack Sparrow“.⁴¹

Schon am Tag der Razzia hatte ein Mitglied des *Piratbyrå*n beklagt, dass die Entertainment-Industrie die Polizei betrogen habe, indem sie „Technologie-unkundige Polizisten“ davon überzeugt habe, dass die fraglichen Server Materialien enthielten, die das Urheberrecht verletzen, was jedoch keineswegs der Fall sei, da *The Pirate Bay* selber gar keine Downloads anbiete.⁴²

40 Schmitt, Stefan & Christian Stöcker (06.06.06): Piratenkrieg in Schweden. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,419892,00.html> (12.08.09)

41 Stöcker, Christian (02.06.06): USA sollen hinter Torrent-Razzia stecken. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,419445,00.html> (11.08.09)

42 Zit. nach Röttgers, Janko (01.06.06): Filmindustrie feiert Pirate Bay-Razzia. Online: <http://www.netzwelt.de/news/74192-filmindustrie-feiert-pirate-bay-razzia.html> (11.08.09)

Und entsprechend selbstbewusst gingen die Macher der Website wieder an die Arbeit. Die weltweite Publicity bewirkte ihr Übriges: Im Dezember 2006 wurden 4,2 Mio. Peers erreicht, und der Anstieg war nicht aufzuhalten. Im September 2008 waren es schon 14,8 Mio. Peers, zwei Monate später wurden 22,0 Mio. gemeldet. Nach eigenen Angaben war *The Pirate Bay* in 34 Sprachen verfügbar und Internetstatistiken zählten die Seite regelmäßig zu den am meisten besuchten im ganzen Netz.

Für die *Piratpartiet* erwiesen sich die Ereignisse im Frühling 2006 als ein politischer Glücksfall, sie bescherten der jungen Partei die für den Wahlkampf noch fehlende Aufmerksamkeit: „Als das mit der Liste in die Nachrichten geriet, gingen die Neuanmeldungen bei uns steil nach oben“, sagte Falkvinge. „Filesharing wird das heiße Thema im kommenden Wahlkampf“, fuhr er fort „und wir sind die einzige Partei, die diesen Komplex versteht.“⁴³

Im folgenden Wahlkampf zu den Reichstagswahlen im September machte sich bereits bemerkbar, dass die schwedischen Dateiteiler nun eine eigene politische Lobby besaßen. Mit Blick auf die potentiellen Wähler der *Piratpartiet* hatten nicht nur die Grünen (*Miljöpartiet*) und die Linken (*Vänsterpartiet*) ihre Standpunkte bezüglich des Urheberrechts revidiert, auch die *Moderata samlingspartiet* (Wirtschaftsliberal-Konservativen) des späteren Ministerpräsidenten Reinfeldt gab sich in dieser Frage durchaus moderat. Selbst der damalige Justizminister Thomas Bodström äußerte am 9. Juni 2006 seine Bereitschaft, das 2005 in Kraft getretene verschärfte Urheberrecht zu revidieren, wenn man im Gegenzug eine neue Steuer auf Breitband-Internetzugänge einführe.⁴⁴

All diese Zugeständnisse nahmen der *Piratpartiet* entscheidenden Wahlkampfwind aus den Segeln. Als es am 17. September 2006 an die Urnen ging, hatte die Partei statt der erhofften 225.000, die den Einzug in das Parlament bedeutet hätten, nur die zehntmeisten Stimmen erhalten. 34.918 Wähler wurden gewonnen, weniger als die feministische Liste und somit nur 0,63% statt der anvisierten 4%.⁴⁵

43 zit. nach Schmitt, Stefan & Christian Stöcker (06.06.06): Piratenkrieg in Schweden. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,419892,00.html> (12.08.09)

44 Wikipedia-Artikel „Piratpartiet“. Online: <http://de.wikipedia.org/wiki/Piratpartiet> (06.08.09)

45 Val till riksdagen, offizielle Wahlstatistik der sonstigen Parteien an der Reichstagswahl in Schweden 2006. Online: <http://www.val.se/val/val2006/slutlig/R/rike/ovriga.html> (abgerufen 31.07.09)

Dennoch brachte die Wahl für Schweden einen großen Einschnitt, denn die scheinbar auf ewig gewählten Sozialdemokraten blieben zwar stärkste Fraktion, die Regierung aber durfte eine bürgerliche Allianz unter Führung von Fredrik Reinfeldt bilden. Die Konservativen hatten aus dem Debakel vier Jahre zuvor gelernt und sich als die besseren Sozialdemokraten verkauft, wie die deutsche *taz* ironisch anmerkte.⁴⁶

46 Herrmann, Ulrike (21.09.06): Systemwechsel in Skandinavien. Online: <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2006/09/21/a0163> (06.08.09)

1.5 Der Pirate Bay Prozess

Im Februar 2009 begann in Stockholm das bislang größte und spektakulärste Gerichtsverfahren gegen die Cyberpiraten. Das öffentliche Interesse am Prozess war riesig, erstmals konnte man in Schweden den Ton einer ganzen Verhandlung live mitverfolgen - im Radio und selbstverständlich im Internet. Trotz nicht ganz eindeutig geklärter Besitzverhältnisse saßen die Macher Fredrik Neij und Gottfrid Svartholm Warg, der Sprecher der Plattform Peter Sunde und der Besitzer des Webhosters, Carl Lundström, auf der Anklagebank.

Kläger waren die schwedische Staatsanwaltschaft sowie der amerikanische Verband der Filmindustrie MPAA, die Gefängnisstrafen und 12 Mio. US Dollar Schadensersatz forderten, da die Angeklagten sich durch die kommerzielle Verbreitung und Bereitstellung von urheberrechtlich geschütztem Material illegal bereichert hätten. Obwohl das Herunterladen der Dateien ebenso wie das Benutzen des *Pirate Bay* Servers kostenlos ist, habe die Plattform nach Angaben der Staatsanwaltschaft rund 120.000 Euro Einnahmen durch Werbung erzielt.

Aber bereits am zweiten Verhandlungstag ließ die Anklage aufgrund von Formfehlern und mangels Beweisen einen zentralen Vorwurf – die direkte Bereitstellung von Raubkopien von Filmen, Musik und Computerprogrammen – wieder fallen. Der Staatsanwaltschaft war es nicht gelungen zweifelsfrei zu beweisen, dass die von ihr als Beweismaterial gesammelten Beispiel-Downloads auch tatsächlich durch *The Pirate Bay* ermöglicht wurden. Dagegen wurde der Vorwurf der Urheberrechtsverletzung durch Bereitstellung technischer Grundlagen für den Tausch von raubkopiertem Material aufrechterhalten.

Von Staatsanwalt Håkan Roswall - der an einem Tag so lange erfolglos mit seinem Laptop kämpfte, dass ihn der Richter aufforderte analog, mit Stift und Papier, weiterzuarbeiten - wurden zwischenzeitlich noch geheime Notizen publik, in denen er daran zweifelte, dass nach den geltenden Gesetzen eine Verurteilung überhaupt möglich sei.⁴⁷

Die Argumente und Gegenargumente vor Gericht waren nicht neu: Die Anklage rechnete vor, was die Film- und Musikindustrie durch *The*

47 Wolff, Reinhard (19.02.09): Staatsanwalt zweifelt an Schuld. Online: <http://www.taz.de/1/leben/internet/artikel/1/staatsanwalt-zweifelt-an-schuld/> (09.08.09)

Pirate Bay an Einnahmeausfällen zu beklagen hätte. Die Verteidigung hielt es dagegen für unbewiesen, „ob die Personen, welche die Dateien über BitTorrent tauschen, diese auch wirklich alle käuflich erwerben würden“.⁴⁸ Schwedische IT-Forscher stellten zudem die These auf, dass die Unterhaltungsindustrie nicht so geschädigt werde, wie sie gerne reklamiert, denn Plattformen wie *The Pirate Bay* erweiterten sogar den Konsumentenkreis um Personen, die ansonsten gar nicht bereit gewesen wären, Geld für die Filme oder Platten zu zahlen.⁴⁹ Demgegenüber verwies ein Anwalt der Unterhaltungsbranche wiederum auf das Fehlen von Studien, die aufzeigen könnten, dass die Industrie nicht geschädigt werde: „Das Gericht muss sich fragen: Wenn ich eine bestimmte Musikaufnahme haben will, und sie gratis bekomme, kaufe ich sie dann?“⁵⁰

Das Problem bei derartigen Klagen liegt auf der Hand: Die weltweit Millionen Nutzer sind nur äußerst schwer zur Verantwortung zu ziehen, was diese auch wissen und sich bisweilen gar einen Spaß daraus machen: So outen sich auf www.filesharer.org mehrere tausend Nutzer selbst als Raubkopierer und stellen ihr Foto ins Internet.

Erst im April 2009 trat in Schweden das umstrittene IPRED-Gesetz (siehe unten) in Kraft, das die Identifizierung der illegal downloadenden Nutzer ermöglicht. Zum Prozesszeitpunkt aber war diese Möglichkeit noch nicht gegeben, weshalb, nach Ansicht der Verteidigung, weder die juristische Verfolgung derjenigen, die illegal heruntergeladen noch derjenigen, die dazu Mithilfe leisten, möglich sei.

Einige Prozessbeobachter vertraten die Meinung, dass es der Staatsanwaltschaft an juristisch konkreten Beweisen fehle. Selbst nach fast dreijähriger Voruntersuchung sei es nicht gelungen zu beweisen, dass die Betreiber der Website aus kommerziellem Interesse handelten. Zudem seien auf den Servern von *The Pirate Bay* keine Raubkopien, kein Song, kein Film zu finden. Die Website funktioniere eher wie *Google*: Sie weiß weltweit, wo Dateien oder Dateiteile zu finden sind und stellt Verbindungen her. „Kein einziges urheberrechtlich geschütztes Dokument ist je durch die Server von *Pirate Bay* gegangen“, argumentierte

48 zit. nach Pomorin, Helge (25.02.09): Schauprozess gegen die Cyberpiraten. Online: <http://www.wiwo.de/unternehmer-maerkte/schauprozess-gegen-die-cyberpiraten-388569/> (08.08.09)

49 Anwar, André (02.03.09): Angriff auf die Piratenbucht. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/08/pirate-bay-prozess> (09.08.09)

50 zit. nach Anwar, André (03.03.09): Den Anklägern fehlen die Beweise. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/10/pirate-bay-prozessende> (09.08.09)

dann auch die Verteidigung. „Der einzelne Anwender unserer Börse hat die Verantwortung für die Einhaltung des Copyrights“, man schaffe lediglich die technische Möglichkeit, Computer zu verbinden, auf denen das Material gelagert werde, deshalb handele es sich hier um „die falschen Angeklagten“. ⁵¹ Peter Danowsky hob als Vertreter der IFPI allerdings einen wichtigen Unterschied zwischen *Google* und *The Pirate Bay* hervor: *Google* entferne nach entsprechenden Hinweisen Links zu urheberrechtlich geschütztem Material, die Betreiber könnten bestimmen, welche Datenpakete auf ihrer Seite vermittelt werden und welche nicht. Dem entgegneten die Angeklagten, dass ihnen die Möglichkeit der einzelnen Überprüfung auf die Rechtmäßigkeit eines Torrents fehle und dass laut EU-Richtlinie 2000/31 der Dienstanbieter nicht für die übermittelten Informationen verantwortlich zu machen sei. Da *The Pirate Bay* aber gerade keine Downloads anbiete, sondern lediglich als Dienstanbieter auftrete, könne keine strafrechtliche Verantwortung für die Inhalte vorhanden sein. ⁵²

Die Ankläger legten ihr Hauptaugenmerk auf die „gesunde Vernunft“ des Gerichts, einem Richter und drei Schöffen. „Wer jemandem bei einer Körperverletzung hilft, indem er nur den Mantel hält, der begeht auch Körperverletzung“, referierte Staatsanwalt Håkan Roswall. Die Angeklagten hätten Millionen von Menschen geholfen, urheberrechtlich geschütztes Material aus dem Internet kostenlos und illegal herunterzuladen. Eine Anwältin nannte *The Pirate Bay* eine gigantische Kopienfabrik. ⁵³ Schlussendlich zogen die Ankläger Präzedenzfälle aus Finnland und Island heran, bei denen Betreiber von vergleichbaren Plattformen bereits verurteilt wurden.

Die Verteidigung hingegen appellierte an das Gericht, das Urteil auf der Basis juristischer Beweise und nicht mit Blick auf politische Forderungen zu fällen. „Pirate Bay ist völlig legal. Es ist eine offene Seite, auf der die Nutzer [...] selbst entscheiden, was verfügbar sein soll. Es sind zu hundert Prozent die Nutzer, die das steuern“. Man könne niemand der

51 zit. nach Pomorin, Helge (25.02.09): Schauprozess gegen die Cyberpiraten. Online: <http://www.wiwo.de/unternehmer-maerkte/schauprozess-gegen-die-cyberpiraten-388569/> (08.08.09)

52 Wolff, Reinhard (19.02.09): Staatsanwalt zweifelt an Schuld. Online: <http://www.taz.de/1/leben/internet/artikel/1/staatsanwalt-zweifelt-an-schuld/> (09.08.09)

53 Anwar, André (03.03.09): Den Anklägern fehlen die Beweise. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/10/pirate-bay.prozessende> (09.08.09)

eine Infrastruktur schaffe, dafür verurteilen, dass andere mithilfe dieser Struktur Verbrechen begingen: „Das wäre, als ob man das Straßenbauamt verklagt, weil Straßen gefährlich sind.“ Abschließend forderte der Verteidiger Per Samuelsson „euch Richter auf, persönliche Integrität zu zeigen. Euch wurde das Vertrauen erteilt, in einem Rechtsverfahren zu verurteilen, das prinzipiell vielleicht das wichtigste in Europa in diesem Jahrhundert ist“. Er verwies darauf, dass, sollten die Angeklagten trotz fehlender Beweise verurteilt werden, man sich an den EU-Gerichtshof wenden werde.⁵⁴

Während man mit großer Spannung auf das Urteil im Prozess wartete, wuchs in der schwedischen Bevölkerung der Widerstand gegen die IPRED-Richtlinien kontinuierlich.

Die *Intellectual Property Rights Enforcement Directive* (IPRED), die im *Pirate-Bay*-Prozess von Seiten der Kläger noch schmerzlich vermisst worden war, soll den Rechteinhabern endlich mehr Möglichkeiten im Kampf gegen Piraterie bieten. Die Richtlinie erlaubt den Urhebern und ihren Vertretern den Zugriff auf die von den Providern gespeicherten IP-Daten von Nutzern und ermöglicht so die Identifizierung und strafrechtliche Verfolgung der Piraten. Daneben sieht die Richtlinie eine erhebliche Verschärfung der Strafen vor.

Fast die Hälfte aller Schweden, so brachten Umfragen zu Tage, lehnten das neue Gesetz ab. Aus Protest gegen IPRED schaltete die Nationalbibliothek öffentlichkeitswirksam einfach ihr WLAN-Netz ab - Nutzer mussten nun wieder wie in alten Tagen persönlich wissenschaftliche Materialien anfragen. Der Vorsitzende der schwedischen Piratenpartei, Rick Falkvinge, kommentierte die geplante Gesetzesanpassung entsprechend deftig:

*Diese Gesetze wurden von digitalen Analphabeten verfasst die sich wie blinde, betrunkene Elefanten in einer Eierfabrik verhalten. Sie haben keine Ahnung wie viel Schaden sie verursachen, weil es ihnen an entsprechender Bildung mangelt: Einem Verständnis, wie das Internet die Machtverhältnisse im Kern verändert.*⁵⁵

54 Anwar, André (03.03.09): Den Anklägern fehlen die Beweise. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/10/pirate-bay.prozessende> (09.08.09)

55 gulli:news (18.3.09): Widerstand gegen IPRED wächst. Online: [http://www.gulli.com/news/schweden-widerstand-gegen-2009-03-18/\(04.08.09\)](http://www.gulli.com/news/schweden-widerstand-gegen-2009-03-18/(04.08.09))

Als die Richtlinie am 1. April tatsächlich ihre Umsetzung erfuhr, wurde sogleich ein Rückgang des Internetverkehrs in Schweden um 30% verzeichnet. Der Spitzenkandidat der *Piratenpartei* für die Europa-Wahlen, Christian Engström nannte dies „eine absolute Katastrophe, nicht nur für die schwedischen Filesharer, sondern für das ganze Land“, denn „nun haben wir es privaten Unternehmen auf gesetzlicher Basis ermöglicht, unsere zivile Bevölkerung zu verfolgen. Das ist nicht die Art, wie westliche Demokratien funktionieren“.⁵⁶

Ein uneingeschränkter Erfolg der Verwertungsindustrie? Eher nicht, denn bereits wenige Tage nach Inkrafttreten war eine Website *ipred.bitchware.se* online, auf der jeder schnell und einfach prüfen kann, ob er schon ins Rasternetz der Fahnder geraten ist. Findige User hatten flugs die neue Richtlinie ausgehebelt.

Die Provider dürfen Daten von verdächtigen Filesharern nur nach einem ordentlichem Auskunftersuchen von Seiten Dritter aushändigen – und zwar an die Gerichte, die, so ist es Gesetz in Schweden, alle diese Daten öffentlich, on- wie offline, zur Verfügung stellen müssen. Eine entsprechende Website, die diese öffentlichen Daten verwendet, um Anfragen besorgter User zu bearbeiten, war schnell kreiert.⁵⁷ *The Pirate Bay*, das Hauptziel der Richtlinie, hatte schon vorher reagiert und kündigte das kostenpflichtiges Programm *IPREDator* an, das die Daten der Nutzer anonymisiert und so vor Verfolgung schütze. Bereits nach wenigen Tagen hätten sich schon über 100.000 Nutzer vormerken lassen, 80% davon Schweden.⁵⁸

56 Kretschmann, Thomas (03.04.09): Schweden surft auf Sparflamme. Online: <http://www.tomshardware.com/de/IPRED-Urheberrecht-PirateBay-Datendurchsatz,news-242701.html> (04.08.09)

57 gulli:news (08.04.09): Überwachung zwecklos? Online: <http://www.gulli.com/news/ipred-in-schweden-berwachung-2009-04-08/> (04.08.09)

58 Kretschmann, Thomas (30.03.09): Pirate Bay anonymisiert P2P-Nutzer. Online: <http://www.tomshardware.com/de/Pirate-Bay-Urheberrecht-VPN-P2P,news-242651.html> (04.08.09) und ders.(09.04.09): Großer Erfolg für Schwedens IPREDator. Online: <http://www.tomshardware.com/de/PirateBay-P2P-Urheberrecht-Ipredator,news-242745.html> (04.08.09)

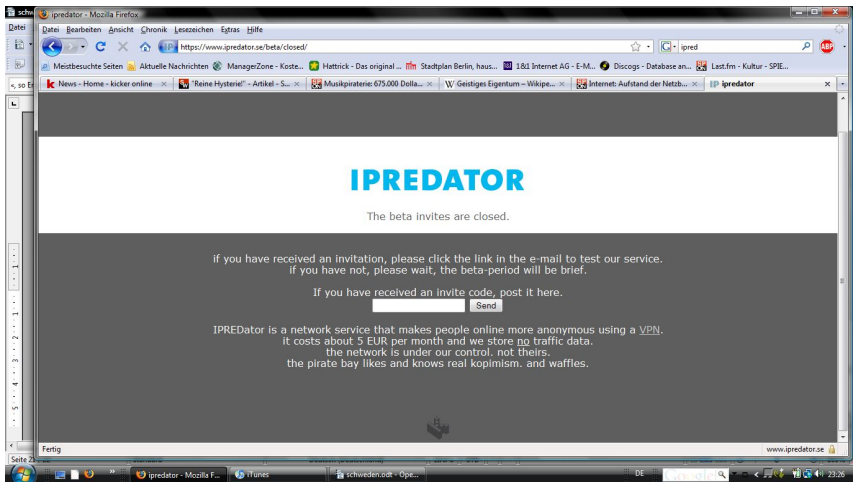


Abb: <https://www.ipredator.se/beta/closed/> (4.8.09)

Noch härter dürfte die IPRED-Befürworter aber der Widerstand von ganz anderer Seite getroffen haben: Mehrere Internetprovider hatten angekündigt, Daten, die eine Identifikation des Kunden anhand seiner IP-Adresse ermöglichen, nicht mehr zu speichern bzw. sofort zu löschen – zum Schutz der Privatsphäre der Kunden. Bisher habe man einige Informationen zu den jeweiligen IP-Adressen der Kunden für interne Zwecke gespeichert, die Integrität dieser Daten sei jetzt aber durch die IPRED gefährdet, erklärte Niclas Palmstierna, Chef des schwedischen Internetproviders *Tele2*. Diese Vorgehensweise verstoße auch nicht gegen die Richtlinie, die lediglich vorgibt, was nicht gespeichert werden dürfe. Die Provider hätten sich schon vor der Verabschiedung gegen die IPRED ausgesprochen, da es schlicht nicht ausreiche, die IP-Adresse eines Computers zu kennen, weil der Anschlussinhaber nicht gleichzeitig auch der Urheberrechtsverletzung begehende Nutzer sein müsse. Der Branchenverband der Musikindustrie IFPI reagierte verärgert und kündigte an, für neue und schärfere Gesetze einzutreten, falls dieses Beispiel unter den Providern Schule mache.⁵⁹

59 List, Andreas (30.04.09): Schwedische Provider löschen IP-Daten von Kunden. Online: <http://presstext.de/news/090430003/schwedische-provider-loeschen-ip-daten-von-kunden/?phrase=ipred> (06.08.09)

Am 17. April 2009 wurde das – überraschend harte – Urteil gefällt. Die vier Angeklagten wurden der Beihilfe zur schweren Urheberrechtsverletzung für schuldig befunden und zu einjährigen Haftstrafen sowie Schadensersatz von rund 2,75 Millionen Euro, der verschiedenen Film- und Musikunternehmen zugutekommen soll, verurteilt. Das Schöffengericht kam zu dem Schluss, den Angeklagten sei bewusst gewesen, dass urheberrechtlich geschütztes Material über die Plattform getauscht wird. Somit hätten sie schwere Urheberrechtsverletzungen begünstigt. Zudem sei die Seite nicht ideell, sondern in professionell-kommerzieller Form betrieben worden. Das Urteil, gegen das die Angeklagten bereits kurz nach der Verkündung Berufung einlegten, entsprach weitestgehend den Forderungen der Anklage, lediglich der beanspruchte Schadensersatz für verschiedene Unternehmen aus der Film- und Musikbranche fiel geringer aus.

Die Kläger jubilierten: „Es ist fantastisch. Das Urteil ist ein Trost für uns, die wir in den letzten fünf Jahren gegen illegales Herunterladen gekämpft haben, gegen diejenigen, die die Voraussetzungen zerstören, damit wir in Talente investieren können“, kommentierte der Chef von Universal Music Schweden, Per Sundin. Und Anwältin Wadstedt sekundierte: „Es ist eine Wiedergutmachung für die Urheber, deren Werke so lange geplündert wurden“.⁶⁰ Auch die internationalen Stellungnahmen blieben nicht aus. Stefan Michalk, Geschäftsführer des Bundesverbandes Musikindustrie sprach von einer „wichtigen Signalwirkung“, die klar stelle, „dass das Betreiben einer Internetausbörse mit überwiegend illegalen Inhalten nichts mit Seeräuberromantik zu tun hat.“⁶¹ Und der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, freute sich zwar, blieb jedoch in seiner Einschätzung des Urteils durchaus realistisch:

Das Urteil gegen die Betreiber von The Pirate Bay macht klar, das Bereitstellen von Einbruchswerkzeugen, um Urheberrechtsverletzungen zu begehen, ist bereits strafbar. Das Urteil ist also ein wichtiger Etappensieg zur Sicherung der Rechte von Urhebern und anderen Rechteinha-

60 zit. nach Anwar, André (17.04.09): Pirate-Bay-Betreiber wollen aus dem Knast weiterdealen. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-urteil> (08.08.09)

61 zit. nach heise online (17.04.09): Pirate Bay: Berufung gegen „bizarres Urteil“. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Pirate-Bay-Berufung-gegen-bizarres-Urteil--/meldung/136352> (08.08.09)

*bern. Es steht aber zu befürchten, dass die nächsten Betreiber ähnlicher Websites bereits in den Startlöchern stehen, um ähnliche Einbruchswerkzeuge zur Verfügung zu stellen. Es muss also weiter darüber diskutiert werden, wie in der digitalen Welt die angemessene Vergütung der Urheber und anderer Rechteinhaber gewährleistet werden kann.*⁶²

Ganz anders bewertete die Gegenseite das Urteil: „Das ist ein Rechtskandal von höchstem Rang. Die Anklage führt 1:0 nach der ersten Runde, aber das hier geht in die Berufung“, erboste sich Anwalt Per Samuelsson. Und der Spitzenkandidat der *Piratpartiet* zur Europawahl, Christian Engström, ließ es sich nicht nehmen das Geschehene zu kommentieren: „Ich bin geschockt. So hohe Strafen habe ich nicht erwartet. Der politische Druck hat hier den Gerichtsaal beeinflusst.“⁶³

Ironischerweise war das Urteil bereits vor der offiziellen Verkündung an die Öffentlichkeit gedrungen, was der Angeklagten Peter Sunde standesgemäß über Twitter kommentierte: „Das ist wirklich lustig. Früher waren es nur Filme, jetzt kommen schon Urteile vor der offiziellen Verkündung raus.“⁶⁴ Trotz des harten Urteils blieb Sunde gelassen: „Nichts wird The Pirate Bay, uns oder Filesharing passieren, was auch immer. Das ist bloß Theater für die Medien“.⁶⁵ Und auf der Homepage von *The Pirate Bay* stand:

*Aber wie in allen guten Filmen verlieren die Helden am Anfang der Geschichte, aber tragen am Ende dennoch immer einen epischen Sieg von dannen. Das ist die einzige Sache, die uns Hollywood jemals gelehrt hat.*⁶⁶

62 PM des Deutschen Kulturrats (17.04.09): Deutscher Kulturrat begrüßt Urteil gegen The Pirate Bay. Online: <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1537&rubrik=2> (08.08.09)

63 zit. nach Anwar, André (17.04.09): Pirate-Bay-Betreiber wollen aus dem Knast weiterdealen. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-urteil> (08.08.09)

64 Sunde, Peter (17.04.09), <http://twitter.com/brokep/status/1540656280> (09.08.09)

65 heise-online (17.04.09): Haftstrafen für Pirate-Bay-Macher. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Haftstrafen-fuer-Pirate-Bay-Macher-/meldung/136330> (09.08.09)

66 zit. nach Anwar, André (17.04.09): Pirate-Bay-Betreiber wollen aus dem Knast weiterdealen. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-urteil> (08.08.09)

Am Tag nach dem Urteil organisierte die *Piratpartiet* in Stockholm eine Kundgebung, auf der circa 1.000 zumeist jugendliche Demonstranten ihren Unmut über das Urteil kund taten und auf der Falkvinge die Verantwortlichen erneut als „digitale Analphabeten“ beschimpfte.⁶⁷

Keine Woche nach dem Urteil berichteten schwedische Medien, dass Richter Tomas Norström Mitglied derselben Lobbyverbände sei, die zu den Klägern gehören. Norström gab die Mitgliedschaft zwar umgehend zu, sah darin aber keinen Interessenkonflikt, es habe ihn bei seinem Urteil keineswegs beeinflusst. Pikant ist dabei auch, dass die Klägeranwälte Henrik Pontén, Peter Danowsky und Monique Wadsted ebenfalls Mitglieder dieser Organisationen sind. Es handelt sich um die *Schwedische Urheberrechtsgesellschaft* (STIM) und die *Schwedische Gesellschaft zum Schutz von industriellem Eigentum* (SFIR), bei der Norström sogar im Vorstand sitzt.

Die Verteidigung legte daraufhin Einspruch wegen Parteilichkeit des Richters ein und forderte, den ganzen Prozess neu aufzurollen. Das Stockholmer Bezirksgericht wies Anfang Juni die Vorwürfe der *Pirate-Bay*-Anwälte gegenüber dem Richter jedoch zurück und stufte diesen als nicht befangen ein. Seine Mitgliedschaft in den Urheberrechtsverbänden habe lediglich dazu gedient, sich über das Thema zu informieren. Im Gegenteil sei Norström deshalb für den Prozess besonders geeignet gewesen. Ende Juni entschied das Oberlandesgericht in Stockholm, dass der Prozess nicht wiederholt werden müsse. Trotz seiner Mitgliedschaft in den Urheberrechtsorganisationen sei der Richter nicht befangen gewesen. Die Verteidigung reagierte mit der Ankündigung, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen diese Entscheidung zu klagen. In die Kritik der Verteidigung geriet nun auch der Richter, der seinen Kollegen Norström für unbefangen erklärte.⁶⁸

Trotz ihres Jubels über das Urteil hat jedoch auch die Anklageseite Berufung angekündigt. Sie fordert nun einen dreimal höheren Schadensersatz und strebt eine Verurteilung wegen aktiver Urheberrechtsverletzung an. Anwälte verschiedener großer Plattenmultis haben zudem eine Unterlassungsverfügung gegen die Plattform beantragt. Das

67 Biermann, Kai (24.04.09): Piraten wollen EU-Parlament entern. <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-piratenpartei> (02.08.09)

68 netzwelt (Axel Hahne, Update 26.06.09): Pirate-Bay-Urteil: Richter Mitglied der Urheberrechtslobby. Online: <http://www.netzwelt.de/news/79804-pirate-bay-urteil-richter-mitglied-urheberrechtslobby-update.html> (11.09.09)

Gericht solle den Betrieb der Website, die bisher noch immer online ist, untersagen und den Angeklagten bis zu einem abschließenden Urteil verbieten, sich öffentlich über das Verfahren zu äußern.⁶⁹

Anfang August 2009 hat *The Pirate Bay* Mitgründer Peter Sunde seinen Ausstieg aus dem Projekt bekannt gegeben. Derweil laufen die Gespräche über einen Verkauf von *The Pirate Bay*. Die schwedische Firma *Global Gaming Factory* (GGF) hat angekündigt, die Plattform kaufen zu wollen und in eine legale Seite, bei der auch die Inhaber der Rechte zufrieden gestellt werden, umzuwandeln. Der Verkauf ist aber aufgrund einiger Schwierigkeiten noch nicht über die Bühne gegangen: Finanzierung und Geschäftsmodell sind unklar und der Chef von GGF muss sich mit Vorwürfen des Insider-Handels auseinandersetzen. Auch ist völlig offen, wer den Kaufpreis erhalten soll, die Besitzverhältnisse der Plattform sind ungeklärt, zudem hat die IFPI die Summe für sich als Schadensersatz beansprucht.⁷⁰

Auch wenn die Macher von *The Pirate Bay* sich optimistisch geben, könnte die Seite in ihrer jetzigen Form bald Vergangenheit sein, weitere Klagen sind anhängig, das Berufungsverfahren ist zunächst einmal auf den November terminiert. Aber das Filesharing-Modell wird dies kaum beeinflussen, weltweit tauchen nun andere Plattformen auf, die die Funktion der Website ohne großen technischen Aufwand übernehmen.

„Die schwedische Jugend geht nicht auf die Straße, sie geht ins Internet“, lautet ein Kalauer.⁷¹ Obwohl die öffentlichen Protestaufläufe weniger gut besucht sind als man vermuten könnte, sympathisiert der größte Teil der schwedischen Presse und auch der Öffentlichkeit eher mit den kleinen „Davids“, die sich gegen den Goliath Unterhaltungsindustrie wehren. Viele Schweden sehen die Entertainmentfirmen als skrupellose Heuchler, die jahrelang die Künstler ausgebeutet und die eigenen Kunden ausgeplündert hätten.⁷² Hier zeigt sich auch das Di-

69 netzwelt (Axel Hahne, 25.05.09): Pirate Bay: Berufungsverfahren schlagen hohe Wellen. Online: <http://www.netzwelt.de/news/79959-pirate-bay-berufungsverfahren-schlagen-hohe-wellen.html> (11.09.09)

70 heise online (21.08.09): Verkauf der Pirate Bay wackelt. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Verkauf-der-Pirate-Bay-wackelt--/meldung/144084> (11.09.09)

71 Schmundt, Hilmar (03.09.09): Enzensberger entdeckte den Flashmob. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,646276,00.html> (13.09.09)

72 Anwar, André (17.04.09): Pirate-Bay-Betreiber wollen aus dem Knast weiterdealen. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-urteil> (08.08.09)

lemma der Rechteinhaber: der Prozess offenbarte lediglich die Ohnmacht der Industrie. Mark Mulligan vom Medienbeobachter Forrester Research glaubt zwar, die Verwerter könnten nicht auf diese Prozesse verzichten, schon um der Praxis des illegalen Downloadens nicht Tür und Tor zu öffnen, verhindern könne man den Rechtsbruch allerdings auch nicht – ganz im Gegenteil: „Selbst wenn Pirate Bay geschlossen würde, den Geist des Filesharings treibt das nicht in die Flasche zurück.“ Prozesse habe die Industrie schon ein paar gewonnen, aber nach „jedem Sieg nahm das Datentauschen zu. Ich sehe keinen Grund, warum es dieses Mal nicht genauso sein sollte.“⁷³

Auch der schwedische Medientechnikprofessor und Regierungsberater Roger Wallis kritisierte das Urteil: „Das Urheberrecht steht und stampft auf der gleichen Stelle, während die Technik fortschreitet. Statt eines Urteils, das zwischen beiden Seiten vermittelt, ist man nun völlig auf einer Seite gelandet.“ So schaffe man nur Märtyrer.⁷⁴

73 zit. nach Biermann, Kai (02.03.09): Im Netz der Datenpiraten. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/09/pirate-bay-prozess> (08.08.09)

74 zit. nach Anwar, André (17.04.09): Pirate-Bay-Betreiber wollen aus dem Knast weiterdealen. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-urteil> (08.08.09)

1.6 Die EU-Wahl 2009 in Schweden

Und noch etwas hat man auf diese Weise geschafft: den Durchbruch der *Piratenpartei* in Schweden. Die Politik des bedingungslosen Festhaltens am traditionellen Urheberrecht bei gleichzeitiger Kriminalisierung der eigenen Kundschaft hat die Unterhaltungsindustrie zum wichtigsten Geburtshelfer der schwedischen *Piratenpartei* gemacht.

Es ist nicht schwer zu glauben, dass wenn die großen Entertainmentgiganten am Anfang unseres Jahrtausends eine andere Politik gegenüber den Filesharern verfolgt hätten, die *Piratenpartei* als solche heute nicht existieren würde.

Die Verschärfung der Urheberrechte in Schweden 2005, sowie die Ankündigung weiterer Maßnahmen, auf die die Rechteinhaber mit ihrer Lobbytätigkeit hingearbeitet haben, sollte das in Schweden weit verbreitete Filesharing eindämmen, hat aber letztlich immer das Gegenteil bewirkt. Die neue restriktive Gesetzgebung hat in dem seit Urzeiten als liberal geltenden Schweden kein Unrechtsbewusstsein schaffen können. Ein solches Bewusstsein nämlich kann man nicht mit schärferen Gesetzen einklagen, sondern nur mit wesentlich subtileren Mitteln erreichen. Ein Land, das jahrelang als weltweites Beispiel für die Internetversorgung der Bevölkerung inklusive der Ausstattung mit Breitbandzugängen gefeiert wurde, hat notwendigerweise auch einen sehr hohen Bevölkerungsanteil, der schon einmal mit den im Netz frei fluktuierenden Musik- und Filmdateien, auch den urheberrechtlich geschützten, in Berührung gekommen ist. Die Urheberrechtspolitik der Rechteindustrie in Schweden hat also dazu geführt, dass sich quasi über Nacht möglicherweise ein Drittel, vielleicht sogar die Hälfte der Bevölkerung kriminalisiert sah. Da diese Gruppe im Gegensatz zu den Rechteinhabern über keine eigene politische Interessenvertretung verfügte, darf es nicht verwundern, dass eine Gesellschaft eine solche Vertretung für nötig hält.

Also konstituierte sich die *Piratpartiet* und man kann die Argumentation ihres Gründers Falkvinge nachvollziehen, wenn er sagt, dass man erst zu Piraten gemacht worden und als Reaktion auf die Kriminalisierungstendenzen gegen eine große Bevölkerungsschicht entstanden sei:

Es liegt eben daran, wie die junge Generation mit dem Medium Internet umgeht. Eigentlich lädt jeder jeden Tag illegal Musik oder Filme aus dem Internet, ohne jedes Unrechtsbewusstsein. Davon haben die heuti-

gen Politiker keine Ahnung, es existiert ein großer kultureller Graben innerhalb der Gesellschaft. Es war diese Kriminalisierung weiter Bevölkerungsgruppen, die mich letztlich zum Handeln bewegte. Also habe ich zu Neujahr meine Gedanken dazu online gestellt. Zwei Tage später hatte ich bereits knapp 4.800 Unterschriften von Leuten zusammen, die ähnlich denken wie ich. So hat sich die Piratpartiet gegründet.⁷⁵

Die erfolgreiche Lobbyarbeit einer mächtigen Lobby führte also dazu, dass die Lobbylosen eine eigene Lobby bildeten.

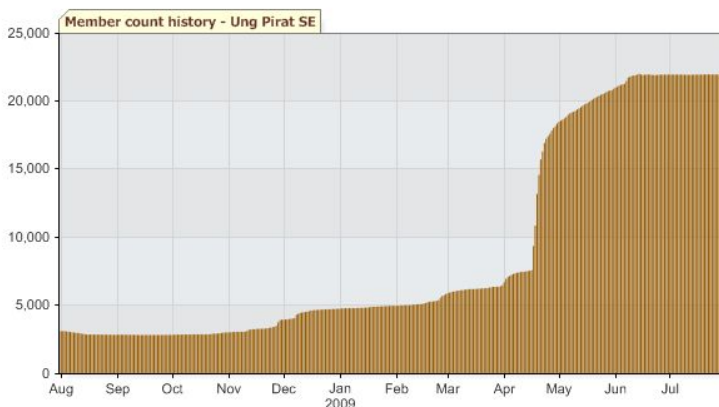
Inwieweit diese neue Lobby so erfolg- und einflussreich geworden wäre, wie sie heute ist, hätten die Piratenjäger die Zeichen erkannt und einen Konsens angestrebt, bleibt ungewiss. Fakt ist, dass die neue Bewegung erst richtig ins öffentliche Licht treten konnte, als die spektakuläre Razzia gegen *The Pirate Bay* im Mai 2006 ihnen ein halbes Jahr nach ihrer Gründung ein Forum gab. Dieses Ereignis sowie der Datenschutzskandal mit der Mitgliederliste machte aus einer Randgruppe, die politisch als radikale Ein-Themen-Partei von ein paar abgefahrenen Nerds und Computerfreaks wahrgenommen wurde, eine ernst zu nehmende politische Kraft, die sogar schon bedeutende Wahlkampfaufmerksamkeit erregen konnte.

Dass die etablierten Parteien bereits zu einem so frühen Zeitpunkt Themen der *Piratpartiet* adaptierten, hätte ein weiteres Signal Richtung Konsens sein können. Bei den Reichstagswahlen 2006 aber erhielten die Piraten einen herben Dämpfer, sie konnten keinen Wahlerfolg feiern, auch weil es schien, dass sich die alten Parteien der Filesharerproblematik und Netzpolitik angenommen hätten. Dies war aber nicht der Fall. Stattdessen legte die Politik 2008 nationale Gesetze zur Überwachung und Speicherung des E-Mail-Verkehrs durch den Geheimdienst und zur Speicherung der Internetverbindungsdaten vor, was gerade von den netzaffinen Schweden als Affront gesehen wurde.

Dieser Politik gelang es Hand in Hand mit dem spektakulären Prozess gegen *The Pirate Bay*, die *Piratpartiet* endgültig aus ihrem Schattendasein zu befreien. Falkvinge nannte das harte und juristisch durchaus umstrittene Urteil eine „Kriegserklärung des Establishments und

75 Rickard Falkvinge zit. nach jetzt.de (11.01.06): Die Piraten organisieren sich. Interview. Online: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/251718> (04.08.09)

der Politik gegen eine ganze Generation“.⁷⁶ Und Christian Engström, Spitzenkandidat der Partei bei der Wahl zum europäischen Parlament, ergänzte: „Das Urteil war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.“ Schweden sei zum „schlimmsten Schlachtfeld“ für Urheberrechtsfragen geworden.⁷⁷ Hatten die Mitgliederzahlen der *Piratpartiet* zwischen Juli 2006 und Dezember 2008 noch weitgehend stagniert, konnte die Partei im Vorfeld des Prozesses und während der Diskussion um die IPRED-Richtlinie schon fast eine Verdopplung der Mitglieder verbuchen. Nach dem Urteil aber brachen alle Dämme, die Mitgliederzahl explodierte förmlich über Nacht von knapp 15.000 auf über 40.000. Im Juni wurden die 50.000 geknackt. Die *Jungen Piraten* sind nach Angaben der *Piratpartiet* mit über 20.000 Mitgliedern mittlerweile die größte politische Jugendorganisation.



Entwicklung der Mitgliederzahlen laut Website der Piratpartiet

Zwar ist es recht leicht möglich, per Mausklick im Internet, Mitglied der *Piratpartiet* zu werden und Mitgliedsbeiträge werden auch nicht fällig bei den schwedischen PIRATEN, dennoch ist es beachtlich, dass eine so

76 zit. nach Wolff, Reinhard (05.06.09): Piraten auf dem Weg ins EU-Parlament. Online: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/piraten-werden-ins-eu-parlament-einziehen/> (08.08.09)

77 zit. nach Leister, Sonia (24.05.09): Piraten nehmen Kurs aufs Parlament. Online: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/476154> (04. 08.09)

junge Gruppierung aus dem Nichts heraus zur drittmitgliederstärksten Partei in Schweden avancierte.

Noch aussagekräftiger aber ist das Wahlergebnis, das die Partei bei den Wahlen zum europäischen Parlament erringen konnte. Bereits im Vorfeld der EU-Wahl zeichnete sich in verschiedenen Umfragen ab, dass die *Piratpartiet* bei den jungen Menschen das größte Wählerpotential aller Parteien erreichte, was die eher konservative Tageszeitung *Svenska Dagbladet* zu dem Kommentar veranlasste, dass die etablierten Parteien die Bedeutung der Netzpolitik völlig unterschätzt hätten:

Man hat nicht verstanden, in welchem Umfang viele nun einen Großteil ihres Lebens im Internet verbringen und wie sehr deshalb die Überwachung und Kontrolle als Kränkung der Privatsphäre angesehen wird.⁷⁸

Einen letzten Anstoß für den Erfolg bei den Europawahlen leistete sicherlich der schwedische Schriftsteller Lars Gustafsson, der zur Wahl der *Piratpartiet* aufrief und gleich noch die Abschaffung des Urheberrechts im Internet forderte. In einem Interview mit dem *Spiegel* erläuterte Gustafsson, der im August 2009 die Goethe-Medaille verliehen bekam und nicht mit dem IFPI-Chef zu verwechseln ist, seine Position:

Gesetze haben noch nie den technischen Fortschritt aufgehalten. Vor der Französischen Revolution 1789 hat die Obrigkeit illegale Druckereien durchsuchen lassen und Menschen eingesperrt - am Ende ohne Erfolg. Heute wird juristisch verfolgt, wer urheberrechtlich geschützte Inhalte digital verbreitet. [...] Letztlich geht es um das Bürgerrecht auf Information. Das ist wichtiger als das Urheberrecht. [...] Es gab keine Zeit in meinem Leben, in der ich allein von meiner Schriftstellerei leben konnte. Ich hatte immer auch andere Berufe. Als Professor in den USA zum Beispiel habe ich sehr gut verdient. Ich war erstaunt, dass zwei Stunden Konversation in einem Doktorandenseminar besser bezahlt werden als eine Gedichtsammlung.⁷⁹

78 Wolff, Reinhard (05.06.09): Piraten auf dem Weg ins EU-Parlament. Online: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/piraten-werden-ins-eu-parlament-einziehen/> (08.08.09)

79 zit. nach Spiegel Online (29.06.09): Reine Hysterie. Interview. Online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-65872412.html> (08.08.09)

In diesem Umfeld gelang es der *Piratpartiet*, Anfang Juni 7,13% der Stimmen bei den Wahlen zum europäischen Parlament auf sich zu vereinen.⁸⁰ Im Gegensatz zu anderen Erfolgen kleinerer Parteien hat die *Piratpartiet* dabei nicht einmal von einer besonders niedrigen Wahlbeteiligung profitiert, die stieg nämlich im Vergleich zur vorigen EU-Wahl um sechs auf immerhin 43% - eine Rekordbeteiligung. Besonders bei der männlichen Wählerschaft kamen die PIRATEN gut an und erzielten in dieser Gruppe 12%, wo hingegen nur 4% der Frauen überzeugt werden konnten. In der Gruppe der 18-30-jährigen Wähler wurde die *Piratpartiet* stärkste Partei mit einem Anteil von 19%, was Rickard Falkvinge zu der Äußerung veranlasste, die etablierten Parteien hätten „offenbar keine Ahnung was die junge Generation beschäftigt“. Die Angesprochenen hatten im Schlusspurt des Wahlkampfes zwar teilweise noch einmal versucht, den PIRATEN den Wind aus den Segeln zu nehmen und in Aussicht gestellt, die von ihnen selbst kürzlich verabschiedeten Überwachungsgesetze zu relativieren, doch im Vergleich zur Wahl 2006 blieb diese Taktik diesmal erfolglos. Als entscheidend für den Wahlerfolg aber gilt die Tatsache, dass es den PIRATEN gelungen war, Wähler aus dem großen Pool derjenigen zu mobilisieren, die normalerweise nicht wählen – und das nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Gebieten. Für Falkvinge war das Ergebnis nur logisch: „Viele haben verstanden, dass es nicht reicht, die Faust nur in der Tasche zu ballen, wenn der Staat uns abhört, sondern dass es Zeit ist Stellung zu nehmen.“⁸¹

Mit dem Motto „Die Schlacht um unser Privatleben wird in Brüssel geschlagen“⁸² ist Spitzenkandidat Christian Engström also ins EU-Parlament eingezogen. Die Piraten verfügen momentan über einen Sitz, sollte der Vertrag von Lissabon in Kraft treten, kommt ein weiteres Mandat hinzu. Engström hat sich im Parlament der Grünen Fraktion angeschlossen und erklärt, in allen Fragen, zu denen die PIRATEN kei-

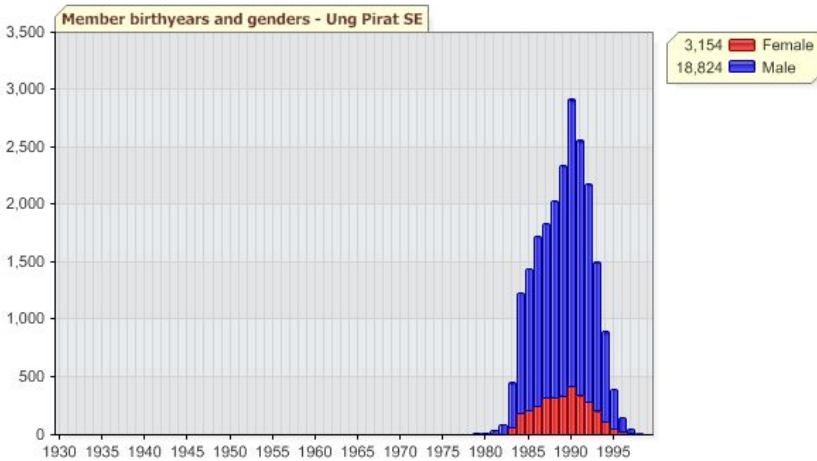
80 http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/sweden_en.html (31.07.09)

81 Wolff, Reinhard (08.06.09): Piratenpartei entert Europaparlament. Online: <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/piratenpartei-entert-das-europaparlament/> (08.08.09)

82 zit. nach Waleczek, Torben (05.06.09): Warum die Raubkopierer nach Brüssel wollen. Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,628834,00.html> (07.08.09)

ne eigene Position vertreten, mit den Vertretern der *Grünen* zu stimmen.

*Die Tätigkeit der grünen Abgeordneten im Parlament ist dem Programm der Piratenpartei am nächsten. Ich kann hier am besten durchsetzen, was ich mir vorgenommen habe. Die Grünen haben bereits Arbeitsgruppen in Brüssel, die sich mit genau den Inhalten beschäftigen, die auch den Piraten wichtig sind. Das ist eine ziemlich starke Bewegung.*⁸³



Geburtsjahr und Geschlecht der Mitglieder laut Website der Piratpartiet

83 Gruene.de (04.08.09): Gegen die Überwachungsunion. Interview. Online: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/gegen-die-ueberwachungsunion.html> (11.09.09)

2 Zensursula und die deutschen PIRATEN

2.1 Warum die Filesharing-Debatte nicht zum Gründungsmythos der deutschen PIRATEN taugte

In einem Radiointerview nannte der damalige stellvertretende und jetzt aktuelle Parteivorsitzende Jens Seipenbusch die EU-Debatte um Softwarepatente, die Diskussion um die Urheberrechtsnovellen in Deutschland sowie die schwedischen Ereignisse um *The Pirate Bay* als Gründe, um in Deutschland eine eigene Partei aufzubauen („Wieso machen wir nicht einfach auch eine Piratenpartei?“)⁸⁴.

*Erstmals in der Geschichte Deutschlands spielte sich die Vorbereitung einer Parteigründung vorwiegend im Internet unter den Augen der Öffentlichkeit ab. Satzung und Programm der PIRATEN sind durch diese transparente Vorbereitung einhellig begrüßt und fast einstimmig angenommen worden.*⁸⁵

So wurde die deutsche *Piratenpartei* zwar schon am 10. September 2006 in Berlin gegründet, aber so richtig Fahrt aufnehmen konnte sie noch lange nicht. In den ersten Monaten organisierte sie dann auch verschiedene von der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtete Aktionen z. B. gegen die Vorratsdatenspeicherung oder die sogenannten Bundestrojaner. Im März 2007 veranstalteten die PIRATEN im Zuge der zunehmenden Diskussionen um ein Verbot der sogenannten Killerspiele das

*Killerschach, das wohl blutigste Schachspiel aller Zeiten (mit Theaterblut und Menschen statt Figuren). Es sollte dem Publikum verständlich gemacht werden, dass ein solches Verbot auch dadurch letzten Endes erschwert wird, dass der Begriff "Killerspiel" überhaupt nicht definiert ist.*⁸⁶

Im Januar 2008 dann wurde der Partei ein Dokument zugespielt, ein internes Schriftstück aus dem bayerischen Justizministerium, das die

84 Jens Seipenbusch zit. nach Radio-G (24.06.09): Radio-G 184 - Piraten. Online: <http://www.radio-g.net/radio-g-184-piraten.html> (09.08.09)

85 piratenpartei.de: Parteigeschichte. Online: <http://www.piratenpartei.de/navigation/partei/parteigeschichte> (09.08.09)

86 a.a.O.

Partei auch gleich veröffentlichte. Aus dem Papier ging hervor, dass Bayern zur Überwachung von Internet-Telefonaten bereits eine Abhör-Software verwendete, die dem geplanten aber umstrittenen und weder genehmigten noch beschlossenen Bundes-Trojaner schon sehr ähnlich war.⁸⁷

Im September 2008 schaffte es die Partei noch einmal in die überregionalen Medien, als Bayerische Polizeibeamte die Privaträume des Pressesprechers der *Piratenpartei* im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Dokuments durchsuchten, um den Informanten ausfindig zu machen. So seien am frühen Morgen, um 5.45 Uhr „überfallartig“ mehrere Beamte in der Privatwohnung des laut Durchsuchungsbeschluss lediglich als Zeuge eingestuften Pressesprechers aufgetaucht und drohten, alle Zimmer auszuräumen, wenn er seine Quellen nicht nenne. Der Vorsitzende der *Piratenpartei* Bayerns, Andreas Popp, dazu:

Da hat sich ein mutiger Mensch hingestellt und der Piratenpartei Dokumente zukommen lassen, um ein verfassungsrechtlich höchst bedenkliches Vorgehen der bayrischen Landesregierung an die Öffentlichkeit zu bringen. Nun wird dieser gejagt wie ein Verbrecher. Wohnungen von Parteimitgliedern werden durchsucht, Server beschlagnahmt. Der Person, die uns diese Dokumente hat zukommen lassen, möchte ich auf diesem Wege mitteilen, dass Sorge getragen wurde, jedwede Informationen, die sie identifizieren könnte, vor ungewolltem Zugriff zu schützen.⁸⁸

Die Frankfurter Rundschau schrieb damals über die Partei aber nur:

Die Partei ist ein Zusammenschluss von Datenschützern und Computerexperten, die in der Vergangenheit vor allem die Risiken der Online-Durchsuchung und des geplanten "Bundes-Trojaners" angeprangert haben.⁸⁹

87 PM der Piratenpartei: LKA Bayern nutzt „Bayertrojaner“ bereits zum VoIP-Abhören? Online: <http://web.piratenpartei.de/navigation/presse/pressemitteilungen/1.-quartal-2008/lka-bayern-nutzt-bayertrojaner-bereits-zum-v> (10.08.09)

88 PM der Piratenpartei (16.09.08): Piratenpartei im Fokus - Existenz des Bayertrojaners bestätigt. Online: <http://piratenpartei-bayern.de/node/105> (10.08.09)

89 Thieme, Matthias (17.09.08): Razzia um fünf Uhr früh. Online: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1595306_Razzia-um-fuenf-Uhr-frueh.html (10.08.09)

Einen bleibenden Eindruck in der politischen Landschaft konnte die Partei so jedenfalls nicht hinterlassen, sie fristete weiter ihr Schattendasein, ihr fehlte einfach der richtige Aufhänger, auch, weil die Diskussion über die Urheberrechte und das Filesharing in Deutschland keine so öffentliche und emotionale Rolle spielen. Zwar beklagt sich die Musikindustrie auch in Deutschland über die schlechte Lage und verschickt bis zu 200.000 Abmahnungen jährlich an die Verletzer von Urheberrechten, aber die Situation ist doch nicht mit der in Schweden zu vergleichen:

1. Die Nordeuropäer verfügen über eine ganz andere Breitbandabdeckung in ihrem Lande. Viel mehr Menschen haben schon seit längerer Zeit einen Internetanschluss, der von der breiten Masse auch wesentlich intensiver genutzt wird: „Die Schweden sind sehr aufgeschlossen gegenüber den neuen Medien; das Internet spielt in ihrem Alltag eine viel größere Rolle als in Deutschland“, bestätigt der Nordeuropa-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik, Carsten Schymik.⁹⁰

2. Trotz aller Klagen geht es der Musikindustrie in Deutschland im internationalen Vergleich gar nicht so schlecht: der Jahreswirtschaftsbericht des Bundesverbandes Musikindustrie weist für das Jahr 2008 zwar einen Rückgang um 4,7% aus, dies ist jedoch eine Zahl, von der in der größten Weltwirtschaftskrise seit Dekaden viele Branchen nur träumen können. Während der CD-Markt weiterhin stabil geblieben sei, gehe der Rückgang vor allem auf das Konto der Singles und Musikvideos. Die Zahl der legalen Downloads sei demgegenüber weiter angestiegen, habe das Minus aber nicht ganz auffangen können.

Der deutsche Markt nimmt hier weltweit eine Sonderstellung ein. Während in anderen Ländern die CD-Verkäufe drastische Einbrüche verzeichnen, geht der Transformationsprozess von physisch zu digital hierzulande erheblich langsamer voran. Dazu trägt sicherlich auch bei, dass die Industrie die Attraktivität der CD mit aufwendigen Editionen, gut

90 zit. nach Waleczek, Torben (05.06.09): Warum die Raubkopierer nach Brüssel wollen. Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,628834,00.html> (07.08.09)

gemachten Booklets und attraktiven Zusatzinhalten – wie beispielsweise Videos – weiter erhöht hat.⁹¹

Trotz des Anstieges bei der illegalen Musikbeschaffung bleibt Deutschland eines der wenigen Länder, in denen es gelungen ist, den Musikdiebstahl im Internet zumindest einzudämmen. So hat sich die Zahl der illegalen Musikdownloads seit Beginn der juristischen Verfolgung in 2004 nahezu halbiert, obwohl sich die Zahl der Personen mit schnellem Internetzugang nahezu vervierfacht hat.⁹²

3. Obwohl die Deutschen also immer noch die bravsten Europäer waren, kommt die Musikindustrie zwar nicht ohne Abmahnungen aus:

Ein definitiv falsches Signal war in diesem Zusammenhang die Einführung willkürlicher Bagatellgrenzen durch mehrere Staatsanwaltschaften für die strafrechtliche Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen im Internet vom Sommer 2008. [...]

Blickt man auf die Zahlen, scheinen Abmahnungen ein wirksames Mittel gegen Internetpiraterie zu sein. Wegen der Blockade der Staatsanwaltschaften ging die Zahl der Zivilverfahren wegen illegaler Musikdownloads leicht von rund 16.000 in 2007 auf 13.500 zurück.⁹³

Aber trotz der hohen Zahl an angestregten Zivilverfahren fehlen in Deutschland die spektakulären Prozesse wie z. B. in Schweden oder auch in den USA, wo der Student Joel Tenenbaum in einem Verfahren vor dem Bostoner US-Bundesgericht von der Jury zu einem Schadensersatz in Höhe von 675.000 US-Dollar (470.000 Euro) verurteilt wurde, weil er 30 Songs von einer Tauschbörse herunter geladen hatte und ihm bewusst war, dass damit auch andere Nutzer der Tauschbörse diese Lieder illegal downloaden konnten.⁹⁴ Bemerkenswert ist auch der Fall der zweifachen Mutter Jammie Thomas-Rasset, die für die Verbreitung

91 Bundesverband Musikindustrie: Übersicht Jahreswirtschaftsbericht 2008 - Absatz. Online: <http://www.musikindustrie.de/absatz0/> (12.09.09)

92 Bundesverband Musikindustrie: Übersicht Jahreswirtschaftsbericht 2008 - Musikkopien. Online: <http://www.musikindustrie.de/musikkopien0/> (12.09.09)

93 Bundesverband Musikindustrie: Übersicht Jahreswirtschaftsbericht 2008 - Musikkopien. Online: <http://www.musikindustrie.de/musikkopien0/> (12.09.09)

94 heise online (01.08.09): US-Filesharing-Prozess: Student soll 675.000 US-\$ zahlen. Online: <http://www.heise.de/newsticker/US-Filesharing-Prozess-Student-soll-675-000-US-zahlen--/meldung/142920> (12.09.09)

von 24 urheberrechtlich geschützten Werken über eine Tauschbörse zu 1,92 Mio. Dollar Schadensersatz verurteilt wurde.⁹⁵ Während in Übersee mehrere solcher Beispiele herangezogen werden können und selbst die US-Regierung die Höhe des Schadensersatzes für angemessen hält,⁹⁶ sind solche Verhältnisse in Deutschland unbekannt, und auch die momentane Haltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die wie erwähnt, zunehmend dazu tendieren, bei Bagatelldelikten keine Verfahren anzustreben, taugt nicht für einen medialen Aufreger.

Während also in Schweden die Medienindustrien ganz erheblich zum Erstarken der *Piratenpartei* beigetragen haben, kann man dies für die deutschen Verhältnisse absolut nicht behaupten, das nämlich tat jemand anderes.

-
- 95 gulli.com (19.06.09): 1,92 Mio. US-Dollar Schadensersatz! Online: <http://www.gulli.com/news/jammie-thomas-schuldig-1-92-2009-06-19/> (12.09.09)
- 96 winfuture.de (17.08.09): US-Regierung: Millionenstrafe für Filesharer ist richtig. Online: <http://winfuture.de/news,49005.html> (12.09.09)

2.2 Die Netzsperrren-Debatte

Das zentrale Thema dieses Wahlkampfsommers, das der *Piratenpartei* die exorbitanten Mitgliederzuwächse und eine bis dato unbekannte mediale Aufmerksamkeit bescherte, trägt den etwas sperrigen Namen *Zugangerschwerungsgesetz*, eigentlich: *Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen*.

An dieser Stelle soll die Diskussion über die Netzsperrren etwas ausführlicher dargestellt werden, obwohl dies mit der *Piratenpartei* auf den ersten Blick gar nicht so viel zu tun hat. Sicher, die Partei hat sich früh an die Seite der Kritiker gestellt:

"Frau von der Leyen befindet sich auf einem Kreuzzug", sagte der Bundesvorsitzende der Piratenpartei, Dirk Hillbrecht. "In ihrer Fixierung auf den Dämon Kinderpornografie geraten ihr dabei sämtliche Maßstäbe und jeder Gedanke an die Folgen ihrer Pläne aus dem Blick. Sie ist dabei, hier ein Filtersystem zu installieren, das gegen alles Mögliche eingesetzt werden kann, nur gegen eines nicht: Kindesmissbrauch. Dieser findet nicht online statt sondern draußen, im wirklichen Leben!" Da die geplanten Filterlisten geheim bleiben sollen, ist keinerlei zivilgesellschaftliche Kontrolle über die staatlichen Zensoren möglich, es wäre also ein leichtes, auch andere missliebige Inhalte sperren zu lassen. "Leyens Aussage, sie schere sich nicht darum, was andere Regierungen mit ihren Zensurmechanismen anfangen würden, ist unverantwortlich für eine Ministerin in einer freiheitlichen Demokratie", so Hillbrecht weiter. "Zudem ist es ein leichtes, die von ihr angedachten Sperren zu umgehen. Was würde sie dann fordern? IP-Sperren auf den zentralen Internet-Knoten in ganz Deutschland?"⁹⁷

Zudem hat die *Piratenpartei* sich im Laufe der Diskussion so etwas wie die politische Meinungsführerschaft unter den Gegnern der Sperren erobert. Eine Exklusivität kann sie hier bestimmt nicht für sich beanspruchen.

97 PM der Piratenpartei (17.03.09): Piratenpartei fordert: Kinder schützen statt Zensur propagieren. Online: <http://www.piratenpartei.de/pressemitteilung/Piratenpartei-fordert-Kinder%20sch%C3%BCtzen-statt-Zensur-propagieren> (12.09.09)

Wenn nun trotzdem im Folgenden die einzelnen Argumente gegen das Gesetz aufgeführt werden, dann weil gezeigt werden soll, dass ausnahmslos alle Sachargumente in dieser Diskussion für die Gegner und keins für die Befürworter des Gesetzes sprechen. Erst wenn deutlich ist, wie wenig für ein solches Gesetz in der nun beschlossenen Form spricht, lässt sich die Aufregung um das Thema und damit auch der eminente politische Nutzen, den die *Piratenpartei* aus dieser Diskussion gezogen hat, nachvollziehen. Oder, wie es ein Nutzer in einer Internetdiskussion formuliert hat:

*Was mich (oft, aber hier besonders) irritiert, ist: Ich finde die Argumente der Sperren-Gegner einfach extrem einleuchtend und habe bisher keine (nicht mal schlechte) Gegenargumente gehört. Verstehen die Minister und Ministerinnen und die Abgeordneten das einfach nicht? Oder tun sie es und wollen es nicht zu geben?*⁹⁸

Als im Januar 2009 Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) bekannt gab, dass sie in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und den großen deutschen Internet Providern kinderpornografische Inhalte im Internet sperren lassen wolle, gab es in der breiten Öffentlichkeit keinen Aufschrei. Kinderpornografie ist doch sowieso verboten, und wenn es so etwas im Internet gibt, dann muss ja wohl auch was dagegen unternommen werden. Und in verschiedenen anderen Ländern existierten bereits ähnliche Sperrlisten.

Also schloss die Bundesregierung am 17. April 2009 mit fünf der großen Internetprovider auf freiwilliger Basis die Verträge zur *Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten im Internet* ab, einige Provider hatten allerdings die Zusammenarbeit aufgrund der fehlenden Rechtssicherheit verweigert. Bundesjustizministerin Zypries (SPD) erklärte später die Notwendigkeit eines Folgegesetzes damit, „dass ohne Gesetz die von Frau von der Leyen mit den Providern geschlossenen Verträge zur Anwendung gekommen wären - mit viel weniger rechtsstaatlichen Sicherungen für die Internet-User.“⁹⁹

98 Nutzer „bongokarl“ (14.05.09): Kommentar auf [spreeblick.com](http://www.spreeblick.com). Online: <http://www.spreeblick.com/2009/05/14/post-von-frau-von-der-leyen/> (12.09.09)

99 zit. nach [Welt.de](http://www.welt.de) (20.07.09): „Der Dreck muss aus dem Netz“. Interview mit Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Online: <http://www.welt.de/die-welt/article4152036/Der-Dreck-muss-aus-dem-Netz.html> (31.07.09)

Am 22. April 2009 billigte das Bundeskabinett den ersten Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen und nach einigen heftigen Debatten beschloss der Bundestag das mehrfach veränderte Zugängerschwerungsgesetz am 18. Juni 2009.



Möglicher Entwurf

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Kinder_stopp.png

Demnach soll das Bundeskriminalamt (BKA) eine Sperrliste aufbauen, auf der Domainnamen, IP-Adressen und URLs von kinderpornografischen Webseiten gemäß § 184b StGB sowie auf solche Inhalte verlinkende Seiten vermerkt werden, so deren Löschung nicht bzw. nicht in angemessener Zeit erwirkt werden kann. Internetprovider mit mehr als 10.000 Kunden müssen den Zugriff auf die in der Sperrliste indizierten Seiten sperren und Anfragen auf ein vom BKA entworfenes Stopp-Schild umleiten sowie dem BKA eine anonymisierte Zugriffsstatistik zur Verfügung stellen. Das BKA dokumentiert diese Vorgänge und wird

selbst vierteljährlich von einem vom Bundesdatenschutzbeauftragten berufenen Expertengremium stichprobenartig kontrolliert. Im Unterschied zum ersten Entwurf vom April sah das Gesetz nicht mehr vor, jeden Internetnutzer, der - und sei es zufällig - eine indizierte Seite aufruft, der Strafverfolgung durch das BKA auszusetzen.

Ob das Gesetz jedoch wie geplant noch 2009 in Kraft treten kann, ist momentan noch nicht abzusehen, denn erstens hat Anfang Juli 2009 der Abgeordnete Jörg Tausch beim Bundesverfassungsgericht Organklage gegen das Zugängerschwerungsgesetz eingelegt, da der Bundestag trotz erheblicher Änderungen am Gesetzentwurf keine erneute erste Lesung anberaumt habe.¹⁰⁰ Zudem wurden Irritationen am folgenden Verfahren bekannt: Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete am 4. August, das Gesetz sei vom Bundeswirtschaftsministerium noch nicht dem Bundespräsidenten zugeleitet worden, weil eine Stellungnahme der EU-Kommission noch ausstehe. Die Frist für diese Stellungnahme endet jedoch erst am 8. Oktober zu einem Zeitpunkt, wenn die aktuelle Legislaturperiode des Bundestages bereits beendet sei. Daher könne das Zugängerschwerungsgesetz gemäß Artikel 39 des Grundgesetzes möglicherweise verfallen, was allerdings vom Wirtschaftsministerium vehement bestritten wurde.¹⁰¹

Trotzdem also „Ein großer Erfolg für Bundesministerin von der Leyen“¹⁰² wie die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Martina Krogmann, erklärte? Auch die öffentliche Meinung war in diesem Fall doch ganz auf der Seite des Gesetzgebers, wie eine Umfrage zu beweisen schien:

Im Zuge der Diskussion um das Gesetz hatte der *Verein Deutsche Kinderhilfe e.V.* das Meinungsforschungsinstitut *infratest dimap* mit einer repräsentativen Umfrage beauftragt und folgende Frage gestellt:

Die Bundesregierung plant ein Gesetz zur Sperrung von kinderpornographischen Seiten im Internet. Kritiker befürchten eine Zensur und bezweifeln die Wirksamkeit solcher Sperren. Befürworter betonen dage-

100 <http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1393679.html> (08.08.09)

101 <http://www.sueddeutsche.de/tt2m1/politik/567/483017/text/> (08.08.09) Vgl. auch http://www.fr-online.de/top_news/1866197_Guttenberg-und-die-Netzaktivisten-Internet-Sperren-verzoegert.html (08.08.09)

102 Krogmann, Martina (16.06.09): Union setzt sich bei Kinderpornografie-Sperre durch. Online: http://www.regierungsprogramm.cdu.de/archiv/2370_27302.htm (03.08.09)

gen, dass solche Sperren eine sinnvolle und wirksame Maßnahme im Kampf gegen die Verbreitung solcher Bilder sind. Wie sehen Sie das: Sind Sie für ein Gesetz zur Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet oder dagegen?

Wenig überraschend antworteten 92% der Befragten mit „ja“. Inwieweit diese Umfrage aber das tatsächliche Meinungsbild in der Diskussion um die Internetsperren wiedergab, zeigte Christian Bahls vom *Verein Missbrauchsoffer gegen Internetsperren* (MOGIS). Er beauftragte dasselbe Institut, das nach den selben Regeln und Erhebungsmethoden nun fragte:

Der Zugang zu Internetseiten mit Kinderpornographie sollte durch eine Sperre erschwert werden, das reicht aus, auch wenn die Seiten selbst dann noch vorhanden und für jedermann erreichbar sind.

Circa 90% der Befragten stimmten dieser Aussage jetzt nicht mehr zu, was lediglich beweist, dass solche Umfragen kaum geeignet sind, um politisch aussagekräftige Stimmungen in der Bevölkerung abzubilden.¹⁰³

Aber warum nun überhaupt Kritik? Dies war doch

ein wahltaktisch todsicheres Gesetz, zielt es doch auf einen ungemein konsensfähigen Feind: die Hersteller und Verbreiter von Kinderpornografie, unmenschliche Profiteure und Verursacher unermesslichen Leids. Folgerichtig tat die Opposition erst gar nichts und gab dann kaum mehr als ein leises Wimmern von sich - um sich dann in das Schicksal zu ergeben, dass die Familienministerin als Bezwingerin der Kinderschänder würde Wahlkampf machen können.¹⁰⁴

Die Antwort konnte man schon am Tag der freiwilligen Übereinkunft mit den Providern in der Süddeutschen Zeitung lesen:

Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, wird es nicht Kinder vor Missbrauch schützen, nicht Täter vor sich selbst schützen oder dingfest machen, nicht Neugierige davor schützen, straffällig zu werden.¹⁰⁵

103 <http://www.heise.de/newsticker/meldung/138216> (06.08.09)

104 Stöcker, Christian (02.06.09): Die Generation C64 schlägt zurück. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,628017,00.html> (10.08.09)

105 Casati, Rebecca (17.04.09): Mitten am Rand. Online: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/813/465404/text/19/> (06.08.09)

Christian Bahls, Gründer des Vereins *Missbrauchstopfer gegen Internetsperren* (MOGIS) konkretisierte seine Ablehnung gegen den Entwurf:

Weil er Kinderpornografie nicht bekämpft. Da ist irgendwo im Internet ein Missbrauch dokumentiert und die Bundesregierung schaut weg. Und sagt uns Bürgern, wir sollen auch wegschauen. Was noch viel krasser ist: Es werden zwischen den Staaten nur die Sperrlisten für die Filter ausgetauscht. Doch niemand bekämpft in seinem eigenen Land die Server, auf denen die Inhalte lagern. Wenn die zu den 1500 Adressen gehörenden Server in den USA, Holland, Kanada und Deutschland dicht gemacht würden, die derzeit existieren, wären 90 Prozent der weltweit mit einem Browser erreichbaren Kinderpornografie nicht mehr verfügbar.

Und weiter:

Wir sind für die effiziente Bekämpfung von Straftaten nach Paragraph 184 b. Dazu gehört aber, dass man die Inhalte aus dem Internet entfernt und die Inhaber der Server bestraft. Und über die Inhaber kommt man vielleicht auch an Leute, die so etwas herstellen und kann so verhindern, dass weitere Kinder missbraucht werden. Der Missbrauch muss unterbunden werden. Das aber geschieht nicht dadurch, dass die Bundesregierung ihren Bürgern Scheuklappen aufsetzt.

Sein Fazit ist eindeutig:

Es wird eine schleichende Internetsensur aufgebaut, keine Strafverfolgung. Das alles ist nur möglich, weil das Tabu Kinderpornografie instrumentalisiert wird: Das ist so böse, da darf man gar nicht offen darüber diskutieren. Das ist das gleiche Muster wie in den Familien, in deren Umfeld Missbrauch geschieht.¹⁰⁶

Aber gehen wir der Reihe nach: Während also am 17. April im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die freiwillige Vereinbarung mit den Internet Providern vonstatten ging, formierte sich vor dem Gebäude eine Mahnwache, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen und die von verschiedenen Organisationen aufgerufen worden waren. Am 22. April, als das Bundeskabinett das Gesetz billigte, wurde eine

106 Christian Bahls zit. nach Zeit online (16.04.09): *Missbrauchstopfer gegen Netzsperrren*. Interview. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/netzsperrren-missbrauch> (06.08.09)

Online-Petition gegen das Sperrgesetz eingereicht, welche ab dem 4. Mai 2009 unterzeichnet werden konnte. In der Petition, die von der Berlinerin Franziska Heine initiiert wurde, heißt es, die Pläne der Großen Koalition, den Missbrauch von Kindern auf diese Weise zu verhindern, seien ungeeignet. Bereits nach vier Tagen hatte die Petition die 50.000 Unterstützer, die für eine öffentliche Beratung der Petition und Anhörung nötig sind, beisammen. Insgesamt hatte die Petition, die bis zum 16. Juni lief, über 134.015 Mitzeichner und ist damit die erfolgreichste E-Petition in der Geschichte der Bundesrepublik.

Text der Petition

Wir fordern, daß der Deutsche Bundestag die Änderung des Telemediengesetzes nach dem Gesetzentwurf des Bundeskabinetts vom 22.4.09 ablehnt. Wir halten das geplante Vorgehen, Internetseiten vom BKA indizieren & von den Providern sperren zu lassen, für undurchsichtig & unkontrollierbar, da die "Sperrlisten" weder einsehbar sind noch genau festgelegt ist, nach welchen Kriterien Webseiten auf die Liste gesetzt werden. Wir sehen darin eine Gefährdung des Grundrechtes auf Informationsfreiheit.

Begründung

Das vornehmliche Ziel – Kinder zu schützen und sowohl ihren Mißbrauch, als auch die Verbreitung von Kinderpornografie, zu verhindern stellen wir dabei absolut nicht in Frage – im Gegenteil, es ist in unser aller Interesse. Dass die im Vorhaben vorgesehenen Maßnahmen dafür denkbar ungeeignet sind, wurde an vielen Stellen offengelegt und von Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen mehrfach bestätigt. Eine Sperrung von Internetseiten hat so gut wie keinen nachweisbaren Einfluß auf die körperliche und seelische Unversehrtheit mißbrauchter Kinder.¹⁰⁷

107 <https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3860> (04.08.09)

Juristische Bedenken

Früh hatte bereits der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber dem Gesetzesvorhaben angemeldet:

Eine Sperrungsverfügung, welche zum Beispiel die Sperrung von IP-Adressen vorsieht, ist nur dann rechtmäßig, wenn sie auch verhältnismäßig ist. Das ist dann der Fall, [...] wenn die Maßnahme zur Erreichung des Zieles geeignet, erforderlich und angemessen ist." – "Hält man sich das große Missbrauchspotenzial, das gerade bei zentralen technischen Filtersystemen besteht, und die Bedeutung der Kommunikationsfreiheit für eine freiheitliche Demokratie vor Augen, so muss diese Gefahr als besonders schwerwiegend angesehen werden."¹⁰⁸

Neben der vom Bundesverfassungsgericht noch zu klärenden Frage, ob aufgrund der Änderungen im Gesetz eine zweite Lesung im Bundestag nötig gewesen wäre, haben Mitarbeiter von Prof. Dirk Heckmann, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sicherheits- und Internetrecht in Passau, in einer Analyse¹⁰⁹ weitere juristische Bedenken vorgebracht.

Im Vergleich mit der ersten von der Bundesregierung vorgestellten Fassung des Gesetzes seien in der überarbeiteten und später dann auch beschlossenen Version zwar „einige ursprünglich aufgeworfene Kritikpunkte entschärft, jedoch nicht ausnahmslos beseitigt“ worden. So sehe die Novelle zwar davon ab, die erhobenen Daten zur Strafverfolgung zu verwenden (was einer verfassungsgerichtlichen Überprüfung kaum standgehalten hätte), aber:

Den Zugangsanbietern werden indes durch die aktuelle Gesetzesfassung trotzdem keinerlei Löschungs- oder zumindest Kennzeichnungspflichten in Bezug auf die zu Sperrzwecken erhobenen Daten auferlegt. Damit bleiben grundsätzliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Regelung bestehen."

108 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages (27.01.09, pdf): Sperrverfügung gegen Internet-Provider. Online: http://www.ccc.de/press/releases/2009/20090212/bundestag_filter-gutachten.pdf (08.08.09)

109 http://www.gesetzesportal.com/jportal/portal/page/fpgesetze.psml/js_peid/012122?id=jpr-NLITADG000109&action=controls.Maximize (04.08.09)

Weiterhin bestünden

mangels ausreichender Informationsmöglichkeiten der betroffenen Anbieter immer noch Zweifel an der Effektivität des Rechtsschutzes gegen (versehentliche) Sperrungen legaler Angebote. Die nun vorgesehene Information der betroffenen Inhaltsanbieter gemäß § 1 Abs. 3 ZugErschwG wird durch ihren fakultativen Charakter ("soll", "in der Regel", "sofern zumutbarer Aufwand") in ihrem Schutzzweck erheblich beeinträchtigt.

Bezüglich der Kontrolle wurde bemerkt, dass „die lediglich stichprobenartige Überwachung des BKA durch ein unabhängiges Expertengremium beim Bundesdatenschutzbeauftragten [...] den Forderungen nach mehr Transparenz des Sperrverfahrens jedoch nur unzureichend Rechnung“ trage. Zudem sei fraglich, weshalb ausgerechnet der Bundesdatenschutzbeauftragte mit dieser Aufgabe belastet werde, da kein datenschutzrechtlicher Bezug zur Führung von Sperrlisten bestehe.

Weiterhin seien andere Kritikpunkte und Bedenken am ersten Entwurf überhaupt nicht berücksichtigt worden: „Zuvorderst ist hier die fehlende Entschädigung der Zugangsanbieter für die Einrichtung und Unterhaltung der Sperrinfrastrukturen zu nennen.“ Diese Regelung bringe, obwohl unklar sei, dass tatsächlich beachtenswerte Kosten für die Provider entstehen, „erhebliche Zweifel an deren Verfassungsmäßigkeit“ mit sich. Überhaupt bestünden auch „erhebliche Zweifel an der Kompetenz des Bundes für eine derartige Gesetzgebung“; diese falle, da es sich um ein Instrument der Gefahrenabwehr handele, vielmehr in die Kompetenz der Bundesländer.

Das Fazit der Juristen lautet, dass das Gesetz für Internetserviceprovider, Inhalteanbieter ebenso wie für die User keinerlei Rechtssicherheit biete, zumal es aufgrund technischen oder menschlichen Versagens auch zu falschen Sperrungen von legalen Seiten kommen könne:

Soweit zulässige Inhalte – quasi als Kollateralschaden – regelmäßig (mit-)gesperrt werden, könnte darin unter Umständen eine unverhältnismäßige Beeinträchtigung der Grundrechte der User (insbesondere deren Informationsfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG) liegen.

Darüber hinaus hat der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung, Peter Schaar, Zweifel angemeldet, dass seine Dienststelle der richtige Kontrolleur für die Sperrlisten sei:

*Aber dieses Gremium soll ja eben nicht nach datenschutzrechtlichen Kriterien oder nach Kriterien der Informationsfreiheit urteilen - was meine originären Aufgaben sind. Sondern es geht darum, nach strafrechtlichen Kriterien festzustellen, ob es sich bei bestimmten Inhalten um Kinderpornografie handelt. Das ist eine völlig wesensfremde Funktion, die mir da zugewiesen werden soll. Das Problem ist doch: Zum ersten Mal soll es in Deutschland eine institutionelle Inhaltskontrolle geben, was ja in der Tat Datenschutzrisiken birgt. Das ist eine sehr gravierende Änderung unserer Medienordnung - und dabei liegt es auf der Hand, dass derartige Sperrmechanismen später einmal auch bei vergleichbaren Zwecken genutzt werden könnten.*¹¹⁰

Kinderpornoindustrie im Netz

Mit dem Gesetz soll zuvorderst die kommerzielle Kinderpornoindustrie, mit der kriminelle Betreiber „monatlich Millionenbeträge“ verdienen – so heißt es in der Kabinettsvorlage aus dem Haus von Familienministerin Ursula von der Leyen, getroffen werden.¹¹¹

Die Jugendschützerin und Medienwissenschaftlerin Dr. Korinna Kuhnen, Autorin des Buches *Kinderpornografie und Internet* hat hingegen beobachtet, dass die kommerzielle Kinderpornoszene kaum im Internet zu finden sei, die Szene entziehe sich der Verfolgung vielmehr durch zunehmende Abschottung, weshalb von offener Präsenz des einschlägigen Materials für Außenstehende längst keine Rede mehr sein könne. Kuhnen ist sich daher sicher, dass es nur bei „klarer Intention“ für die Täter möglich sein dürfte, im Internet fündig zu werden.¹¹²

Recherchen des Computermagazins *c't* haben diese Erkenntnis bestätigt:

Ein spezialisierter Ermittler des Landeskriminalamts Niedersachsen schilderte uns die Szene so: Die Erzeuger harter Kinderpornografie be-

110 spiegel-online (18.06.09): „Da wurde mit sehr heißer Nadel gestrickt“. Interview. Online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,631014,00.html> (03.09.09)

111 zit. nach Rosenberg, Marcel (25.03.09): Regierung beschließt Eckpunkte für Web-Sperrgesetz. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,615378,00.html> (04.08.09)

112 zit. nach Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

*liefern ihre zahlenden Kunden in der Regel über den Postweg. Das Internet dient zwar zur Kommunikation, nicht aber als Transportmedium. Das Material sickert erst später ins Internet durch, etwa wenn die Kunden untereinander tauschen. Dann tauchen die Dateien zumeist im Usenet oder in Tauschbörsen auf. Für kommerziellen Handel über Webserver fielen ihm aus seiner langjährigen Berufspraxis nur zwei Beispiele ein.*¹¹³

Überhaupt muss man davon ausgehen, dass von 100 Tätern im Bereich Pädophilie nur einer sein Verbrechen im Internet dokumentiert, vom Gros der Täter wird also abgelenkt. Diese große Gruppe agiert zumeist im privaten Bereich:

*Um ihre Opfer zu schützen, braucht es Familienangehörige, Lehrer, Ärzte und Polizisten, die hinschauen. Um künftige Taten zu verhindern, braucht es Therapieangebote und Strafverfolgung.*¹¹⁴

Der Gesellschaft für Informatik, nach eigenen Angaben die größte Informatikfachvertretung im deutschsprachigen Raum, darf man eine gewisse Kompetenz nicht absprechen, wenn sie urteilt:

Die Weitergabe kinderpornografischer Inhalte erfolgt nicht/kaum über Webseite., Tatsächlich kann im Internet nicht direkt auf Kinderpornographie zugegriffen werden; vielmehr sind die Adressen nur Eingeweihten bekannt und zugegriffen werden kann nur in geschlossenen Benutzergruppen und über Peer-to-Peer-Netzwerke. Vielfach erfolgt die Verbreitung auch über Mobil-Telefone.

*Eine Sperrung behördenbekannter Server durch das BKA hat also eine reine Alibifunktion und lenkt von der tatsächlich unzureichenden Strafverfolgung der Täter nur ab – zumal diese Sperrungen bisher ja schon durch die Staatsanwaltschaften und die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angeordnet werden können.*¹¹⁵

113 Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

114 Biermann, Kai (09.09.09): „Wir schließen die Datenautobahn der Kinderpornografie“. Online: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-09/luegendetektor-biermann-kinderporno?page=all> (13.09.09)

115 PM Gesellschaft für Informatik (18.05.09): Statt Internetsperren Kinderpornografie ernsthaft verfolgen. Online: <http://www.gi-ev.de/presse/pressemitteilungen-2009/pressemitteilung-vom-18-mai-2009.html> (08.08.09)

Rechtsanwalt Udo Vetter erklärt dazu auf seinem *law blog*:¹¹⁶

Die Legende von der Kinderpornoindustrie

Laut Familienministerin Ursula von der Leyen verdienen die Betreiber kinderpornografischer Seiten "monatlich Millionenbeträge".

Ich verteidige viele Betroffene, die des Besitzes von Kinderpornografie beschuldigt werden. Hiervon ist ein nicht unbeträchtlicher Teil unschuldig. Es handelt sich um Menschen, deren IP-Adresse von einem Filterprogramm des Bundeskriminalamtes oder der "anlassunabhängigen Internetüberwachung" mancher Landeskriminalämter im Zusammenhang mit einer kinderpornografischen Datei protokolliert wurde.

Ob es ein willentlicher Zugriff war, ob möglicherweise ein anderer den Computer des Anschlussinhabers genutzt hat oder gar ein WLAN im Spiel war, interessiert zunächst mal nicht. Die Hausdurchsuchung bekommt der Anschlussinhaber, und oft findet sich bei ihm – schlichtweg nichts.

Lassen wir aber jene beiseite, die unschuldig verdächtigt werden. Nehmen wir nur die Internetnutzer, bei denen tatsächlich Kinder pornos auf Datenträgern gefunden werden. Keiner, ich wiederhole, keiner der in den letzten anderthalb Jahren dazu gekommenen Mandanten hat auch nur einen Cent für das Material bezahlt.

Alle, ich wiederhole, alle haben die Kinder pornos aus Tauschbörsen, Newsgroups, Chaträumen, Gratisbereichen des Usenet oder aus E-Mail-Verteilern. Manche kriegen es auf DVD, ganz normal mit der Post.

Kein einziger jedoch hat seine Tauschpartner bezahlt. Und diese Tauschpartner haben auch nichts verlangt. Selbstverständlich wertet die Polizei in den allermeisten Fällen auch aus, woher die Dateien kamen. Bezahlsseiten sind nicht darunter. Auch verdächtige Überweisungen etc. werden nicht festgestellt. Wie auch, möchte man sagen. Spätestens seit der Aktion Mikado ist jedem einschlägig Interessierten klar, dass Zahlungen früher oder später gerastert werden.

116 law blog (Udo Vetter, 25.03.09): Die Legende von der Kinderpornoindustrie.
Online : <http://www.lawblog.de/index.php/archives/2009/03/25/die-legende-von-der-kinderpornoindustrie/> (09.08.09)

Überdies: Niemand zahlt für Dinge, die er auch umsonst haben kann.

*Tatsächlich ist auch anhand der im Umlauf befindlichen Dateien un-
schwer festzustellen, dass es die Kinderpornoindustrie nicht gibt. Es gibt
einen Grundbestand an Material, meiner Schätzung nach mindestens
98 %. Hierbei handelt es sich um Bilder und Filme, die schon seit vielen
Jahren, ein Großteil davon schon seit Jahrzehnten im Umlauf sind.*

*Sofern neues Material hinzukommt, sind es Fälle von Missbrauch im
privatem Umfeld, der – Fluch der Digitaltechnik – heute halt nun ein-
mal einfacher abzubilden ist. Natürlich gibt es keine näheren Informa-
tionen zu den Umständen, wie solche Aufnahmen zustande kommen.
Allerdings machen die meisten nicht den Eindruck, als werde ein Kind
missbraucht, um einen Film zu drehen. Dass die weitaus meisten Kin-
der pornos häuslichen, also keinen gewerbsmäßig organisierten Miss-
brauch wiedergeben, ist auch un schwer daran zu erkennen, dass Opfer
und Täter sich in den allermeisten Fällen offensichtlich kennen.*

*Im Gegensatz dazu gibt es praktisch keine professionell oder zumindest
semiprofessionell gemachten Aufnahmen mit einem Setting, Ton und
Licht, welche über dem Durchschnitt von Hobbyfilmern liegen. Es gibt
auch keine Kulissen, die sich wiederholen. Ebenso wenig gibt es Darstel-
ler (= Täter), die mit unterschiedlichen Opfern auftauchen.*

*Gerade all das sollte man aber doch von einer "Industrie" erwarten,
oder nicht?*

*Vielleicht ist es nur Zufall, dass ich nur Mandanten habe, die nichts für
Kinder pornos zahlen und demgemäß auch keine Industrie unterstützen.
Ich halte es aber ebenso für möglich, dass Frau von der Leyen einfach
falsch informiert ist – zumindest was die angeblichen Millionenumsätze
einer angeblichen Kinderpornoindustrie betrifft.*

*Der Verweis auf die Millionenumsätze ist kein Randaspekt. So wird
nämlich der Eindruck erweckt, die Konsumenten von Kinderpornogra-
fie pumpten Geld in einen lukrativen Markt mit der Folge, dass sich
Kindesmissbrauch finanziell lohnt. Wenn man also den Kinderporno-
markt trockenlege, würden weniger Kinder missbraucht.*

Das ist aus meiner Sicht leider ein fataler Trugschluss.

Der Vorsitzende des *Fördervereins Informationstechnik und Gesellschaft*, Lutz Donnerhacke, schließlich zerreißt in einem *ZEIT*-Artikel die von der Bundesregierung ins Spiel gebrachten Zahlen:

Auch die immer wieder zitierten Zahlen zu den Straftaten sind Unsinn. Während die Bundesregierung unter Berufung auf das Bundeskriminalamt erklärt, dass sich im Jahr 2007 die Vorfälle mehr als verdoppelt hätten, offenbart ein Blick in die Kriminalstatistik das Gegenteil. Die zeigt, dass die Zahl schwerer Misshandlungen zwischen 1999 bis 2007 bei konstant 1200 Fällen pro Jahr lag. Dabei wurde in mehr als 99 Prozent der Taten kein Bildmaterial erzeugt. Die als Hauptargument ins Feld geführten Kindesmisshandlungen zur Erstellung von Kinderpornografie umfassen damit rund 100 Verdachtsfälle pro Jahr, mit rückläufiger Tendenz.

Der Anstieg bei der Zahl der sogenannten Verschaffungsdelikte erklärt sich anders. Er ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es inzwischen viel mehr Ermittlungen in dem Bereich gibt. Beispielsweise wurden bei der Aktion 'Himmel' Verfahren gegen 12.000 Verdchtigte eingeleitet, jedes davon war für die Statistik relevant. brig blieben allerdings vor allem eingestellte Ermittlungen wegen fehlender Verdachtsmomente. Auch bei der Aktion 'Mikado', wo Millionen von Kreditkartenkunden gerastert wurden, gab es zwar 322 Ermittlungsverfahren, aber nur 'einige Strafbefehle mit Geldbußen', sagte die zuständige Justizministerin Angela Kolb auf dem Medientreffpunkt in Leipzig.¹¹⁷

Technische Eignung

Laut Gesetz ist es vorgesehen, die Sperrungen durch das sogenannte *DNS Poisoning*, das relativ einfach zu installieren ist, zu realisieren. Das *Domain Name System* (DNS) bersetzt Servernamen in die zugehörigen IP-Adressen, die der Browser braucht, um bestimmte Seiten zu finden. Jeder Internetanbieter hat eigene DNS-Server und kann diese mit geringem Aufwand so manipulieren, dass sie eine Anfrage nach einer indizierten Seite via Browser umleiten kann, in unserem Falle auf eine vom BKA eingerichtete Seite mit Stopp-Schild und Warnhinweisen. Der Nachteil allerdings ist, dass diese so einfach einzurichtenden Sperren

117 Donnerhacke, Lutz (13.05.09): Von der Leyens unseriöse Argumentation. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/20/kinderpornografie-fakten> (06.08.09)

ebenso einfach zu umgehen sind. Wie das genau geht, zeigt ein Video, das zurzeit im Netz kursiert und in weniger als 30 Sekunden für jeden technisch auch noch so Unbedarften eine perfekte Anleitung bietet. Darüber hinaus ist es gar nicht nötig, sich dieses nun fast illegale Wissen anzueignen, denn wenn Sie einmal ein Problem mit Ihrem Internetzugang haben und Ihren Anbieter per Hotline anrufen, wird Ihnen der freundliche Mitarbeiter höchstwahrscheinlich genau diesen Vorgang Schritt für Schritt erklären: dies ist nämlich zugleich der standardisierte Weg, um allgemeine Zugangsprobleme zu beheben. Einfach zu realisieren, einfach zu umgehen. Doch damit nicht genug:

*Denn zu einer IP-Adresse gibt es oft verschiedene Namen, im einfachsten Fall domain.xx und www.domain.xx, oft aber sogar unterschiedliche Domains. Andererseits verbieten sich Sperren wie *.domain.xx, die alle Server und Subdomains einschließen. Denn damit erwischt man auch saubere Seiten. Wenn es sich beispielsweise um die Domain handelt, unter der ein großer DSL-Provider seinen Kunden eine Homepage anbietet, können mit der Sperre einer Seite tausend andere verschwinden, die nichts mit Kinderpornografie zu tun haben.¹¹⁸*

Entsprechend bezweifelt das eingangs erwähnte, staatsrechtliche Gutachten der Mitarbeiter von Prof. Heckmann, dass die angestrebten Maßnahmen überhaupt geeignet seien, da sich die Zugangshürden leicht durchbrechen ließen. Dies lege die Befürchtung nahe, dass die gesperrten Websites „lediglich für unbedarfte Nutzer unsichtbar würden, gleichzeitig jedoch für gezielt suchende Konsumenten einschlägigen Materials weiterhin zugänglich bleiben.“ Aufgrund dessen sahen sich „bereits mehrere Gerichte dazu veranlasst, von einer Ungeeignetheit solcher Sperrungen zur Verhinderung von Urheberrechtsverstößen auszugehen [...]. Es erscheint fraglich, ob die Notwendigkeit besteht, für die Verhinderung der Verbreitung kinderpornographischer Inhalte andere Maßstäbe anzulegen.“¹¹⁹

118 Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

119 http://www.gesetzesportal.com/jportal/portal/page/fpgesetz.psml/js_peid/012122?id=jpr-NLITADG000109&action=controls.Maximize (04.08.09)

Löschen statt Sperren

Das Gesetz sieht im Kampf gegen die kinderpornografischen Inhalte im Netz das Prinzip *Löschen vor Sperren* vor, das heißt, dass eigentlich nur dann gesperrt werden darf, wenn die Löschung nicht oder nicht in angemessener Zeit erwirkt werden kann.

Sowohl die SPD:

*In den Verhandlungen mit der Union haben wir insbesondere folgende entscheidenden Verbesserungen durchsetzen können: [...] Verankerung des Subsidiaritätsprinzips – Löschen vor Sperren: Die Aufnahme in die Sperrliste des BKA erfolgt nur, so weit zulässige Maßnahmen, die auf eine Löschung der Internet-Seiten mit kinderpornografischen Inhalten abzielen, keinen Erfolg haben.*¹²⁰

als auch die CDU:

*Bei den Verhandlungen mit der SPD über das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornographie in Kommunikationsnetzen wurden zentrale Forderungen der Union umgesetzt: [...] Löschen geht vor Sperren: Wir bekämpfen das Übel an der Wurzel und werden nur dann sperren, wenn wir gegen die Inhalte nicht oder nicht zeitnah vorgehen können.*¹²¹

rühmen sich damit, diese Regelung durchgesetzt zu haben. Das BKA darf Webseiten nach eigenem Ermessen auf die Sperrliste setzen. Seiten, die außerhalb Europas gehostet sind, dürfen sofort in die Sperrliste aufgenommen werden, und zwar dann, wenn nach Einschätzung des BKA davon auszugehen ist, „dass in dem betroffenen Staat andere Maßnahmen, insbesondere Mitteilungen an die für den polizeilichen Informationsaustausch zuständigen Stellen, nicht oder nicht in angemessener Zeit zu einer Löschung des Telemedienangebots führen“. Die betroffenen Anbieter müssen nur dann über die Aufnahme in das Filterverzeichnis informiert werden, sofern der Hostler „mit zumutbarem Aufwand zu ermitteln ist“.

120 zit. nach PM Martin Dörmann (18.06.09): Rechtsstaatlichkeit und Effektivität im Kampf gegen Kinderpornografie sichern. Online: <http://www.martin-doermann.de/live/archives/794/#more-794> (10.08.09)

121 PM Martina Krogmann (16.06.09): Union setzt sich bei Kinderpornografie-Sperre durch. Online: http://www.regierungsprogramm.cdu.de/archiv/2370_27302.htm (03.08.09)

Eine statistische Auswertung der Filterlisten aus verschiedenen Ländern (Schweiz, Dänemark, Finnland und Schweden) hat aber bereits ergeben, dass über 96% der gesperrten Seiten auf Servern in westlichen Staaten (u.a. Australien, Kanada, Niederlande und USA) gefunden wurden, bei denen durchaus "in angemessener Zeit" eine Löschung zu erreichen sein sollte.¹²² Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Magazin *c't*:

*Auf der finnischen Sperrliste etwa sind größtenteils in den USA gehostete Inhalte geführt, gefolgt von Australien, den Niederlanden und Deutschland. Von c't befragte Ermittlungsbeamte betonten, dass gerade in diesen Ländern das Stilllegen von Kinderpornografie-Sites besonders schnell und einfach funktioniert. In den USA dauert es bei stichhaltigem Verdacht ein bis drei Tage, bis das Angebot vom Netz ist.*¹²³

Die Kinderschutzorganisation *Carechild e.V.* hat einen Test mit Seiten auf der dänischen Sperrliste durchgeführt. Dänemark gehört zu den Ländern, die kinderpornografische Seiten schon seit einiger Zeit sperrt. Das Testergebnis war in der Tat verblüffend: In kürzester Zeit konnte *Carechild* zwanzig Webseiten mit kinderpornografischen Inhalten überprüfen und ganze 16 davon abschalten lassen, teilweise genügte eine einfache E-Mail an die zuständigen Provider um die entsprechende Website schon nach wenigen Stunden aus dem Internet verschwinden zu lassen. *Carechild* kommt zu dem Schluss, dass die dänische Sperrliste, die zum Zeitpunkt des Tests über 3.500 Einträge verfügte, von einer Handvoll Polizisten in kurzer Zeit zumindest halbiert werden könnte.

Fazit von *Carechild*: Das Ergebnis des Tests sei beschämend für die Politik, insbesondere für Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble. Die deutsche Sperrliste dürfte weitgehend identisch mit der Liste anderer Länder sein, und das diese so leicht und mit derart geringem Aufwand aus dem Internet zu entfernen seien, müsse nachdenklich stimmen, schon weil dies längst hätte passieren können „statt sich mit naiven Zensurwünschen und der

122 Patalong, Frank (17.04.09): BKA filtert das Web. Online:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,619509,00.html> (03.08.09)

123 Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online:

<http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

Präsentation brutaler Kinderpornos vor Journalisten und Providern noch vor der Wahl profilieren zu wollen“¹²⁴.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam der *Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur* (AK Zensur). Dieser habe in lediglich zwölf Stunden 60 kinderpornografische Internetangebote löschen lassen.

Mit einem automatischen Verfahren seien verschiedene europäische Sperrlisten durchsucht und insgesamt 349 Provider in 46 Ländern über die 1.943 dort aufgeführten Webseiten informiert worden. Auf die Anfrage reagiert hätten 250 Provider, die allerdings vorwiegend legale Inhalte auf den indizierten Webseiten gefunden hätten, was der AK Zensur durch Stichproben bestätigte: Ein Großteil der Seiten war folglich zu Unrecht gesperrt, auf der finnischen Sperrliste hätten zudem auch Webseiten gestanden, die sich kritisch zu den dortigen Internet-Sperren geäußert hätten.

Kinderpornografische Inhalte seien von den Providern teilweise schon nach wenigen Minuten aus dem Netz genommen worden. Zudem habe sich gezeigt, dass die überwiegend kooperativen Provider nicht darüber informiert worden waren, dass sich illegale Inhalte auf ihren Servern befanden, obwohl dies ja schon längere Zeit hätte bekannt sein dürfen. Alvar Freude vom AK Zensur kommt zu dem Schluss:

Die Abschaltung von Webauftritten mit kinderpornographischen Inhalten dauert nicht länger als die Übermittlung einer Sperrliste. Dies führt die Argumentation der Befürworter des bloßen Sperrens ad absurdum - es gibt keinen sachlichen Grund, strafbare Inhalte im Netz zu belassen und sie für alle einschlägig Interessierten mit minimalem Aufwand weiterhin zugänglich zu halten.

*Was für eine Bürgerinitiative wie den Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur möglich ist, sollte für die deutsche Regierung und Strafverfolgungsbehörden ein Leichtes sein und die hier erzielten Ergebnisse deutlich übertreffen können.*¹²⁵

Diese Ergebnisse werden inhaltlich ergänzt und bestätigt durch eine Studie der Universität Cambridge, nach der Banken den Kampf gegen

124 http://www.carechild.de/component/option,com_docman/Itemid,0/task,doc_download/gid,7/ (03.08.09)

125 Freude, Alvar (27.05.09; Pressemitteilung AK-Zensur): Löschen statt verstecken: Es funktioniert! Online: <http://ak-zensur.de/2009/05/loeschen-funktioniert.html> (06.08.09)

strafbare Inhalte im Netz wesentlich effektiver gestalten. Die sogenannten *Phishing*-Seiten, von Betrügern gestaltete Webseiten, mit denen Kontodaten von Bankkunden ausgespäht werden, wurden durch die Intervention der Banken im Durchschnitt vier Stunden nach deren Entdeckung aus dem Internet entfernt. Im Gegensatz dazu verschwanden kinderpornografische Webseiten erst nach durchschnittlich 30 Tagen.¹²⁶

Es scheint, dass die kommerziellen Interessen einer Bank den polizeilichen Möglichkeiten überlegen sind. Dies jedenfalls suggerierte eine Äußerung der Parlamentarischen Geschäftsführerin der *CDU/CSU*-Fraktion, Martina Krogmann, in einem Beitrag auf der Internet-Plattform *abgeordnetenwatch.de*. Krogmann zufolge werde das Löschen kinderpornografischer Seiten im Ausland dadurch erschwert, dass das BKA die Hinweise zunächst auf dem internationalen Dienstweg an die ausländischen Polizeibehörden weiterleitet, anstatt direkt die Internetanbieter zu informieren.

*Grundsätzlich gilt: Löschung vor Sperrung! In Deutschland ist das völlig unproblematisch, da die host-provider hier sehr gut kooperieren. Wenn jemand - das muss nicht das Bundeskriminalamt sein - sie auf kinder-pornographische Inhalte hinweist, nehmen sie diese vom Netz. Etwas anders sieht es mit Inhalten auf ausländischen Servern aus: Hier tritt das Bundeskriminalamt aus Achtung vor der Souveränität der Staaten als deutsche Polizeibehörde nicht direkt an die in diesen Staaten ansässigen host-provider heran, sondern informiert die jeweiligen Polizeibehörden über die dafür vorgesehenen internationalen Organisationen. Dieser Weg nimmt einige Zeit in Anspruch. Da die fraglichen Seiten oft nur einige Tage ihre Domain behalten, ist es hier in vielen Fällen unter dem Gesichtspunkt der Prävention praktikabler, sie zu sperren - sonst erreicht die Information sogar kooperationswillige host-provider erst dann, wenn die Seite schon weitergewandert ist.*¹²⁷

„Offenbar sind für das BKA bürokratische Abläufe ein höheres Gut als die Menschenwürde missbrauchter Kinder“, erboste sich der Mitgrün-

126 Moore, Tyler & Richard Clayton: The Impact on Notice and Take-down, Computer Laboratory, University of Cambridge, S. 20. Online: <http://www.cl.cam.ac.uk/~rnc1/takedown.pdf> (08.08.09)

127 Martina Krogmann auf *abgeordnetenwatch.de* (02.06.09). Online: http://www.abgeordnetenwatch.de/dr_martina_krogmann-650-5576--f186555.html#q186555 (11.08.09)

der des AK Zensur, Alvar Freude. Und Franziska Heine, Initiatorin der E-Petition kommentierte:

*Frau von der Leyen bekämpft Probleme, die hinter ihrem Rücken das BKA selbst verursacht. Der Kampf gegen Kinderpornographie im Internet sollte mit mehr Sachkenntnis, Ernsthaftigkeit und wahren Engagement geführt werden - das sind wir den Missbrauchsopfern schuldig!*¹²⁸

Und noch ein letztes Beispiel: Christian Bahls von MOGIS erreichte im Zuge der Diskussion um die Internetsperren ein Hinweis, dass auf einer japanischen Seite Posenfotos von Kindern – die nach deutschem Recht noch nicht als pornografisch gelten – zu sehen sei. Kurzerhand schrieb er den Hosting Provider mit Hinweis auf die eigenen Nutzungsrichtlinien (Acceptable Use Policies, AUP), die zur rechtlichen Absicherung der Anbieter meist strenger als die im jeweiligen Lande gültigen Gesetze sind, an und bat um die Entfernung des Contents. Die Antwort kam zwei Tage später per E-Mail:

Wir haben die betreffende Blog-Seite und das dazugehörige Nutzerkonto sofort gelöscht. Bitte überzeugen Sie sich.

Danke für Ihre Anfrage

Bahls kommentiert dieses Erfolgserlebnis nicht ohne Häme:

Naja - das BKA hätte die Seite wahrscheinlich einfach widerrechtlich auf die Sperrliste gesetzt (dabei wären die Inhalte [nach BGH-Urteil] in Deutschland wahrscheinlich sogar legal – wenn eben auch moralisch verwerflich).

Die Begründung wäre gewesen, dass sie als Behörde ja keinen Druck auf einen Host in Japan ausüben können. Für das BKA scheint es nur die Möglichkeit zu geben, Zwang auszuüben, es will wohl einfach nicht kooperieren.

128 zit. nach Freude, Alvar (27.05.09; Pressemitteilung AK-Zensur): CDU: Kampf gegen Kinderpornographie im Internet scheitert am BKA-Dienstweg. Online: <http://ak-zensur.de/2009/06/bka-dienstweg.html> (06.08.09)

Viele Dinge löst die Zivilgesellschaft am besten unter sich. Dieses Prinzip nennt sich Subsidiarität. Wie im oben geschilderten Fall kann eine nette freundliche E-Mail manchmal kleine Wunder bewirken.¹²⁹

"Löschen statt Sperren" statt "Löschen vor Sperren" wäre möglich!

Auslandserfahrungen

Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass täglich Zehntausende an Zugriffen auf kinderpornografische Angebote stattfinden und durch die Umleitung auf die Stopp-Seite verhindert werden (15 000 bis 18 000 in Norwegen, 50 000 in Dänemark). [...] Die Anzahl der abgewehrten Zugriffsversuche in Dänemark und Norwegen enthält nach den vorliegenden Erkenntnissen keine automatisierten Suchmaschinenanfragen, sondern es handelt sich um 'unique user', die durch die Provider herausgefiltert wurden. Weitergehende Erkenntnisse liegen der Bundesregierung dazu nicht vor.¹³⁰

Soweit die Einschätzung der Bundesregierung. Genau diese Meinung aber wird beispielsweise vom Vorstandsvorsitzenden des Verbands der deutschen Internetwirtschaft (*eco*), Michael Rotert, bezweifelt: Es gäbe eben kein statistisches Material, das die These der *unique user* bestätigen würde, er ist vielmehr der - ebenso unbewiesenen - Auffassung, dass die Mehrzahl der erfassten „Klicks“ eben doch auf die vielen Suchmaschinen im Netz zurückzuführen sei,¹³¹ - und der nüchterne Betrachter ist geneigt, Letzterem zuzustimmen, scheint es doch eher unwahrscheinlich, dass etwa ein Prozent der 5,5 Millionen Dänen täglich eine verbotene Kinderpornoseite anklickt und a) nicht clever genug ist, diese einfach zu umgehende Sperre auszutricksen und b) unclever genug ist, die Stopp-Seiten jeden Tag wieder aufzurufen.

Auch sonst sind die Erfahrungen der Länder, die die Sperren praktizieren, keineswegs als uneingeschränkt positiv zu bewerten. Abgesehen

129 Bahls, Christian (24.08.09): Warum man mit Kooperation weiter kommt. Online: <http://mogis.wordpress.com/2009/08/24/warum-man-mit-kooperation-weiter-kommt/> (03.09.09)

130 Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage (15.06.09, Drucksache 16/13347) Online: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/133/1613347.pdf>, S. 10 (03.09.09)

131 Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

davon, dass immer wieder zu Unrecht gesperrte Seiten auf den Listen auftauchten gibt es auch ganz konkrete Zweifel an der Wirksamkeit: Der Chef der Stockholmer Polizeigruppe gegen Kinderpornografie und Kindesmisshandlung Björn Sellström äußerte sich diesbezüglich unmissverständlich: „Unsere Sperrmaßnahmen tragen leider nicht dazu bei, die Produktion von Webpornografie zu vermindern.“¹³²

Ausweitung der Sperren

Obwohl es in der Debatte zum Zugangserschwerungsgesetz von Seiten der Koalition im Bundestag noch hieß, „es wäre unmöglich und völlig unverhältnismäßig, alle rechtswidrigen Inhalte im Internet zu sperren“,¹³³ hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) als eine Konsequenz aus dem Amoklauf von Winnenden (11. März 2009) schon zum damaligen Zeitpunkt vorgeschlagen, zur Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit Gewalt-Seiten im Internet zu sperren, um Gewalt befördernde Elemente zu blockieren.¹³⁴ Ihr Parteikollege Thomas Strobl forderte in diesem Zusammenhang, die sogenannten Killer-Spiele sperren zu lassen:

*Wir gehen nach Winnenden nicht zur Tagesordnung über. Wenn es einen Nachweis gibt, dass sich Killerspiele negativ auf das Verhalten Jugendlicher auswirken, dann kann das Internet kein rechtsfreier Raum sein.*¹³⁵

Und weiter:

In jedem Fall sollte aber meines Erachtens in der Debatte, welche Maßnahmen zur Gewaltprävention ergriffen werden, die von den Bundesministern von der Leyen und Schäuble vorgeschlagene Sperrung von

132 zit. nach Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

133 Martina Krogmann zit. nach Rath, Christian (19.06.09): Gesetz gegen Zufallsnutzer. Online: <http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/gesetz-gegen-zufallsnutzer/> (11.08.09)

134 focus.de (18.03.09): Schavan: Gewalt-Seiten im Internet sperren lassen. Online: http://www.focus.de/digital/computer/kriminalitaet-schavan-gewalt-seiten-im-internet-sperren-lassen_aid_381771.html (03.09.09)

135 Thomas Strobl zit. nach Kölner Stadtanzeiger (18.06.09): Auch Killerspiele sperren. Online: http://www.presseportal.de/pm/66749/1425454/koelner_stadt_anzeiger (03.09.09)

*kinderpornografischen Seiten im Internet mit Blick auf Killerspiele neu diskutiert werden.*¹³⁶

Der Leiter des Referats Glücksspiel im Hessischen Innenministerium, Heinrich Sievers, forderte Seiten illegaler ausländischer Glücksspielanbieter zu sperren und Christian Sprang von der Rechtsabteilung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels verlangte Zugangssperren bei Angeboten, die das Urheberrecht verletzen.¹³⁷ Ebenso Dieter Gorny, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Musikindustrie:

*Der Vorstoß der Familienministerin zum Verbot von Kinderpornografie im Internet ist ein richtiges Signal. Es geht um gesellschaftlich gewünschte Regulierung im Internet, dazu gehört auch der Schutz des geistigen Eigentums.*¹³⁸

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, möchte mit Hilfe der Sperrlisten auch rechtsradikale und ausländerfeindliche Hassseiten blockieren. Natürlich müssten entsprechende rechtsextremistische Inhalte ebenfalls gesperrt werden, erklärte Rose am Rand einer Konferenz gegen die Verbreitung von Hass im Internet. Dies dürfe nicht mit Filtertätigkeiten von Diktaturen, politische Meinungen im Internet zu zensieren, verglichen werden.¹³⁹

Der AK Zensur zitiert dazu auf seiner Startseite die Rechtsanwältin Annette Marberth-Kubicki:

Hat sich das Instrument der Internetsperre erst einmal etabliert, wird es nicht nur zum Kampf gegen Kinderpornografie eingesetzt werden. Die Nutzung wird dann auch zur Verhinderung anderer unzulässiger oder nur unerwünschter Inhalte des Internets ausgedehnt werden. Schon jetzt werden Forderungen nach der Blockade von Glücksspielen, Sport-

136 Thomas Strobl auf [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) (10.06.09). Online: http://www.abgeordnetenwatch.de/thomas_strobl-650-5740--f193477.html#q193477 (03.09.09)

137 heise online (24.04.09): Medienrechtsforum: Forderungen nach Ausweitung von Internetsperren. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Medienrechtsforum-Forderungen-nach-Ausweitung-von-Internetsperren--meldung/136764> (03.09.09)

138 zit. nach Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

139 heise online (09.07.09): Ausweitung der Web-Sperren auf Hasspropaganda gefordert. Online: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/141770> (06.08.09)

wetten, Killerspielen, Urheberrechtsverletzungen, politischer Propaganda etc. erhoben.¹⁴⁰

Zum Schluss ihrer Analyse bestätigen die Juristen in dem bereits zitierten Gutachten diese Einschätzung:

Die Diskussion über die Sperrung kinderpornographischer Internetseiten hat rasch dazu geführt, dass zahlreiche Verbände und Politiker eine Ausweitung der Sperren auf verschiedenste andere Inhalte forderten. Die Sperrung von Gewaltseiten, Seiten mit illegalen Glücksspielangeboten oder etwa vergleichbare Maßnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums sind nur einige konkrete Beispiele. Eine schrittweise Ergänzung der Verpflichtung um weitere Sperrzwecke könnte zu einer kaum mehr kontrollierbaren Einschränkung des Internetverkehrs führen. Die Sperren könnten von der Ausnahme zum unverhältnismäßigen Regelfall verkommen. Obwohl das nun beschlossene Gesetz ausdrücklich nur die Sperrung kinderpornographischer Inhalte vorsieht, werden die Provider doch verpflichtet, universell einsetzbare Sperrinfrastrukturen aufzubauen und vorzuhalten. Sind die notwendigen technischen Voraussetzungen erst einmal geschaffen, ließen sich derartige Forderungen nach Ausweitungen ohne großen Aufwand realisieren.¹⁴¹

Die Auswirkungen sind noch nicht abzusehen, aber ein Beispiel zeigt ganz konkret, dass eine gewisse Eigendynamik nicht unwahrscheinlich ist: 2008 hatten fünf Unternehmen der Filmindustrie von einem Hamburger Provider verlangt, seinen Kunden den Zugriff auf eine indische Website, die urheberrechtlich geschützte Filme illegal zum Download anbot, durch eine DNS-Sperre zu verwehren. Das angerufene Landgericht Hamburg wies dieses Ansinnen ab, der Provider sei weder als Täter oder Teilnehmer noch als Störer dazu verpflichtet.

Nach § 8 Satz 1 des Telemediengesetzes sind Diensteanbieter für fremde Informationen, die sie in einem Kommunikationsnetz übermitteln oder zu denen sie den Zugang zur Nutzung vermitteln, zwar nicht verantwortlich, sofern sie 1. die Übermittlung nicht veranlasst, 2. den Adressaten der übermittelten Informationen nicht ausgewählt und

140 Annette Marberth-Kubicki (NJW 2009, 1792) zit. nach AK Zensur Startseite. Online: <http://ak-zensur.de/> (09.09.09)

141 http://www.gesetzesportal.com/jportal/portal/page/fpgesetze.psml/js_peid/012122?id=jpr-NLITADG000109&action=controls.Maximize (04.08.09)

3. die übermittelten Informationen nicht ausgewählt oder verändert haben. Die Richter vom Landgericht Hamburg stellten aber klar, dass dies nicht für Unterlassungsansprüche gelte. Eine sogenannte Störerhaftung sei also prinzipiell möglich und wurde in diesem Fall nur deswegen abgelehnt, weil „die mit der begehrten Sperrungsanordnung verbundenen Pflichten [...] der Antragsgegnerin aber nicht zumutbar“¹⁴² seien. Nikolaus Forgó, Juraprofessor und Leiter des Instituts für Rechtsinformatik in Hannover erklärt die möglichen Folgen dieser Rechtssprechung:

Das Gericht hat die Ablehnung des Anspruchs [...] wesentlich auch mit dem wirtschaftlichen Aufwand begründet, den der Provider leisten müsste, um eine DNS-Sperre durchzuführen. Fiele dieser Aufwand weg, weil aus ganz anderen Gründen sowieso DNS-Sperren bestehen, dann lässt sich diese Argumentation so nicht mehr weiterführen und dann ist man als Provider auf hoher See und vor einem Hamburger Gericht noch mehr in Gottes Hand als bisher, wenn man es mit Inhabern von Urheberrechten zu tun bekommt.

*Die angedachten und meines Erachtens zu Recht sowohl technisch wie rechtlich kritisierten Sperrungen zum Zwecke der Vermeidung von Kinderpornografie können Kollateralschäden entstehen lassen, die in der Diskussion um die angedachten Maßnahmen jedenfalls mit zu berücksichtigen sind.*¹⁴³

Gefahren

Neben den Gefahren für die demokratischen Grundsätze der Republik (siehe unten) und der Aussicht, dass in Zukunft immer mehr Interessengruppen – durchaus nachvollziehbar – fordern werden, ihnen missliebige Internetseiten für die breite Bevölkerung unzugänglich zu machen, haben andere Interessengruppen wiederum darauf aufmerksam gemacht, dass die Sperrung von kinderpornografischen Seiten eben

142 Landgericht Hamburg, Az. 308 O 548/08. Online: http://openjur.de/u/30638-308_o_548-08.html (09.09.09)

143 zit. nach heise online (14.05.09): Geplante Kinderporno-Sperre könnte andere Sperrverfügungen erleichtern. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Geplante-Kinderporno-Sperre-koennte-andere-Sperrverfuegungen-erleichtern--meldung/137868> (09.09.09)

nicht nur nicht ihren Zweck erfülle, sondern darüber hinaus geradezu kontraproduktiv wirken könne. Der Verein *Trotz Allem e. V.*, der Frauen, die sexualisierte Gewalt in ihrer Kindheit erlebt haben, unterstützt, bezeichnete in einem offenen Brief an die Bundesministerin die Sperrung von Webseiten gar als „Täterschutz“¹⁴⁴ und der AK Zensur erklärt:

*Internet-Sperren warnen die kriminellen Täter vor. Sie verzögern die Strafverfolgung und suggerieren, dass etwas getan wird - doch die Inhalte bleiben weiterhin im Netz. Die Täter können automatisiert testen, ob ihre Angebote auf Sperrlisten stehen, und können die gewonnene Zeit nutzen, um Spuren zu verwischen und die Inhalte auf neue Server zu verlagern.*¹⁴⁵

So sind „die Inhalte für den unbedarften Teil der Bevölkerung vielleicht nicht mehr sichtbar, aber für die Pädokriminellen umso besser und länger“.¹⁴⁶ Trotz strenger Geheimhaltung sind die Inhalte der Sperrlisten von Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Italien, Australien und Thailand im Internet aufgetaucht und so ist es möglich, dass die Sperren „ganz gegen ihre Intention ausgenutzt und von Kinderpornointeressenten geradezu als Wegweiser für einschlägige Seiten gebraucht werden können.“¹⁴⁷ Michael Kappe von der Kinderschutzorganisation Carechild bezeichnete die Sperrlisten, die mit größter Wahrscheinlichkeit nicht geheim gehalten werden können, gar als „ein Einkaufsparadies für Pädophile“.¹⁴⁸

Rechtsanwalt Thomas Stadler schließlich macht in seinem Blog auf einen weiteren Kritikpunkt aufmerksam:

Die grundsätzliche Weichenstellung ist aber auch deshalb falsch, weil das Gesetz in Wahrheit die Verbreitung kinderpornografischer Schriften

144 Online: http://www.trotz allem.de/images/stories/trotz allem/pdf/offener_brief_familienministerin.pdf (10.09.09)

145 AK Zensur Startseite. Online: <http://ak-zensur.de/> (09.09.09)

146 Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

147 Wolff, Reinhard (09.02.09): Sperren verhindern Missbrauch nicht. Online: <http://www.taz.de/1/leben/internet/artikel/1/sperren-verhindern-missbrauch-nicht/> (09.09.09)

148 Michael Kappe auf Bayern 2 (25.03.09): Bundesregierung will Internet-Seiten sperren. Interview. Online: <http://www.br-online.de/bayern2/radiowelt/radiowelt-09-kw13-beitr-landhofer-ID123797259318.xml> (08.08.09)

*fördert, anstatt wie beabsichtigt, den Zugang zu ihnen zu erschweren. An dieser Stelle zeigt sich sehr deutlich, dass sich die politisch Verantwortlichen nicht mit den bisherigen Sperrbemühungen in Deutschland ("Düsseldorfer Sperrungsverfügungen") und deren Auswirkungen befassen haben. Die Düsseldorfer Sperrungsanordnungen haben seinerzeit im Jahre 2002 diejenigen Websites, die Gegenstand der Sperrung waren, überhaupt erst bekannt gemacht und dafür gesorgt, dass die Zugriffe auf diese Seiten deutlich zunahmen. Derselbe Effekt ist auch hier zu erwarten.*¹⁴⁹

Fazit

Was auch immer das Bundesfamilienministerium und Ministerin von der Leyen bewirken wollten - sei es der ehrliche Wille, einen unerträglichen Missstand zu beheben, populistische Wahltaktik oder gar der Versuch, heimlich still und leise eine Infrastruktur zur besseren staatlichen Kontrolle des Internets zumindest vorzubereiten - der Versuch muss, obgleich das Gesetz beschlossen ist und möglicherweise schon im Oktober 2009 in Kraft treten wird - als gescheitert gewertet werden.

Als einziges Argument für das Zugängerschwerungsgesetz bleibt also noch übrig, dass zufällige Besucher von Kinderporno-Seiten in der Tat nun noch seltener Zugang zu solchen Seiten bekommen. Entsprechend verteidigte die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Krogmann das Gesetzesvorhaben im Bundestag, es solle der Zugang zu Kinderpornos vor allem für „Zufallsnutzer“¹⁵⁰ erschwert werden: „Zufällige Besuche auf diesen Seiten werden durch eine Stopp-Seite verhindert.“¹⁵¹ Dies bestätigt die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage zum Thema:

149 Internet-Law (Thomas Stadler, 16.06.09): Die Schimäre vom Subsidiaritätsprinzip und andere Irrtümer. Online: <http://www.internet-law.de/2009/06/die-schimare-vom-subsidiaritaetsprinzip.html> (11.08.09)

150 Martina Krogmann in der Bundestagsdebatte zu den Netzsperrungen, zit. nach Rath, Christian (19.06.09): Gesetz gegen „Zufallsnutzer“. Online: <http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/gesetz-gegen-zufallsnutzer/> (09.09.09)

151 PM Martina Krogmann (16.06.09): Union setzt sich bei Kinderpornografie-Sperre durch. Online: http://www.regierungsprogramm.cdu.de/archiv/2370_27302.htm (03.08.09)

*Die Zugängerschwerung zu kinderpornografischen Webseiten ist eine zusätzliche flankierende Maßnahme bei der Bekämpfung des Besitzes, der Verbreitung und der Herstellung von Kinderpornografie und soll ausschließlich zu präventiven Zwecken erfolgen.*¹⁵²

Dieser ganze Aufwand also nur um zufällige Nutzer abzuwehren? Zumal die Argumentation, dass wer zufällig auf eine Kinderpornoseite gerät, diese dann auch konsumiert, eklatanter Unsinn ist:

*Und ohne eine entsprechende Neigung geht man auch nicht aktiv auf die Suche danach - die Story vom zufälligen "Angefixtwerden", weil man sich etwa in der Browserzeile vertippt hat, ist ein schlechtes Horrormärchen.*¹⁵³

Obwohl die große Mehrheit von Informatikfachleuten, Juristen und selbst Betroffenen anschaulich dargelegt haben, dass die Internetsperren im Bezug auf die Verbreitung von Kinderpornografie tatsächlich wirkungslos, unter Umständen sogar eher kontraproduktiv und schädlich sein werden und mit der Einführung einer dafür notwendigen Infrastruktur lediglich juristische als auch technische Grundlagen für eine mögliche Zensur geschaffen werden, beharren die Befürworter des Gesetzes im Allgemeinen darauf, dass man doch nur Gutes tun wolle:

*Wenn durch das Sperren von Internet-Seiten auch nur ein einziger Fall von sexuellem Missbrauch eines Kindes verhindert wird, dann hat es sich für mich gelohnt.*¹⁵⁴

Dass der Gesetzgeber aber selber nicht daran glauben mag und dass es augenscheinlich um etwas ganz anderes gehen muss, zeigt die Regelung, die Internetsperren auf die großen Provider mit mehr als 10.000 Nutzern zu beschränken, alle staatlichen Einrichtungen wie Universitäten oder Bibliotheken werden ebenfalls von den Sperrungen ausgenommen. Holger Bleich und Axel Kossel kommen zu dem Schluss:

152 Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage (15.06.09, Drucksache 16/13347) Online: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/133/1613347.pdf>, S. 10 (03.09.09)

153 Christ, Sebastian (26.03.09): Warum sich Frau von der Leyen irrt. Online: <http://www.stern.de/politik/deutschland/kinderporno-sperre-warum-sich-frau-von-der-leyen-irrt-659237.html> (03.09.09)

154 Michaela Noll (CDU) am 6. Mai im Bundestag zit. nach Kossel, Axel (c't 12/09): Schadensbegrenzung. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/138426> (06.08.09)

Bei nüchternen Betrachtung scheint es kaum möglich, dass Ministerin Ursula von der Leyen wirklich daran glaubt, durch Websperren den Handel mit Kinderpornografie spürbar eindämmen oder gar den Missbrauch von Kindern verhindern zu können. Zu offensichtlich läuft diese Aktion in eine falsche Richtung. Und damit taugt sie noch nicht einmal als gesellschaftliches Signal. Denn das würde lauten: Wir starten einen dilettantischen Versuch, das Problem zu verdecken, tun aber nichts dagegen. [...] Was steckt also wirklich hinter all diesen Hirngespinnsten? Wenn es nicht die Bekämpfung von Kinderpornos ist, dann kann es nur um die Installation der Sperren selbst gehen. Das würde bedeuten, dass hier mit einem Vorwand eine geheime Liste eingeführt wird, die man nach und nach um weitere strafbare und unliebsame Inhalte erweitern kann. [...] Dann fehlt nur noch ein Gesetz, das jedes Umgehen der technischen Sperre unter Strafe stellt, und die Machthabenden hätten ein perfektes Zensurwerkzeug.¹⁵⁵

Und auch Michael Rotert, als Vorstandsvorsitzender des *Verbandes der deutschen Internetwirtschaft eco e.V.* nicht unbedingt als weltfremder Internetspinner abzutun, kommt zu einem eindeutigen Urteil:

Genau dieses Thema und die Opfer für den Wahlkampf zu missbrauchen und dabei mit den Sperren noch nicht einmal Opferschutz oder Täterverfolgung zu bieten, ist eher eine Verhöhnung der Wähler, als solide und bürgerfreundliche Politik.¹⁵⁶

Mittlerweile gibt es gar Gerüchte und inoffizielle Statements aus dem BKA, die besagen, dass man die Sperren in wenigen Jahren sowieso nicht mehr brauche. Sie seien nur eine Übergangslösung bis die bislang mangelhafte technische Strafverfolgung ausgebaut sei.¹⁵⁷ Trotzdem hat dieses Gesetz mehrere Dinge erreicht. Zunächst einmal hat sich die Ministerin ob der zahlreichen aufgeführten Argumente gegen ihr Vorha-

155 Bleich, Holger & Axel Kossel (11.04.09, c't 09/09): Verschleierungstaktik. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/135867> (06.08.09)

156 taz.de (28.07.09): „Verheerender Ausblick“. Interview. Online: <http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/verheerender-ausblick/> (06.08.09)

157 Biermann, Kai (09.09.09): „Wir schließen die Datenautobahn der Kinderpornografie“. Online: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2009-09/luegendetektor-biermann-kinderporno?page=all> (13.09.09)

ben in den oppositionellen Kreisen besonders im Internet den Namen *Zensursula* nach Meinung vieler redlich verdient.



ZENSURSULA

2.3 Die Freiheit des Internets

Im Jahre 1996 veröffentlichte John Perry Barlow, der als Songschreiber der US-amerikanischen Rockband *Grateful Dead* bekannt wurde, die *Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace*. Darin hieß es u.a.:

Regierungen der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich Euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Laßt uns in Ruhe! Ihr seid bei uns nicht willkommen. Wo wir uns versammeln, besitzt Ihr keine Macht mehr.

Wir besitzen keine gewählte Regierung, und wir werden wohl auch nie eine bekommen - und so wende ich mich mit keiner größeren Autorität an Euch als der, mit der die Freiheit selber spricht. Ich erkläre den globalen sozialen Raum, den wir errichten, als gänzlich unabhängig von der Tyrannei, die Ihr über uns auszuüben anstrebt. Ihr habt hier kein moralisches Recht zu regieren noch besitzt Ihr Methoden, es zu erzwingen, die wir zu befürchten hätten.

Regierungen leiten Ihre gerechte Macht von der Zustimmung der Regierten ab. Unsere habt Ihr nicht erbeten, geschweige denn erhalten. Wir haben Euch nicht eingeladen. Ihr kennt weder uns noch unsere Welt. Der Cyberspace liegt nicht innerhalb Eurer Hoheitsgebiete. Glaubt nicht, Ihr könntet ihn gestalten, als wäre er ein öffentliches Projekt. Ihr könnt es nicht. Der Cyberspace ist ein natürliches Gebilde und wächst durch unsere kollektiven Handlungen.

[...] Eure Rechtsvorstellungen von Eigentum, Redefreiheit, Persönlichkeit, Freizügigkeit und Kontext treffen auf uns nicht zu. Sie alle basieren auf der Gegenständlichkeit der materiellen Welt. Es gibt im Cyberspace keine Materie. [...]

Wir werden im Cyberspace eine Zivilisation des Geistes erschaffen. Möge sie humaner und gerechter sein als die Welt, die Eure Regierungen bislang errichteten.

In Anspielung auf dieses Manifest aus alten Internettagen, wo das Netz noch als weitgehend unregulierbar galt und viele sich nur schwer vorstellen konnten, dass einmal Hinz und Kunz online sein könnten und das auch noch täglich, haben Kritiker der Kritiker des Zugangserschwe-

rungsgesetzes wie z. B. der *Zeit*-Autor Heinrich Wefing vermutet, die Ablehnung der Sperren sei letztlich die konsequente „Abschaffung der Normen“ und ein „Austritt aus dem Recht“:

Hier fordert eine Gruppe für sich nicht bloß eine Sonderbehandlung, sie verlangt nicht nur eine Ausnahme von den Regeln, die für alle gelten, sondern gleich die Abschaffung der Normen überhaupt. Im Namen der Freiheit wird der Austritt aus dem Recht propagiert. [...] Uns gehört die Zukunft – ihr seid Geschichte! Wir sind die Avantgarde – ihr seid bloß alt, ausgetrocknet, ahnungslos! Es ist der rabiate Refrain aller Fortschrittsideologien des vergangenen Jahrhunderts, der da neuerlich erklingt. Er hat alle potenziellen Kritiker zum Schweigen gebracht, die nichts mehr fürchten als den Bannspruch: Du bist von gestern! Und er findet in tausend Foren, Chatrooms, Postings ein begeistertes Echo.

Dort lebt und blüht der Mythos vom freien Internet, und die Feindbilder sind klar. Auf der einen Seite stehen die »konservativen Neophobiker, [...] und auf der anderen Seite stehen jene, "die auf inkompetent-bösartige Einmischung in ihren Lebensraum empfindlich reagieren".

Inkompetenz und Bösartigkeit: Wer so auf die Welt außerhalb des eigenen "Lebensraumes" schaut, dem muss notwendig auch die Durchsetzung des Rechts sofort wie "Zensur" erscheinen. Der muss Internetsperren gegen Kinderpornografie schon ablehnen, lange bevor feststeht, welche Wirkung sie entfalten.¹⁵⁸

Vertreter der Unionsparteien haben sich diesbezüglich ähnlich geäußert. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Bosbach freut sich zwar ob der fantastischen Vielfalt des Internets, hält dieses aber auch zugleich für eine „Quelle für Kriminalität, Terrorismus und ziemlich viel Schmutz“. Die rechtlichen Maßstäbe in der analogen Welt, wie bei Diffamierungen oder Diebstahl geistigen Eigentums, müssten auch in der digitalen Welt gelten, so der Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter

158 Wefing, Heinrich (02.06.09): Wider die Ideologen des Internets! Online: <http://www.zeit.de/2009/23/Internet-Grenze> (13.09.09)

Krings: „Das Internet ist kein rechtsfreier Raum.“¹⁵⁹ Diese Zitatenserie lässt sich beliebig zurückverfolgen - dass das Internet ein rechtsfreier Raum sei, darf getrost als eine der beliebtesten Politikerphrasen der letzten Jahre gelten, wie auch folgendes Statement des Kanzleramtschefs Thomas de Maizière (CDU) belegt:

*Hier steht doch vielmehr die grundsätzliche Frage: Kann das Internet völlig frei sein? Müssen wir nicht die Menschen vor Denunziation, Entwürdigung oder unseriösen Geschäften schützen wie im Zivilrecht? Ähnlich wie auf den Finanzmärkten brauchen wir mittelfristig Verkehrsregeln im Internet. Sonst werden wir dort Scheußlichkeiten erleben, die jede Vorstellungskraft sprengen.*¹⁶⁰

Ursula von der Leyen ergänzt:

*Doch wir werden weiter Diskussionen führen, wie wir Meinungsfreiheit, Demokratie und Menschenwürde im Internet im richtigen Maß erhalten. Sonst droht das großartige Internet ein rechtsfreier Chaosraum zu werden, in dem man hemmungslos mobben, beleidigen und betrügen kann. Wo die Würde eines anderen verletzt wird, endet die eigene Freiheit. Welche Schritte für den Schutz dieser Grenzen notwendig sind, ist Teil einer unverzichtbaren Debatte, um die die Gesellschaft nicht herumkommt.*¹⁶¹

All diese Statements suggerieren, dass sämtliche Missetaten nun mal online passieren. Als ob man sich kinderpornografisches Material nicht mit der Post schicken lassen, nicht einfach mal schnell nach Österreich fahren und dort den in Deutschland illegalen Glücksspielen nachgehen oder rechtsradikale Hassparolen nicht in persönlichen Gesprächen verbreiten könnte. Da ist es doch einfacher, einem Medium die Schuld zu

159 zit. nach Bröcker, M. & M. Kessler (11.08.09): CDU fordert eine Internet-Polizei. Online: <http://www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/743503/CDU-fordert-eine-Internet-Polizei.html> (13.09.09)

160 RP Online (10.08.09): Schärfere Regeln fürs Internet. Interview. Online: <http://www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/742951/Schaerfere-Regeln-fuers-Internet.html> (13.09.09)

161 zit. nach abendblatt.de (02.08.09): Kampf gegen Schmutz im Internet wird verschärft. Interview. Online: <http://www.abendblatt.de/politik/article1120772/Kampf-gegen-Schmutz-im-Internet-wird-verschaerft.html> (06.08.09)

geben, nach dem Motto: Papier ist böse, sonst hätte Hitler ja nicht *Mein Kampf* darauf schreiben können.

Rechtsanwalt Udo Vetter hat in seinem Law Blog unter dem Titel „Die Meinungsfreiheit als Sondermüll“ eine ausführliche Antwort u. a. auf von der Leyens Ausführungen verfasst:

[...] Mobben, beleidigen, betrügen. All das kann man im Internet tun. Genau so, wie man es im wirklichen Leben tun kann, zum Beispiel Angesicht zu Angesicht, per Brief, Fax oder Telefon. Aber egal, wie man es macht – es ist strafbar und wird verfolgt. Auch im Internet.

Ich erlebe es als Strafverteidiger Tag für Tag, wie die Polizei akribisch jeder Anzeige wegen Verletzung der persönlichen Ehre nachgeht. Neulich hatte ich den Fall, in dem jemand das Nacktfoto einer Frau im Gästebuch deren ehemaliger Schule gepostet hat. Die Polizei ermittelte aufwendig und überführte einen Ex-Freund als Täter. Das Internet als rechtsfreier Raum? Vielleicht hat der Täter dies zunächst so gesehen wie Frau von der Leyen – nach der Hausdurchsuchung dürfte sich sein Bild gewandelt haben.

Ein anderer, nicht ausgedachter Fall: Der geschmähte Liebhaber malt mit einer Schablone eine obszönen Text auf die Straße, die am Arbeitsplatz der Verehrten vorüber führt. Die Polizei ermittelt, durchsucht, findet unter anderem nicht nur die passende Farbe, sondern auch die Schablone. Der Täter wird verurteilt.

Noch heute, Monate später, ist der derbe Spruch übrigens auf der Straße zu lesen. Ist die Fahrbahn jetzt auch ein rechtsfreier Raum? Hätte sie gesperrt werden müssen, damit der unbescholtene Bürger und die Betroffene an diesem schrecklichen Anblick keinen seelischen Schaden nehmen?

An den Beispielen sieht man, wie unredlich von der Leyens Stamm-tischargumente sind. Sie nennt kriminelles Handeln, welches bereits heute unter Strafe steht und verfolgt wird. Dann bringt sie die Menschenwürde ins Spiel und postuliert einen Handlungsauftrag des Staates, der weit über die Verhütung und Verfolgung von Straftaten hinausgeht. Eine zugkräftige, gleichwohl aber billige Argumentation, und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Die Menschenwürde zählt, vereinfacht gesagt, zu den Grundrechten. Sie ist ein Abwehrrecht gegen Eingriffe des Staates. Niemand darf von staatlichen Organen zu einem bloßen Objekt staatlichen Handelns gemacht und seines Selbst beraubt werden; sein Leben ist nicht gegen das Leben anderer abwägbar [...]

Frau von der Leyen münzt das Abwehrrecht gegen den Staat in einen Handlungsauftrag des Staates um. Plötzlich ist die Menschenwürde ein Grund für staatliches Eingreifen – der Staat schützt die Menschenwürde seiner Bürger, indem er Dritten den Mund zuhält oder durch Stopp-schilder dafür sorgt, dass sie im Internet nicht mehr gelesen, gesehen und gehört werden können.

Das entfernt sich weit vom eigentlichen Sinn und Zweck des Grundrechts auf Menschenwürde. Wie absurd das Ganze ist, zeigt sich an von der Leyens Aussage, die Bewahrung der Menschenwürde begrenze Demokratie und Meinungsfreiheit auf das "richtige Maß". So werden aus rechtsstaatlichen Grundelementen, die sich bedingen und ergänzen, Gegensätze.

Die böse Absicht darf mittlerweile unterstellt werden.

Die Familienministerin interpretiert also die Menschenwürde um. Von einer Pflicht, welche die äußersten Grenzen staatlichen Handelns umreißt, zum "großen Reinigungsauftrag" an den Staat. Das mag fürsorglich gemeint sein. Zu viel staatliche Fürsorge in Form der Beschneidung von Grundrechten hat jedoch bisher weder die Demokratie noch die Freiheit gefördert.

Man muss ja nicht die Weimarer Republik bemühen. Das sicherlich ehrlich gemeinte Bonmot des Protagonisten eines vom Selbstverständnis her ebenso fürsorglichen Staates genügt ebenso. Was hatte der Betreffende noch gleich gesagt? "Ich liebe euch doch alle."

Abgesehen vom offenkundig verfehlten Anwendungsgebiet ist die Menschenwürde kein Allzweckmittel wie ein Schweizer Taschenmesser. Sie zeigt, wie dargelegt, die äußersten Grenzen staatlichen Handelns auf. Die Menschenwürde taugt aber nicht als Regulativ der Freiheit.

Ich fahre jemanden auf der Straße an und verletze ihn schwer. Das Opfer wird sein Leben behindert sein, also grausame Folgen erleiden. Ich habe dann zwar eine fahrlässige Körperverletzung begangen (und werde

dafür bestraft), aber ich habe die Menschenwürde des Unfallopfers nicht angegriffen.

Eine Beleidigung ist auch nur ein Angriff auf die persönliche Ehre, aber kein Angriff auf die Menschenwürde. Selbst extreme politische Propaganda, so sehr sie auch schmerzen und empören mag, ist in den allermeisten Fällen eben nur politische Propaganda. Und falls nicht, haben wir dafür taugliche (Sonder-)Gesetze. Sie finden sich im Strafgesetzbuch, nicht im Grundgesetz; Gewaltverherrlichung und Volksverhetzung sind dort seit jeher unter Strafe gestellt.

Vorhin habe ich beschrieben, wie eifrig und akkurat unsere Polizei jede begründete Strafanzeige ausermittelt, sei es nun ein Gartenzaundelikt oder ein ebay-Betrug mit einem Schaden von 21,50 Euro. Deshalb will ich erwähnen, dass gerade bei Gewaltverherrlichung und Volksverhetzung nach meiner Erfahrung ebenfalls kein rechtsfreier Raum existiert.

Neulich musste ich einem Blogger helfen, weil er auf seiner Seite einen Ausschnitt aus einem Splatterfilm gepostet hat. Weder Polizei noch Staatsanwaltschaft wollten zur Kenntnis nehmen, dass es sich hier nicht um reine Gewaltverherrlichung im Sinne des Gesetzes handelte, sondern um die Abschlussarbeit eines kanadischen Filmstudenten. Dessen Streifen konnte man – nach dreimaligem Würgen – durchaus künstlerische Aspekte und insbesondere eine gesellschaftspolitische Aussage abgewinnen. Das Verfahren endete glimpflich, aber der anfänglich arglose Mandant fragt sich noch heute, in was für eine erkenntnisresistente Maschinerie er da hineingeraten ist. Und was passiert wäre, wenn nicht zumindest die Richterin Augenmaß bewiesen hätte.

So entschieden und rustikal, die Hausdurchsuchung war natürlich inbegriffen, im beschriebenen Fall vorgegangen wurde, so wird auch wegen Volksverhetzung im Internet ermittelt. Strafanzeige genügt, und die Maschinerie rollt.

Allerdings kommt es dann halt auch vor, dass eben nicht alles, was ein (zufälliger) Leser und ein Polizeibeamter für Volksverhetzung oder verbotene Propaganda jedweder Couleur halten, auch solche ist. Mit der Folge, dass sich geschmacklose, unbequeme und für einzelne sicher auch schmerzhaft Inhalte nicht bestrafen und abschalten lassen.

Ich habe das Gefühl, von der Leyens Wunsch nach Sauberkeit zielt auf diese Inhalte. Was mit dem Strafgesetzbuch nicht greifbar ist, aber trotzdem das Volksempfinden, repräsentiert durch Polizeikommissar Hinz und Staatsanwalt Kunz, stört, soll raus aus dem Internet. Oder jedenfalls nicht mehr sichtbar sein.

Wenn man aber nur noch eine Meinungsfreiheit zulassen will, die geschmacklose, unbequeme und für einzelne schmerzhaftige Inhalte nicht umfasst, sollte man fairerweise nicht mehr von Meinungsfreiheit sprechen. Von Demokratie vielleicht auch nicht mehr.

Frau von der Leyen mag uns alle lieben. Dieses Gefühl beruht aber langsam nicht mehr auf Gegenseitigkeit.

Abgesehen von der Tatsache, dass es „das“ Internet als homogenen Molochoch sowieso nicht gibt, bestätigen alle Rechtsexperten, dass das Internet alles andere als rechtsfrei ist:

Das Internet war nie ein rechtsfreier Raum. Dieser schon vor zehn Jahren falsche Reizbegriff wird nur von einigen Medien und Politikern gepusht, die Wahlkampfthemen brauchen.¹⁶²

Eine Einschätzung, die sogar von Frank Schirrmacher von der FAZ geteilt wird:

Die Vorstellung, dass das Netz an sich frei und kostenlos sei, ist eine der stärksten Illusionen der Gegenwart. Es ist einer der meistkontrollierten Organismen, die wir kennen.¹⁶³

Natürlich ist das Online- wie das Offline-Leben regulierbar, wie Lawrence Lessig, Juraprofessor an der Stanford University, verdeutlicht:

Es ist ein weitverbreiteter Glaube, dass der Cyberspace nicht reguliert werden kann, weil seine Grundstruktur immun gegen die Kontrolle von Regierungen sei [...]Dieser Glaube ist falsch. Es liegt nicht in der Natur

162 Prof. Thomas Hoeren zit. nach Zeit Online (07.09.09): „Jura ist nicht dazu da, antiquierte Geschäftsmodelle zu schützen“. Interview. Online: <http://www.zeit.de/digital/internet/2009-09/internet-recht-hoeren?page=all> (10.09.09)

163 Schirrmacher, Frank (21.09.09): Die Revolution der Piraten. Online: <http://www.faz.net/s/Rub475F682E3FC24868A8A5276D4FB916D7/Doc~ECDFFB52576C1433783CB47AB44B8426F~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (22.09.09)

*des Cyberspace, unregulierbar zu sein, weil der Cyberspace keine Natur hat. Er besteht nur aus Code – die Software und Hardware macht den Cyberspace zu dem, was er ist. Und die kann man natürlich verändern.*¹⁶⁴

Die Chinesen haben mit ihrer Internetzensur gezeigt, was möglich ist. Dennoch bietet das Netz für findige User auch zahlreiche Möglichkeiten, sich einer hundertprozentigen Kontrolle zu entziehen, wie Prof. Hoeren bestätigt:

*Es gibt Vollstreckungsoasen, Durchsetzungslücken, aber die gehören zum Wesen des Internet, das ja geschaffen wurde, um ein nicht kontrollier- und zerstörbares Kommunikationsmedium im Kalten Krieg zu sein.*¹⁶⁵

Vollstreckungsoasen und Durchsetzungslücken sind schöne Ausdrücke für das, was z. B. der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Alexander Skipis, meint, wenn er als Verteidiger des alten Urheberrechts die These vertritt:

*Das Internet ist zu einem völlig rechtsfreien Raum geworden, in dem zivil- und strafrechtliche Verstöße mehr oder weniger sanktionslos bleiben.*¹⁶⁶

Es gibt also Probleme bei der Durchsetzung von geltendem Recht im Internet - aber z. B. Urheberrechte werden eben nicht nur im Internet verletzt. Derjenige, der seine legal gekauften CDs im Computer digitalisiert und sie dann z. B. seiner Mutter zur freien Verfügung stellt, begeht einen Verstoß gegen das Urhebergesetz, und doch würde niemand auf die Idee kommen, den Kontakt zwischen beiden zu verbieten. Konrad Lischka vom *Spiegel* erklärt:

164 zit. nach Wefing, Heinrich (02.06.09): Wider die Ideologen des Internets! Online: <http://www.zeit.de/2009/23/Internet-Grenze> (13.09.09)

165 Prof. Thomas Hoeren zit. nach Zeit Online (07.09.09): „Jura ist nicht dazu da, antiquierte Geschäftsmodelle zu schützen“, Interview. Online: <http://www.zeit.de/digital/internet/2009-09/internet-recht-hoeren?page=all> (10.09.09)

166 Welt Online (15.04.09): „Das Internet ist ein rechtsfreier Raum“. Interview. Online: <http://www.welt.de/kultur/article3558839/Das-Internet-ist-ein-rechtsfreier-Raum.html> (13.09.09)

Einerseits gelten online dieselben Gesetze wie offline, in der Eckkneipe oder auf der Autobahn. Andererseits gibt es im Web natürlich Rechtsverstöße, die nicht verfolgt werden. Buchhandels-Vertreter Skipis spricht vom rechtsfreien Netz, meint aber nur Urheberrechtsverstöße. Das stimmt: Obwohl Datensauger durchaus zu identifizieren sind, Tausende identifiziert werden und schmerzhaft Sanktionen spüren, saugen Menschen weiter urheberrechtlich geschützte Inhalte im Web.

Aber, so fährt Lischka fort, wer nun

vom "rechtsfreien Raum" Internet spricht, ignoriert einige Entwicklungen und verschleiert, dass es gerade nicht darum geht, neue Regeln fürs Web zu definieren, sondern die bestehenden zu systematisieren, anzuwenden und eine neue Balance zwischen Grundrechten und staatlichen Eingriffsmöglichkeiten im Web zu finden.¹⁶⁷

Es wurde deutlich, dass die angebliche Rechtsfreiheit des Internets als Hauptargument für Netzsperrern von Seiten der Befürworter erhalten muss. Abgesehen davon, dass solche Netzsperrern eine Rechtsdurchsetzung aber lediglich vorgaukeln und in Wahrheit eher eine Rechtsbruchverdunkelung darstellen, ist man geneigt, in diesem Fall dem Spiegel Recht zu geben:

Den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor grausigen, scheußlichen oder pornografischen Inhalten aber zur obersten Priorität bei der Regulierung des Netzes zu machen, wäre ein großer Fehler. Nicht umsonst sind hierzulande (und in den meisten anderen westlichen Demokratien) Erwachsenen Dinge gestattet, die Kindern und Jugendlichen verboten sind. Erwachsene haben die Freiheit, sich zu betrinken, sich Pornografie anzusehen, brutale Filme zu sehen oder ihren Körper mit Nikotin zu vergiften. All das betrachten wir als Ausdruck unserer Freiheit in einer freien Gesellschaft.

Umgekehrt betrachten wir Gesellschaften, in denen beispielsweise Pornografie (China, Indien, etc.), oder öffentlicher Alkoholkonsum verboten ist (USA), als weniger frei, ja womöglich sogar als ein bisschen rückständig. Diese Freiheiten nun online leichtfertig zur Disposition zu stellen, weil es schwieriger erscheint, die Online-Aktivitäten von Kindern

167 Lischka, Konrad (26.06.09): Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,632277,00.html> (13.09.09)

*und Jugendlichen zu überwachen als das, was sie offline tun, wäre fatal.*¹⁶⁸

Im selben Artikel erklärt Christian Stöcker auch die Gefahren für die Demokratie:

Und man stelle sich vor, eine Regierung versuchte heute, kurz vor einer Bundestagswahl, noch schnell ein Gesetz durchzupeitschen, das Folgendes vorsieht: Jedes Druckwerk, das in Deutschland erscheint, jede Zeitung, jedes Buch und jedes Flugblatt, muss künftig dem BKA zur Beurteilung vorgelegt werden. Das erstellt dann Listen mit Druckwerken, die zu übel sind, um publiziert zu werden. Geheime Listen.

Das Land wäre in Aufruhr.

Der Vergleich mag polemisch klingen, er ist es aber nicht. Dem BKA die Zensorenrolle zu verweigern, ist ein zutiefst demokratischer Wunsch, einer, der dem Geist des eben mit viel Pomp gefeierten Grundgesetzes voll und ganz entspricht. Diejenigen, die nun als "Ideologen" diffamiert werden, denen der Bundeswirtschaftsminister unterstellt, dass sie sich "gegen die Sperrung von kinderpornografischen Inhalten sträuben", sind mehrheitlich keineswegs für Cyber-Anarchie. Sie sind für Freiheit und für die in der Verfassung garantierten Bürgerrechte, für Gewaltenteilung, für Checks and Balances.

Demokratische Verfassungen werden nicht unter der Annahme gemacht, dass Menschen im Zweifel das Richtige tun werden, dass Politiker und Polizisten ja im Grunde gute Menschen sind und deshalb schon nichts schiefgehen wird. Sie sind konstruiert, um auch Fällen widerstehen zu können, in denen etwas nicht so läuft, wie man sich das als rechtschaffener Bürger wünscht.

Deshalb dürfen Polizisten keine Verbrecher verurteilen, deshalb unterliegen Geheimdienste der Kontrolle des Parlaments und deshalb entscheiden Polizeibehörden in Demokratien nicht, was publiziert werden darf und was nicht. Die Tatsache, dass genau dieser zentrale Punkt jeder demokratischen Verfassung bei der nun geplanten Gesetzesänderung übergangen wurde, sagt einiges über die Sorglosigkeit, mit der deutsche Politiker vorgehen, wenn es um Verfassungsprinzipien an einer

168 Stöcker, Christian (10.08.09): Warum die Dummheit des Internets ein Segen ist. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,641508-6,00.html> (13.09.09)

*Stelle geht, die sie und ihre Wähler nicht sonderlich zu interessieren scheint: im Internet.*¹⁶⁹

Der Herausgeber der *Zeit*, Josef Joffe, nennt die Dinge in einem Kommentar klar beim Namen:

*Das BKA soll den Providern täglich eine Liste mit inkriminierten Pornoseiten vorlegen? Das nennt man Zensur, und sie würde ohne Gerichtsbeschluss und insgeheim ablaufen.*¹⁷⁰

Das Netz ist wie gesagt durchaus regulierbar und prinzipiell sollte auch eine internationale Einigung, wie Verbrechen im Netz zu bekämpfen sind, möglich sein. Trotz anders lautender Gerüchte ist z. B. noch keine Regierung der Welt dadurch aufgefallen, dass sie sich geweigert hat, kinderpornografisches Material aus dem Netz zu verbannen. Das Prinzip Löschen statt Sperren ist lediglich eine Frage des Dialogs, ein Minimumkonsens bei schweren Straftaten kann erreicht werden. Anders sieht es bei unliebsamen Inhalten aus:

*Ein Konsens über akzeptable Inhalte für das Internet ist nicht in Sicht - und er wird sich auch niemals herstellen lassen. Das Moral- und Geschmacksempfinden von Sittenwächtern aus Dubai, Deutschland, China, Schweden und den USA unter einen Hut zu bringen, ist ein utopisches Unterfangen. Wenn man sich auf eine internationale Zensur-Infrastruktur einigen sollte, um das Netz sauber zu halten, an wessen Empfinden sollte sich das Sauberkeitsregime orientieren? An den USA, was Gewaltdarstellungen angeht und an Schweden, was den Sex betrifft? Oder umgekehrt?*¹⁷¹

Die von der US-Regierung finanzierte Organisation *Freedom House* hat Ende März 2009 in Berlin ihre Studie „Freedom on The Net“ vorgestellt und in 15 Ländern untersucht, wie der Zugang zum Internet gehandhabt wird, ob Informationen frei verfügbar sind und ob Nutzerrechte missachtet werden.

169 Stöcker, Christian (02.06.09): Die Generation C64 schlägt zurück. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,628017-2,00.html> (10.08.09)

170 Joffe, Josef (15.05.09): Tyrannie des Guten. Online: <http://www.zeit.de/2009/21/Zeitgeist-21> (03.09.09)

171 Stöcker, Christian (10.08.09): Warum die Dummheit des Internets ein Segen ist. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,641508-7,00.html> (13.09.09)

Als frei wurden Estland, Großbritannien, Südafrika und Brasilien eingestuft, vier weitere (Iran, China, Tunesien und Cuba) erhielten das Prädikat „unfrei“. Der Rest, darunter Indien, Georgien, Türkei, Ägypten und Russland sei „teilweise frei“. Ernüchternd ist, dass jedes der untersuchten Länder auf irgendeine Art und Weise Internetinhalte reguliert oder zensiert, elf Länder sperren gar politische Inhalte. China betreibt das ausgefeilteste System zur Filterung von Inhalten, regelrechte Zensoren überwachen Blogs und andere Internetinhalte und entfernen unliebsame Inhalte einfach. Oder man macht es wie der Iran, der gezielt den Ausbau von Breitbandinternetzugängen verhindert.

Als bedenklich bezeichnen die Autoren der Studie die Tendenz, die Zensur an Unternehmen wie die Zugangsprouder, Bloghoster, Internetcafé-Betreiber oder Mobilfunkbetreiber auszulagern. Auch die Manipulation von Inhalten wurde angeprangert: In Tunesien oder Russland zum Beispiel sei es Usus, dass sogenannte „Cyberclaqueur“ die Onlinediskussionen gezielt im Sinne der Auftraggeber beeinflussen. Oft folgen der Zensur auch Zwangsmaßnahmen gegen die Onlineautoren. Deren Seiten könnten blockiert oder lahm gelegt werden, aber auch von physischer Bedrohung, Festnahmen und gar von Folter ist die Rede. In sechs der untersuchten 15 Länder wurden Blogger zu Haftstrafen verurteilt.

Zwar breitet sich das Internet weltweit immer mehr aus, und auch ein „wachsender staatsbürgerlicher Aktivismus“, aktive Gegenmaßnahmen der Nutzer, um die Zensur auszutricksen, sei feststellbar, doch geht die Studie davon aus, dass in Zukunft in autoritären wie in demokratischen Staaten aufgrund des technischen Fortschritts mehr und auch effektiver zensiert werde. Damit einhergehen werde eine zunehmende Einschränkung von Nutzerrechten durch Gesetze.¹⁷²

Die Ergebnisse dieser Studie lassen also Schlimmes befürchten und sie erklären auch das Unbehagen in der Bevölkerung, das zu einem erheblichen Teil für den Aufschwung der *Piratenpartei* seit dem Frühjahr 2009 verantwortlich ist: Das stupide Wiederholen von Phrasen und das Ignorieren von Argumenten bedingt, dass ein relevanter gesellschaftlicher Diskurs verweigert wird. Und genau der damit einhergehende Ausschluss einer offensichtlich doch größeren gesellschaftlichen Grup-

172 Freedom on the Net: A Global Assessment of Internet and Digital Media (30.03.09). Online: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=383&report=79&group=19> (09.08.09)

pe, die sich im Internet beheimatet fühlt und durch die einseitige Beschneidung ihre Rechte entfleuchen sieht, treibt der Piratenpartei, die sich bislang glaubhaft als politischer Vertreter genau dieser Gruppe präsentiert, viel Aufmerksamkeit und zahlreiche junge Wähler in die Arme. Apropos Piraten, was sagen die denn zum Thema? Ein Blogger antwortet:

Nicht nur, dass das Internet niemals ein rechtsfreier Raum war, mittlerweile ist es in weiten Bereichen überreguliert, überwacht und wird massiv in seiner Entwicklung behindert.

Das Recht auf Privatkopien, das Verbreiten von eigenen Aufzeichnungen etwa von Sportereignissen, das Kommunikationsgeheimnis, die Unschuldsvermutung, die Redefreiheit, die Rezipientenfreiheit, das Recht auf Anonymität im Alltag, der freie Zugang zu Wissen (öffentl. Bibliotheken), Aufzeichnungen von Rundfunksendungen, persönliche Eigentumsrechte an gekaufter Musik oder E-Büchern, all das sind Beispiele für Dinge, die im Internet im Vergleich zur analogen Welt wesentlich eingeschränkt und zum Nachteil der Nutzer geregelt sind.

Doch statt die Bürgerrechte im Internet auszubauen und den verfassungsmäßigen Freiheitsrechten im Internet Geltung zu verschaffen, fordern Politiker aus praktisch allen Parteien, noch mehr zu regulieren, zu überwachen, einzuschränken und stärker zu bestrafen.

Diese Leute bezeichne ich ab heute als die "Internetfeinde". Die Betroffenen werden das natürlich weit von sich weisen, den sie wollen ja das Internet nicht abschaffen, sondern nur ihren Regeln unterwerfen und für Ruhe und Ordnung sorgen. Diese Leute haben aber überhaupt keine Ahnung, was das Internet ist und worum es dabei geht.¹⁷³

173 Aggregat7 (o.D.): Die Internetfeinde. Online:
<http://aggregat7.ath.cx/2009/07/31/die-internetfeinde> (15.08.09)

2.4 Causa Tauss

Schließlich bewirkte die Diskussion um die Netzsperrern noch etwas: Sie bescherte der *Piratenpartei* Publicity-Unterstützung von einer gänzlich unerwarteten Seite. Einer der wenigen sozialdemokratischen Kritiker des Gesetzes, der langjährige Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Jörg Tauss, verließ nach eigenen Angaben aus Protest gegen die Zustimmung seiner Partei zu den Sperrern die SPD und schloss sich der *Piratenpartei* an. Damit hatte die *Piratenpartei* plötzlich ein fraktionsloses Mitglied im Bundestag, was der Wahrnehmung der Partei in der Öffentlichkeit großen Vorschub leistete. Die Sache hatte nur einen Haken:

Am 5. März 2009 hob der Bundestag Tauss' Immunität als Abgeordneter auf, um staatsanwaltschaftliche¹⁷⁴ Ermittlungen gegen ihn wegen des Verdachts auf Besitz kinderpornografischer Schriften zu ermöglichen. Tauss trat daraufhin von seinen Ämtern in der SPD-Bundestagsfraktion und als Generalsekretär der SPD Baden-Württemberg zurück, behielt jedoch sein Bundestagsmandat. Er begründete die Aufgabe seiner Ämter mit dem Willen, Schaden von der Partei abzuwenden und stellte den Verzicht auf erneute Kandidaturen in Aussicht. Gleichzeitig gab er sich optimistisch:

*Diesen Vorwürfen werde ich mich stellen und die Ermittlungsbehörden bei der Aufklärung des Sachverhalts nach allen Kräften unterstützen und kooperativ mit ihnen zusammenarbeiten. Ich bin mir absolut sicher, dass der gegen mich erhobene Vorwurf schnell ausgeräumt werden kann.*¹⁷⁵

Sofort kursierten in der Blogosphäre die ersten Verschwörungstheorien. Keine Frage, Tauss kann als einer der profiliertesten Internetpolitiker gelten, der sich seit Jahren auch und gerade den Bürgerrechten im Internet gewidmet hatte. War es da nicht merkwürdig, dass der einzig laute Kritiker innerhalb der Großen Koalition gerade im Vorfeld der Diskussion um die Netzsperrern mundtot gemacht und politisch kaltge-

174 Website Staatsanwaltschaft Karlsruhe (06.03.09): Online: <http://www.stakarlsruhe.de/servlet/PB/menu/1240134/> (08.08.09)

175 zit. nach DDP (06.03.09): Tauss verzichtet auf Ämter. Online: <http://www.dernewsticker.de/news.php?id=92212> (08.08.09)

stellt wurde? Mehrdeutig auch ein kurzes Zitat von Ursula von der Leyen:

*Aber ich habe erlebt, wie Jörg Tauss als Abgeordneter die SPD am Anfang die Debatte über den Umgang mit der Kinderpornografie dominiert hat. Er wollte jegliche Form von Regulierung im Internet verhindern. Dann wurde das Strafverfahren gegen ihn eröffnet. Inzwischen sind viele in der SPD nachdenklich geworden.*¹⁷⁶

Im November 2008 hatte Tauss seine Zuständigkeit für den Datenschutz innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion verloren, mit seiner damaligen Ablehnung des BKA-Gesetzes sei er bei der Fraktionsspitze in Ungnade gefallen.

*Nun aber ist es schon sehr erstaunlich, dass die SPD-Bundestagsfraktion bereitwillig auf die Expertise ihres langjährigen Datenschutsexperten verzichtet - ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem das Thema Datenschutz wie kein anderes die Menschen nach Jahrzehnten wieder auf die Straße treibt. Offensichtlich ist in der Fraktion nicht wirklich angekommen, was dieses Querschnittsthema tatsächlich bedeutet - und dass es nicht eben mal über Nacht kompetent übernommen werden kann. In der Datenschutzenszene dürfte das nun einige Schockwellen auslösen.*¹⁷⁷

Auch wenn der Verlust des unbequemen Tauss der SPD vielleicht weniger weh getan hat, als sie zugeben würde, auf seiner Website hat Jörg Tauss eine Erklärung zu den Vorfällen abgegeben, die sämtlichen Verschwörungstheoretikern die Argumente entziehen. Stattdessen hat er einen Bezug zwischen seiner Arbeit als Abgeordneter und engagierter Kämpfer gegen Kinderpornografie und dem Besitz „einschlägigen Materials“ herzuleiten versucht, eine Argumentation, die auch von einigen Medien für gar nicht so unwahrscheinlich gehalten wurde:

176 zit. nach [abendblatt.de](http://www.abendblatt.de) (02.08.09): Kampf gegen Schmutz im Internet wird verschärft. Interview. Online: <http://www.abendblatt.de/politik/article1120772/Kampf-gegen-Schmutz-im-Internet-wird-verschaerft.html> (06.08.09)

177 Telepolis (Christiane Schulzki-Haddouti, 29.11.08): Jörg Tauss wurde SPD-Fraktion zu unbequem. Online: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29242/1.html> (08.08.09)

Es wundert nicht, dass auf den Rechnern von Jörg Tauss "strafrelevante" Inhalte gefunden wurden. Bei einem rechtlich umstrittenen Thema wie "Kinderpornographie" sollte ein parlamentarischer Experte auch wissen, worüber er Gesetze ausarbeitet. Wenn man sich aber intensiv mit der Thematik beschäftigt und dabei auch "strafrelevante" Inhalte sichtet, kommt man schnell in eine Zwickmühle. Aber was sollte dem Wähler lieber sein – ein Abgeordneter, der ohne Sachkenntnis Gesetzesentwürfe der Exekutive durchwinkt, oder ein Abgeordneter, der Sachkenntnis besitzt und solche Entwürfe kritisch hinterfragt?¹⁷⁸

Im Folgenden wird ein größerer Auszug aus dieser Stellungnahme vorgestellt, nicht, um einen möglichen Täter ein Rechtfertigungsforum zu bieten, sondern um ein Lehrstück der ganz besonderen Art zu dokumentieren:

Warum tut man das? Mir ging es darum, eigene Erkenntnisse für die politische und gesetzgeberische Arbeit zu diesem Thema zu gewinnen. Insbesondere einen Beleg für meine These zu finden, dass die Verbreitung von Kinderpornographie mit Hilfe des Internet zunehmend durch andere Verbreitungsformen verdrängt wird. Und natürlich hätte die von mir erhoffte Entdeckung und "Sprengrung" eines der immer wieder durch die Öffentlichkeit geisternden "Kinderpornoringe" meinem Bekanntheitsgrad nicht gerade geschadet.

Wenn ich von der "Szene" gesprochen habe, dann muss man dazu folgendes wissen: Sie ist höchst konspirativ und hat sich durch den Verfolgungsdruck, den wir in den letzten Jahren aufgebaut haben, auch immer stärker abgeschottet. Ich sage bewusst "wir", denn eine Reihe von Maßnahmen habe ich in den letzten Jahren selbst mit auf den Weg gebracht. Ich erinnere an die Ausweitung des Schriftenbegriffs, das heißt die strafrechtliche Gleichsetzung von Offline- und Online- Material, an die eingerichtete Zentralstelle beim BKA und an Strafverschärfungen bezüglich des Besitzes und der Verbreitung solchen Materials. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass diese Paragraphen natürlich jetzt auch auf mich angewendet werden können und müssen.

Im Gegensatz zu allem Unfug der auch von amtlichen Stellen verbreitet wird, werden Sie im Internet aber nicht "zufällig" auf kinderpornogra-

178 Berger, Jens (06.03.09): Ein schlagender Verdacht. Online: <http://www.freitag.de/politik/0910-tauss-ffaere-ruecktritt-paedophilie> (08.08.09)

fische Seiten oder gar auf einen der so genannten "Kinderpornoringe" stoßen. Recherchieren Sie es ggf. [...]

Es gibt heute nach meiner Erfahrung nur noch geschlossene Benutzergruppen und eine entsprechende Vorsicht. Sie kommen dem überhaupt auch nur nahe, wenn Sie szenetypisch auftreten und selbst "Material", sozusagen als Eintrittskarte, anzubieten haben. "Ich schicke Dir und Du schickst mir - so sind wir beide "abgesichert". Das begründet, warum ich das wenige selbst erhaltene kinderpornographische Material aufbewahrt habe.

Ich habe mich im Jahr 2007 aufgrund entsprechender Hinweise von Informanten über im Fernsehen beworbene pornografische Telefonhotlines und mit Decknamen wie "Werner" dieser "Szene" zu nähern versucht. Man hatte mir berichtet, dorthin habe sich der sogenannte "Kinderpornoring" inzwischen verlagert. Es ginge dort nicht nur um den Austausch von Bildern sondern um Angebote zum tatsächlichen Missbrauch von Kindern.

Meine Recherchen hatten zwar eine Reihe von Kontakten zu Pädophilen zur Folge, die jedoch zu nichts führten, außer dem Erhalt einiger MMS. Lediglich in einem Fall erhielt ich einen Datenträger mit einschlägigem Material per Post zugesandt.

Besonders interessant war für mich im Laufe der Zeit lediglich ein Kontakt zu einem Menschen, der sich "Kielburger" nannte und der wohl mit dem in Bremerhaven überführten Beschuldigten "Sascha" identisch ist, der mich nun belastet.

Ich bleibe jetzt bei Sascha: Ihn lernte ich ebenfalls 2007 über eine solche Telefon-Hotline kennen. Ich hatte einen anonymen Hinweis erhalten, dass auf dieser Hotline Kinder zur "Benutzung" angeboten würden. Dies bestätigte sich zwar nicht, aber unter dieser Nummer hatte ich im Laufe der Zeit tatsächlich einige Pädophile, darunter offensichtlich auch diesen "Sascha", kennen gelernt. Unter dem Decknamen "Kielburger" hat er mir – nach entsprechendem "Vertrauensaufbau" durch Austausch von noch recht harmlosen Bildern via MMS – im Handel erhältliches pornographisches Material per Post zugesandt, insbesondere VHS-Videokassetten und Datenträger, wobei letztere aufgrund der technischen Ausstattung meiner Dienstwohnung teilweise allerdings nicht lesbar waren.

Da ich wenig für ihn interessantes Tauschmaterial hatte, wollte er einschlägiges Material nur gegen Zahlung von 100 liefern. Ich zahlte und erhielt mehrere Datenträger, die zwar wiederum nur teilweise lesbar waren, aber offensichtlich einschlägig gewesen sind. Zugleich stellte er in Aussicht, davon mehr liefern zu können, vor allem aber, mich gegen weitere Bezahlung zu einer "Produktionsstätte" zu bringen. Als Beleg erhielt ich Vorab unter Anderem ein MMS-Bild mit nackten Jungen am See.

Zu diesem Zeitpunkt hielt ich meine These bereits für belegt, dass der Austausch pornografischen Materials infolge von Fahndungserfolgen sich heute sehr viel mehr auf das Handy, Telefonhotlines und sogar wieder auf postalischen Versand verlagert hat. Der klassische Internet-PC ist wie das Web "out", zumal sich ein Handy im Verdachtsfalle auch schneller entsorgen lässt und das Web aufgrund der Anstrengungen, an denen ich aktiv beteiligt war, heute in der "Szene" als zu "unsicher" gilt.

Wir sind uns sicherlich einig darüber, dass die Verbreitung von Kinderpornographie und deren Konsum einen wesentlichen Teil dazu beiträgt, dass es diesen menschenverachtenden "Markt" überhaupt gibt. Aber am Anfang steht immer die schreckliche Tat vor dem Objektiv einer Kamera. Aufgrund der Ankündigungen von "Kielburger", mich zu "Produktionsstätten" führen zu können, sah ich die Chance, neue Taten verhindern zu können und eine Möglichkeit, endlich auch näher an die unmittlerbaren Täter heranzukommen und damit einen dieser ominösen "Kinderpornoringe" aufdecken und anzeigen zu können.

Daher zahlte ich weitere 100 Euro, um die in Aussicht gestellten Kontakte zu bekommen.

Als weitere Informationen aber ausblieben und "Sascha" plötzlich behauptete, von mir kein Geld bekommen zu haben, verfolgte ich den Kontakt nicht weiter.

Der von mir angestrebte Kontakt zu einem der "Kinderpornoringe" ist mir insgesamt nicht gelungen. Ausschließen kann ich es nicht, aber ich glaube aufgrund meiner Recherchen inzwischen, dass über die neuen Verbreitungsformen via MMS und Telefon-Hotlines zwar kinderpornographisches Material verteilt wird, aber kein systematischer Missbrauch von Kindern organisiert wird – die "Kinderpornoringe" also auch hier,

wenn sie überhaupt existieren, völlig abgeschottet und nicht etwa für normale Nutzer dieser Medien, genauso wenig wie im Internet und schon gar nicht "zufällig" zugänglich sind.

Ich habe die gesamte Recherche, die ich ungefähr ein Jahr intensiv geführt habe, daher zwar als erkenntnisreich aber zumindest insoweit als unergiebig bewertet, das erhaltene Material in einen Koffer verpackt und in meiner Dienstwohnung weggeräumt und danach keine weiteren Recherchen mehr in diesem Bereich gestartet.

Über meine Erkenntnisse berichtete ich in der Folge immer wieder im politischen und öffentlichen Raum im Detail und aller Ausführlichkeit. Denn ich habe dabei in der Überzeugung gehandelt, als zuständiger Fachpolitiker im Bundestag zu solchen Recherchen berechtigt gewesen zu sein und mich dabei auch im Rahmen des nach § 184 b Absatz 5 StGB Erlaubten verhalten zu haben.

Dieses bewertet die Staatsanwaltschaft offensichtlich anders. Diese Kontakte und der Besitz von kinderpornographischem Material können daher ungeachtet von meiner Rechtsauffassung am Ende als ein Verstoß gewertet werden, für den ich mich dann zu verantworten hätte. Daher habe auch ich ein Interesse daran, dass diese Frage durch die Justiz schnellstmöglich und eindeutig geklärt wird.

Natürlich sind Abgeordnete keine Polizisten, wie Sie und Ihre Kollegen richtig kritisiert haben. Aber, wie sollte ich anders zu unverfälschten Erkenntnissen über die tatsächlichen Verbreitungswege kommen, da ich mich in dieser speziellen Frage etwa auf das BKA nicht verlassen wollte[...].

Viele im politischen Raum diskutierte Maßnahmen sind daher der falsche Ansatz, die wirklichen Verbreitungswege von Kinderpornographie wirksam zu bekämpfen. Dies aber muss ich als Politiker mindestens wissen, wenn ich von den dafür eigentlich zuständigen Behörden mich nicht nur falsch informiert, sondern als Parlamentarier schlicht getäuscht fühle.¹⁷⁹

Unabhängig davon, dass Tauss nicht verurteilt und seine Schuld noch nicht festgestellt ist, möchte ich diese Darstellung nicht weiter kommen-

179 <http://daten.tauss.de/StellungnahmeTauss110309.pdf>, S. 4-6 (10.09.09)

tieren. Er selber urteilt - ebenfalls in der zitierten Erklärung dokumentiert - noch sehr milde über sich und seine Tat: „Ja: Ich habe Mist gebaut.“ Und:

Politisch ist mir gleichwohl bewusst, dass ich mit meinem Vorgehen nicht nur mir am Ende mehr geschadet als genutzt habe, sondern auch meinem Anliegen, einer effektiven Bekämpfung der Kinderpornographie.

Dass Tauss hier so ausführlich zu Worte kommt hat einen anderen Grund: Sein spektakulärer Übertritt zur *Piratenpartei* war für beide Seiten eine echte win-win-Situation, wenn man in Tauss' Lage überhaupt davon sprechen kann. Aber Tauss konnte auch in Bezug auf die in seiner Stellungnahme erkennbare Verteidigungstaktik nichts besseres passieren, als eine Partei zu finden, deren Programm geeignet ist, das eigene Fehlverhalten durch den Einklang mit der auszuübenden politischen Arbeit zu begründen - unabhängig davon, inwieweit seine Äußerungen der Wahrheit entsprechen.

Wie auch immer, die *Piratenpartei* nahm Tauss mit offenen Armen auf:

Der Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss hat heute in Berlin seinen Beitritt zur Piratenpartei Deutschland erklärt. Die Piratenpartei heißt mit ihm einen der erfahrensten Politiker des Landes im Bereich Bildung, Forschung und Neue Medien in ihren Reihen herzlich willkommen.

Dieser Schritt geschieht auf dem vorläufigen Höhepunkt einer langen Kette des Versagens der SPD auf dem Gebiet der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter und macht einen dramatischen Verlust ihrer Glaubwürdigkeit nach innen und außen sichtbar.

Mit der Verabschiedung des Zugangerschwerungsgesetzes am vergangenen Donnerstag hat die große Koalition sehenden Auges ein Gesetz durchgepeitscht, dass von vielen Experten aus mehreren Gründen für verfassungswidrig gehalten wird und das nichts weniger als eine von einer Polizeibehörde alleinig kontrollierte Zensurinfrastruktur schaffen soll. Nur notdürftig wird dies vom vorgeblichen Ziel der Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen verdeckt.

Im Vorfeld der Debatte um Internetsperren ist gegen Herrn Tauss eine staatsanwaltliche Ermittlung begonnen worden, die den Besitz von kin-

derpornografischem Material umfasst. Wir wissen, dass auch Herr Zierke und Frau von der Leyen kinderpornografisches Material gezeigt und in dieser Debatte als 'Argument' gegen den Standpunkt von Herrn Tauss vorgeführt haben. Solange in dieser Sache gegen Herrn Tauss keine Verurteilung erfolgt, hat die Piratenpartei keinen Anlass, an seiner Unschuld und moralischen Integrität zu zweifeln.

Für Außenstehende mag es schwer verständlich sein, dass Herr Tauss sich trotz dieser schwerwiegenden Vorwürfe zu diesem heiklen Thema weiterhin äußert. Mit ihm haben aber über 134.000 Menschen als Unterzeichner der Petition gegen Internetsperren klar gemacht, dass es für sie schlimmer ist, zu diesem unverschämten Angriff auf unsere Demokratie zu schweigen, als sich gegen den ungerechtfertigten Vorwurf der Verteidigung von Kinderpornografie zu wehren. Mit der Initiative Mißbrauchsopfer gegen Internetsperren (MOGIS) wehren sich sogar diejenigen gegen dieses Gesetz, für deren Wohl sich die Familienministerin angeblich damit einsetzt.

Entgegen der oberflächlichen Berichterstattung sind viele Protagonisten dieses Gesetzes darin persönlich involviert, da sich mit einer Zensurinfrastruktur auch zahlreiche andere unerwünschte Teile des Internets leicht ausblenden ließen. Die verwandtschaftlichen und finanziellen Verstrickungen der potentiellen Nutznießer fangen bei Frau Krogmann an und hören bei Frau von der Leyen noch lange nicht auf.

Wir PIRATEN sind nicht diejenigen, die sich als Schauplatz der Auseinandersetzung um Bürgerrechte im Internet den Rücken missbrauchter Kinder ausgesucht haben, sondern dies hat die CDU getan und die SPD ist ihr am Nasenring gefolgt.

Wir begrüßen jeden aufrechten Demokraten im gemeinsamen Kampf für Bürgerrechte und gegen den Überwachungsstaat. Willkommen Pirat Tauss!¹⁸⁰

180 PM der Piratenpartei (20.06.09) Online: <http://www.piratenpartei.de/node/779>
(11.09.09)



Bild: Benjamin Beckmann. Lizenz: CC-BY-SA

Im September 2009, gut zwei Wochen vor der Bundestagswahl, stellt sich die Situation leicht verändert dar. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat Anklage gegen Tauss erhoben, der Bundestag hat als eine seiner letzten Entscheidungen in der Legislaturperiode Tauss' Immunität erneut aufgehoben.

Tauss kommentierte diesen Vorgang per *Twitter* und versuchte dabei den Eindruck zu erwecken, dass eine Strafanzeige zu diesem Zeitpunkt so kurz vor den Wahlen lediglich ein Vorwand sei, um ihn politisch kalt zu stellen. Viele Kritiker, auch die Piratenpartei, vermuteten hinter dieser Aktion wahltaktische Gründe, dabei wäre es wohl noch

weniger nachvollziehbar, wenn die Staatsanwaltschaft trotz abgeschlossenen Ermittlungen aus politischen Gründen auf eine Anklageerhebung verzichtet hätte. *Der Freitag* wundert sich über die Haltung der *Piratenpartei*:

Aus Sicht von Tauss mag seine öffentliche Vorwärts-Verteidigung Sinn machen. Aus Sicht der Piratenpartei ist sie eher wunderbar. Vielleicht hofft man dort, dass Tauss im Falle eines Freispruchs, als Märtyrer an politischen Kapital gewinnt. Ob diese Rechnung allerdings aufgeht, darüber gibt es berechtigte Zweifel. Zum einen ist ein Urteilspruch vor der Bundestagswahl nicht zu erwarten. Zum anderen, und das wiegt schwerer, ist es alles andere als sicher, ob ein Freispruch Tauss' Image tatsächlich wiederherstellen würde. Dann wäre er zwar sowohl der juristische als auch der moralische Sieger. Politisch hingegen ist er seit den ersten Anschuldigungen und vermutlich auf lange Zeit schwer beschädigt. Denn im Falle von Kinder pornos bedeutet die Anklage bereits eine Strafe. Und es ist einer jener wenigen Fälle, den das öffentliche Gedächtnis nicht vergisst. Das nicht erkannt zu haben ist das Versäumnis der Piratenpartei ...

Letztlich ist es aber viel banaler: die *Piratenpartei* hat im Juni, als sie weitgehend unbekannt war, sehr stark von der Medienpräsenz und auch von der politischen Erfahrung Tauss' profitieren können, auch wenn sich viele Sympathisanten der *Piratenpartei* sehr kritisch darüber geäußert haben, dass die Partei einem möglichen Kinderschänder ein neues zu Hause bot.

Bei einer Wahlkampfveranstaltung der *Piratenpartei* beschwerte sich ein Pirat über die Aussage eines älteren Passanten, dem er einen Flyer in die Hand drücken wollte: „Ihr seid doch die Tauss-Partei!“ Obwohl der Pirat sich also über diese sicherlich auch objektiv falsche Reduzierung seiner Partei aufregte, beinhaltet diese Aussage doch auch den Wert, den Tauss' Übertritt zu den Piraten für die Partei beinhaltete: Publicity und kostenlose PR gerade in den Bevölkerungsgruppen, die die Partei sonst eher schwer erreicht.

Wer bitte ist die Piratenpartei? Die Wahlwerbung hielt ich für einen Scherz á la Titanic mit ihrer Partei "Die Partei". Und darüber gehört, was sie eigentlich wollen, habe ich erst, als dieser mir und vielen ande-

*ren wohl auch nichts sagenden mittlerweile ehemaligen SPD-MdB, der dem Vorwurf ausgesetzt ist, Kinderpornos zu besitzen.*¹⁸¹

Zu dem Zeitpunkt, als große Teile der Bevölkerung nicht wussten, wer die Partei ist und was sie will, war die Gefahr, die sich dahinter verbirgt, als gering einzuschätzen. Nun, da der mediale Hype um die Piraten für genügend Publicity gesorgt hat, wird Tauss mehr und mehr zur Belastung:

*ich musste ja gerade erfahren das Herr Tauss für euch im deutschen Bundestag sitzt. Das war mir gar nicht bekannt. Ich weiß das man niemanden vorverurteilen soll, aber ich glaube es ist die schlechteste Werbung die eine Partei je für sich machen konnte, wenn man jemanden, gegen den wegen Besitz von Kinderpornos ermittelt wird, in den Bundestag setzt und dann noch groß gegen das Programm der Bundesregierung bezüglich der Internetsperre von Kinderpornos aufschreit. Ich glaube ganz ehrlich DÜMMER! kann man sich nicht anstellen. Dass das euch in der breiten Bevölkerung entgegenschlägt wundert mich absolut nicht.*¹⁸²

Dass sich die Causa Tauss nun wahltaktisch auf einer bestimmten Ebene bzw. in bestimmten Kreisen als eine mögliche Gefahr entpuppt hat, spricht allerdings gar nicht unbedingt gegen die Partei und muss auch kein wirkliches Problem sein. Es könnte zwar passieren und es ist sicherlich auch schon passiert, dass die PIRATEN in Unkenntnis des Programms als pädophiliefreundliche Partei abgestempelt werden. Sicher ist der Weg zur absoluten Mehrheit im Bundestag mit einem Mitglied, das unter einem solch gravierenden Verdacht steht, nicht einfacher. Doch darum geht es für die PIRATEN ja auch gar nicht. Denn ein Wahlberechtigter, der die Partei nur auf diese Weise wahrnimmt, gehört mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sowieso *nicht* zur potentiellen Wählerschaft. Im Gegenteil beinhaltet die Situation für die Partei weiterhin die gute Gelegenheit, sich innerhalb einer so aufkommenden Diskussion selbst dar- und vorzustellen und die eigene Programmatik zu verteidigen. Sollte Tauss zudem tatsächlich des strafbaren

181 Forumsteilnehmer "rhizomorph" (02.07.09). Online:
<http://www.freitag.de/arena/debatte?id=581> (11.09.09)

182 Anonymer Kommentar (08.09.09) auf piratenpartei.de. Online:
<http://www.piratenpartei.de/node/794/26735#comment-26735> (11.09.09)

Besitzes von kindermisbrauchsdokumentierenden Materials überführt und aufgrund dessen verurteilt werden, hat die Partei die von den Medien viel beachtete Gelegenheit, sich von Tauss zu distanzieren.

Die Piratenpartei wäre deshalb gut beraten, sich in dieser Frage zurückhaltend zu geben, denn sie hat sich hier absolut nichts vorzuwerfen. Im Gegenteil wäre eine Nichtaufnahme Tauss als moralisch verwerflich einzustufen gewesen, da sie eine unzulässige Vorverurteilung gewesen wäre. Ergo ist die von Piraten vielfach geäußerte Befürchtung, diese „Kampagne gegen Tauss“ solle den Einzug der Partei in den Bundestag verhindern, praktisch unbegründet.

2.5 Die Entwicklung der Partei bis zur Bundestagswahl 2009

Die PIRATEN sehen sich als eine internationale Bewegung, und das ist kein Wunder, denn die Urheberrechtsproblematiken und auch die Netzpolitik im weiteren Sinne brauchen transnationale Lösungen. Als erste nichtschwedische *Piratenpartei* formierte sich die *Piratenpartei Österreich* (PPÖ) im Juli 2006. Allerdings ist es ihr bei ihren beiden Versuchen, sich für die Nationalratswahlen 2006 und 2008 aufstellen zu lassen, nicht gelungen, die nötigen Unterstützerunterschriften zusammen zu bekommen. Nur ein paar Monate später gründeten rund 50 Interessierte im September in Berlin den deutschen Zweig. Mittlerweile (Stand September 2009) gibt es 33 Piratenparteien rund um den Globus, die in der Dachorganisation *Pirate Party International* (PPI) ihre Zusammenarbeit koordinieren.

Wie bereits erwähnt fristete die Partei zunächst eher ein Schattenda-sein. Bundestrojaner, Vorratsdatenspeicherung, BKA-Gesetzesnovelle, und vieles mehr: all diese Themen begleitete die Partei mit kritischen Kommentaren und Aktionen, um auf die Gefahren für Bürgerrechte und die informationelle Selbstbestimmung hinzuweisen. In dem Video¹⁸³ des damaligen und heutigen Bundesvorsitzenden Seipenbusch zum ersten Geburtstag der Partei 2007 kündigte er an, dass die Partei demnächst an den ersten Landtagswahlen in Bayern, Hessen und Niedersachsen teilnehmen wolle. Doch sowohl in Bayern als auch in Niedersachsen konnte die Partei die notwendigen Unterstützerunterschriften nicht aufbringen.¹⁸⁴ Immerhin gelang es ihr, in Hessen am 27.1.2008 anzutreten, was die erste Teilnahme einer *Piratenpartei* an Wahlen außerhalb Schwedens war. Die Partei wurde von 6.962 Wahlberechtigten gewählt, was einen Anteil von insgesamt 0,25% bedeutete: im Parteienranking belegten die PIRATEN Platz 11, hinter der Familienpartei, die 7.817 Stimmen fangen konnte.¹⁸⁵ Nur einen Monat später nahm die

183 Jens Seipenbusch: Ansprache zum 1. Geburtstag der Piratenpartei. Online: <http://www.youtube.com/watch?v=AiJ9rSuBYzA> (10.09.09)

184 Piraten-Wiki: Wahlen und Abstimmungen in Deutschland. Online: http://wiki.piratenpartei.de/Wahlen_und_Abstimmungen_in_Deutschland (10.09.09)

185 Online: <http://www.statistik-hessen.de/subweb/ltw2008/s12.htm> (10.09.09)

Partei an den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft teil und vereinigte 0,23% der Stimmen, in absoluten Zahlen: 1.773 Wähler, auf sich.

Alles in allem also einer Splitterpartei angemessene Ergebnisse. Das Jahr 2009 - aufgrund der vielen vorgesehenen Wahlen ohnehin schon als Superwahljahr titulierte - begann gut für die Partei: Im Januar trat der bis dato parteilose Ortsbürgermeister von Hohenstein (Ortsteil von Strausberg) und Stadtverordnete in Strausberg (bei Berlin) Jens Knoblich in die Partei ein:

Wer mich so kennt, hat sicherlich schon gemerkt, dass mir das, was die "da oben" als bürgerfreundliche Politik verkaufen wollen, so ziemlich gegen den Strich geht.

Überall hat der Lobbyismus Einzug gehalten. Die Grünen knicken jedesmal brav ein, nur um an der Macht zu bleiben und über die SPD und CDU muss ich ja gar nicht erst reden.

Es wird Politik gemacht, die der Bürger nicht mehr versteht. Die Christen und Sozialisten machen gemeinsame Sache und ziehen denen ganz gerne noch mehr Geld ab, die keine Lobby haben.

Und auch wenn vorab gemahnt wird, bestimmte Gesetze zu überdenken, wird beschlossen, um anschließend von den Gerichten einen Rüffel zu bekommen. Manchmal habe ich so das Gefühl, dass der Abstand der Bundestagsabgeordneten zum Volk immer weiter wird.

So auch bei den Entscheidungen zur Vorratsdatenspeicherung oder dem BKA-Gesetz. Dem Volk werden scheinbar immer mehr Rechte entzogen, anscheinend in der Hoffnung, dass es es nicht merkt.

Nun gibt es ja Leute, die nicht so alles sang- und klanglos hinnehmen. Die nachfragen und sich Gedanken machen, wo das alles noch hinführen soll mit der Ausweitung der staatlichen Befugnisse.

Und mit ein paar von denen habe ich mich heute getroffen.

Weil ich mich einfach mehr engagieren will. Das bedeutet für mich, nicht nur in der Lokalpolitik, sondern auch politische Bewegungen mitzutragen und zu unterstützen.

Nun muss man sich den obigen Text einfach mal ansehen und wird feststellen, dass da schon einige Parteien bei sind, die nicht gerade mein Vertrauen genießen. Ganz links und rechts ist auch nicht so mein Fall,

*also habe ich mich mal umgesehen, was es noch so für Programme anderer Gruppierungen gibt. Biertrinkerpartei hätte auch fast gepasst, aber ich bin da auf die Piratenpartei gestoßen.*¹⁸⁶

Erster Urnengang des Jahres war die eigentlich gar nicht geplante Neuaufgabe der Hessischen Landtagswahlen, wo die *Piratenpartei* erneut antreten konnte. Die Verbesserung der PIRATEN im Parteienranking von 11 auf nunmehr 9 war nicht wirklich aussagekräftig - Familie und Tierschutzpartei, die ein Jahr zuvor noch vor den PIRATEN lagen, waren nicht angetreten. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die Partei ihre Anhängerschaft fast verdoppeln konnte, 13.796 Wähler bedeuteten bei gesunkener Wahlbeteiligung einen Anteil von 0,53%.¹⁸⁷

Am 7. Juni 2009 standen in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament an - und die PIRATEN ließen mit einem ordentlichen Ergebnis von 0,9% bundesweit aufhorchen. Obwohl bei den EU-Wahlen in Hessen diesmal wieder sehr viel mehr Parteien antraten (31), belegte die Partei im Ranking jetzt gar den 7. Platz - vor Tierschutz und Familienpartei. Aber wieder sind die anderen Zahlen beeindruckender: Trotz der im Vergleich zur Landtagswahl vier Monate zuvor massiv gesunkenen Wahlbeteiligung (von 61 auf 37,9%) konnten die PIRATEN mehr Stimmen erringen als bei den Landtagswahlen (14.807) und damit ihren relativen Stimmanteil auf 0,89% fast verdoppeln.¹⁸⁸

Damit hatte die Partei in Hessen etwas über dem Bundesdurchschnitt gelegen, der letztlich bei 0,87% lag. Das war bundesweit wieder Platz 11 (von 32), hinter den Tier- und Familienmenschen, aber immerhin vor der Rentnerpartei.

Ihr schlechtestes Ergebnis holten die PIRATEN in Bayern. Obzwar dort der größte Landesverband der Partei beheimatet ist, ist die eher konservative Bevölkerung und der hohe ländliche Anteil dafür verantwortlich, mit 0,7% ist die Differenz zum Bundesergebnis aber eher gering. 0,8% gab es in den Flächenländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland Pfalz sowie Sachsen-Anhalt. Den Bundesdurchschnitt von 0,9% gab es in den übrigen Ländern mit Ausnahme der Städte. In Berlin holten die PIRATEN

186 jensknoblich.de (12.12.08): Piraten. Online:
<http://www.jensknoblich.de/2008/12/12/piraten/> (20.08.09)

187 Online: <http://www.statistik-hessen.de/subweb/ltw2009/S12.htm> (10.09.09)

188 Online: <http://www.statistik-hessen.de/subweb/e2009/S1.htm> (10.09.09)

ihr bestes Ergebnis mit 1,4% und auch Bremen (1,1%) und Hamburg (1,2%) konnten die Ein-Prozent-Hürde knacken. Der Blick auf Hamburg zeigt, dass die Partei ihren Anteil im Vergleich mit den Bürger-schaftswahlen verfünffachen konnte, berücksichtigt man die niedrigere Wahlbeteiligung steht immer noch eine Verdreifachung bei den absoluten Wählerstimmen (5.097 Wähler) unter dem Strich: Platz 6 im Parteienranking und mehr Wähler als Tierschutz- und Familienpartei zusammen.¹⁸⁹

Ihr bestes Städteergebnis erhielt die Partei in Flensburg (2,1%) und im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg holten sich die PIRATEN 3,4% der Stimmen ab. Wahlanalysen ergaben, die Wähler der PIRATEN sind „zu zwei Dritteln männlich, bis 35 Jahre alt, gut gebildet und leben in Großstädten“.¹⁹⁰ Ein schönes und respektables Ergebnis, mehr aber eigentlich nicht. Was sich aber nun ereignete, ist schwer zu erklären und beinhaltet sicherlich eine der größten politischen Überraschungen in Deutschland. Und die Voraussetzung dafür wurden durch das Ergebnis bei den EU-Wahlen geschaffen: Obwohl die Partei kein einziges professionelles Wahlplakat kleben konnte, hat sie mit dem erzielten Stimmenanteil nämlich die wichtigste Grundlage für erfolgreiche politische Arbeit in Deutschland geschaffen: Sie hat die Hürde für die Wahlkampf-kostenerstattung übersprungen und mit dieser neu gewonnenen finanziellen Absicherung erst die Basis gelegt, für das, was in den nächsten Monaten kommen sollte.

Denn was folgte, ist in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik so noch nicht dagewesen. Die Onlinepetition gegen Ursula von der Leyens Gesetz bezeichnete der Politikwissenschaftler Christoph Bieber als „so etwas wie das Erweckungserlebnis der Opposition im Internet“.¹⁹¹ Die Diskussion um die Netzsperrn hatte also schon für einen ersten Schub an Unterstützung gesorgt, aber die EU-Wahl fiel noch vor die Verabschiedung des Gesetzes. Das Beschließen des Zugangerschwerungsge-

189 Online:

http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/land_ergebnisse/102/ (10.09.09)

190 Jörg Schönenborn zit. nach tagesschau.de (22.07.09): "Die Piratenpartei füllt ein Angebotsvakuum". Interview. Online:

<http://www.tagesschau.de/inland/schoenenbornpiraten100.html> (10.09.09)

191 zit. nach Prüfer, Tilmann (31.08.09): Vorsicht, Opposition! Online:

<http://www.zeit.de/2009/36/DOS-Die-Apolitischen?page=all> (10.09.09)

setzes setzte bei vielen jungen und netzaffinen Menschen jedoch die schlimmsten Befürchtungen frei. Entscheidend aber dürfte der Wahlerfolg der schwedischen *Piratpartiet* gewesen sein. Die Durchsetzung der härteren Urheberrechtsgesetze zusammen mit dem Prozess und dem Urteil gegen *The Pirate Bay* hat letztlich für ein erdrutschartiges Abschneiden (7,13%) der *Piratpartiet* bei den EU-Parlamentswahlen gesorgt.

Das mediale Echo, das dieses Ereignis in Deutschland erfuhr, hatte zwei nicht zu unterschätzende Folgen:

1. Die Bewegung der PIRATEN wurde erstmals in größerem Maße überhaupt wahrgenommen. Zahlreiche neue Parteimitglieder, die sich diesen Herbst so euphorisch für den Wahlkampf der PIRATEN stark gemacht haben, gaben in Blogs oder Forenbeiträgen an, die Partei erst durch die Ergebnisse der EU-Wahl überhaupt kennen gelernt zu haben. Verstärkte Publicity erhielt die Partei dann auch noch durch den Übertritt von Jörg Tauss, was bedeutete, dass die deutschen PIRATEN die ersten Vertreter ihrer Bewegung waren, die einen Mandatsträger in einem nationalen Parlament vorzeigen konnten.

2. Diese neue Bekanntheit war die Voraussetzung dafür, dass die Partei bei einem größeren Teil der jüngeren Bevölkerung zugleich als ernsthafte Wahlalternative wahrgenommen werden konnte. Zentral dafür ist gar nicht mal die unbedingte Kenntnis des Programms, sondern die Tatsache, dass ein Repräsentant einer Gruppierung mit so einem - für deutsche Verhältnisse doch gewöhnungsbedürftigen - Namen es doch wirklich geschafft hatte, ins EU-Parlament gewählt zu werden. In dieser Phase hat sich der Name PIRATEN ausgezahlt, eine Gruppierung namens Verein für informationelle Selbstbestimmung und Reformierung der Urheberrechte wäre doch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Club für Nerds und Computerspinner geblieben. Ein Pirat jedoch ist frei, wild, rebellisch, sexy und in jeder Hinsicht attraktiv - wenn er nicht gerade vor Somalia schippert.

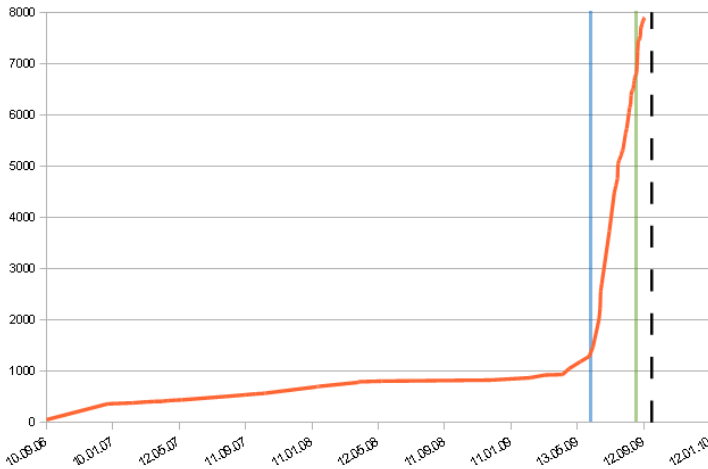
Und schließlich: Die Euphorie und Begeisterung, die die Partei in bestimmten Kreisen ausgelöst hat, lässt sich wohl nur damit erklären, dass in dieser Wählergruppe eine ungeheure Sehnsucht nach neuen politischen Alternativen herrscht (siehe unten).

Fast noch spannender als die Entwicklung bei den Wahlen ist die bei den Mitgliederzahlen. Waren es zur Gründung im September 2006 50 Mitglieder, hatte die Partei ein Jahr später etwa 500, immerhin eine

Verzehnfachung, auf diesem Niveau allerdings wenig aussagekräftig. Und: dieses Tempo konnte nicht beibehalten werden, weitere anderthalb Jahre später dümpelten die Mitgliederzahlen noch unter der 900er Marke, das war im März 2009.



Kurz vor der Bundestagswahl aber hat die Partei innerhalb von sechs Monaten ihre Mitgliederzahl wiederum fast verzehnfacht, und dieses Mal ist das auf einem durchaus bemerkenswerten Niveau.



Am 22. September 2009, fünf Tage vor der Bundestagswahl, vermeldete die Piratenpartei 8772 Mitglieder, fast eintausend mehr als eine Woche zuvor. Übrigens können diese Mitglieder sich nicht wie in Schweden per Mausklick anmelden und müssen zudem eine Jahresgebühr von 36 Euro bezahlen. Die blaue Linie markiert die große Wende, die EU-Wahlen in Juni. Grün kennzeichnet die Landtagswahl in Sachsen und die gestrichelte Linie stellt die Bundestagswahlen dar.

Nun garantiert diese Entwicklung entgegen vieler euphorischer Piratenmeinungen keineswegs einen unvermeidlichen Erfolg bei den Bundestagswahlen. Das Magazin *Cicero* veröffentlichte in der Augustausgabe eine repräsentative Emnid-Umfrage zu den PIRATEN, nach der sich 6% der Befragten vorstellen konnten, die Partei zu wählen. Aber es gaben auch immerhin 58% der Befragten an, die Partei gar nicht zu kennen.¹⁹² Wenn weiter oben also die Rede von der neuen Bekanntheit war, darf nicht vergessen werden, dass sich dies nicht auf die gesamte bundesdeutsche Bevölkerung bezieht, sondern vornehmlich auf die jüngeren und die sich im Internet bewegendenden Menschen. Aber die Euphorie wird nicht kleiner: Alle Internetportale wie *Facebook*, *StudiVZ* und *Xing* haben Online-Umfragen geschaltet und auch zahlreiche regionale wie überregionale Zeitungen lassen es sich nicht nehmen, im Internet die berühmte Sonntagsfrage zu stellen, alle mit dem gleichen Ergebnis: Mindestens stärkste Fraktion, wenn nicht gar absolute Mehrheit: die Piratenpartei. Dies bestätigt auch eine Untersuchung, die fragte, wie viele unterschiedliche Besucher die offiziellen Websites der Parteien haben.

160.000 Leute besuchten im Juli laut Ad Planner die Website der Partei. Wenig überraschend ist dieser Platz 1 deswegen, weil keine andere kleine Partei derzeit so viel Medienpräsenz bekommt und die PIRATEN zudem eine extrem internet-affine Zielgruppe haben. Überraschender sind allerdings der Vorsprung der Piratenpartei und die miserablen Zahlen der etablierten Parteien. So verfügte spd.de, offizielle Website der Sozialdemokraten auf Platz 2 nur über 58.000 Unique Visitors. Mit anderen Worten: Selbst wenn die 58.000 Leute allesamt im wahlfähigen Alter waren, so besuchten im Juli nur 0,09% der 62,2 Mio. Wahlbe-

192 politik-digital.de (22.07.09). Umfrage: Piraten entern Bundestag. Online: <http://www.politik-digital.de/umfrage-piratenpartei-bundestagswahl> (10.09.09)

*rechtigten spd.de. Eine verheerend niedrige Zahl. Auf Platz 3 folgt Bündnis 90 / Die Grünen, dahinter dann die CDU und die Linke.*¹⁹³

Und da die Medien in diesem so müden Wahlkampf jede Nachricht mit großer Freude aufnehmen und verarbeiten, vergeht im Vorfeld der Bundestagswahlen kaum ein Tag, an dem nicht über das Erstarken der Piraten, über die junge Internetgemeinde, die sich die immer stärker zunehmende Bevormundung nicht gefallen lassen will, berichtet wird. Ende August berichtete die *Zeit* beispielsweise genüsslich, dass die *Piratenpartei* im vergangenen Monat täglich 80 neue Mitglieder vermelden konnte – während die SPD 30 an jedem einzelnen Tag des Jahres verlor.¹⁹⁴

Da diese dynamische Entwicklung auch für die PIRATEN selbst eine große Überraschung war, hatte sie es gut ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl - mit ihren bis dato nicht einmal Tausend Mitgliedern - organisatorisch nicht geschafft, die Zulassungen zu allen Wahlen des Jahres zu erlangen. Der Landesverband Bremen beispielsweise hat sich erst drei Wochen nach der EU-Wahl am 26. Juni gegründet und in den folgenden drei Wochen die Zulassung zur Bundestagswahl erreicht.¹⁹⁵ Einen Tag später gründete sich der LV Sachsen-Anhalt¹⁹⁶ und einen weiteren Tag später schließlich der LV Thüringen als letzter noch ausstehender Verband¹⁹⁷ - aber zu spät für die Zulassung zur Landtagswahl. Da die *Piratenpartei* in Thüringen also nicht zur Landtagswahl antrat, hat sie eine Zusammenarbeit mit den Thüringischen Grünen „in den Punkten Bürgerrechte und Freiheit auf Landesebene“ vereinbart.¹⁹⁸

193 Meedia.de (21.08.09): Piratenpartei besiegt etablierte Parteien. Online: http://meedia.de/details/article/piratenpartei-besiegt-etablierte-parteien_100022710.html (13.09.09)

194 Prüfer, Tilmann (31.08.09): Vorsicht, Opposition! Online: <http://www.zeit.de/2009/36/DOS-Die-Apolitischen?page=all> (10.09.09)

195 PM der Piratenpartei (29.06.09): Piratenpartei Landesverband Bremen gegründet und hart am Wind zur Bundestagswahl 2009. Online: <http://web.piratenpartei.de/node/799> (13.09.09)

196 PM der Piratenpartei (28.06.09): Piratenpartei Sachsen-Anhalt auf Kurs zur Bundestagswahl. Online: <http://web.piratenpartei.de/node/797> (13.09.09)

197 PM der Piratenpartei (28.06.09): Piratenpartei wirft Anker in Thüringen. Online: <http://web.piratenpartei.de/node/796> (13.09.09).

198 PM der Piratenpartei Thüringen (27.08.09): Keine Wahlempfehlung für die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Online: <http://www.piraten->

Am 30. August konnte die Partei zu den Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland also nicht antreten. In Sachsen hatte man die Formalitäten geschafft, aber mit der Folge, dass die Zulassung zur Bundestagswahl verpasst wurde. Die PIRATEN treten also nur in 15 Ländern zur Bundestagswahl an.

Der Landesverband Sachsen, erst am 08.08.2008 gegründet und deswegen noch in der Aufbauphase, sah sich, konfrontiert mit der am 30. August und damit fast zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahl, außerstande, beide Ereignisse ihrer Wichtigkeit gemäß zu bearbeiten und entschloss sich deshalb auf eine Teilnahme an der Bundestagswahl zu verzichten.¹⁹⁹

Ein Kommentar auf der Seite der Pressemitteilung klang da schon etwas deutlicher:

Ja, das ist komisch. Wir haben hier mit das stärkste Wahlergebnis Deutschlands bei der Europawahl gehabt [...] Aber die Struktur kränkelt so vor sich hin. Vielleicht sollten wir mal drüber reden woran das liegt (schließe mich selber nicht aus...)²⁰⁰

Immerhin hatten sich nach der EU-Wahl in den Universitätsstädten Aachen und Münster spontan ein paar PIRATEN zusammengetan, um sich noch schnell wenigstens partiell an den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zu beteiligen - und das mit einem beeindruckenden Ergebnis. In Münster konnte die *Piratenpartei* zur EU-Wahl noch 1,1% der Stimmen verbuchen, jetzt waren es 1,55%, ein Pirat wurde in den Stadtrat gewählt. Bei gesteigener Wahlbeteiligung hieß das in absoluten Zahlen: von 1.175 auf 1.989 Wähler: „Dafür, dass wir nur in 18 der 33 Bezirke zur Wahl gestanden haben, ist das ein gutes Ergebnis.“²⁰¹

thueringen.de/2009/08/27/keine-wahlempfehlung-fur-die-partei-bundnis-90die-grunen/ (12.09.09)

199 PM der Piratenpartei (23.07.09): Riesige Unterstützungswelle trägt Piratenpartei bundesweit auf die Stimmzettel. Online: <http://www.piratenpartei.de/presse/pressemitteilungen/Riesige-Unterst%C3%BCtzungswelle-tr%C3%A4gt-Piratenpartei-bundesweit-auf-die-Stimmzettel> (12.09.09)

200 Nutzer "brojon" (29.07.09): Online: <http://www.piratenpartei.de/node/832/21525#comment-21525> (15.09.09)

201 Tobias Schürjann, Pressesprecher der Münsteraner Piratenpartei zit. nach: PM der Piratenpartei (31.08.09): Zwei Stadtratssitze in Münster, Aachen / Fast Verdoppe-

Und auch das Aachener Ergebnis konnte sich sehen lassen, obgleich die folgende Pressemitteilung der Partei vielleicht doch etwas zu optimistisch geraten ist:

Hatten die PIRATEN noch bei der Europawahl ein Ergebnis von 1,73 % in Aachens 32 Wahlbezirken, so reichten bei der Kommunalwahl bereits 8 Wahlbezirke für 1,70 %!

Die Aachener PIRATEN hatten kurz nach dem Erfolg bei der Europawahl in diesem Jahr in Aachen spontan beschlossen auch zur Kommunalwahl anzutreten. Aufgrund der damals noch recht dünnen Personaldecke von 13 aktiven PIRATEN konnten nur 8 Stimmbezirke mit Direktkandidaten besetzt werden. 3 dieser Kandidaten wurden für die Reserveliste aufgestellt.

Bei einer Kommunalwahl kann eine Partei nur dort Stimmen sammeln, wo sie mit einem Direktkandidaten vertreten ist. Für die PIRATEN bedeutete das, man konnte nur in 25 % des Aachener Stadtgebietes gewählt werden. Trotz dieser erheblichen Beschränkung wurden äußerst bemerkenswerte Resultate erzielt:

- *In 7 der 8 Wahlbezirke lagen die PIRATEN, zum Teil deutlich, vor der FDP.*
- *In 2 der 8 Bezirke wurden fast 10 % der Stimmen geholt.*
- *Das "schlechteste" Ergebnis in einem Bezirk lag bei 6,69 %*
- *Das beste Ergebnis lag bei 9,66 %*
- *Die "Sonstigen" Parteien haben in jedem der 8 Bezirke zusammengekommen deutlich weniger Prozentpunkte als die PIRATEN alleine.*
- *Die Wähler kommen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten*

Für die Aachener PIRATEN zieht Thomas Gerger in den Rat der Stadt Aachen ein. Zusammen mit Marco Langenfeld in Münster sind damit erstmalig in Deutschland PIRATEN in deutsche Parlamente hineingewählt worden.

lung der Stimmen in Sachsen. Online:

http://www.piratenpartei.de/Pressemitteilung/Zwei_Stadtratssitze_M%C3%BCnster_Aachen_Fast_Verdoppelung_der_Stimmen_in_Sachsen (12.09.09)

Wir haben die Ergebnisse der 8 Bezirke einfach mal für sich alleine betrachtet. Dabei kommen die PIRATEN sogar auf 8,2 %

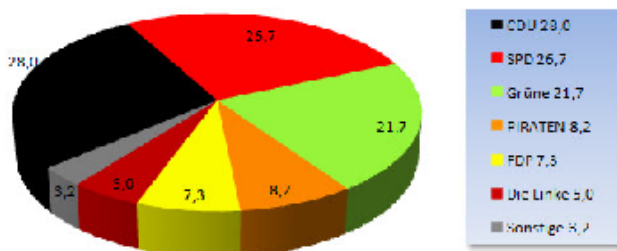
Natürlich kann man das nicht einfach auf alle 32 Wahlbezirke hochrechnen. Aber wenn wir in allen Wahlbezirken hätten antreten können, wäre der Einzug in Fraktionsstärke (mindestens 3 Sitze) nahezu sicher gewesen.

Man vermutet bei den PIRATEN meist nur Studenten, aber dem ist nicht so. Die guten Wahlergebnisse in den Bezirken zeigen ganz klar, dass wir schon jetzt über einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung verfügen.

Ein hervorragender Auftakt zur anstehenden Bundestagswahl!

DANKE AACHEN!²⁰²

Kommunalwahl 2009 - Betrachtung PIRATEN Wahlbezirke 2,5,6,9,10,11,19 und 32



Das sächsische Ergebnis bei den Landtagswahlen war nicht ganz so spektakulär, aber immerhin bestätigte es den Trend: bei der EU-Wahl hatte die Partei 1,12% der Stimmen bekommen, jetzt waren es schon 1,93%. Aufgrund der höheren Wahlbeteiligung bedeutete dies eine Verdopplung der Wähler von 17.905 auf 34.620 und das in nicht einmal drei Monaten. Interessanter noch, wenn man sich die Ergebnisse der beiden großen Städte ansieht: Auch in den urbanen Zentren konnte die Partei in diesem kurzen Zeitraum ihre Wählerschaft verdoppeln, in

202 PM der Piratenpartei Aachen (31.08.09): DANKE! - 8,2 Prozent in 8 Bezirken, 1,7 Prozent insgesamt. Online: <http://www.piratenpartei-aachen.de/node/47> (10.09.09)

Leipzig von 2.871 (1,69%) auf 5687 (2,66%) Wähler, in Dresden gar von 3.869 (1,9%) auf 8027 (3,43%). Im Wahlbezirk Dresden 3 erreichte die Partei gar einen Anteil von 4,76%.²⁰³

In den letzten Wochen vor der Bundestagswahl hat die Partei weiter an Profil und Aufmerksamkeit gewonnen. Selbst Bundeskanzlerin Merkel äußerte sich: „Die Existenz der Piratenpartei ist natürlich für uns ein Grund, sich natürlich mit den Fragen des Internets insbesondere zu beschäftigen und damit auch mit Fragen des Urheberrechts und des Schutzes der Grundrechte.“²⁰⁴ Die etablierten Parteien blieben zwar zumeist bei der Taktik, die Partei zu marginalisieren, in verschiedenen Äußerungen und Aktionen aber schimmerte immer wieder durch, dass sie aufgrund der Medienpräsenz der PIRATEN einen gewissen Respekt nicht verbergen konnten.

Über mediale Aufmerksamkeit konnte sich die *Piratenpartei* also nicht beschweren. Und sie selbst nutzte ihre neue Popularität, um zu weiteren Demonstrationen aufzurufen, die die Partei noch mehr in den Blick des Wählers rücken konnten. Die PIRATEN unterstützten z. B. den Aufruf zur seit 2006 stattfindenden Demonstration *Freiheit statt Angst* für mehr Datenschutz und gegen staatliche Überwachung am 12. September, die mit – nach Angaben der Veranstalter – bis zu 25.000 Teilnehmern als großer Erfolg gewertet wurde. In der Berichterstattung waren die orangen Fahnen der Partei nicht zu übersehen und der Landesverband Niedersachsen hatte mit einem 40 Tonnen schweren und 25 Meter langen doppelstöckigen „Piratentruck“ als Blickfang und mit bis zu 200 Piraten als Besatzung die Demo begleitet.

203 Sächsische Wahlergebnisse online unter:
http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_w04_nav.prc_index?p_anw_kz=LW09 (10.09.09)

204 zit. nach PM der Piratenpartei (25.08.09): Angela Merkel: Piratenpartei bringt Grundrechte auf die Tagesordnung. Online:
<http://www.piratenpartei.de/node/870/24688> (15.09.09)



<http://www.piratenpartei.de/node/898>

Am Rande der Demonstration kam es zu einigen polizeilichen Übergriffen, die auf einem Video dokumentiert wurden:

Einige Beamte waren, so Florian Bischof, unser Berliner Spitzenkandidat, "zu hormongesteuert [...]." Die logische Konsequenz ist die sofortige Umsetzung unserer Forderung nach einer Erkennungsnummer von Polizisten. Diese ist auch in unserem Wahlprogramm gefordert.²⁰⁵

Am 17. September organisierte die Partei eine weitere originelle Wahlkampfaktion: Aufgrund des Kompromisses der Großen Koalition zum Datenschutzrecht, dürfen Unternehmen nun grundsätzlich ohne Einwilligung des Konsumenten die Daten ihrer Kunden in Adresslisten zusammenfassen und sogar weiterverkaufen, solange der Kunde nicht aktiv widerspricht und von seinem „Opt-Out“-Recht Gebrauch macht, also die Option zieht, diesem Datenhandel nicht zuzustimmen. Das Handelsblatt schrieb über die Reform im Sommer:

205 PM der Piratenpartei (15.09.09): "Freiheit statt Angst" ein voller Erfolg! Online: http://www.piratenpartei.de/Pressemitteilung/Freiheit_statt_Angst_ein_voller_Erfolg (15.09.09)

*Der Kompromiss sieht nach Angaben der Verhandlungsteilnehmer vor, dass die Unternehmen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen oder etwa bei Bedingungen für Lizenzprodukte den entsprechenden Passus über die Weitergabe der Kundendaten "in drucktechnisch besonderer Gestaltung hervorzuheben" haben. [...] Allerdings muss der Kunde diesem Passus nicht gesondert zustimmen. Das hatten vor allem Verbraucherpolitiker gefordert. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der Verbraucher auch in Zukunft widersprechen muss, wenn er zwar den Allgemeinen Geschäftsbedingungen zustimmt, die Weitergabe seiner Daten aber ablehnt.*²⁰⁶

Es wurden „alle Bürger im gesamten Bundesgebiet aufgerufen, direkt bei ihrem Bürgeramt vor Ort Widerspruch gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten einzulegen“, um „auf den faulen Datenschutzkompromiss“ hinzuweisen.²⁰⁷

Eine Woche vor der Bundestagswahl schließlich spielte die Partei einen ihrer letzten Wahlkampftrümpfe aus: Auf einer Pressekonferenz wurde die Schaffung eines Ministeriums für die Wissens- und Informationsgesellschaft, das alle hierfür relevanten bundespolitischen Aktivitäten bündelt, gefordert, damit „die Defizite in der Entwicklung der IT- und Medienkompetenz in Staat und Gesellschaft beseitigt werden“:

*Die derzeitige Struktur der Bundesregierung und ihrer Ministerien erfüllt in weiten Teilen nicht die Anforderungen an eine moderne Administration in einer globalisierten Netzwerkgesellschaft. Der aktuelle Zugschnitt der Ministerien ist vor allem Folge von parteipolitischem Gescha-
cher und folgt selten einem nachvollziehbaren Konzept.*²⁰⁸

206 Delhaes, Daniel u.a. (16.06.09): Koalition verschont Adresshandel. Online: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/koalition-verschont-adresshandel;2361326> (16.09.09)

207 PM der Piratenpartei (16.09.09): Morgen ist Opt Out Day! Online: <http://www.piratenpartei.de/node/924> (16.09.09)

208 PM der Piratenpartei (16.09.09): Einladung zur Pressekonferenz: Ein neues Ministerium für Deutschland. Online: http://www.piratenpartei.de/Pressemitteilung/Neues_Ministerium (16.09.09)

3 Die Forderungen der Piratenpartei

Das Schicksal einer neuen Partei muss es wohl sein, sich zunächst einmal mit einem großen Haufen Vorurteilen und Halbwissen von außen über ihre Ziele und Forderungen herumzuschlagen. So wird berichtet, aufgrund ihrer Opposition zu den Netzsperrern, habe sich schon mal der eine oder andere Pädophile Hoffnung gemacht, die *Piratenpartei* würde ihn in Zukunft politisch vertreten. Davon ist sie natürlich meilenweit entfernt.

Obwohl ihr in Deutschland der politische Durchbruch erst durch die Netzsperrendiskussion beschert wurde, ist der meist beachtete Programmpunkt der PIRATEN sicherlich die Neuordnung des Urheberrechts, dem hier die weitaus größte Aufmerksamkeit zuteil werden soll, weil die übrigen Forderungen der Partei nicht so einen originären Charakter haben und in der innerparteilichen Diskussion auch noch lange nicht so thematisiert wurden. Bevor aber die Forderungen der *Piratenpartei* zum Urheberrecht vorgestellt werden, soll zum besseren Verständnis die derzeitige Urheberrechtsproblematik kurz skizziert werden.

3.1 Kleine Urheberrechtsdiskussion

In Deutschland gilt der Schöpfer eines ideellen Werkes als Urheber. Die Rechte an seinem Werk regelt das Urheberrecht. Weil der Besitz einer Idee aber im Gegensatz zum Besitz von materiellen Gütern gar nicht so einfach zu begründen ist, bedient man sich des Konzeptes vom geistigen Eigentum, das besagt, dass immaterielle Güter genauso einen Besitzer haben wie materielle Güter.

Vor der Erfindung des Buchdrucks war die Idee vom geistigen Eigentum gänzlich unbekannt. Wer verhindern wollte, dass man z. B. seinen Text bearbeitete, dem stand nur ein mehr oder weniger wirksames Mittel zur Verfügung: man sprach einen Bücherfluch aus, wie es beispielsweise Eike von Repgow, der Verfasser des Sachsenspiegels, tat, der jedem, der seine Arbeit verfälschte, den Aussatz an den Hals wünschte. Künstlerisch tätig werden konnte sowieso nur, wer wirtschaftlich abgesichert war, also einen Mäzen in der Hinterhand hatte oder in Klöstern oder Zünften organisiert war. Die Idee vom geistigen Eigentum so wie sie heute noch oft verwendet wird, entstand erst im 18. Jahrhundert, als das von verschiedenen Philosophen (Locke, Kant, Fich-

te) begründete Naturrecht formuliert wurde und aus dieser Zeit stammt auch die Unterscheidung zwischen dem Recht an der immateriellen Idee und der materiellen Verkörperung.

Der Begriff „Geistiges Eigentum“ stellt für viele Kritiker eine fehlerhafte Analogie zum materiellen Eigentum dar, sie bevorzugen daher Begriffe wie „immaterielle Güter“ oder „geistige Monopolrechte“, die wiederum von bestimmten Kritikern als abwertend abgelehnt werden.

Zwar hat sich vielen Menschen nie erschlossen, wie man „Geistiges“ überhaupt besitzen könne: „Wenn es etwas gibt, das sich nicht zum Eigentum eignet, dann ist es die Kraft des Gedankens“, warf schon Thomas Jefferson ein. „Ein Einzelner kann eine Idee vielleicht besitzen, wenn er sie für sich behält; sobald er sie aber öffentlich macht, geht sie in das Eigentum aller über.“²⁰⁹

Dennoch hat sich die Idee, Ideen besitzen zu können, auch oder gerade dank staatlicher Hilfe gesellschaftlich durchgesetzt. Die Befürworter beharren darauf, dass jegliche Kunst und Kreativität erst als geistiges Eigentum und unter dem Schutzmantel eines Urheberrechts möglich sind, weil dies die notwendige wirtschaftliche Sicherheit der Produzenten garantiere. Kritiker bestreiten genau dies: Sie betonen, dass das Urheberrecht Wissen monopolisiere, zahlreiche Gruppen von der Teilhabe am Wissen ausschließe und so eine die Gesellschaft hemmende und schädigende Wirkung entfalte. Der Professor für Recht und Rechtsgeschichte an der *Columbia Law School* in New York, Eben Moglen, hat in seinem *dotCommunist Manifesto* argumentiert, dass man niemandem etwas vorenthalten dürfe, das - ohne Mehrkosten zu verursachen - allen Menschen nützlich sein könne.²¹⁰

Die *Piratenpartei* lehnt den Begriff als ideologisch besetzt ab:

*es gibt so etwas wie "geistiges Eigentum" nicht. Das ist ein Kampfbegriff der Verwertungsindustrie. Auch Künstler erschaffen ein Werk nicht einfach aus dem Nichts. Sie greifen auf den Wissens- und Kulturschatz der Allgemeinheit zu und konstruieren durch Kombination und Modifikation etwas neues.*²¹¹

209 zit. nach Lütge, Gunhild (13.11.06): Wem gehört das Wissen? Online: <http://www.zeit.de/2006/46/Copyright> (08.08.09)

210 Online: <http://www.bemagazin.de/no10/d/moglen.html> (20.09.09)

211 Andreas Popp, zit. nach: hingesehen.net (25.05.09): „Geistiges Eigentum gibt es nicht“ Interview. Online: <http://www.hingesehen.net/?p=1585> (08.08.09)

Diese Ablehnung zieht erstmal keine direkte rechtliche Konsequenzen nach sich, sondern soll lediglich das Verständnis fördern, dass Ideen niemals aus dem Nichts entstehen, sondern auf anderen Ideen aufbauen.

Newton sagte einst: "Wir stehen auf den Schultern von Riesen." Damit war gemeint, dass jeder der schöpferisch tätig ist, seine Inspiration und sein Wissen auf das aufbaut, was alle Generationen vor ihm geleistet haben. Diesen Wissens- und Kulturschatz kann keiner für sich beanspruchen, es ist ein freier Pool aus dem wir uns alle bedienen dürfen und dies auch reichlich tun. Aus diesem Grund ist es nur gerechtfertigt, dass ein Werk auch wieder in die Gemeinfreiheit zu überführen ist.²¹²

Offiziell bevorzugt die Partei den Terminus „immaterielle Güter“. Diese wiederum seien

im Unterschied zu materiellen Dingen nicht exklusiv. Wenn ich mir einen Song anhöre, bedeutet das eben nicht, dass außer mir niemand anderes diesen Song zur selben Zeit anhören kann. Wenn ich in einem Sessel sitze, kann zur gleichen Zeit niemand anderes in diesem Sessel sitzen. So etwas gibt es nicht bei geistigem Eigentum. Deshalb ist der eigentliche Preis von Ideen gleich Null – jedenfalls aus strikt ökonomischer Sicht und innerhalb der Gesellschaft, wie sie unserer Meinung nach sein sollte.²¹³

Die folgende Urheberrechtsdiskussion wird erst verständlich, wenn man die weltanschaulichen Hintergründe miteinbezieht. Das bestehende Urheberrecht und seine Verteidiger wie z. B. die Musikindustrie gehen davon aus, dass geistige Güter, Lieder, geschriebene Texte und andere ideelle Dinge einen Eigentümer haben, der alleine bestimmen darf, was damit geschieht. Der größte Widerspruch in dieser Argumentation ist die Tatsache, dass Ideelles zwar einerseits wie Materielles besessen werden darf, man sich aber andererseits weigert, das Ideelle wie etwas Materielles in seiner Gänze zu veräußern. Wer ein materielles Gut verkauft,

212 Andis Blog (Andreas Popp, 12.08.09): Warum die PIRATEN keine „Kostenlospar-tei“ sind – Teil 1. Online: <http://andipoppp.wordpress.com/2009/08/12/warum-die-piraten-keine-kostenlospartei-sind-teil-1/> (01.09.09)

213 Christian Engström zit. nach: Jungle World Nr. 25 (18.06.09): „Der Preis von Ideen ist eigentlich gleich null“. Interview. Online: <http://jungle-world.com/artikel/2009/25/35304.html> (14.08.09)

der ist es los und hat keinen Einfluss mehr darauf, was damit geschieht. Ein ideelles Gut hingegen kann gar nicht verkauft werden. Der Urheber kann zwar seine Verwertungsrechte verkaufen, der Musiker gibt Rechte an die Plattenfirma, der Schriftsteller an den Verlag. Wer aber eine Musik-CD kauft, eignet sich nur den physischen Tonträger an, die darauf enthaltene Musik darf er lediglich nutzen. Der „Käufer“ hat also lediglich eine Lizenz erworben, die ihm bestimmte Nutzungsrechte gewährt. Eigentümer im juristischen Sinne bleibt immer der Schöpfer. Dies soll dem eigentlichen Urheber materiell nutzen, in der Praxis jedoch profitieren in erster Linie die Inhaber der Verwertungsrechte, denen die Urheber ihre Rechte für schnelles Geld abtreten, auch weil es einfach zu lange dauert, bis sich eine Idee amortisiert hat und den meisten Schöpfern der finanziell lange Atem fehlt.

Zudem könnte man fragen, wieso immaterielle Güter im Gegensatz zu den materiellen Gütern keinen Zeitwertverlust erleiden? Ein 35 Jahre altes Kissen ist nichts wert, man übergibt es dem Müll. Ein 35 Jahre alter Song wie z. B. *Abbas* Superhit „Waterloo“ kostet 2009 per Download 98 Cent²¹⁴ und ist damit in etwa genauso teuer wie 1974. Keinerlei Abnutzung. Jedes materielle Gut unterliegt einem Zeitwertverlust, das Prinzip, materielle wie immaterielle Güter ähnlich zu behandeln ist damit erneut gebrochen.

Die Kritiker des Urheberrechts wie die *Piratenpartei* haben nun hervorgehoben, dass das bestehende Urheberrechtssystem nur reibungslos funktionieren kann, wenn die ideellen Werke nicht in unbegrenzter Anzahl zur Verfügung stehen. Die Digitalisierung von Werken jedoch hat dafür gesorgt, dass es nur einen Klick braucht, um z. B. ein Lied endlos zu vervielfältigen.

Dadurch wird niemandem etwas weggenommen, ein Lied ist stattdessen nicht nur einmal, sondern eben mehrfach vorhanden. Es kann im eigentlichen Sinne kein Diebstahl vorliegen, weil nichts verschwindet sondern im Gegenteil noch mehr da ist. So getauschte Lieder sind also kein Diebesgut, wie die Verwerter gerne glauben machen möchten, sondern unlicenziert genutzte Werke. Allerdings ist auch das nach geltendem Recht illegal, da der Urheber in seinen Möglichkeiten, sein ide-

214 amazon.com. Online:
http://www.amazon.de/s/ref=nb_ss?__mk_de_DE=%C5M%C5Z%D5%D1&url=search-alias%3Dmp3-downloads&field-keywords=abba+waterloo&x=0&y=0
(18.09.09)

elles Werk kommerziell zu verwerten, eingeschränkt wird, weil es immer weniger Menschen kaufen müssen, da man es umsonst besorgen kann.

Das daraus resultierende Problem ist, dass die Gesellschaft und der Gesetzgeber diese neue Situation eigentlich auch neu bewerten müssten und entsprechende Richtlinien zu entwickeln haben. Bislang haben sich die Verantwortlichen aber lediglich dafür entschieden, die Situation nach den geltenden, von vielen Kritikern aber als überholt eingeschätzten Maßstäben zu beurteilen und haben die alten Regeln nicht den neuen Gegebenheiten angepasst, sondern sind lediglich grandios daran gescheitert, die Interessen von Urhebern, Verwertern und Konsumenten innerhalb des alten Urheberrechtsgeflechtes neu auszutarieren.

Bei diesem Problem handelt es sich aber keinesfalls nur um ein nationales. Es gibt neben verschiedenen EU-Richtlinien, die es zu berücksichtigen gilt auch internationale Abkommen wie z. B. das *Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum* (TRIPS, engl. *Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights*), das Mindestanforderungen für nationale Rechtssysteme festlegt, die sicherstellen sollen, dass die nationalen Urheberrechte nicht zu Schranken für den rechtmäßigen Handel werden können. Und dann gibt es ja auch noch das Anti-Piraterie Abkommen ACTA (*Anti-Counterfeiting Trade Agreement*). Es wird seit 2007 hinter verschlossenen Türen auf Einladung der USA unter zahlreichen Staaten ausgehandelt. Niemand weiß genau, was da kommen wird, aber Verbraucherorganisationen befürchten vor allem schärfere Gesetze bei Urheberrechtsverletzungen.²¹⁵ Vor diesem Hintergrund ist auch die internationale Organisation der *Piratenpartei* zu verstehen, da ihre Maximalziele letztlich nur Sinn machen, wenn sie international durchgesetzt werden.

3.1.1 Gesetzesanpassungen

Die Bundesregierung war schon 2003 unter Rot/Grün der Meinung, das Problem mit einer Anpassung des Urheberrechts (1. Korb) gelöst zu haben: „Das Gesetz verschafft dem geistigen Eigentum auch in der digitalen Welt die Achtung, die es verdient. Es schafft einen fairen Kom-

215 heise online (24.06.09): Verbraucherschützer: Pause für Anti-Piraterie-Abkommen ACTA, keine Internetsperren. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Verbraucherschuetzer-Pause-fuer-Anti-Piraterie-Abkommen-ACTA-keine-Internetsperren--/meldung/141047> (19.09.09)

promiss zwischen geistigem Eigentum und Wissensgesellschaft“, fand Bundesjustizministerin Brigitte Zypries.²¹⁶

Die Neuerungen waren im Wesentlichen, dass

- das Umgehen von Kopierschutz verboten wurde, was damals, als der Kopierschutz noch als effektives Mittel gegen Raubkopien galt, de facto einem Verbot der Privatkopie gleichkam;
- die Herstellung und Verbreitung sog. Hacker-Software verboten wurde;
- Lehrer und Wissenschaftler Kopien von Lehrmaterial auch am Bildschirm einem begrenzten Kreis von Personen zugänglich machen dürfen. Den Interessen der Urheber und Verwerter werde Rechnung dadurch getragen, dass auch künftig nur Teile von veröffentlichten Werken, Werke geringen Umfangs oder einzelne Artikel aus Fachzeitschriften gegen Vergütung in abgegrenzte, geschlossene Netzwerke gestellt werden dürfen.

Weil sich in der Praxis dann doch nicht alles zum Guten wendete, folgte ein 2. Korb, der zu Jahresbeginn 2008 in Kraft trat, mit den folgenden Regelungen:

1. Das Verbot, eine Kopie von einer offensichtlich rechtswidrig hergestellten Vorlage herzustellen, wurde auch auf unrechtmäßig online zum Download angebotene Vorlagen ausgedehnt.

*In Zukunft gilt also: Wenn für den Nutzer einer Peer-to-Peer-Tauschbörse offensichtlich ist, dass es sich bei dem angebotenen Film oder Musikstück um ein rechtswidriges Angebot im Internet handelt – z. B. weil klar ist, dass kein privater Internetnutzer die Rechte zum Angebot eines aktuellen Kinofilms im Internet besitzt –, darf er keine Privatkopie davon herstellen.*²¹⁷

216 BMJ- Pressemitteilung (11.04.03): Bundestag stimmt Kompromiss zum neuen Urheberrecht zu. Online:
http://www.bmj.de/enid/2b0c8d0bc307ca15563c1a29f797dfb2,e579eb636f6e5f6964092d09313738093a095f7472636964092d09343030/Pressestelle/Pressemitteilungen_58.html (07.09.09)

217 BMJ- Pressemitteilung (01.11.07): Neues Urheberrecht tritt zum 1. Januar 2008 in Kraft. Online:
<http://www.bmj.bund.de/enid/49971413510d7ef762f78561a376ba37,33dd29636f6e>

2. Die Pauschalvergütung als Ausgleich für die Privatkopie wurde neu berechnet, Verwertungsgesellschaften und die Verbände der Geräte- und Speichermedienhersteller handeln die Vergütung miteinander aus.
3. Öffentliche Bibliotheken, Museen und Archive dürfen seitdem ihre Bestände an elektronischen Leseplätzen zeigen.

Die berechtigten Interessen der Verlage werden dadurch gewahrt, dass diese Nutzungsmöglichkeiten bestimmten Einschränkungen unterliegen. So ist die Anzahl der Vervielfältigungen eines bestimmten Werkes, die an Leseplätzen gleichzeitig gezeigt werden dürfen, grundsätzlich an die Anzahl der Exemplare im Bestand der Einrichtung geknüpft.

4. Verträge über die Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke können seither auch Nutzungsarten einschließen, die es zum Vertragszeitpunkt noch gar nicht gibt. Der Urheber erhält dafür eine „angemessene Vergütung“.

Im September 2008 folgte die bislang letzte Rechtsanpassung, das *Gesetz zur Rechtsdurchsetzung im geistigen Eigentum*, eine Umsetzung der EU-Richtlinie 2004/48/EG. Interessant sind hier vor allem zwei Punkte:

1. Abmahnung bei Urheberrechtsverletzungen

Das Gesetz verbessert die Situation von Verbraucherinnen und Verbrauchern, die sich hohen Rechnungen für eine anwaltliche Abmahnung wegen einer Urheberrechtsverletzung ausgesetzt sehen. Künftig sollen bei einfach gelagerten Fällen mit einer nur unerheblichen Rechtsverletzung außerhalb des geschäftlichen Verkehrs die erstattungsfähigen Anwaltsgebühren für die erste Abmahnung nicht mehr als 100 Euro betragen. Das gilt für Urheberrechtsverletzungen, die ab dem 1. September 2008 begangen werden.

Beispiel: Die Schülerin S (16 Jahre) hat auf ihrer privaten Homepage einen Stadtplanausschnitt eingebunden, damit ihre Freunde sie besser finden. Dies ist eine Urheberrechtsverletzung (§§ 19a, 106 UrhG). Das staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt. Eine Kanzlei hat die Schülerin abgemahnt, die Abgabe einer Unterlassungserklärung gefordert und als Anwaltshonorar einen Betrag

von 1.000 Euro gefordert. Künftig kann die Kanzlei für ihre anwaltlichen Dienstleistungen nur 100 Euro von S erstattet verlangen, wenn es sich um einen einfach gelagerten Fall mit einer nur unerheblichen Rechtsverletzung handelt. Unberührt von dieser Begrenzung bleibt der Vergütungsanspruch des Rechtsanwalts gegen seinen Mandanten, also etwa dem Rechtsinhaber.²¹⁸

2. Auskunftsansprüche: Das Gesetz regelt auch die sogenannten Auskunftsansprüche neu, von dem sich die Rechtverwerter eine leichtere Strafverfolgung bei Urheberrechtsverstößen erhofft hatten. Die jahrelang gängige Praxis der Verwertungsindustrie gegen die Urheber von Urheberrechtsverletzungen lief folgendermaßen ab: Zuerst beauftragte der Rechteinhaber eine Firma oder Organisation, die temporären Computerkennungen - die sogenannten IP-Adressen - der Verletzer von Urheberrechten ausfindig zu machen, dann musste eine Strafanzeige gestellt werden. Das war die notwendige Voraussetzung dafür, dass man den Urheberrechtsverletzer später auf Unterlassung oder Schadensersatz verklagen konnte. Mit der eingegangenen Strafanzeige ging der Staatsanwalt zu den Internetanbietern, die allein in der Lage sind, den IP-Adressen konkrete Namen und Personen zuzuordnen, die aber wiederum nicht unbedingt mit denjenigen, die das Urheberrecht verletzt haben, identisch sein müssen. Aufgrund der geltenden Datenschutzgesetze durfte nur der Staatsanwalt diese Namen einfordern. Sobald das Ermittlungsverfahren eingeleitet worden war, forderte der Rechteinhaber Einsicht in die Ermittlungsakten und erfuhr auf diese Weise, wen er verklagen oder abmahnen konnte. Es gibt zwar keine offiziellen Zahlen, aber Branchenkenner haben geschätzt, dass 2007 jeder der großen deutschen Internetanbieter rund 15.000 Nutzer identifiziert hat.

Im Januar 2008 hatte der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Mitgliedstaaten nicht gezwungen sind, Internetanbieter zur Weitergabe personenbezogener Daten für zivilrechtliche Verfahren wie z. B. Schadensersatzklagen bei Urheberrechtsverletzungen, zu verpflichten. Zudem müsse ein Gleichgewicht zwischen Urheberrechts- und Datenschutz gewährleistet sein. Nur zwei Monate später entschied das Bun-

218 Bundesministerium für Justiz, Pressemitteilung. Online: http://www.bmj.de/enid/1637ceb83e419e4131b4e1af9de9a180,0/Gesetzgebung_Rechtsdurchsetzung_im_geistigen_Eigentum/Inhalt_des_Gesetzes_im_Einzelnen_1gb.html (07.09.09)

desverfassungsgericht in einer Eilentscheidung, dass die gespeicherten Verbindungsdaten und IP-Adressen nur herausgegeben werden dürfen, wenn eine schwere Straftat vorliege, einfache Urheberrechtsverletzungen gehören jedenfalls nicht dazu. Die Gesetzesnovelle vom September 2008 besagt dazu im Wesentlichen:

Bereits heute gibt es einen zivilrechtlichen Auskunftsanspruch des Rechtsinhabers gegen denjenigen, der geistiges Eigentum verletzt (z. B. § 101a UrhG). Sehr häufig liegen die Informationen, die erforderlich sind, um den Rechtsverletzer zu identifizieren, jedoch bei Dritten (wie z. B. Internet-Providern oder Spediteuren), die selbst nicht Rechtsverletzer sind. Künftig soll der Rechtsinhaber unter bestimmten Bedingungen auch einen Auskunftsanspruch gegen diese Dritten haben. Der Rechtsinhaber soll damit die Möglichkeit erhalten, den Rechtsverletzer mit zivilrechtlichen Mitteln zu ermitteln, um so seine Rechte gerichtlich besser durchsetzen zu können. Voraussetzung für den Auskunftsanspruch ist u.a., dass der Rechtsverletzer im gewerblichen Ausmaß gehandelt hat. Ein Zugriff auf die sogenannten Vorratsdaten findet für zivilrechtliche Auskunftsansprüche nicht statt.²¹⁹

3.1.2 Fazit der Anpassungen

Der Konflikt über die zukünftige und zukunftsfähige Ausrichtung des Urheberrechts ist mit den vom Bund beschlossenen Modifikationen alles andere als ausgestanden. Zwar hat der Bund sich als Verteidiger der Idee vom „Geistigen Eigentum“ hervor getan und die entsprechende Rechtsauffassung gestärkt, ohne aber den Rechteinhabern wirksame Mittel zur Verfolgung von Rechtsverletzungen an die Hand zu geben. Der Bund lehnt die Verantwortung für die strafrechtliche Verfolgung von Bagatelldelikten ab und erspart sich und seinem Rechtsapparat damit nicht nur einen Haufen Arbeit, in den Zeiten des Internets verschont er auch einen immer größer werden Teil der Bevölkerung und damit potentielle Wähler vor einer Kriminalisierung.

Das Gesetz zur Rechtsdurchsetzung im geistigen Eigentum wäre genau das gewesen, was den Rechteinhabern bislang fehlte: Urheberrechts-

219

[http://www.bmj.de/enid/1637ceb83e419e4131b4e1af9de9a180,0/Gesetzgebun
g_Rechtsdurchsetzung_im_geistigen_Eigentum/Inhalt_des_Gesetzes_im_Einzeln
en_1gb.html](http://www.bmj.de/enid/1637ceb83e419e4131b4e1af9de9a180,0/Gesetzgebun
g_Rechtsdurchsetzung_im_geistigen_Eigentum/Inhalt_des_Gesetzes_im_Einzeln
en_1gb.html)

verletzer lassen sich damit im Netz endlich leichter ausfindig machen - aber nur, wenn es sich um gewerbliche Ausmaße handelt, was praktisch nur in Ausnahmefällen zutrifft. Im Gefolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts empfahlen mehrere Generalstaatsanwaltschaften, Raubkopierer in Zukunft nur noch dann zu behelligen, wenn sie mehr als 200 Filme oder 3.000 Musikstücke und Texte herunterladen. Dies gebiete der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, erklärte die Kölner Generalstaatsanwaltschaft,²²⁰ wohl auch, weil die Strafverfolger mit der Arbeit nicht hinterher kamen. Die Rechteinhaber befürchten, dass Raubkopieren dadurch faktisch legalisiert worden sei. Alexander Skipis vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels spricht denn auch von einer „Kapitulation des Rechtsstaates vor den Möglichkeiten des Internets“.²²¹ Allerdings sind sich die Kommentatoren einig, dass es im Einzelfall im Ermessen des Richters liegt, zu beurteilen, was gewerbsmäßig in diesem Zusammenhang heißt. Es ist z. B. nicht ausgeschlossen, dass das Uploaden, also das zur Verfügung stellen im Rahmen einer Tauschbörse, als gewerbsmäßiges Handeln einstuftbar sein könnte. Schließlich ist auch die Neuregelung, bei Bagatelldelikten nur noch 100 Euro Abmahngebühr verlangen zu dürfen, ein herber Rückschlag für die Inhaber von Rechten, weil sie auf den Anwaltskosten, die 100 Euro in der Regel übersteigen dürften, sitzen bleiben. Die bisherige Praxis wird sich also nicht mehr rechnen.

Die Rechteindustrie ist enttäuscht, weil sie in ihrer Rechtsauffassung, dass Raubkopieren illegal ist, zwar bestätigt wurde, aber vom Gesetzgeber keine effektiven Mittel erhalten hat, auch bei kleineren Vergehen von Usern tätig zu werden. Generell ist dies nur bei Urheberrechtsverletzungen mit kommerziellem Hintergrund möglich, das aber stand gar nicht im Focus der Rechteinhaber. Sie wollten vielmehr den kleinen privaten Tauschbörsennutzer haftbar machen.

Für Wissenschaftler sind die digitalen Beschränkungen ein Hemmschuh für den Wissensstandort Deutschland, weil die Regelung der begrenzten digitalen Leseexemplare nicht zeitgemäß ist. Und die Anwender von Tauschbörsen sind enttäuscht, weil ihr Handeln weiterhin als illegal betrachtet wird. Nach ihrem Selbstverständnis aber werden hier

220 Rohwetter, Marcus (21.08.08): Kleine Piraten. Online:
<http://www.zeit.de/2008/35/Urheberrecht> (09.08.09)

221 zit. nach Rohwetter, Marcus (21.08.08): Kleine Piraten. Online:
<http://www.zeit.de/2008/35/Urheberrecht> (09.08.09)

nur Privatkopien zur privaten Nutzung getauscht, was nach ihrem Maßstab legal sein sollte.

Schließlich sind auch noch die eigentlichen Urheber unzufrieden, denn mit den Regelungen des 2. Korbes wurde auch der bisherige Pauschalbetrag, den die Leermedienindustrie als „Leermedienabgabe“ bezahlt, zur freieren Aushandlung frei gegeben, womit sich mittelfristig Einkommenseinbußen nicht verhindern lassen werden.

Eine Regelung, die alle drei Parteien, Kreative, Verwerter und Konsumenten, zufrieden stellt, ist nicht in Aussicht, denn die hier erwähnten Modifizierungen sind in ihrer Gesamtheit lediglich ein Trick, der nicht funktioniert: Formal behalten Urheber und Verwerter weiterhin uneingeschränkt Recht. Der Inhaber von Verwertungsrechten bleibt dabei in der stärkeren Position. Andererseits wird die Gruppe der Rechtsverletzer entlastet, also vor Strafverfolgung geschützt, weil ihr Rechtsbruch im kleinen Rahmen nicht verfolgt werden kann. Diese Rechnung kann langfristig nicht aufgehen. Denn die Rechteindustrie wird neue Wege einer effektiven Strafverfolgung suchen, da sie ja formal im Recht ist. Und diejenigen, die sich illegal im Netz bedienen, werden nicht aufhören sich zu bedienen und die heruntergeladene Menge wird die Bagatellgrenzen sprengen und das Spiel geht wieder von vorne los.

3.1.3 Was will die Musikindustrie?

Die Verbreitung unlizenzierter immaterieller Werke verstößt gegen bestehende Gesetze. Aber die technische Entwicklung hat die Realität der geltenden Urheberrechtsgesetzgebungen überholt und bereits weit hinter sich gelassen. Schon heute passt das digitalisierte Gesamtwerk inklusive unauthorisierter Alben wie Bootlegs oder Konzertmitschnitte selbst von exorbitant kreativen Musikern auf ein kleines, nur wenige Zentimeter großes Speichermedium. In Zukunft werden immer größere Datenmengen auf immer kleineren Medien Platz finden; man muss gar nicht mal viel Fantasie haben, um zu prophezeien, dass das gesamte Repertoire inklusive Backlist eines Reichtegiganten in einem kleinen Kästchen herumgetragen werden kann. Wie sollen solche Datenpakete im Netz aufgespürt werden? Und viel schlimmer: Ganze Musik- und Filmbibliotheken können auch ohne Internet ihren Besitzer wechseln, man geht einfach mal rüber zum Nachbarn und tauscht die Festplatten aus, möglicherweise sogar kabellos und in Sekunden. In nahezu jedem Haushalt werden in naher Zukunft Terabyte an Daten lagern, von de-

nen ein erheblicher Teil nicht rechtmäßig lizenziert sein wird. Wie sollen diese Rechtsverletzungen verfolgt werden?

Die Inhaber der Verwertungsrechte an musikalischen Werken waren in der Vergangenheit der große Gewinner. Das ideelle Gut, das sie verkauften, war exklusiv und an bestimmte Tonträger gebunden, deren Verbreitung sie kontrollierten. Sie haben viel Geld verdient und dieses Geld teilweise dazu verwendet, die eigene Position durch entsprechende Lobbyarbeit zu stärken, auch indem man auf entsprechende Gesetze pochte. Zunächst konnten die Vermittler von der Digitalisierung profitieren, da z. B. in der Musikindustrie die Produktionskosten sanken und weil man den Kunden zu teils deftigen Preisen alte Sachen auf neuen Tonträgern noch einmal verkaufen konnte. Diese Zeiten sind vorbei, was natürlich nicht heißt, dass man mit Musik heute kein Geld verdienen kann: der Jahresumsatz in Deutschland lag 2008 immer noch bei über 1,5 Milliarden Euro - der steigende Umsatz bei den Konzerten nicht mitgerechnet. Nun haben die Konsumenten aber die Vorteile der Digitalisierung entdeckt und die Umsätze gehen zurück. Denn durch die Verbreitung von Computern hat nahezu jeder Haushalt heutzutage mehr oder weniger ein Tonstudio inklusive CD-Presswerk im Wohnzimmer stehen. Lange haben sich die Verwerter mit zum Teil brachialen Mitteln und Methoden dagegen gestemmt, aber zumindest in der Musikindustrie scheint sich die Einsicht durchzusetzen, dass zumindest Abmahnungen und Klagen gegen die eigene Kundschaft kein zukunftsorientiertes Geschäftsmodell bieten. Zumal Studien belegen, dass diejenigen, die sich als illegale Downloader betätigen, überdurchschnittlich häufig legal Musik online kaufen,²²² und die Überlastung der Strafverfolger durch immer mehr Klagen und Abmahnungen dazu geführt hat, dass Bagatelvergehen nicht mehr verfolgt werden.

Weil immer mehr Menschen aber als Urheberrechtsbrecher gelten müssen (dazu muss man nicht einmal eine Tauschbörse nutzen, denn es ist wahrscheinlich, dass sich auch in Ihrem Haushalt irgendwo nicht-lizenzierte Musik befindet!), sind den Klagen und Abmahnungen zudem quantitative Grenzen gesetzt. In letzter Konsequenz müsste man nämlich mindestens die halbe Bevölkerung haftbar machen. Deshalb

222 Michaels, Sean (The Guardian, 22.04.09): Piraten würden Musik kaufen. Online: <http://www.freitag.de/kultur/0917-pirate-bay-download-bittorrent-musikfans> (06.08.09), siehe auch [gulli.com](http://www.gulli.com) (22.04.09): Filesharer bessere Kunden? Online: <http://www.gulli.com/news/studie-in-norwegen-filesharer-2009-04-22/> (06.08.09)

bemüht sich die Vermittlungs- und Verwertungsindustrie vermehrt darum, die Internetanbieter mit ins Boot zu ziehen, um die staatlich zunehmend verweigerte Hilfe bei der Strafverfolgung durch die privaten Zugangsprovider zu ersetzen, die bei Verstößen gegen das Urheberrecht zunächst Mahnungen verschicken und dann den Zugang zum Internet ganz sperren sollen (*Three-Strikes*). Dieter Gorny:

*Uns geht es um das Grundprinzip "Warnen statt abmahnen", dass wir auch in Deutschland für einen effizienten Weg zur Bekämpfung des massenhaften Diebstahls von Musik, Filmen, Hörbüchern, Games oder Software im Internet halten.*²²³

In Frankreich und England ist die Diskussion um solche Zugangssperren im vollen Gange, wobei bezweifelt werden muss, dass ein solches Vorgehen, das offensichtlich die Grundrechte auf Zugang zu freier Information verletzt, die Strafverfolgung privatisiert und entdemokratisiert, in Deutschland durchsetzbar wäre, zumal ein Internetzugang ja auch von mehreren Menschen genutzt werden kann. Wen bestraft man, wie soll Sippenhaft verhindert werden?

Außerdem ist es längst noch nicht ausgemachte Sache, dass die Rechteinhaber in dieser Frage mit der Unterstützung durch die Künstler rechnen kann:

*Unter anderem Elton John, Robbie Williams, Radiohead, Tom Jones und Paul McCartney bezeichneten in einer Stellungnahme das Ansinnen der Medienkonzerne, Internetanbieter dazu zu zwingen, Tauschbörsennutzern unter ihren Kunden den Netzzugang zu sperren, als rückwärtsgewandt, unlogisch, teuer und außerordentlich negativ. Mehrere tausend Musiker, Songschreiber, Produzenten, die Lobbygruppen Featured Artists Coalition, die British Academy of Songwriters, Composers and Authors und der Music Producers Guild unterschrieben das Statement - und wagen damit den direkten Widerspruch zu ihren Plattenfirmen, die sich für die Netzsperrern für Filesharer nach drei Warnungen aussprachen.*²²⁴

223 zit. nach Bundesverband Musikindustrie (11.06.09): Frankreich hält an Gesetz zur Bekämpfung von Internetpiraterie fest. Online:

http://www.musikindustrie.de/recht_aktuell_einzel/back/59/news/frankreich-haelt-an-gesetz-zur-bekaempfung-von-internetpiraterie-fest/ (06.08.09)

224 zit. nach Knoke, Felix (08.09.09): McCartney gegen Netzsperrern. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,647650,00.html> (17.09.09)

Immer mehr Firmen verzichten immerhin auf das umstrittene *Digital Rights Management* (DRM), also auf Verfahren, mit denen die Nutzung (und Verbreitung) digitaler Medien kontrolliert werden soll, sprich: Kopierschutzsysteme.²²⁵ Beim Musikdienst *iTunes* habe das sofort zu deutlich mehr Umsatz beigetragen.²²⁶ Denn DRM ist problematisch, es ist teuer und verschreckt Käufer, weil es technische Probleme verursacht, leicht zu umgehen ist, sich selbst nicht an Schutzfristen hält (auch wenn ein Lied rechtfrei wird, DRM bleibt) und Konsumenten beim Umgehen des Kopierschutzes zum Erstellen einer legalen Privatkopie zu Urheberrechtsverletzern macht (s.u.). Legendär ist auch das *Sony-BMG-Fiasco* von 2005, als die Firma zahlreiche CDs zurückrufen musste, weil als Kopierschutz eine Software eingesetzt wurde, die sich ohne Wissen der Nutzer selbst auf dem Computer installierte und festsetzte und dabei Sicherheitslücken im System verursachen konnte.²²⁷

Mit dieser Entwicklung scheint sich schon die erste programmatische Forderung der *Piratenpartei* erfüllt zu haben: Keine Beschränkung der Kopierbarkeit!

Systeme, welche auf einer technischen Ebene die Vervielfältigung von Werken be- oder verhindern ("Kopierschutz", "DRM", usw.), verknappen künstlich deren Verfügbarkeit, um aus einem freien Gut ein wirtschaftliches zu machen. Die Schaffung von künstlichem Mangel aus rein wirtschaftlichen Interessen erscheint uns unmoralisch, daher lehnen wir diese Verfahren ab. Darüber hinaus behindern sie auf vielfältige Art und Weise die berechnete Nutzung von Werken, erschaffen eine vollkommen inakzeptable Kontrollierbarkeit und oft auch Überwachbarkeit der Nutzer und gefährden die Nutzung von Werken durch kommende Generationen, denen der Zugang zu den heutigen Abspielsystemen fehlen könnte. Zusätzlich stehen die gesamtwirtschaftlichen Kosten für die Etablierung einer lückenlosen und dauerhaft sicheren Kopierschutzinfrastruktur im Vergleich zu ihrem gesamtwirtschaftlichen Nutzen in ei-

225 winfuture.de (20.07.09): Musikbranchenverband RIAA erklärt: „DRM ist tot“. Online: <http://winfuture.de/news,48554.html> (06.08.09)

226 heise online (17.09.09): Musikindustrie setzt auf Kombi-Angebote und „Three Strikes“. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Musikindustrie-setzt-auf-Kombi-Angebote-und-Three-Strikes--/meldung/145474> (18.09.09)

227 heise online (01.11.05): Sony BMGs Kopierschutz mit Rootkit-Funktionen. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Sony-BMGs-Kopierschutz-mit-Rootkit-Funktionen--/meldung/65602> (18.09.09)

*nem extremen Missverhältnis. Die indirekten Folgekosten durch erschwerte Interoperabilität bei Abspielsystemen und Software erhöhen diese Kosten weiter.*²²⁸

Aber Vorsicht, natürlich findet DRM noch in vielen Bereichen Anwendung, z. B. bei Filmen oder Software. Und auch in der Musikbranche gibt man nicht unbedingt auf. Paul Sweazey, Forscher am *Institute of Electrical and Electronics Engineers* (IEEE) hat eine neue Idee, wie das DRM für die Musikbranche gerettet werden könnte:

Dateien muss man stehlen können. Richtig stehlen - und nicht nur eine Kopie davon machen. Dafür entwickelte der Forscher das digitale persönliche Eigentum (DDP) - ein Kopierschutzsystem, das die nervige Eigenschaft von physikalischen Gegenständen aus der echten Welt übernimmt, nur einmal zu existieren.

[...] A kauft eine mit dem DPP-System geschützte Musikdatei und will sie seinem Freund B leihen. Kein Problem. Dafür kopiert B die Datei von A und erhält dazu einen digitalen Schlüssel - zum Beispiel einen USB-Dongle, den man in den USB-Port des Computers stecken muss - um die Musik zu hören. Jetzt kann B die Musik hören, A aber nicht mehr. A hat sein Eigentum verliehen und muss sich nun selbst drum sorgen, die Datei wieder zurückzubekommen.

*Digital Personal Property (DDP) ist also der Versuch, den Konsumenten dazu zu zwingen, digitale Medien wie physikalische Objekte zu behandeln, fasst Ars Technica das System zusammen - und zerfetzt es in einem Absatz: Es gibt ganz einfach keine Möglichkeit mehr, die Verbreitung von Musik-, Film- und Textdateien zu kontrollieren. Wenn man etwas anschauen oder anhören kann, kann man es auch kopieren.*²²⁹

Freiwillig werden die Musikindustrie und die anderen Rechteinhaber wohl niemals auf ihr altes, früher so erfolgreiches Geschäftsmodell verzichten. Zwar gibt man sich lernfähig:

Das Internet ist eine tolle Sache. Es hat das Leben erleichtert, neue Kommunikationsformen geschaffen, den Zugang zu einem riesigen Re-

228 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online:
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

229 Knoke, Felix (08.09.09): McCartney gegen Netzsperrern. Online:
<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,647650,00.html> (17.09.09)

*servoir von Kultur und Wissen ermöglicht und trägt damit wesentlich zu einer Demokratisierung unserer Welt bei. Das hat nach zögerlichen Anfängen auch die Musikindustrie erkannt. Mit zehn Millionen Songs online zu günstigen Preisen ab 49 Cent, einer Vielzahl neuer Services vom Online-Musikverkauf über Abo-Modelle, Flatrates und Streaming-Angeboten bis zu werbefinanzierten Konzepten hat sie heute den höchsten Digitalisierungsgrad aller klassischen Unterhaltungsindustrien erreicht. Andere Branchen werden folgen.*²³⁰

(Lassen wir mal einfach dahingestellt, für wen 49 Cent für das Nutzungsrecht eines Liedes von etwa drei Minuten tatsächlich günstig sind.) Allerdings wird kein Zweifel daran gelassen, wer sich im Recht befindet:

*Diese Selbstbedienungsmentalität ist nicht nur undemokratisch. Sie ist auch eine Verhöhnung all derjenigen, die sich weiterhin korrekt verhalten, und eine Respektlosigkeit gegenüber denjenigen, die Zeit, Energie, Talent und Geld in die Schaffung, Vermarktung und Verbreitung kultureller Werke investieren.*²³¹

3.1.4 Was sagen die Kreativen?

Glaubt man Dieter Gorny, so ist das Gros der Künstler auf der Seite der Verwerter:

*Das wesentlich auf dem Urheberrecht basierende System der Kultur- und Kreativwirtschaft mag nicht perfekt sein. Aber es hat - neben viel Massenware - auch eine einzigartige Vielfalt qualitativ hochwertiger Künstler und Kulturgüter hervorgebracht. Und wer glaubt, dass Labels, Verlage oder Filmproduktionen seelenlose Unternehmen sind, deren einzige Leistung darin besteht, das Talent und die kreative Leistung anderer maximal kapitalistisch auszubeuten, der sollte sich einmal mit der schweigenden Mehrheit zufriedener Künstler oder Autoren unterhalten, die mit ihrem Label oder Verlag in partnerschaftlicher Beziehung zusammenarbeiten.*²³²

230 Dieter Gorny zit. nach stern.de (17.08.09): <http://www.stern.de/kultur/musik/pro-contra-ist-das-urheberrecht-noch-zeitgemaess-1503756.html> (18.09.09)

231 a.a.O.

232 a.a.O.

Ob die Mehrheit der Kreativen so denkt, kann hier nicht geprüft werden. Fest steht, dass es auch immer wieder fundamentale Kritik der Künstler an der Medienindustrie gab, so z. B. der Sängerin Courtney Loves legendäre Kritik aus dem Jahr 2000:

Ich möchte über Piraterie und Musik reden. Was ist Piraterie? Piraterie ist es, wenn man das Werk eines Künstlers nimmt, ohne etwas dafür zu bezahlen.

Ich rede hier nicht über Software wie Napster. Ich rede über die Verträge der großen Plattenfirmen.

Es folgt ein Beispiel, dass für eine Band mit einem großen Hit trotz Vorschuss und Umsatzbeteiligung durch die Kosten für Konzerte und Promotion letztlich Null übrig bleibt. Zur gleichen Zeit verdiene

die Firma 6,6 Millionen Dollar, während die Band genauso gut im Supermarkt hätte jobben können. Am schlimmsten ist aber, dass die Band ihr Werk nicht besitzt. Schriftsteller besitzen ihr Buch und lizenzieren es an Verlage. Wenn der Vertrag ausläuft, bekommen sie die Rechte zurück. Aber Plattenfirmen besitzen das Recht an unseren Werken für immer.

[...] Im Grunde haben die Künstler im alten System ihre Musik verschenkt. Darum ist es eine gute Sache, wenn neue Technologien unsere Musik einem größeren Publikum zugänglich machen.²³³

Eine Studie von Martin Kretschmer, Professor am Center for Intellectual Property Policy and Management der Universität Bourne-mouth, kommt zu dem Schluss,

dass das Einkommen von Kreativen nicht vom Schutz abhängt, den das Urheberrecht gewährt, sondern in erster Linie von ihren Verträgen mit Verwertern, also Verlagen, Musikfirmen und anderen. Das müssen Sie sich so vorstellen: ein Schriftsteller verhandelt mit einem Verlag. Der Verlag legt einen Vertrag vor, mit dem der Autor die globalen Rechte auf ewig an den Verwerter abtritt, einschließlich Unterlizenzierung, etwa für Ausgaben in anderen Ländern. Je nach Verhandlungsbasis

233 Love, Courtney (21.06.00): Die Plattenfirmen sind die wahren Piraten! Online: http://www.welt.de/print-welt/article545735/Die_Plattenfirmen_sind_die_wahren_Piraten.html (19.09.09)

*springen noch ein Vorschuss und Tantiemen heraus. Wie viel das ist, hängt von der Reputation und Marktmacht sowohl des Autors als auch des Verwerter ab. Die Rechte sind aber weg, sie landen beim Verwerter. Daran ändert das Urheberrecht nichts; es schützt den Urheber nicht.*²³⁴

Eine Einschätzung, die auch von anderen Wissenschaftlern bestätigt wird:

*Das Urheberrecht verliert zunehmend an Bedeutung, was seine gesellschaftliche Anerkennung angeht. Wenn nahezu jede Software, jede Datenbank, jedes Foto urheberrechtlich geschützt sind, ist es kein Wunder, dass das Urheberrechtssystem, geschaffen für den Schutz von Dichtern und Komponisten, aus den Fugen gerät. Hinzu kommt, dass sich Rechteinhaber wie Sony & Co durch Pauschalverträge alle Rechte von den Kreativen geben lassen und sich dann politisch hinter deren Rücken verstecken. All das trägt dazu bei, dass kaum noch jemand bereit ist, für die Sonys dieser Welt zu bezahlen.*²³⁵

Trotzdem stehen die Künstler vor dem gleichen Hauptproblem wie die Verwerter: Man ist darauf angewiesen, Geld zu verdienen und so finden sich auch immer Künstler, die in Aufrufen wie dem eingangs des Buches erwähnten Heidelberger Appell, gemeinsam mit den Werksvermittlern argumentieren - zumindest, solange ihnen keine neuen Vertriebswege und Einnahmequellen sicher sind. Das Internet, so wird betont, bietet hier zwar eine Fülle von Möglichkeiten, in der Praxis lohnt sich dieser neue Distributionskanal aber erst für die bekannten Künstler.

Und noch etwas steht zwischen Künstlern und den Vermittlern ihrer Werke: Das sogenannte Remix-Verbot. In der Tat ist es so, dass das Urheberrecht in den meisten Ländern so ausgestaltet ist, dass die Weiterbearbeitung eines geschützten Werkes nicht veröffentlicht werden darf.

Beim Remixen bringen junge Leute ihre Kreativität zum Ausdruck, es ist eine Art der freien Meinungsäußerung. Damit schaden sie niemand, und deshalb sollte es uneingeschränkt erlaubt sein. Das gegenwärtige

234 irights (13.10.08): „Da ist etwas grundfaul“. Interview. Online: <http://www.irights.info/index.php?id=717> (19.09.09)

235 Prof. Thomas Hoeren zit. nach Zeit Online (07.09.09): „Jura ist nicht dazu da, antiquierte Geschäftsmodelle zu schützen“. Interview. Online: <http://www.zeit.de/digital/internet/2009-09/internet-recht-hoeren> (10.09.09)

*Rechtsmodell ist nicht mehr zeitgemäß. Wir müssen es an das digitale Zeitalter anpassen. Die technische Entwicklung lässt sich nicht zurückdrehen.*²³⁶

Lehrreiches Beispiel dafür ist die Geschichte von *Danger Mouse*, heute ein gefragter Musiker und erfolgreicher Musikproduzent. Im Jahre 2004 produzierte der damals weitgehend unbekannte Musiker sein *Grey Album*, ein am Computer zusammengemischter Sound aus dem *White Album* der *Beatles* und dem *Black Album* des Rappers *Jay-Z*. Da keinerlei Aussicht darauf bestand, auf legalen und bezahlbaren Wegen an die entsprechenden Rechte zu gelangen, gab er die Platte lediglich an ein paar Freunde weiter, die sie wiederum ins Internet stellten. Folge: das wahrscheinlich erfolgreichste Pop-Album des Jahres 2004. Selbstverständlich handelte *Danger Mouse* sich damit eine Klage in den USA ein, der Inhaber der Rechte an den Beatlessongs scheiterte aber an der Tatsache, dass das Album nicht kommerziell verbreitet wurde und niemand etwas daran verdient hatte.²³⁷

In Deutschland dagegen hätte die Klage aufgrund der schärferen Regeln durchaus eine Chance gehabt. Auch darauf wollte beispielsweise der Aktionskünstler Johannes Kreidler aufmerksam machen, als er über 70.000 Anmeldeformulare von der GEMA anforderte: Er wolle sein neues, 33 Sekunden langes Werk anmelden, für das er nach eigener Aussage 70.200 Samples, also Musikzitate, verwendet hatte.

Das Dilemma besteht ja darin, entweder gesellschaftlich wirkungslos und narrenfrei oder gesellschaftlich relevant und unfrei zu sein, denn die Verwertung und somit auch die urheberrechtliche Brisanz ist an die Resonanz gekoppelt. [...] Das Problem fängt indes schon beim Formalen an. Die Komponisten Neuer Musik versuchen ja, an den Markt anzuschließen und melden ihre Werke bei der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) an; das kulturelle Nischendasein nehmen sie gewohnheitsmäßig in Kauf, reale Armut aber wahrscheinlich nicht. Der GEMA-Werkanmeldebogen fragt allerdings nicht nur gegenwartsfremd nach "Tonart", "Opuszahl"

236 Lessig, Lawrence zit. nach Zeit-online (30.06.09): „Wir machen unsere Kinder zu Terroristen“. Interview mit Lawrence Lessig. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/25/urheberrecht-lessig> (12.08.09)

237 Mühling, Jens (30.06.09, Tagesspiegel): Krieg um das Copyright. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/27/urheberrecht-piraten-filessharing> (12.08.09)

und "Anzahl selbständig geführter Stimmen", sondern fordert auch ein reines musikalisches Material oder aber Lizenznachweise für fremde Klänge. Wer mag da lügen?

[...] Der globale rechtsfreie Raum des Internet-Tauschs, den die Neue Musik als fortschrittliche Ästhetik antizipiert hat, macht spätestens jetzt zweierlei deutlich: Erstens muss Kreativität medial ermöglicht werden, sprich: grundsätzlich legal sein. Kopieren ist eine Kulturtechnik und ein derartiger technologischer Fortschritt setzt sich erfahrungsgemäß immer durch. Die lächerlichen Versuche der Tonträgerkonzerne, eine digitale Simulation des Copyrights des 20. Jahrhunderts zu errichten, gleichen einer neuen Prohibition. Gott sei Dank hört Musik auf, Markt zu sein! Anders als im Sozialismus wird das die Produktion steigern, quantitativ und qualitativ.

Zweitens muss Kreativität anders honoriert werden, verstärkt durch Aufträge, die die Tantiemen vielleicht vollständig ersetzen könnten. Es darf nicht sein, dass für kleinste Klänge Lizenzen gekauft werden muss(t)en, die monatelange Arbeitsleistung eines jungen Komponisten aber in keinem Verhältnis zur GEMA-Ausschüttung steht – dafür hat dieser selbst wiederum der GEMA noch Gebühren zu entrichten, wenn er seine eigenen Werke im Netz zum (kostenlosen!) Download anbietet.²³⁸

Zudem lassen sich die Befürchtungen der Unterhaltungsindustrie aber auch einiger bekannter Künstler konkret fassen: Seit es die leicht zu kopierende, aber auch ebenso leicht zu bearbeitende und verändernde digitale Musik gibt, nimmt die Zahl derer, die nicht nur konsumieren sondern auch in die Produktion eingreifen wollen, stetig zu.

Diese Entwicklung muss die Unterhaltungsindustrie mehr beunruhigen als das eigentliche Raubkopieren, denn sie macht ihre Arbeit überflüssig. Auf der einen Seite der Lieferant fertiger Kulturprodukte, auf der anderen der Konsument. Dass diese Rollenverteilung erodieren könnte, dürfte das wahre Schreckensszenario der Konzerne sein – und auch der Albtraum vieler etablierter Künstler.²³⁹

238 Kreidler, Johannes (Juli 08): Product Placement. Online: <http://kreibler-net.de/productplacements-essay.html> (19.09.09)

239 Mühling, Jens (30.06.09, Tagesspiegel): Krieg um das Copyright. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/27/urheberrecht-piraten-filessharing> (12.08.09)

LEGALISE HAPPY BIRTHDAY

UNDER UK COPYRIGHT LAW IT IS ILLEGAL TO SING HAPPY BIRTHDAY IN PUBLIC WITHOUT A LICENCE OBTAINED FROM AN RIAA MEMBER FIRM. ALTHOUGH THE TUNE OF HAPPY BIRTHDAY DIFFERS FROM THE TRADITIONAL PUBLIC DOMAIN SONG "GOOD MORNING TO YOU" BY ONLY ONE NOTE, IT IS PROTECTED BY COPYRIGHT UNTIL 2031. NOT ONE PENNY OF THE ESTIMATED £25M EARNINGS FROM THE SONG HAVE BEEN GIVEN TO THE SONG'S ACTUAL AUTHORS

OUR COPYRIGHT LAW NEEDS TO BE FIXED



**PIRATE
PARTY UK**

JOIN THE PIRATE PARTY AT WWW.PIRATEPARTY.ORG.UK

3.2 Reform des Urheberrechts

Dass das geltende Urheberrecht einer dringenden Reform bedarf, macht u.a. Lawrence Lessig, Jura-Professor an der *Stanford University*, deutlich:

*Denn das gegenwärtige Rechtssystem macht unsere Kinder zu Terroristen. Die Industrie richtet mit der massenhaften Verfolgung von Jugendlichen einen großen gesellschaftlichen Schaden an und erreicht praktisch nichts. Denn das Tauschen geht munter weiter. Am Ende verdienen die Künstler nichts, die Industrie entwickelt keine innovativen Geschäftsmodelle, und eine ganze Generation junger Nutzer wird kriminalisiert. Die Kosten dieses Krieges sind zu hoch. Wir müssen ihn endlich stoppen!*²⁴⁰

Noch im Frühjahr 2009, aus Anlass des Pirate-Bay-Prozesses, bemängelte der *Spiegel*:

*Polemisch formuliert: Es gibt keine Konsumenten-Lobby, weil die meisten Konsumenten lieber problemlos Raubkopien aus dem Web saugen und einfach jene Gesetze zu ignorieren, die sie stören, als für eine Reform zu kämpfen.*²⁴¹

Das hat sich mit der zunehmenden öffentlichen Wahrnehmung der *Piratenpartei* geändert, auch wenn die Ziele der PIRATEN aus der Sicht beispielsweise der Musikindustrie natürlich kritisch betrachtet werden - rüttelt die *Piratenpartei* doch an den alten Grundfesten der kulturellen Rechteverwertung. Und so spricht wohl auch etwas Galgenhumor aus den Worten des Vorsitzenden des Bundesverbandes Musikindustrie:

Alles, immer, umsonst und sofort. Mit diesen vier Worten lässt sich kurz und kompakt die Position der Piratenpartei beschreiben, wenn es um das Thema Urheberrecht in der digitalen Welt geht. Musik, Filme, Bücher, Software, Zeitungen und Zeitschriften. Alles, wofür wir in der analogen, physischen Welt bisher bezahlen mussten, soll nach dem Wil-

240 Lessig, Lawrence zit. nach Zeit-online (30.06.09): „Wir machen unsere Kinder zu Terroristen“. Interview mit Lawrence Lessig. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/25/urheberrecht-lessig> (12.08.09)

241 Lischka, Konrad (22.02.09): Warum die Datenpiraten verlogen argumentieren. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,609165,00.html> (13.09.09)

len einer selbsternannten Netzelite künftig immer und überall verfügbar und natürlich möglichst kostenlos sein. Das selbstverständlich zum Wohle aller:

- der geknebelten Musiker, Drehbuchschreiber, Schauspieler, Autoren und Softwareentwickler, die endlich die Fesseln einer repressiven Unterhaltungs- und Medienindustrie abstreifen können, um sich frei zu entfalten und mit ihren Fans und Lesern in direkten Kontakt zu treten.
- der Konsumenten, die endlich nicht mehr mit vorgehaltener Pistole dazu gezwungen werden, für kulturell minderwertige Massenware oder fehlerhafte Software überhöhte Preise zu bezahlen. - der Wirtschaft, weil die Befreiung von den Besitzrechten des geistigen Eigentums ungeahnte ökonomische Kräfte freisetzen wird.

*Schöne neue Welt, wenn da nicht das blöde Urheberrecht wäre.*²⁴²

3.2.1 Was will die Piratenpartei konkret ändern?

Auch wenn die *Piratenpartei* den Begriff vom geistigen Eigentum als einen Kampfbegriff ablehnt, heißt das nicht, dass sie auch das Urheberrecht abschaffen möchte. Dies wurde zwar in der Euphorie der ersten Stunde bei der Gründung der schwedischen *Piratpartiet* gefordert, aber sobald man sich etwas ernsthafter mit der Thematik auseinandergesetzt hatte, spielte diese Extremforderung keine Rolle mehr.²⁴³ Das Urheberrecht ist eine verdammt komplizierte Angelegenheit, es ist ein Geflecht aus unterschiedlichsten Rechten, das ich – auch wenn ich mich hätte ausführlicher damit beschäftigen können – wohl nie richtig verstanden hätte. Das beginnt schon damit, dass „Urheberrecht“ zwei unterschiedliche Dinge bezeichnet:

1. Das persönliche Recht eines Schöpfers an seinem Werk.
2. Die Gesamtheit aller Gesetze rund um die Rechte der Urheber.

Da kann man als Laie schon einmal durcheinander kommen. Ein geistiges Werk unterliegt dem Urheberrecht, wenn es die dafür nötige „Schöpfungshöhe“ hat, also eine eigenständige geistige Schöpfung des

242 Dieter Gorny zit. nach stern.de (17.08.09): <http://www.stern.de/kultur/musik/pro-contra-ist-das-urheberrecht-noch-zeitgemaess-1503756.html> (18.09.09)

243 Telepolis (Ralf Streck, 05.01.06): Schwedens Piraten nehmen Urheberrecht ins Visier. Online: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21719/1.html> (18.09.09)

Autors ist. Betrachten wir das Urheberrecht als die Gesamtheit der Gesetze zum Recht des Schöpfers seiner Werke, sind für unsere Diskussion im Wesentlichen zwei verschiedene „Gesetzesgruppen“ relevant:

I. Die **Urheberpersönlichkeitsrechte** sind in den §§ 11-14 geregelt und befassen sich mit

- dem Veröffentlichungsrecht (§12)
- der Anerkennung der Urheberschaft (§13)

Verbunden ist damit zum einen positiv die Befugnis, sich jederzeit zu seiner Urheberschaft bekennen zu können, als auch negativ, beeinträchtigende Verhaltensweisen Dritter zu untersagen. Es kann sowohl das unberechtigte Bestreiten der Urheberschaft als auch die Anmaßung der Urheberschaft eines Dritten unterbunden werden. Bereits das bloße Unterlassen der Nennung des Urhebers bei der Werkverwertung kann im Einzelfall genügen, um von einer Verletzung sprechen zu können. [...] der Urheber [hat] ferner das Recht, darüber zu befinden, ob und mit welcher Urheberbezeichnung sein Werk zu versehen ist. Dieses steht ihm nicht nur hinsichtlich des Originals, sondern bezüglich jedes einzelnen Vervielfältigungsstücks zu.²⁴⁴

- der Entstehung des Werkes (§14)

Dem Urheber wird das Recht gewährt, eine Entstehung oder andere Beeinträchtigung seines Werkes bereits dann zu verbieten, wenn diese geeignet ist, seine berechtigten geistigen oder persönlichen Interessen am Werk zu gefährden. Die Möglichkeit einer Verletzung genügt.²⁴⁵

Juristisch wahrscheinlich höchst bedenklich aber für unsere Zwecke akzeptabel können wir hier verallgemeinern, dass die *Piratenpartei* an den Urheberpersönlichkeitsrechten nichts ändern möchte. Einziges Problem ist hier die Forderung nach der freien Bearbeitung von Werken, die unter Umständen als Entstehung interpretiert werden und somit eine Verletzung der Urheberrechte nach § 14 bedeuten könnte. Da wir nun aber davon ausgehen, dass eine Bearbeitung (die wiederum in §

244 linksandlaw.de. Online: <http://www.linksandlaw.de/linkingundframing11.htm> (18.09.09)

245 linksandlaw.de. Online: <http://www.linksandlaw.de/linkingundframing12.htm> (18.09.09)

23 geregelt ist und unter die Verwertungsrechte fällt) im Allgemeinen nicht zur Entstellung eines Werkes geschehen soll, gilt für die PIRATEN:

*Wir erkennen die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk in vollem Umfang an.*²⁴⁶

II. Unter die **Verwertungsrechte** fallen

das Vervielfältigungsrecht (§16), das Verbreitungsrecht (§17), das Ausstellungsrecht (§18), das Recht an der öffentlichen Wiedergabe (§19), das Recht der Bearbeitung (§23) und das Recht der Freien Benutzung (§24).

In diesem Bereich sieht die *Piratenpartei* die zentralen Probleme, auch wenn die erste hier formulierte Forderung nicht die Verwertungsrechte betrifft sondern nur die Dauer des urheberrechtlichen Schutzes.

Die *Piratenpartei* fordert die Begrenzung der Schutzfristen, also eine Änderung des § 64 UrhG. Danach ist ein ideelles

*Werk noch 70 Jahre lang nach dem Tod des Autors urheberrechtlich geschützt. Das sind insgesamt also oft rund 120 Jahre. Dabei ist es wichtig, sich den Zweck des Urheberrechts vor Augen zu halten. Das Urheberrecht soll es Investoren ermöglichen, Geld in etwas zu investieren, indem eine rechtliche Grundlage für die Erwartung geschaffen wird, dieses Geld zurückzubekommen. Aber kein Investor auf der Welt rechnet mit einer Rückzahlungszeit von 120 Jahren! Niemand denkt sich, gut, die ersten 100 Jahre werde ich mit meinen geistigen Bemühungen nichts verdienen, aber dann werden sich meine Anstrengungen auszahlen. Das ist nirgends so, schon gar nicht im kulturellen Bereich, wo die Dinge so schnelllebig sind.*²⁴⁷

Die schwedische *Piratpartiet* spricht von einer maximalen Schutzfrist von fünf Jahren, die Deutschen geben sich moderater, im Wahlprogramm, dass auf dem Bundesparteitag im Juli verabschiedet wurde, steht: „Eine Begrenzung auf einen Zeitraum bis maximal zum Tode des

246 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online: <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

247 Christian Engström zit. nach: Jungle World Nr. 25 (18.06.09): „Der Preis von Ideen ist eigentlich gleich null“. Interview. Online: <http://jungle-world.com/artikel/2009/25/35304.html> (14.08.09)

Urhebers halten wir für geboten.“²⁴⁸ Im Parteiprogramm heißt es zu diesem Thema:

*Die heutige Regelung der Verwertungsrechte wird einem fairen Ausgleich zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Urheber und dem öffentlichen Interesse an Zugang zu Wissen und Kultur jedoch nicht gerecht. Im Allgemeinen wird für die Schaffung eines Werkes in erheblichem Maße auf den öffentlichen Schatz an Schöpfungen zurückgegriffen. Die Rückführung von Werken in den öffentlichen Raum ist daher nicht nur berechtigt, sondern im Sinne der Nachhaltigkeit der menschlichen Schöpfungsfähigkeiten von essentieller Wichtigkeit. Es sind daher Rahmenbedingungen zu schaffen, welche eine faire Rückführung in den öffentlichen Raum ermöglichen. Dies schließt insbesondere eine drastische Verkürzung der Dauer von Rechtsansprüchen auf urheberrechtliche Werke unter die im TRIPS-Abkommen vorgegebenen Fristen ein.*²⁴⁹

Zudem fordert die Piratenpartei, die bestehenden Verwertungsrechtsgesetze zu überprüfen, weil die genannten Regelungen die nichtkommerzielle Verbreitung und Bearbeitung von Werken ebenso verhindern, wie die gewerbliche. Sie fordert deshalb, die bestehenden Regelungen für gewinnorientierte Zwecke aufrecht zu erhalten, aber die nichtkommerzielle Verwendung generell und ausdrücklich zu erlauben:

Wir sind der Überzeugung, dass die nichtkommerzielle Vervielfältigung und Nutzung von Werken als natürlich betrachtet werden sollte und die Interessen der Urheber entgegen anders lautender Behauptungen von bestimmten Interessengruppen nicht negativ tangiert. Es konnte in der Vergangenheit kein solcher Zusammenhang schlüssig belegt werden. In der Tat existiert eine Vielzahl von innovativen Geschäftskonzepten, welche die freie Verfügbarkeit bewusst zu ihrem Vorteil nutzen und Urheber unabhängiger von bestehenden Marktstrukturen machen können. Daher fordern wir, das nichtkommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von Werken nicht nur zu legalisieren, sondern explizit zu fördern, um die allgemeine Verfügbarkeit von Informa-

248 Wahlprogramm der Piratenpartei. Online:
http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm (18.09.09)

249 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online:
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

tion, Wissen und Kultur zu verbessern, denn dies stellt eine essentielle Grundvoraussetzung für die soziale, technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft dar.

In der Praxis läuft dies auf zwei Forderungen hinaus: Die freie Bearbeitung von Werken zu nichtkommerziellen Zwecken und Aufhebung der Einschränkungen für die Herstellung von privat genutzten Kopien. Andreas Popp, stellvertretender Bundesvorsitzender in seinem Blog: „Fassen wir kurz die erste und wichtigste Forderung zusammen: Urheberrecht muss ein kommerzielles Recht sein, d.h. es muss ein Recht auf freie Privatkopie geben.“²⁵⁰

Nach den Verwertungsrechten im Urheberrecht darf alleine der Schöpfer bzw. der Rechteinhaber ein Werk verwerten und damit auch vervielfältigen. Das Recht auf eine Privatkopie ist als eine Einschränkung in § 53 Absatz 1 Satz 1 UrhG geregelt. Nach der letzten Modifizierung des deutschen Urheberrechts (der sogenannte „Zweite Korb“), gilt nun, dass ein Werk nur zum privaten Gebrauch kopiert werden darf, eine kommerzielle Verwendung der Kopie ist ausgeschlossen. Die Weitergabe an Dritte ist zwar nicht grundsätzlich verboten, Voraussetzung dafür ist jedoch, dass die privaten Kopien auch im privaten Bereich verbleiben müssen, also nur an persönlich gut bekannte Personen, die dem eigenen privaten Kreis zugerechnet werden können, weitergegeben werden dürfen. Ebenfalls weitgehend unzulässig ist die berufliche Nutzung einer Privatkopie.

Zudem dürfen von „offensichtlich rechtswidrig hergestellten Vorlagen“ und, seit dem 2. Korb, auch von „offensichtlich rechtswidrig öffentlich zugänglich gemachten Vorlagen“ keine Privatkopien gemacht werden. Mit dieser letzten Neuerung meinte man offensichtlich die Tauschbörsen treffen zu können. Inwieweit nun aber im Internet überprüfbar sein soll, ob eine im Netz angebotene Datei nach den vorgegebenen Einschränkungen auch tatsächlich rechtmäßig angeboten wird oder aber ob die Kopie, ist völlig umstritten und wird entsprechend noch die Gerichte beschäftigen müssen, bevor in dieser Frage eine endgültige Klarheit erreicht wird.

250 Andis Blog (Andreas Popp, 12.08.09): Warum die PIRATEN keine „Kostenlospartei“ sind – Teil 1. Online: <http://andipopp.wordpress.com/2009/08/12/warum-die-piraten-keine-kostenlospartei-sind-teil-1/> (01.09.09)

Das Konzept der Privatkopie ist dabei nicht der Großzügigkeit der Rechteinhaber geschuldet, sondern vielmehr der Tatsache, dass der Gesetzgeber eine wirksame Kontrolle der Haushalte auf Einhaltung der doch recht strikten Urheberrechte schlicht und einfach nicht gewähren konnte und wollte.

Als Tonbandgeräte in Umlauf kamen, wollte die GEMA sich die Personalausweisdaten der Käufer geben lassen, um Gebühren für die Musiknutzung einzufordern. Der Bundesgerichtshof entschied, dass das Grundrecht auf Privatsphäre überwiegt. So wurde 1965 die Privatkopieschranke eingeführt, mit einer Pauschalvergütung auf Kopiermedien, seit 1985 auch auf Leermedien. Bei Tauschbörsen gilt das gleiche Prinzip, nach zehn Jahren Erfahrung muss man sagen: Das ist eine etablierte Kulturtechnik. Also muss man es legalisieren.²⁵¹

Für die EU enthält die Richtlinie 2001/29/EG entsprechende Regelungsbestimmungen. Das Recht auf eine Privatkopie ist zwar einerseits vorgesehen, andererseits aber wird den Mitgliedsländern keineswegs zwingend vorgeschrieben, eine solche Möglichkeit zu gewähren. Derjenige Gesetzgeber, der sich für die Gewährung der Privatkopie entscheidet, ist jedoch gemäß der Richtlinie immer dazu verpflichtet, für eine finanzielle Entschädigung der Rechteinhaber zu sorgen. In Deutschland regelt die sogenannte Leermedienabgabe diese Ausgleichszahlung. Für jede unbespielte Kassette, CD oder DVD werden mehrere Cent Aufschlag erhoben, für Tapedecks oder DVD-Brenner sind schon ein paar Euro fällig, und für Hochleistungskopiergeräte kann sich der Betrag schon einmal auf mehrere hundert Euro steigern.

Die Forderung nach freier Privatkopie klingt nun erst einmal relativ harmlos, beinhaltet aber eine Menge Sprengstoff. Denn durch das Internet hat der Begriff privat eine wesentliche Erweiterung erfahren. Während die Medienindustrie und auch der Gesetzgeber den Terminus privat auf den engeren persönlichen Bekanntenkreis reduzieren, hat derjenige, der privat am Computer sitzt und in seiner Freizeit virtuelle Freundschaften mit Menschen auf der ganzen Welt pflegt, die er noch nie gesehen hat, eine gänzlich andere Vorstellung von diesem Begriff entwickelt. Eine Freigabe der Privatkopie bedeutet aber deshalb noch

251 Grassmuck, Volker zit. nach Reichert, Kolja (17.04.09, Tagesspiegel): „Downloaden muss legal werden“. Interview mit V. Grassmuck. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-download> (12.08.09)

lange nicht die Abschaffung des Urheberrechts sondern lediglich die Beschränkung der Verwertungsrechte. Dies allerdings ließe das alte Geschäftsmodell, das auf das Urheberrecht aufgebaut ist, höchstwahrscheinlich zusammenbrechen, weil niemand - außer zu gewerblichen Zwecken - noch auf dem herkömmlichen Weg Musik kaufen würde, der private Bekanntenkreis ist durch das Internet einfach zu groß geworden.

Das ist zwar starker Tobak, aber auch völlig legitim zu fordern, schließlich gibt es kein Recht auf Aufrechterhaltung eines Geschäftsmodells, egal wie erfolgreich es einmal war. Sicherlich ist die Nutzung von Tauschbörsen nach geltendem Recht illegal, aber das liegt lediglich an der Definition des Rechts. Gesetze entstehen weil Interessengruppen sich für bestimmte Regeln stark machen. Das Urheberrecht ist so entstanden und seine Modifikationen auch. Bis 2003 durfte man sich - egal von welchem Medium - eine private Kopie machen. Dann wurde es durch technische Entwicklungen immer einfacher, Kopien herzustellen und die Industrie erfand den Kopierschutz, der natürlich leicht zu knacken war. Dennoch glaubten die Verwerter endlich ein Mittel gefunden zu haben, Umsatzverluste zu kompensieren und prompt stand in der Reform des Urheberrechts (1. Korb), dass das Umgehen von Kopiermaßnahmen illegal sein. Schon war das Recht auf Privatkopien ausgehebelt: einerseits clever, andererseits aber auch nicht der Weg, um Unrechtsbewusstsein in den Menschen hervorzurufen.

Letztlich ist die Gesellschaft gefordert zu bestimmen, was Recht ist und was nicht. Das weiß auch die Rechteindustrie und hinter ihren Haltet-den-Dieb-Rufen ist ihr auch bewusst, dass das Recht relativ ist. Was heute verboten ist, kann morgen schon erlaubt sein. Denn es steht einer Gesellschaft selbstverständlich jederzeit frei, die Spielregeln zu ändern.

Wenn das Geschäftsmodell, wie es vom gegenwärtigen Urheberrecht geschützt und gefördert wird, nur dann funktioniert, wenn die Gepflogenheiten einer gesellschaftsrelevanten Gruppe als illegal eingestuft werden, ist eine Diskussion, wie diese Gruppe aus der Illegalität geholt werden kann, gesellschaftlich legitim und sogar erwünscht. Zumal die Basis der gesetzlichen Regeln, die Gleichsetzung von materiellen Gütern und geistigen Werken, völlig willkürlich ist und über keine andere Rechtfertigung verfügt, als das Argument, dass das alles bislang doch prima funktioniert habe.

In einer solchen Situation ist jeder Beteiligte aufgerufen, seine Argumente vorzubringen. Das Hauptargument der Verteidiger des Alten ist, dass sie glauben Kunst und Kreativität sei nur unter dem Schutzmantel dieses Urheberrechts möglich. Das ist eine gewagte Behauptung, denn es wird immer deutlicher, dass sich Künstler durchaus auch auf alternativen Wegen finanzieren können. Gerade auch durch das Internet, das ein noch nie da gewesener und extrem günstiger Vertriebsweg ist, der bis in die hintersten Ecken des Erdballs reicht. Weil aber die Rechteindustrie so vehement darauf pocht, dass ohne sie gar nichts geht und gleichzeitig die eigene Kundschaft mit immer wieder neuen Abmahnungen und Klagen überzieht und des Diebstahls bezichtigt, hat sie nicht nur ein erhebliches Imageproblem. Viel schlimmer ist noch, dass sie es erst versäumt hat ihren eigentlichen Wert darzustellen und ihr nun die Glaubwürdigkeit fehlt. Denn natürlich ist eine Vorauswahl und Vermittlung von Kunst auch in Zukunft notwendig. Trotz des angeblichen Niedergangs z. B. der musikalischen Kunstszene, wurde nämlich die Produktion von Musik in den letzten Jahren erheblich gesteigert. Es wird weiterhin Möglichkeiten, Geld zu verdienen, geben - nur traut sich die Industrie noch nicht, das laut zu sagen, sie kämpft lieber weiter gegen Windmühlen.

Demgegenüber argumentieren die Befürworter einer Reform, dass die technischen Möglichkeiten nun einmal da seien und eine wirksame Kontrolle zur Durchsetzung des alten Rechts unmöglich sei:

*Da sich die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken technisch nicht sinnvoll einschränken lässt und die flächendeckende Durchsetzbarkeit von Verboten im privaten Lebensbereich als gescheitert betrachtet werden muss, sollten die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken erkannt und genutzt werden.*²⁵²

Dass eine entsprechende Reform die künstlerische Produktion stoppen würde, sei falsch:

Außerdem war das ganz genau das Argument, das Mitte des 19. Jahrhunderts aufkam, als öffentliche Bibliotheken eingeführt wurden. Die Autoren behaupteten damals, niemand würde mehr ihre Bücher kaufen, wenn man sie ausleihen und umsonst lesen könne, und deshalb

252 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online:
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

würden auch keine Bücher mehr geschrieben. Wir können zurückblicken und sehen: Es wurden nach 1850 Bücher geschrieben.²⁵³

Die finanziellen Grundlagen der Künstler würden nicht notwendigerweise wegbrechen. Da, so die Argumente, die Vertriebsindustrie mehr und mehr überflüssig würde, wäre trotz insgesamt weniger Geld, was es zu verteilen gelte, mehr für die Künstler übrig, weil der bisherige Löwenanteil, den sich die gefräßige Industrie unter den Nagel reiße, dann für die Künstler übrig bliebe. Denn Geld könne und müsse selbstverständlich immer noch verdient werden - nur eben nicht auf dem alten Weg (s.u.).

Nun ist es nicht weniger impertinent, den Verlagen und Plattenfirmen pauschal jegliche Kulturleistung abzusprechen und sie schlichtweg abschaffen zu wollen. Diese Forderung ist letztlich so unrealistisch und weltfremd wie die der Gegenseite, die Kinder sollen doch bitte keine Musik mehr umsonst downloaden, sondern für teuer Geld kaufen. Natürlich ginge es ohne Rechtegiganten genauso wie das Leben ohne Raubkopieren oder mit immer radikalerer Verfolgung von Urheberrechtsverletzern weitergehen würde. Nur wie es genau aussehen soll, darüber muss die Gesellschaft irgendwann diskutieren und dann entscheiden.

Lange hatte die Rechtelobby keinen Gegenpart zu fürchten, nun beginnt sich das zu ändern, nicht nur durch die Piratenpartei. Auch die etablierten Parteien sind aufmerksam geworden und außer bei den Konservativen mehren sich die Stimmen, die über Veränderung nachdenken.

Die Aufgabe ist monumental und von epochaler Bedeutung: Es muss nichts weiter versucht werden als der Spagat zwischen einer materiellen Welt - mit all ihren kommerziellen Interessen und mächtigen Lobbyisten - sowie den technischen Möglichkeiten des virtuellen Raumes, der - trotz einer eigentlich durchaus vorhandenen gewerblichen Eignung - eine gewisse Kommerzialisierungsresistenz beherbergt.

Pirat und Blogger Kristian Köhntopp hat versucht, "*den Graben des Nichtverstehens zwischen Online und Offline*" zu erklären. Denn online im Internet habe sich etwas entwickelt - freie Software, freie Musik,

253 Christian Engström zit. nach: Jungle World Nr. 25 (18.06.09): „Der Preis von Ideen ist eigentlich gleich null“. Interview. Online: <http://jungle-world.com/artikel/2009/25/35304.html> (14.08.09)

Creative Commons, Social Media, Blogosphäre etc., "eine neue, andere Art von Kulturschaffen, eine, die von der Politik und den traditionellen Kreativen nicht oder nicht vollständig" erfasst werde.

Hier sei nun eine neue Art der Zusammenarbeit entstanden, vorbedingungslos und freiwillig. Der Preis, den der Einzelne für die Zusammenarbeit zu bezahlen habe, sei so gering (Internetflatrate, man ist ja „sowieso“ online), dass er nicht wahrgenommen werde. Zudem gäbe es eine „Nachbedingung“, nämlich die „Fairness. So wie ich die Ergebnisse meiner Arbeit zur Verfügung stelle, so sollst Du mit den Ergebnissen Deiner Arbeit umgehen, wenn Du auf meiner Arbeit aufbaust oder sie integrierst.“

Dies alles erzeuge etwas, was in der Welt außerhalb des Netzes weit hin unbekannt sei und sehr selten gesehen werde: Überfluss - und zwar im rein positiven Sinne: Aus diesem Überfluss entstehe Kooperation und dadurch wiederum weiterer Überfluss.

Wenn ich (erstens) von was auch immer genug für mich habe und ich (zweitens) durch das Teilen keinen Aufwand habe und ich (drittens) bemerke, daß ein anderer mein Teilen nicht zur persönlichen Bereicherung verwendet, dann greift ein Teil der menschlichen Natur, dem das Teilen eine Freude ist und es entsteht eine kooperative Kultur.

Wer diese kooperative Internetkultur nicht verstehe, rede deshalb von Piraterie oder Diebstahl. In Wahrheit aber sei es lediglich die Freude am Teilen, wenn der Blogger seine Texte kostenlos ins Netz stellt - genau wie derjenige, der Musik sammle und sie zur freien Verbreitung kostenlos in Tauschbörsen einstelle.

Es sei „die Urerfahrung der Kooperation, einen tatsächlichen nützlichen Dienst zu bringen“ und das Netz zu bereichern, was dann von den Rechteverwertern als nicht vorhandenes Schuldgefühl „verteufelt“ werde:

Natürlich ist da kein Schuldgefühl, in einer kooperativen Kultur ist so etwas ja auch ein Dienst, etwas Gutes, der Erhalt und die liebevolle Pflege eines Stücks Kultur. Es schafft Kultur.

Der Medienindustrie sei diese Sichtweise vollkommen fremd, weil es die Aufgabe und Grundlage ihrer Existenz sei, „Knappheit zu schaffen, Bedarf zu fördern und Verfügbarkeit so gering zu halten, dass aus dieser Differenz Gewinne abgeschöpft werden können.“

Dieser „fundamentale Unterschied im Denken“ dokumentiere den Riss, der durch unsere Gesellschaft gehe, wenn über die Urheberrechtsfrage diskutiert werde. Die programmatischen Forderungen der *Piratenpartei* seien deshalb nicht die totale Legalisierung der Raubkopie, sondern in etwa folgende Botschaft:

*Das Netz ist eine kooperative Kultur. So etwas kennt ihr nicht, aber so etwas gibt es und es hat im Netz die letzten 40 Jahre gut funktioniert. Der Begriff in Eurem kompetitiven Universum der Knappheit, der unserem Erleben noch am nächsten kommt, ist die Privatkopie, aber eigentlich meinen wir CC-BY-SA, die GPL, und ja, Open Access auch irgendwie [...] Was wir wollen ist eine Re-Legalisierung von dem, was ihr Privatkopie nennt. Aber eigentlich wollen wir, daß die Offline-Gesellschaft den kooperativen/kompetitiven Dualismus im Kulturschaffen des 21. Jahrhunderts anerkennt. Wir fordern, daß das kooperative Universum mit seinen charakteristischen Eigenschaften der subjektiven Kostenlosigkeit und der Fairness geschützt wird, damit die digitale Allmende weiter gedeihen kann. Wir wollen ein Urheberrecht, daß diese Ideen anerkennt und ihnen Raum bietet.*²⁵⁴

Ob ein zufriedenstellender Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen gefunden werden kann, steht noch in den Sternen. Die Protagonisten jedenfalls sind in Stellung gegangen: Hier Verbrecher, da überkommene Strukturen - beide Seiten haben noch einen längeren Weg vor sich - und dazwischen stehen die Künstler.

3.2.2 Alternative Vergütungsmodelle

*Die gute Nachricht: Künstler dürfen in Zukunft wesentlich größere Stücke des Kuchens beanspruchen. Die schlechte: Der Kuchen ist alleine schwer zu backen.*²⁵⁵

254 Die wunderbare Welt von Isotopp (Kristian Köhntopp, 02.07.09): „Dir fehlen die Worte“ oder „Die Position der Piratenpartei zum Urheberrecht in einer Flatratesgesellschaft“. Online: <http://blog.koehntopp.de/archives/2531-Dir-fehlen-die-Worte-oder-Die-Position-der-Piratenpartei-zum-Urheberrecht-in-einer-Flatratesgesellschaft.html> (18.09.09)

255 Reichert, Kolja (26.07.09): Die gute Tat der Piraten. Online: <http://www.tagesspiegel.de/kultur/pop/Musikpiraten-Musikindustrie-Internet-Urheberrecht;art971,2857452> (18.09.09)

Größtes Problem in der Diskussion bleibt, dass es gegenwärtig viele Kreative und Menschen, die an der kommerziellen Vermittlung ideeller Werke arbeiten, gibt, die sich innerhalb des bestehenden Systems ihren Lebensunterhalt verdienen. Das beste Argument der Vertreter des Bestehenden ist sicherlich, dass es genau dies gewährleistet hat, wenn auch nicht immer und grundsätzlich zur Zufriedenheit gerade der Künstler.

Schafft man nun das Alte ab und geht also davon aus, dass immaterielle Güter im Digitalen Zeitalter unbegrenzt zur Verfügung stehen, bleibt die Frage, wie es den Künstlern zukünftig möglich sein soll, ihr Leben zu finanzieren und so die Basis für jede kreative Tätigkeit zu legen.

Natürlich können sich immer mehr Künstler im Internet selber vermarkten, jedoch ist dazu bereits ein gewisser Grad von Bekanntheit hilfreich, weil man sonst im riesigen Internet gar nicht so leicht von potentiellen Konsumenten gefunden werden kann. Da ist es schon vielversprechender, wenn man in den großen Internet-Musikportalen vertreten ist, der Zugang über besondere Vermittler aber kostet aber meist mehr Geld, als später erlöst werden kann.

Der Verein *Musikpiraten*, der die Förderung freier Kultur mit Schwerpunkt Musik als künstlerischem Ausdrucksmittel zum Ziel hat, macht sich auch darüber Gedanken, wie, abseits vom alten Geschäftsmodell der Industrie, Künstler zu ihrem Lohn kommen können. Die neue digitale und frei kopierbare Musik nenne zwei besondere Charakteristika ihr Eigen:

1. Aus technischen, ökonomischen und normativen Gründen seien Eigentumsrechte nicht durchsetzbar und 2. Ein solches Musikstück könne von verschiedenen Individuen gleichzeitig und ohne Qualitätsverlust konsumiert werden:

Diese beiden Eigenschaften sind nach ihrer Aussage der Grund dafür, dass die klassische Musikindustrie zur Zeit taumelt. Eigenschaft Nummer eins lässt sie einen aussichtslosen, unökonomischen und unverhältnismäßigen Kampf gegen all diese "Piraten" führen, von denen sie annehmen, sie würden jedes Produkt kaufen, das sie jetzt herunterladen. Eigenschaft Nummer zwei sei der Grund warum auf jeden legalen Download 20 illegale kommen und warum heute mehr Musik konsumiert wird als jemals zuvor. Es sind genau diese beiden Eigenschaften, die aus einem digitalen Produkt, per Definition, ein öffentliches Gut machen.

*Dabei heißt öffentliches Gut nicht, dass es nichts kostet und das jeder es einfach so nutzen sollte oder dürfte, sondern, dass es einfach nur diese beiden Eigenschaften erfüllt.*²⁵⁶

Die Kryptologen John Kelsey und Bruce Schneier hatten die Idee zum sogenannten *Street Performer Protocol* (SPP, engl. Straßenkünstlerprotokoll), das schöpferische Werke fördern soll, die gemeinfrei öffentlich zugänglich gemacht werden. Beim SPP veröffentlicht ein Schöpfer eines Buchs, Liedes etc. sein Werk ohne weitere Einschränkungen, sobald er einen bestimmten von ihm selbst festgelegten Geldbetrag im Voraus erhalten hat. Interessierte Nutzer zahlen an eine vermittelnde Instanz einen beliebigen Betrag. Kommt die vom Schöpfer verlangte Geldmenge zusammen, erhalten Schöpfer und Vermittler den gesamten Betrag und das Werk wird ohne Einschränkungen veröffentlicht und somit gemeinfrei. Kommt der Handel nicht zustande, wird das Geld erstattet, möglicherweise mit Zinsen.²⁵⁷

Eine in deutsch zugängliche Plattform, die dieses Verfahren ermöglicht, ist das von Frankfurter Studenten gegründete Projekt *SellYourRights*.

Der Urheber eines digitalen Produktes bestimmt einen Digital-Buy-Out Betrag, zu dem er sein Produkt unter einer von ihm bestimmten Creative Commons Lizenz frei verfügbar macht. SellYourRights lässt daraufhin einen virtuellen Klingelbeutel bei seinen Fans zirkulieren, in den jeder einen beliebigen Betrag per PayPal werfen kann. Wird am Ende der Zielbetrag erreicht, wird das Produkt frei. Wenn nicht, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Der Urheber beschliesst, sein Werk nicht freizugeben und alle Spender erhalten ihr Geld zurück, oder aber er gibt es dennoch frei und ist mit dem weniger an Geld zufrieden.

*Um nicht die Katze im Sack vorzufinanzieren, können die eingestellten Stücke in einem komfortablem Player angehört werden.*²⁵⁸

256 Musikpiraten (11.08.09): SellYourRights. Online: <http://musik.klarmachen-zum-aendern.de/projekte/sellyourrights> (18.09.09)

257 Wikipedia-Artikel: Street Performer Protocol. Online: http://de.wikipedia.org/wiki/Street_Performer_Protocol (18.09.09)

258 Musikpiraten (11.08.09): SellYourRights. Online: <http://musik.klarmachen-zum-aendern.de/projekte/sellyourrights> (18.09.09)

In der *Piratenpartei* werden zurzeit unterschiedliche Modelle der Künstlerfinanzierung diskutiert, eine endgültige Linie hat sich aber noch nicht herauskristallisiert.

3.2.3 Die Kulturflatrate

*Noch ist die Flatrate ein nebulöser Kampfbegriff am Horizont. Aber angesichts der Brüchigkeit des GEZ-Modells und der Sinnlosigkeit einer Massenbestrafung der P2P-Kids stellt sich schon die Frage, wie man zu alternativen Gebührensystemen kommt.*²⁵⁹

Ein gänzlich anderer Ansatz für eine mögliche Konfliktlösung ist die auch von vielen Wissenschaftlern und z. B. den Grünen präferierte Kulturflatrate. Das heißt, jeder Inhaber eines schnellen Internetzugangs bezahlt eine monatliche Pauschale, die an die Musikindustrie weitergeleitet wird. Je nach Modell ist eine Instanz ähnlich der GEMA zu schaffen, die nach einem zu entwickelnden Schlüssel die eingehenden Gelder an Plattenfirmen und Künstler verteilt.

Zu den Unterstützern dieser Idee zählen beispielsweise der Betreiber des Blogs *netzpolitik.org*, Markus Beckedahl:

*Das ist ein guter Kompromiss zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen der Urheber. Es kann Kompensationen für die Urheber bringen und gleichzeitig verhindern, dass man das Internet überkontrolliert.*²⁶⁰

oder der Medienforscher Volker Grassmuck:

*Wenn Leute sehen, dass ihr Geld tatsächlich an die Kreativen geht, sind sie gerne bereit zu zahlen. Deshalb plädiere ich für eine Kulturflatrate, einen Sozialvertrag nach den Prinzipien Ehrlichkeit und Transparenz.*²⁶¹

259 Prof. Thomas Hoeren zit. nach Zeit Online (07.09.09): „Jura ist nicht dazu da, antiquierte Geschäftsmodelle zu schützen“. Interview. Online: <http://www.zeit.de/digital/internet/2009-09/internet-recht-hoeren> (10.09.09)

260 zit. nach Gruene.de (03.04.09): „Beendet diesen Krieg“. Interview. Online: [http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/beendet-diesen-krieg.html?tx_ttnews\[backPid\]=212](http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/beendet-diesen-krieg.html?tx_ttnews[backPid]=212) (19.09.09)

261 zit. nach Reichert, Kolja (17.04.09, Tagesspiegel): „Downloaden muss legal werden“. Interview mit V. Grassmuck. Online: <http://www.zeit.de/online/2009/17/pirate-bay-download> (12.08.09)

Für ihn sind „Tauschbörsen der perfekte Markt“, Angebot und Nachfrage könnten sich frei von Faktoren wie Monopolinstitutionen ausbalancieren. Eine von den Grünen beauftragte Studie des Instituts für europäisches Medienrecht (EMR) hält die Einführung einer Flatrate zur Legalisierung von Filesharing für rechtlich machbar und im Sinne einer Entschädigung der Künstler für entgangene Einnahmen sogar für geboten. Eine entsprechende Regelung verstoße nicht gegen die Urheberrechte. Erforderlich sei aber

*eine Anpassung der EU-Urheberrechtsrichtlinie. Demnach sollten die dort anerkannten Rechteinhaber nicht ausschließlich darüber bestimmen können, ob sie interaktive Übertragungen ihrer Werke auf Abruf für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Das zur Einführung der Kulturflatrate zu erlassende nationale Gesetz müsse eine Schrankenregelung für das Recht auf öffentliche Zugänglichmachung und auf Vervielfältigung sowie eine Regelung der Vergütungspflicht etwa über Verwertungsgesellschaften enthalten.*²⁶²

Die FDP hat sich derweil massiv gegen eine solche Lösung gewandt:

*Eine Gesellschaft, in der geistige Eigentumsrechte nichts mehr zählen, Kulturschaffende enteignet werden und eine intransparente Mammutbürokratie à la GEZ – womöglich noch nach politischen Kriterien – Geld verteilt, wird intellektuell und kulturell versiegen. Das wäre der Einstieg in den Kultur-Sozialismus.*²⁶³

Die Industrie wittert entsprechend die „Sowjetisierung“ des Kulturbetriebs,²⁶⁴ und Janko Röttgers wusste schon 2003, was sie gegen ein solches Modell einzuwenden hatte:

262 c't magazin (03.04.09): Eine Kultur-Flatrate für Filesharing und das Interesse der Künstler. Online: <http://www.heise.de/ct/Eine-Kultur-Flatrate-fuer-Filesharing-und-das-Interesse-der-Kuenstler--/news/meldung/135735> (19.09.09)

263 Hans-Joachim Otto zit. nach Presseinformation der FDP im Bundestag (24.07.09): Kultur-Flatrate bedeutet Kultur-Sozialismus. Online: http://docs.google.com/gview?a=v&q=cache:bYsk_InI1tgJ:www.hansjoachimotto.de/download/72776901/090724PeKulturFlatrate.pdf+Hans-Joachim+Otto,+dass+die+Kulturflatrate+einem+Kultursozialismus&hl=de&gl=de (19.09.09)

264 c't magazin (03.04.09): Eine Kultur-Flatrate für Filesharing und das Interesse der Künstler. Online: <http://www.heise.de/ct/Eine-Kultur-Flatrate-fuer-Filesharing-und-das-Interesse-der-Kuenstler--/news/meldung/135735> (19.09.09)

Die klassischen Verwertungsgesellschaften befürchten, dass beim Einführen einer solchen Lizenz ein mächtiger Konkurrent geschaffen werden könnte, der ihnen das lukrative Internet-Lizenzierungs-Geschäft abnimmt. Plattenfirmen, Verlage und Filmstudios stünden bei der Durchsetzung solcher Lizenzen vor der Aufgabe, ihre Geschäftsmodelle praktisch komplett umzukrempeln, sich im Netz noch einmal neu zu erfinden. All die teuren Investitionen in Rights-Management-Technologien wären mit einem Mal völlig wertlos. Die in den letzten Monaten zaghaft gepflegten Online-Distributions-Plattformen sähen sich plötzlich einer legalen, kostenlosen Konkurrenz gegenüber. Nicht zuletzt würde das Aufgeben der Kontrolle über die kostenlose Nutzung ihrer Inhalte eine völlige ideologische Kehrtwendung verlangen. All die lieb gewonnenen Feindbilder von den bösen PIRATENda draußen in den Datenmeeren wären plötzlich hinfällig.²⁶⁵

Oder, wie es der Blogger Marcel Weiss formuliert:

Würde die Idee der Kulturflatrate tatsächlich flächendeckend von der Musikindustrie angestrebt, wäre das kurz gesagt: Das Eingeständnis, dass das alte Geschäftsmodell, an jeder Transaktion von Musik vom Rechteinhaber (meist die Labels) an den Hörer zu verdienen, nicht mehr funktioniert, man aber gleichzeitig trotzdem auf diese Art weiter sein Geld verdienen will. Notfalls eben über ein Gehührensysteem.

In seinem Artikel weist er auch auf ein anderes Problem hin:

Wozu es führt, wenn man einer Industrie die Möglichkeit gibt, ihr Einkommen außerhalb des Marktes aufzubessern, kann man zur Zeit recht gut angesichts der Entwicklungen der Finanzkrise in Deutschland und den USA sehen. Wenn die Regierung einem Wirtschaftszweig die Möglichkeit für ein zusätzliches Einkommen – ob nun einmalig oder dauerhaft – bietet, dann ist es nur rational, dass auch die Entscheider aus anderen Wirtschaftszweigen anklopfen.

Wenn die Musikindustrie bequem direkt bei den ISPs abkassiert, warum dann nicht auch die anderen Industrien?

265 Röttgers, Janko: Mix, Burn & R.I.P. Online:
http://www.lowpass.cc/Janko_Roettgers_Mix_Burn_RIP.pdf, S. 155 (19.09.09)

Offensichtlicher nächster Kandidat wäre die Filmindustrie. Es gibt keine rationalen Argumente, eine Kulturflatrate für Musik einzuführen, dies aber für Filme nicht zu machen. Oder TV-Sendungen.

Oder wie wär's mit Text? Dem Journalismus geht es doch gerade so schlecht.

Ein Witz? Mitnichten. Sowohl in den USA als auch in Deutschland haben die ersten bereits den irrwitzigen Vorschlag einer Flatrate für (journalistische?) Texte gemacht.

Und was ist mit der Computerspielebranche? Und der gesamten Softwarebranche? Was ist mit Fotografen und ihren urheberrechtlich geschützten Fotos?

Und schließlich wäre dann zum Schluss die Pornoindustrie an der Reihe, die sich ebenfalls vom illegalen Tausch ihrer Erzeugnisse gebeutelt gibt.

Soll für alle Inhalte, die online gehandelt werden oder verfügbar gemacht werden können, und deren Marktmechanismen umgangen werden können, eine eigene Flatrate zur Kompensation eingeführt werden? Oder nur für die Musikindustrie? [...]

Die Kulturflatrate klingt nur gut, solange man nicht über den ersten Gedanken "Toll, legal Musik von Tauschbörsen herunterladen!" hinausdenkt. Mit jedem weiteren Gedanken zum Thema sollte der Irrsinn eines solchen Vorhabens offensichtlich werden.²⁶⁶

Und der Blogger 11k2 schlägt vor, einfach das Urheberrecht in seiner ursprünglichen Form zu beachten: Vergütung bei kommerzieller Nutzung :

Die Lösung, die wir hier verzweifelt suchen, heisst nicht "Kulturflatrate", sondern "Pauschalabgabe", und muss eingeführt werden, weil im Internet eine weder technisch noch juristisch verhinderbare private Nutzung erfolgt, von welcher die Anbieter von Hardware, Software und vor allem Dienstleistungen profitieren. Zur Erklärung: Die seit langem existierende Pauschalabgabe auf CD-Rohlinge (und andere Kopierme-

266 Netzwertig.com (Marcel Weiss, 19.01.09): Eine schlechte Idee, die sich hartnäckig hält. Online: <http://netzwertig.com/2009/01/19/kulturflatrate-eine-schlechte-idee-die-sich-hartnaeckig-haelt/> (19.09.09)

*dien) wird nicht deshalb erhoben, weil der Fan "umsonst kopiert" (das darf er nämlich), sondern weil die Hersteller von CD-Brennern und Leermédien (und Vergleichbarem) damit Geld verdienen, also mittelbar mit der kreativen Leistung des Urhebers.*²⁶⁷

Die *Piratenpartei* hat sich schon mehrfach gegen eine Kulturfltrate (KFR) ausgesprochen, so z. B. der EU-Abgeordnete Christian Engström, für den die Kulturfltrate lediglich ein weiteres System zur Gebührenerhebung ist, das schlicht nicht nötig sei, da die Menschen trotz aller Schwarzmalerei weiterhin viel Geld in Musik und Filme investierten.²⁶⁸ Oder der stellvertretende Bundesvorsitzende Andreas Popp:

*Nicht nur weil die KFR eine Zwangsabgabe ist, die von der Idee her eigentlich nichts anderes ist, wie die GEZ-Gebühr auf Computer, sondern weil es schlicht und ergreifend nicht darum geht, ein per Gesetz geschaffenes Verwertungsmodell durch ein anderes zu ersetzen. Wenn wir Wissen und Kultur wirklich befreien wollen, dann müssen wir auch den Schaffenden hier mehr Eigenverantwortung aufbürden und den Gesetzgeber mehr aus der Sache rausnehmen.*²⁶⁹

Allerdings gibt es in der Partei auch andere Stimmen, die - zwar zumeist unter Bauchschmerzen aber immerhin - die Kulturfltrate als „das einzige Modell das die Kernforderung einer fairen und vor allem ausreichenden Künstlervergütung wenigstens weitgehend erfüllt“ sehen.²⁷⁰

Da es noch keine einheitliche Meinung zu den alternativen Vergütungsmodellen bei der *Piratenpartei* gibt, gilt dies auch für die Kulturfltrate. Die offizielle Position, die diese Alternative ablehnt ist aber keinesfalls in Stein gehauen. Realistischere Positionen sehen durchaus

267 11k2 (28.08.09): Kulturfltrate: So wirts gemacht. Online: <http://11k2.wordpress.com/2009/08/28/kulturfltrate-so-wirds-gemacht/> (19.09.09)

268 Gruene.de (04.08.09): Gegen die Überwachungsunion. Interview. Online: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/gegen-die-ueberwachungsunion.html> (11.09.09)

269 Andis Blog (Andreas Popp, 05.08.09): Die Grünen und die Kulturfltrate. Online: <http://andipoppp.wordpress.com/2009/08/05/die-grunen-und-die-kulturfltrate/> (19.09.09)

270 Piraten-Denkstube (25.06.09): Legalisierte Privatkopie: Wie könnte man die Schaffenden vergüten? Online: <http://piratendenkstube.wordpress.com/2009/06/25/legalisierte-privatkopie-wie-konnte-man-die-schaffenden-verguten/> (19.09.09)

auch die Vorteile der Flatrate, zumindest als Übergangslösung. Die Diskussion jedenfalls ist sehr vital und vielschichtig und kann z. B. auf den Diskussionsseiten der Piratenparteiwebsite²⁷¹ verfolgt werden, wo sich sogar eine Seite mit der These beschäftigt, die Einführung einer Kulturflatrate sei letztlich unvermeidlich.²⁷² Ergebnis: offen.

3.2.4 Sonderfall Software

Software wurde nach einer EU-Richtlinie 1993 in das Deutsche Urhebergesetz aufgenommen und genießt einige Sonderrechte, auch oder gerade was die Privatkopie betrifft: Während bei Musik-CDs bis zu sieben Privatkopien von verschiedenen Instanzen als angemessen bezeichnet wurden und die Weitergabe im Freundes- oder Verwandtenkreis im begrenzten Maße durchaus erlaubt ist, darf von einer Software nur eine Sicherungskopie gemacht werden. Die Weitergabe einer Kopie ist verboten, nur Original-Datenträger dürfen weitergegeben werden - aber nur, wenn gleichzeitig die Version auf dem eigenen Computer gelöscht wird. Die *Piratenpartei* fordert in ihrem Programm:

*Wir lehnen einen Sonderstatus von Software im Urheberrecht ab, sofern dieser nicht technisch bedingt ist (zum Beispiel zur Wahrung der Interoperabilität). Dies beinhaltet insbesondere die Ablehnung von Privilegien wie zum Beispiel die Einschränkung der Nutzung und Vervielfältigung von Software, die auch über die Regelungen für andere Werksformen hinausgehen.*²⁷³

Im Grunde ist die Situation mit der eben diskutierten vergleichbar, allerdings hat Software auch ein paar Eigenschaften, die sie von Musik, Film und Text unterscheidet. Dass hier eine eigene Problematik vorliegt, soll folgendes Beispiel zeigen:

Richard Stallman steht keinesfalls unter dem Verdacht, ein Befürworter eines restriktiven Urheberrechtes zu sein. Stallman arbeitete bis 1983 am *Massachusetts Institute of Technology* (MIT). Zunächst herrschte dort im Umgang mit Software ein freier und reger Austausch zwischen Entwicklern und Nutzern. Anfang der 80er Jahre aber begannen Unternehmen damit, Software unter stark beschränkenden Lizenzen zu

271 <http://wiki.piratenpartei.de/Kulturflatrate>

272 http://wiki.piratenpartei.de/Beweis_f%C3%BCr_die_KFR

273 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online:
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

veröffentlichen und den Quelltext geheim zu halten. Um dem entgegen zu wirken, begann Stallman eine freie Software zu entwickeln, die die Möglichkeit des Tauschens ausdrücklich gewährleisten sollte. In einem Manifest betonte er seine Motive:

Ich glaube, dass es eine goldene Regel ist, dass man ein Programm, das man mag, mit denen, die es ebenfalls mögen, teilen sollte. Die Software-Anbieter aber wollen die Nutzer isolieren und beherrschen, und die Anwender zwingen, nicht mit anderen zu teilen. Ich weigere mich, die Solidarität mit anderen Anwendern in solcher Weise zu brechen. Ich kann eine solche Geheimhaltungsvereinbarung und Lizenzvertrag nicht mit gutem Gewissen unterzeichnen.²⁷⁴

1985 gründete er die *Free Software Foundation* (FSF, deutsch: Stiftung für freie Software), eine gemeinnützige Organisation, die freie Software und deren Entwicklung fördert. Und eben diese Stiftung gibt eine besondere Lizenz, die GNU General Public License (GPL) heraus, mit der freie Software lizenziert werden kann.

Selbstverständlich kann man ein Programm vollkommen frei veröffentlichen, also auf jedes *Copyright* („Kopierrecht“) verzichten. Dann ist es auch erlaubt, dass ursprüngliche Programm ohne jede Beschränkung zu verteilen und auch zu verändern. Es besteht in so einem Fall jedoch die Gefahr, dass „unkooperative Leute“ die eigentlich freie Software modifizieren und in proprietäre, also kostenpflichtige Software umwandeln. Um diesen Missbrauch zu verhindern, können die Programme unter das sogenannte *Copyleft* gestellt werden.²⁷⁵



Mit diesem Wortspiel wird durch das Vertauschen der englischen Begriffe „rechts“ und „links“ ein Gegensatz erkennbar, der durch die zweite Bedeutung des englischen Wortes „left“, im Sinne von „überlassen“ noch deutlicher wird. Während das Copyleft das Recht zum Kopieren grundsätzlich erlaubt, wird es durch das Copyright grundsätzlich verboten. Das Copyleft garantiert den freien Zugang zu

274 The GNU-Manifesto. Online: <http://www.gnu.org/gnu/manifesto.html> (3.8.09, Übersetz. v. A.)

275 Was ist das Copyleft? Online: <http://www.gnu.org/copyleft/copyleft.de.html> (3.8.09)

notwendigen Informationen, da beispielsweise der Quelltext zwingend öffentlich gemacht werden muss. Wenn man ein Programm unter einer Copyleft-Lizenz weitergibt, dann müssen auch alle anderen, die im Nachhinein mit der Software arbeiten, dieselben Freiheiten wie der vorige Anwender genießen.

Das Copyright schützt also die Exklusivrechte der Urheber, indem es alle Anderen unter Strafandrohung davon ausschließt. Demgegenüber beschützt das Copyleft die Freiheit der Anwender, urheberrechtlich geschützte Werke so zu nutzen, als ob es gar kein Urheberrecht gäbe. Das Copyleft-Prinzip bedarf also des Urheberrechts in seiner bestehenden Form.

Was aber, wenn das Urheberrecht tatsächlich nach den Vorstellungen der *Piratenpartei* modifiziert wird? Gegenwind bekommen die PI-RATEN nun ausgerechnet von jenem Richard Stallman, der grundsätzlich den Forderungen der Partei positiv gegenüber steht. Denn Stallman hält die bisherigen Pläne der schwedischen Piratenpartei, das Urheberrecht einzuschränken, auch und gerade für freie Software für bedrohlich.²⁷⁶

Da die GPL und ähnliche Lizenzen auf dem Copyright aufbauen, um es reziprok zu verwenden, profitieren diese Copyleft-Lizenzen selbstverständlich auch von den langen Schutzfristen, die das derzeitige Urheberrecht gewährt. Würde der Schutz bereits nach fünf Jahren auslaufen, wären auch die unter den Copyleft-Lizenzen stehenden Programme vollkommen frei, könnten beliebig verwendet werden und eben auch in proprietäre und kommerzielle Software umgewandelt werden.

Umgekehrt hieße das aber noch lange nicht, dass proprietäre Software nach Ablauf des Copyrights problemlos in freie Software eingebaut werden könne. Einerseits kann Software auch durch die sogenannten Endbenutzer-Lizenzvereinbarungen (EULA, engl. End User License Agreement) geschützt sein. Dann stünde der Quellcode nicht zur Verfügung, eine Wartung wäre mehr oder weniger unmöglich. Auch gäbe es keine Funktionskontrolle mehr, im schlimmsten Fall könnte eine solche Software nach Ablauf des Copyrights ungestraft ihre Arbeit einstellen.

Die derzeitigen Forderungen der *Piratenpartei* würden, so Stallman, Entwicklern proprietärer Software zwar den Zugriff auf alle freie Soft-

276 Stallman, Richard (26.7.09): How the Swedish Pirate Party Platform Backfires on Free Software. Online: <http://www.gnu.org/philosophy/pirate-party.html> (4.8.09)

ware ermöglichen, für die freien Entwickler dagegen wären die Pläne jedoch kontraproduktiv, ihnen bliebe der Zugang zu den proprietären Programmen verwehrt.

Zudem trage das Copyright laut Stallman auch dazu bei, die Bedrohung freier Software durch Patente zu reduzieren: es verhindere, dass ein Programm durch Softwarepatente effektiv unfrei werden kann. Die *Piratenpartei* wolle zwar Patente völlig abschaffen, aber solange dies nicht umgesetzt sei, dürfe auch der Copyright-Schutz nicht verloren gehen.

Wie die *Piratenpartei* mit den Bedenken eines Pioniers für freie Software umgehen wird, ist ungewiss. Einen Vorschlag, die Schutzfrist für freie Software gegenüber proprietärer explizit zu verlängern, um die erwähnten Nachteile auszugleichen, sei von der schwedischen Parteiführung bereits verworfen worden, diese habe sich gegen Ausnahmeregelungen ausgesprochen.

Stallman hat nun zwei weitere Vorschläge in die Diskussion eingebracht, da es auch in seinem Interesse ist, das Urheberrecht zu reformieren. Zum einen müsste bei einer Beschränkung des Copyrights auf fünf Jahre gewährleistet sein, dass die proprietäre Software nach Ablauf der Schutzfrist ebenfalls gemeinfrei werde. Um dies sicherzustellen, müsste der Quellcode dieser Software zeitgleich mit der Veröffentlichung bei einer Behörde hinterlegt werden, um sie dann nach fünf Jahren auch freigeben zu können. Alternativ schlägt er vor, die Schutzfrist einer Software daran zu koppeln, wieviel Freiheiten eine Publikation bietet: je mehr freie Rechte desto längere Schutzfristen. Dadurch wäre die freie Software nur noch ein Spezialfall einer allgemeineren Regelung und keine Ausnahmeregelung mehr. Ob die Partei auf diese Vorschläge eingeht, ist offen.

3.3 Weitere politische Forderungen

3.3.1 Reform des Patentrechts

Der Komplex Software spielt auch in ein verwandtes Thema mit hinein: das Patentrecht. Nach Meinung der *Piratenpartei* erfülle das heutige Patentsystem in vielerlei Hinsicht nicht mehr seinen ursprünglichen Zweck, Innovationen zu fördern. Im Gegenteil erweise es sich immer öfter als Innovationshemmnis, das den technischen und ökonomischen Fortschritt und auch wirtschaftlichen Erfolg behindere. Die Informationsgesellschaft sei heutzutage weniger von technischen Erfindungen als von Wissen und Information und deren Erschließung abhängig:

Wir PIRATEN lehnen Patente auf Software und Geschäftsideen ab, weil sie die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern, weil sie gemeine Güter ohne Gegenleistung und ohne Not privatisieren und weil sie kein Erfindungspotential im ursprünglichen Sinne enthalten. Die gute Entwicklung klein- und mittelständischer IT-Unternehmen in Deutschland und ganz Europa hat beispielsweise gezeigt, dass auf dem Softwaresektor Patente völlig unnötig sind.

Aus diesen Gründen dürfe man auch keine Bio-Patente z. B. auf Saatgut und Gene erteilen. Der "Privatisierung" dieser "Grundlage menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebens ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten." Entsprechend fordert die Partei die "Formulierung eines uneingeschränkten 'Nachbaurechtes'", damit die natürlichen Verhältnisse nicht weiter auf den Kopf gestellt werden. Kritisch werden auch pharmazeutische Patente beäugt, die "ethische Bedenken" gerade in Bezug auf die Situation in den Entwicklungsländern erzeugen und als eine "treibende Kraft für die steigenden Kosten im öffentlich finanzierten Gesundheitssystem" identifiziert wurden.

Die PIRATEN verlangen deswegen eine Studie über den ökonomischen Einfluss pharmazeutischer Patente, die andere Systemen zur Finanzierung medizinischer Forschung und Alternativen zum gegenwärtigen System berücksichtige.²⁷⁷

277 Wahlprogramm der Piratenpartei. Online:
http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm (18.09.09)

Aus der Aufhebung des Patentschutzes ergäben sich zudem folgende Vorteile:

- *Gemeinsame Verbesserung und Weiterentwicklung: Entwickelt das "nachahmende" Unternehmen die Erfindung weiter und verbessert sie, so profitiert davon automatisch auch das Unternehmen das die Erfindung ursprünglich gemacht hat; durch das bereits vorhandene Know-How ist es für das erste Unternehmen viel einfacher die Verbesserungen zu übernehmen, als für das zweite Unternehmen, die ursprüngliche Erfindung zu kopieren*
- *Bessere Verbreitung: Dadurch, dass die Erfindung von mehreren Unternehmen eingesetzt wird, wird sie zum Standard, die Chancen dass sich die Entwicklung gegen andere Standards durchsetzen kann ist höher, das Risiko einen "Flop" zu entwickeln und in diesen zu investieren ist dadurch geringer*
- *Bessere Qualität: dadurch dass die Erfindungen von allen Unternehmen eingesetzt werden können, haben die Produkte aller Unternehmen eine höhere Qualität*
- *Bessere Forschungs- und Entwicklungsmöglichkeiten: Da auf eine große Menge von Entwicklungen zurückgegriffen werden kann, auf die neue Entwicklungen aufsetzen können, besteht kein Interesse daran, die Erfindungen anderer Unternehmen zu umgehen²⁷⁸*

Die innerparteiliche Diskussion wird hier weniger intensiv und nicht so leidenschaftlich wie beim Urheberrecht betrieben. Die Argumente erscheinen auch noch nicht ganz so ausgereift, ein Konsens abgesehen von der Tatsache, dass Reformen nötig sind, ist noch nicht gefunden. Patentrecht ersatzlos abschaffen oder durch ein Urheberrecht für Erfindungen ersetzen, einige Patente verbieten, einige nur verändern, alles ist möglich. Immerhin wird auf der Diskussionsseite auf einige positive Aspekte des geltenden Patentrechts hingewiesen:

Dieser Punkt wird in der Regel bei Patentdiskussionen übersehen, aber das gibt es tatsächlich: Patente bieten auch Vorteile für die Allgemeinheit. Die Patentschrift incl. Zeichnungen trägt dazu bei, den Stand der Technik zu dokumentieren, in den meisten Ländern ist diese für jeden kostenlos und öffentlich einsehbar, mittlerweile auch im Internet [...].

278 Webseite Piratenpartei: Politik - Patente: Online:
<http://www.piratenpartei.de/navigation/politik/patente> (18.09.09)

Eine solche Dokumentation ist für Entwickler sehr wichtig, weil sie sich dadurch leicht darüber informieren können, welche Erfindungen in ihrem Spezialgebiet schon getätigt wurden und weil sie dadurch nicht Zeit damit vergeuden, Lösungen zu suchen, die schon längst gefunden wurden. Außerdem sind solche Veröffentlichungen für die Erforschung der Technikgeschichte sehr wichtig.

Durch das Patentrecht ergibt sich außerdem folgender Vorteil: beim Erteilungsverfahren prüft der Patentprüfer vom Patentamt, dass es diese Erfindung nicht bereits gab. Nach der Veröffentlichung des erteilten Patents kann außerdem ein Inhaber eines älteren Patents binnen drei Monaten Einspruch einlegen. Dadurch ist zwar noch nicht hundertprozentig gewährleistet, dass die Erfindung nie zuvor irgendwo gemacht wurde, wodurch das Patent nichtig würde. Aber es ist bereits eine recht gute Absicherung, und die Patentschrift lässt sich für eine weitere Forschung ziemlich gut verwenden - dort werden andere Werke zitiert, die Erfindung klar dargestellt usw.

Sollte man also das Patentrecht abschaffen oder durch ein anderes Recht ersetzen wollen, müsste man anderweitig dafür sorgen, dass der Stand der Technik auch in Zukunft gut dokumentiert wird.²⁷⁹

Insgesamt ist der Diskussionsbedarf noch sehr hoch, aber immerhin hat man ja einen kaum erwarteten Verbündeten, hat doch der Papst im Juli 2009 kritisiert, die reichen Länder übertrieben es mit ihrem Wissensschutz bisweilen, besonders im medizinischen Bereich.²⁸⁰

3.3.2 Open Access

Open Access (engl. offener Zugang) ist der freie Zugang zu wissenschaftlicher Literatur und anderen Materialien im Internet. Ein Dokument, das unter *Open-Access*-Bedingungen publiziert wurde, kann von jedem Menschen mit Internetzugang kostenlos und ohne weitere Erlaubnis des Urhebers gelesen, heruntergeladen, gespeichert, gedruckt oder wie auch immer genutzt werden.

279 Piratenpartei-Wiki (26.08.09)

http://wiki.piratenpartei.de/Hintergrundinformationen_zum_Patentrecht

280 heise online (08.07.09): G8-Gipfel: Papst warnt vor „übertriebenem Wissensschutz“. Online: <http://www.heise.de/newsticker/G8-Gipfel-Papst-warnt-vor-uebertriebenem-Wissensschutz--/meldung/141742> (19.09.09)

Anfang der 1990er Jahre stiegen die Publikationskosten für wissenschaftliche Werke an, während die öffentlichen Bibliotheken über gleichbleibende oder schrumpfende Etats klagten. In diesem Zusammenhang formierte sich die *Open-Access-Bewegung* mit dem Ziel, dass wissenschaftliche Publikationen als Ergebnisse einer öffentlich geförderten Forschung der Öffentlichkeit wiederum kostenfrei zur Verfügung gestellt werden sollen. Demgegenüber bedeutete die bisherige Praxis eine Privatisierung des von der Allgemeinheit finanzierten Wissens. *Open Access* soll verhindern, dass dieses Wissen praktisch ein weiteres Mal, beispielsweise durch öffentliche Bibliotheken, von der Gesellschaft bezahlt werden muss, das heißt, von kommerziellen Verlagen, die sich die Nutzungsrechte durch die Publikation von den Autoren gesichert haben, zurückgekauft werden muss. Beabsichtigt ist auch, dass Wissenschaftler mit niedrigem Budget nun nicht mehr aus monetären Gründen vom wissenschaftlichen Diskurs ausgeschlossen werden.



*Mit öffentlichen Geldern geförderte Arbeit muss aber auch der Öffentlichkeit zugute kommen. Noch immer sind viele wissenschaftliche Erkenntnisse nur gegen Bezahlung erhältlich, und das, obwohl dank moderner Technik die Reproduktion der Werke praktisch kostenlos erfolgen kann. Dieses Problem ist auch vielen Wissenschaftlern bewusst, die daher zunehmend dazu übergehen Arbeiten als Open-Access-Publikationen zu veröffentlichen und damit einen dauerhaften kostenfreien Zugang zu den Ergebnissen ihrer Forschung sicherzustellen. Diesen Trend möchten die PIRATEN unterstützen, da wir glauben, dass ein leichter Zugang zu Wissen zu erfolgreicherer Forschung und mehr Innovation führen wird und darüberhinaus sogar weltweit eine wohlförderungsfördernde Wirkung entfaltet.*²⁸¹

Die Piratenpartei fordert daher erstens:

281 Wahlprogramm der Piratenpartei. Online:
http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm (18.09.09)

die Zugänglichmachung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access. Wir sehen es als Aufgabe des Staates an, dieses Prinzip an den von ihm finanzierten und geförderten Einrichtungen durchzusetzen.

Und zweitens:

die Einbeziehung von Software und anderen digitalen Gütern, die mit öffentlichen Mitteln produziert wird, in das Open-Access-Konzept. Werke, die von oder im Auftrag von staatlichen Stellen erstellt wird, soll der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Der Quelltext von Software muss dabei Teil der Veröffentlichung sein. Dies ist nicht nur zum direkten Nutzen der Öffentlichkeit, sondern auch die staatlichen Stellen können im Gegenzug von Verbesserungen durch die Öffentlichkeit profitieren (Open-Source-Prinzip/Freie Software). Weiterhin wird die Nachhaltigkeit der öffentlich eingesetzten IT-Infrastruktur verbessert und die Abhängigkeit von Softwareanbietern verringert.²⁸²

Die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen, dem u.a. die Alexander von Humboldt-Stiftung, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft die Max-Planck-Gesellschaft angehören, hat die Wissenschaftler aufgerufen, primär oder wenigstens zusätzlich *Open-Access* als Publikationsform zu wählen. Damit werde ein einfacher Zugang zu diesen Publikationen ermöglicht und die öffentliche Hand finanziell weniger belastet.²⁸³ Der eingangs bereits erwähnte Heidelberger Appell, der auch gegen die *Google* Buchsuche argumentierte, hat diesen Aufruf der Wissenschaftsorganisationen „grundgesetzwidrige“ Folgen attestiert: diese „Nötigung zur Publikation in einer bestimmten Form“ diene „nicht der Verbesserung der wissenschaftlichen Information.“²⁸⁴

Obwohl auch viele Künstler den Heidelberger Appell unterzeichnet haben, kann davon ausgegangen werden, dass diese sich eher um die

282 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online: <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

283 Berlin Declaration on Open Access to Knowledge in the Sciences and Humanities (20.-22.10.03). Online: <http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/berlindeclaration.html> (20.09.09)

284 Heidelberger Appell. Online: <http://www.textkritik.de/urheberrecht/appell.pdf> (08.09.09)

Missetaten des Giganten Google sorgen als um die deutsche Wissenschaft. Die Aussicht auf ein zusätzliches, weltweit abrufbares und günstiges Publikationsmodell kann eigentlich nur die wissenschaftlichen Verlage betrüben.

3.3.3 Freier Zugang zu ... anderen Themen

Für mehr und bessere Bildung einzutreten ist einerseits ein dankbares Themenfeld, weil dem wohl niemand ernsthaft widersprechen kann, andererseits ist es nicht gerade ein spektakulärer Wählermagnet, auch die übrigen Parteien tummeln sich in diesem Gebiet (allerdings auch nicht unbedingt origineller). Die Bildungsschwerpunkte im Wahlprogramm der *Piratenpartei* sind:

Bildung in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft (das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung)

Die öffentliche Bildungsinfrastruktur (freier Zugang zu Bildungseinrichtungen = keine Bildungsgebühren, dafür Lehrmittelfreiheit, durch „die Verwendung und das Schaffen von freien Werken zur Vermittlung von Wissen“)

Bildung als individueller Prozess (keine starren Lehr- und Stundenpläne, keine Kopfnoten)

Demokratisierung der Bildungseinrichtungen (angemessene Einflussnahme des Lernenden auf die Bildungseinrichtung)²⁸⁵

Diese doch eher wenig revolutionären Forderungen werden flankiert von einem Meer an Phrasen („Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft“), die auch in den Programmen der oft als Offline-Parteien verspotteten Politikkonkurrenten ihren Platz haben.

Freier Zugang steht auch hinter dem Topos Infrastrukturmonopole:

Straßen-, Schienen- und Stromnetze sowie Wasserwege gelten als natürliche Infrastrukturmonopole. Der Zugang zu diesen Teilen der Infrastruktur ist für unsere Gesellschaft überlebenswichtig, gleichzeitig sind sie durch ihre Singularität extrem anfällig für Wettbewerbsverzerrung. Nur wenn der Staat, als einzig öffentlich kontrollierbare Instanz, der

285 Wahlprogramm der Piratenpartei. Online:
http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm (18.09.09)

Betreiber solcher Netze ist, kann sichergestellt werden, dass die von uns geforderten Ansprüche erfüllt werden.

Für privatwirtschaftlich betriebene Infrastrukturmonopole gelte, dass

für alles, was Infrastrukturen betrifft, Gemeinnützigkeit und Transparenz als Auflage vorgeschrieben sein. Dies gilt insbesondere für die Betreiber. Der Staat ist für Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit verantwortlich, um hohe Versorgungssicherheit, Effizienz und Nachhaltigkeit zu garantieren. Die Zugänge zu jeglicher Infrastruktur müssen sowohl für Produzenten und Anbieter als auch für Nutzer und Konsumenten möglichst unlimitiert und barrierefrei sein. [...] Es ist durch geeignete, öffentlich kontrollierbare und transparente Kontrollinstanzen seitens des Staates dafür Sorge zu tragen, dass die für Infrastruktur geltenden Regeln eingehalten werden. In Fällen, in denen diese Kontrollinstanzen versagen und Abhilfe auch nicht durch Auflagen, Verordnungen und Gesetze mit einem verhältnismäßigen und endlichen Aufwand erreicht werden kann, ist diese Infrastruktur zu verstaatlichen.²⁸⁶

Diese Passagen aus dem Wahlprogramm hatten im Parteiprogramm noch keine Entsprechung. Dort ist als einzig angesprochenes Infrastrukturmonopol das Internet erwähnt und alles dreht sich auch um das Netz. Demnach müssten Kommunikationsmonopole verhindert werden und: „Das elektromagnetische Spektrum muss einer breiten, zivilen, demokratischen Nutzung zur Verfügung stehen.“ Darüber hinaus zerstöre die Kontrolle der kommunizierten Information die Grundlagen einer funktionierenden Demokratie. Jedwede Zensurbestrebungen seien zu verhindern,

der Möglichkeit der Installation von Filtern muss aktiv vorgegriffen werden. Die Freiheit der Kommunikation darf durch die Bundesrepublik Deutschland auch außerhalb ihres Territoriums nicht unterminiert werden: Zensurbestrebungen fremder Staaten dürfen in keiner Form unterstützt werden. Initiativen – politischer wie technischer Natur – zur Untergrabung von Filtersystemen sind im Rahmen außenpolitischer Möglichkeiten zu unterstützen.²⁸⁷

286 Wahlprogramm der Piratenpartei. Online: http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm (18.09.09)

287 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online: <http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

Auch der Wunsch nach Transparenz entspringt letztlich der Idee nach freiem Zugang, diesmal zu staatlichen Entscheidungen. Im Parteiprogramm noch als eigener Punkt aufgeführt, findet sich die Transparenz im Wahlprogramm plötzlich inmitten anderer Forderungen zu mehr Demokratie wieder.

Verwaltung und Politik müssen endlich auch in der Hinsicht ihrer Transparenz gegenüber dem Bürger ihren Dienstleistungscharakter anerkennen und sich grundlegend darauf ausrichten, einen Informationszugang für die Bürger effizient, komfortabel und mit niedrigen Kosten zu ermöglichen.

Insbesondere für eine Bewertung politischer Entscheidungsträger ist es unabdingbar, dass die Grundlagen politischer Entscheidungen transparent gemacht werden. Negative Beispiele dafür sind die Geheimhaltung des Mautvertrages vor dem Souverän und seinen gewählten Vertretern, sowie die undemokratische Einführung von Wahlmaschinen, die geeignet sind, das primäre Element der Demokratie, die Wahl, zu beschädigen.

Die Piratenpartei will in diesem Sinne auf die Transparenz aller staatlichen Prozesse hinwirken und fordert daher:

- *Jeder Bürger hat unabhängig von der Betroffenheit und ohne den Zwang zur Begründung das Recht auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung, Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen. Dies gilt ebenso für schriftliches Aktenmaterial wie digitale oder andere Medien.*
- *Seine Schranken findet dieses Recht in den Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, der nationalen Sicherheit, zur Verhinderung von Straftaten und ähnlichem. Diese Ausnahmeregelungen sind möglichst eng und eindeutig zu formulieren und dürfen nicht pauschal ganze Behörden oder Verwaltungsgebiete ausgrenzen.*
- *Die Auskunftsstelle ist verpflichtet, zeitnah und in einer klaren Kostenregelung, Zugang in Form einer Akteneinsicht oder einer Materialkopie zu gewähren, um eine breite, effiziente Nutzung der Daten zu ermöglichen.*
- *Die Verweigerung des Zugangs muss schriftlich begründet werden und kann vom Antragsteller, sowie von betroffenen Dritten gericht-*

lich überprüft werden lassen, wobei dem Gericht zu diesem Zweck voller Zugang durch die öffentliche Stelle gewährt werden muss.

- Alle öffentlichen Stellen sind verpflichtet, sowohl regelmäßig Organisations- und Aufgabenbeschreibungen zu veröffentlichen, einschließlich Übersichten der Arten von Unterlagen, auf die zugegriffen werden kann, als auch einen jährlichen öffentlichen Bericht über die Handhabung des Auskunftsrechts.²⁸⁸

Um Missverständnissen vorzubeugen, wird im Wahlprogramm ergänzt: „Eine demokratische Gesellschaft braucht einen transparenten Staat und keine gläsernen Bürger.“ Zudem haben hier als konkrete Forderungen die Offenlegung der Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten von Amts- und Mandatsträgern („Nur wenn der Bürger weiß von wem die genannten Personen bezahlt werden und für wen sie arbeiten kann er sich ein vollständiges Bild über deren Unabhängigkeit oder ggf. deren Abhängigkeit machen.“) und die Begrenzung von Neben- und Folgetätigkeiten von Amtsträgern („dürfen neben ihrem Amt und wenigstens 2 Jahre nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit nicht in Unternehmen, Vereinen oder Verbänden tätig sein, die direkt durch die Amtstätigkeit betroffen sind.“) Eingang gefunden.²⁸⁹

Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass hier Themenfelder gesucht wurden, deren Problemstellungen ebenso wie deren formulierte Ziele aus der Forderung nach Open Access abgeleitet werden konnten; bei denen man keine relevanten Aussagen machen musste; die innerhalb der Partei schnell konsensfähig waren und somit alles in allem geeignet sind, die zur Schau gestellte Themenarmut etwas abzumildern. Eine Wahl ist mit keinem dieser Themen zu gewinnen.

3.3.4 Die Bürgerrechte

Vergleicht man das Parteiprogramm der Piratenpartei, das im Wesentlichen aus dem Jahre 2006 stammt (Bildung wurde 2009 hinzugefügt) mit dem Wahlprogramm von 2009, fällt auf, dass sich die Schwerpunkte doch ganz erheblich verschoben haben.

288 Parteiprogramm der Piratenpartei. Online:
<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm> (18.09.09)

289 Wahlprogramm der Piratenpartei. Online:
http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlprogramm (18.09.09)

2006 setzte sich die Hälfte der Programmpunkte mit immaterialgüterrechtlichen Fragen auseinander, 2009 ist es noch einer: Urheber- und Patentrecht plus Open Access sind in einem Punkt zusammengefasst und in der Prioritätenskala von ganz vorne ins hintere Mittelfeld abgerutscht. Das Wahlprogramm hat gedruckt oder als PDF 20 inhaltliche Seiten, die das Programm vorstellen. Den Immaterialgüterrechten sind vier Seiten gewidmet, den Bürgerrechten dreizehn. Die Hälfte der Themenpunkte im Wahlprogramm wird nun von bürgerrechtlichen Fragen besetzt.

Damit ist schnell klar, womit die Piratenpartei glaubt, im Wahlkampf punkten zu können. Die Diskussion um die Netzsperrern hat sie groß werden lassen und auf diesem Feld gedenkt sie sich zu profilieren. Ganz offensichtlich traut sie der Urheberrechtproblematik nicht - wie ihre schwedische Schwester - die große Durchschlagskraft zu. Dieses Thema hat in Deutschland einfach nicht dieselbe Bedeutung wie in Schweden.

So beschäftigen wir uns beispielsweise noch intensiver mit der Bürgerrechtsthematik als unsere schwedische Schwesterpartei, zum Beispiel im Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung.²⁹⁰

In Interviews stellte Jens Seipenbusch klar, wo die Prioritäten der deutschen Piraten lägen: „Es geht uns primär um Bürgerrechte im digitalen Zeitalter.“²⁹¹ Und: „Die allerwichtigste Position ist die Verteidigung von Bürgerrechten im Grundgesetz, weil wir da auch die größte Bedrohung für die Gesellschaft insgesamt sehen.“ In der Konsequenz hieße das:

Wir fordern ganz klar eine Prüfung der in den letzten Jahren erlassenen Gesetze der Sicherheitspolitik. Einige der Gesetze sind ja sozusagen vor der großen öffentlichen Debatte um dieses Feld entstanden oder auch im Schatten furchtbarer Terroranschläge durchgedrückt worden.

Insbesondere die Privatsphäre muss endlich als juristisches Positivum definiert werden, das schützenswert ist. Im Bereich Datenschutz müssen

290 zit. nach Spiegel Online (10.06.09): „So eine Alternative suchen viele Leute“. Interview. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,629533,00.html> (20.09.09)

291 zit. nach spreerauschen.net (02.09.09): „Es geht um Bürgerrechte im digitalen Zeitalter“. Interview. Online: <http://spreegurke.twoday.net/stories/5827307/> (20.09.09)

wir von einer Verteidigungshaltung aus in die Offensive gehen, da es sonst keine Chance gibt, gegen die nahende Totalüberwachung im Sinne eines gläsernen Bürgers etwas auszurichten. Datensparsamkeit und Zweckbindung sowie wirklich unabhängige Datenschutzbeauftragte mit Sanktionsbefugnissen sind die Mittel der Wahl. Datenverwendung und Speicherung, die nicht explizit erlaubt ist, muss als verboten gelten. Zumindest für die Akteure von Staat und Wirtschaft, die ja gezeigt haben, dass sie sich von weniger deutlichen Vorschriften nicht beeindrucken lassen in ihren Aktionen.²⁹²

Und sein Vize Andreas Popp ergänzte:

Wir befinden uns mitten im Wandel zum Informationszeitalter und wir wollen diesen Wandel so gestalten, dass dabei nicht die Grundrechte der Bürger unter die Räder kommen. Ein wichtiger Teil dabei ist natürlich, die Grundrechte wie z. B. den Schutz der Vertraulichkeit von Kommunikation auch in der Zukunft zu gewährleisten, dies betrifft das Telefonieren mit Handys ebenso wie das Versenden von E-Mails. Neben dieser Übertragung von Bürgerrechten auf neue Techniken wehren wir uns auch dagegen, dass der Staat und die Wirtschaft uns mit diesen Techniken immer stärker überwacht. Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung wollen wir gegen solche Angriffe verteidigen.²⁹³

Im Wahlprogramm folglich nehmen die drei Kapitel zum Thema Bürgerrechte einen zentralen Raum ein:

Kapitel 1 - Grundgesetz bewahren

Die grundlegenden Rechte jedes einzelnen Menschen sind das höchste Gut und Ausdruck unserer Menschlichkeit. [...] Wir kämpfen dafür, die Menschenrechte national wie international durchzusetzen. [...] Gemeinsam mit den Menschenrechten bilden die Bürgerrechte die Grundrechte der Bürger, die sich im deutschen Staat zusammengefunden haben. Wir stehen hinter dem Grundgesetz in der grundsätzlichen Form, wie es unsere Gründungsvater 1949 ausgearbeitet haben. Insbesondere

292 zit. nach spreerauschen.net (02.09.09): „Es geht um Bürgerrechte im digitalen Zeitalter“. Interview. Online: <http://spreegurke.twoday.net/stories/5827307/> (20.09.09)

293 zit. nach spreerauschen.net (02.09.09): „Es geht um Bürgerrechte im digitalen Zeitalter“. Interview. Online: <http://spreegurke.twoday.net/stories/5827307/> (20.09.09)

lehnen wir Änderungen an dem die Grundrechte umfassenden ersten Abschnitt (Art.1 bis 19) kategorisch ab, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese immer nur zu einem Abbau von Bürgerrechten führen. Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und eine stärkere Beachtung der Grundrechte ein und will die Bürgerrechte insbesondere auch gegenüber dem sie bedrohenden Staat bzw. dessen Einrichtungen verteidigen.

Kapitel 2 - Privatsphäre und Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen, die freie Meinungsäußerung, demokratische Teilhabe und in der Folge unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform, die in der Vergangenheit auch unter Einsatz zahlloser Menschenleben erkämpft und verteidigt wurde.

Jeder einzelne Schritt auf dem Weg zum Überwachungsstaat mag noch so überzeugend begründet sein - doch als Deutsche und Europäer wissen wir aus Erfahrung, wohin dieser Weg führt. Diesen Entwicklungen stellen wir uns entschieden entgegen und sagen dem Überwachungsstaat den Kampf an.

Das Recht auf Wahrung der Privatsphäre ist ein unabdingbares Fundament einer demokratischen Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit und das Recht auf persönliche Entfaltung sind ohne diese Voraussetzung nicht zu verwirklichen.

Gefordert werden u. a. kein Überwachungsstaat, vertrauliche Kommunikation und informationelle Selbstbestimmung.

Als konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Ziele werden genannt:

- Durchsetzung des Folterverbots;
- Bessere, wirksame Kontrolle von Geheimdiensten und Polizei national und europaweit;
- Solange kein europaweiter einheitlicher Datenschutz auf hohem Niveau existiert, dürfen die Hürden für den Informationsaustausch zwischen der deutschen Polizei und der anderer Mitgliedsstaaten nicht weiter abgesenkt werden;
- Kein Informationsaustausch mit Staaten ohne wirksamen Datenschutz;

- Einführung einer Informations- und Auskunftspflicht gegenüber den Betroffenen beim Datenaustausch zwischen Polizeien der EU-Länder;
- Rücknahme des Gesetzes über die Vorratsdatenspeicherung;
- Keine Vorratsspeicherung von Flug-, Schiff- und sonstigen Passagierdaten (PNR: Passenger Name Records);
- Keine Weitergabe von solchen Passagierdaten an Dritte;
- Rücknahme der Auslandskopfüberwachung;
- Kein automatisiertes KFZ-Kennzeichen-Scanning;
- Abschaffung der biometrischen Daten in Pässen und Ausweisen. Verzicht auf RFID-Chips in Ausweisdokumenten;
- Einrichtung einer unabhängigen deutschen Datenschutzbehörde mit Sanktions-Recht;
- Keine „präventive“ Strafverfolgung (keine Aufhebung der Unschuldsvermutung);
- Keine Internierungslager (Gefängnis ohne Aburteilung) in Deutschland;
- Abbau von Echelon-Abhörzentralen auf deutschem Boden;
- Abschaffung der „Anti-Terror-Datei“, der „Visa-Warndatei“ und anderer unrechtmäßiger Datenbanken;
- Stärkung des allgemeinen Informantenschutzes;
- Abschaffung der Beugehaft für Zeugen;
- Wiederherstellung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Rücknahme der geheimdienstlichen Befugnisse für das BKA;
- Schutz von Ermittlungsdaten vor automatischem Austausch zwischen Polizeien verschiedener Staaten;
- Einführung eines eindeutigen, gut sichtbaren Identifikationsmerkmals (Nummer oder Name) für Polizisten bei Einsätzen zur Identifikation;
- Verzicht auf Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen etc., Videoüberwachung generell verstärkt ersetzen durch unbewaffnete Polizeistreifen;
- Keine automatische Gesichts- oder Verhaltenskontrolle;
- Ausweitung des Persönlichkeits-Kernbereichs auf elektronische Medien (z. B. Mail bei Webmailern, Laptop);
- Keine geheimen Durchsuchungen - weder online noch offline;

- Überprüfung und ggf. Aufhebung der unter dem Namen „Anti-Terror-Maßnahme“ eingeführten Regelungen, die seit dem 11.9.2001 installiert wurden;
- Einführung einer Meldepflicht von Unternehmen und Behörden bei Datenpannen;
- Abschaffung der flächendeckenden Protokollierung der Kommunikation und unserer Standorte (Vorratsdatenspeicherung);
- Abschaffung der flächendeckenden Erhebung biometrischer Daten, sowie von RFID-Ausweisdokumenten;
- Schutz vor Bespitzelung am Arbeitsplatz durch ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz;
- Berücksichtigung des Datenschutzes für Bürger- und Arbeitnehmer/innen bereits in der Konzeptionsphase aller öffentlicher eGovernment-Projekte;
- Keine einheitliche Schülernummer (Berliner SchülerID);
- Keine Weitergabe von Informationen über Menschen ohne triftigen Grund; keine europaweite Vereinheitlichung staatlicher Informationssammlungen (Stockholmer Programm);
- Keine systematische Überwachung des Zahlungsverkehrs oder sonstige Massendatenanalyse (Stockholmer Programm);
- Kein Informationsaustausch mit den USA und anderen Staaten ohne wirksamen Grundrechtsschutz;
- Abbau von Videoüberwachung und Verbot des Einsatzes von Verhaltenserkennungssystemen;
- Keine pauschale Registrierung aller Flug- und Schiffsreisenden (PNR-Daten);
- Keine geheime Durchsuchung von Privatcomputern, weder online noch offline;
- Keine Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte in der derzeit geplanten Form;
- Evaluierung der bestehenden Überwachungsbefugnisse;
- Moratorium für neue Überwachungsbefugnisse;
- Keine Beschränkung des Internetzugangs durch staatliche Stellen oder Internetanbieter (Sperrlisten);
- Keine Sperrungen von Internetanschlüssen;
- Verbot der Installation von Filtern in die Infrastruktur des Internet;
- Entfernung von Internet-Inhalten nur auf Anordnung unabhängiger und unparteiischer Richter;

- Einführung eines uneingeschränkten Zitierrechts für Multimedia-Inhalte, das heute unverzichtbar für die öffentliche Debatte in Demokratien ist;
- Schutz von Plattformen zur freien Meinungsäußerung im Internet (partizipatorische Websites, Foren, Kommentare in Blogs), die heute durch unzureichende Gesetze bedroht sind, welche Selbstzensur begünstigen (abschreckende Wirkung).

Kapitel 3 - Demokratie durch Transparenz und Beteiligung

In diesem Themenkomplex fordert die Piratenpartei neben der bereits erwähnten Transparenz vor allem – keine Zensur:

Die derzeitigen Bestrebungen einiger politischer Kräfte eine Inhaltsfilterung im Internet zu etablieren, lehnen wir kategorisch ab. Staatliche Kontrolle des Informationsflusses, also Zensur, ist ein Instrument von totalitären Regimen und hat in einer Demokratie nichts verloren. Der Kampf gegen rechtswidrige Angebote im Internet muss jederzeit mit rechtsstaatlichen Mitteln geführt werden. Allein die Etablierung einer Zensurinfrastruktur ist bereits inakzeptabel. Die Beurteilung der Rechtswidrigkeit muss gemäß der in Deutschland geltenden Gewaltenteilung und Zuständigkeit getroffen werden.

Darüber hinaus möchte sie die Informationsfreiheit und den Informantenschutz verbessern sowie bundesweite Volksbegehren, Volksentscheide gegen Parlamentsbeschlüsse und die Trennung von Amt und Mandat einführen.

Die Aufzählung hier macht deutlich, dass die Partei sich im Bereich Bürgerrechte zu Hause fühlt und auch einen Großteil der geleisteten programmatischen Arbeit in dieses Themenfeld gesteckt hat. Gemäß ihres Selbstverständnisses, die Freiheit zu verteidigen, haben Vorschläge zur Inneren Sicherheit keine Priorität. Im Unterkapitel „Innere Sicherheit - die Sicherheit der inneren Gewissheit“ des Wahlprogramms geht es primär um die Rücknahme der als einschränkend beschriebenen Sicherheitsgesetze. Neue Gesetzesvorhaben sollen durch einen „Gesetzes-TÜV“ auf Wirksamkeit, Kosten, schädliche Nebenwirkungen, auf Alternativen und auf ihre Vereinbarkeit mit den Menschen- und Bürgerrechten geprüft werden.

Die Aussichten, auf diesem Gebiet bei den Wählern langfristig Sympathien zu erlangen und zu binden, sind nicht schlecht. Zusammen mit

ihrer Internet- und Technikkompetenz wird ihr hier viel zugetraut, zumal die Konkurrenz eher schlecht dasteht. Union und SPD zeichnen für die in den letzten vier Jahren beschlossenen Sicherheitsgesetze verantwortlich. Und die beiden bürgerrechtlichen Parteien, FDP und Grüne, haben in den Augen vieler nicht nur als Opposition versagt, vielmehr wird ihnen vorgehalten, als Regierungspartner im Bund wie in den Ländern selber an als restriktiv empfundenen Gesetzen mitgestrickt zu haben.

4 PIRATEN vs. die Etablierten

4.1 CDU

Das Verhältnis der PIRATEN zur CDU und umgekehrt ist einfach zu umschreiben: es ist gegensätzlich. Die CDU ist die einzige größere Partei in Deutschland, die es sich leisten kann, in ihrem Grundsatzprogramm von 2007 den Datenschutz in folgendem Kontext zu verwenden:

*Bagatellisierung von Kriminalität ist der falsche Weg. Wer Recht bricht und sich damit gegen die Werteordnung unserer Gesellschaft stellt, muss mit konsequenter Verfolgung und zügiger Bestrafung rechnen. Polizei und Justiz schützen vor Kriminalität. Eine wehrhafte Demokratie muss es ihren staatlichen Organen erlauben, im Rahmen festgelegter Grenzen die zur Kriminalitätsbekämpfung notwendige Technik zu nutzen und sich die hierfür notwendigen Informationen zu beschaffen. Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.*²⁹⁴

Im aktuellen Regierungsprogramm liest sich das so: „CDU und CSU sind für Datenschutz mit Augenmaß.“²⁹⁵ Auf der Seite *regierungsprogramm.cdu.de* erhält man nach einer Suchanfrage zum Begriff Datenschutz für die letzten drei Monate (Stand 17.09.09) genau einen Artikel, und zwar vom MdB Hans Peter Uhl, der ein Gesetzesvorhaben der Großen Koalition feiert:

*Mit unserer Novelle zum Bundesdatenschutzgesetz, die zum 1. September 2009 in Kraft treten wird, haben wir deutliche Verbesserungen im Kampf gegen den illegalen Datenhandel erreicht.*²⁹⁶

Es handelt sich übrigens um das Gesetz, gegen das zahlreiche Datenschützer wetterten und gegen das die *Piratenpartei* am 17. September 2009 den *Opt-Out Day* veranstaltete. Im Grundsatzprogramm von 2007

294 Online: <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/doc/071203-beschluss-grundsatzprogramm-6-navigierbar.pdf>, S. 92 (25.07.09)

295 Online: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>, S. 81 (17.09.09)

296 Online: <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/db/tsearch.php?page=1> (17.09.09)

taucht der Begriff Urheberrecht überhaupt nicht auf. In einem Interview des sozialen Netzwerks MeinVZ zum Thema *Piratenpartei* gibt die Kanzlerin folgendes zum Besten:

*Es müssen natürlich auch die Kreativen, die Künstler die Möglichkeit haben, dass sie von ihrer geistigen Leistung etwas haben und deshalb werden die Fragen des Urheberschutzes immer wieder auf der Tagesordnung bleiben mit der Weiterentwicklung der medialen Welt.*²⁹⁷

Wie dieser Urheberschutz aussieht, macht die Kanzlerin nicht deutlich. Man weiß nicht, ob sie den Schutz der Kreativen durch das bislang geltende Recht abgedeckt sieht. Geht die *CDU* also schlicht von folgender Prämisse aus: „Bislang alles toll, dann kommt Internet: Künstler bedroht?“ Wie in der Urheberschutzdiskussion oben angedeutet, gibt es aber nicht wenige Kritiker, die diese Formel gerne umformulieren würden in: „Bislang alles toll für Verwertungsindustrie, Nutzer zahlen, Kreative abgespeist. Dann kommt Internet: Nutzer klauen, Künstler hin und her gerissen, Verwertungsindustrie bedroht.“ Das Regierungsprogramm der *CDU* klärt auf:

*Dem zunehmenden Wert des geistigen Eigentums für die Kreativen muss durch die Sicherung der Rechtsstellung der Urheber im digitalen Zeitalter durch das Urheberrecht Rechnung getragen werden.*²⁹⁸

Durchsucht man die Website *regierungsprogramm.cdu.de* so finden sich weitere Hinweise. Welche Position die *CDU* auf diesem Gebiet vertritt, wird klar, wenn Kulturstaatsminister Bernd Neumann sagt: „Im Internet wird mit geistigem Eigentum vielfach gesetzlos und ungerecht umgegangen.“²⁹⁹ Ins Bild passt auch die Stellungnahme des kultur- und medienpolitischen Sprechers der *CDU/CSU*-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen und des zuständigen Berichterstatters im Ausschuss für

297 zit. nach You tube: Angela Merkel über die Piratenpartei. Online: http://www.youtube.com/watch?v=X_eAr6a86wE&eurl=http%3A%2F%2Fwww.basichinking.de%2Fblog%2F2009%2F08%2F24%2Fonline-wahlkampf-in-deutschland-das-kann-nur-nach-hinten-losgehen%2F&feature=player_embedded#t=76 (16.09.09)

298 Online: <http://www.cdu.de/doc/pdf/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducu.pdf>, S. 53 (17.09.09)

299 zit. nach WamS (17.05.09): „Kultur muss frei und unabhängig sein“. Interview. Online: http://www.regierungsprogramm.cdu.de/archiv/2370_26941.htm (25.07.09)

Kultur und Medien, Dr. Günter Krings zum eingangs erwähnten Vorgehen von Google Books, das die Bücher der Welt digitalisieren möchte:

Das Vorgehen von Google in den USA ist inakzeptabel. Die Urheberrechte der Autoren sollen weltweit durch einen gerichtlichen Vergleich vor einem US-amerikanischen Gericht ausgehebelt werden. Google missachtet das Urheberrecht, um langfristig Kasse zu machen und ein weltweites Wissensmonopol aufzubauen. Die Urheber als Eigentümer geistigen Schaffens werden so partiell enteignet, um anschließend hilflos mit ansehen zu müssen, dass ihr geistiges Eigentum von Dritten gewinnbringend vermarktet wird.³⁰⁰

Die CDU steht mit ihrem Programm und ihren Aussagen absolut konträr zu der *Piratenpartei*. Das Urheberrecht soll so wie es besteht verbleiben, bei neuen Urheberrechtsverletzungen sollen die Rechteinhaber scheinbar bedingungslos gestärkt werden, nur so lässt sich die Aussage, die Kreativen müssten geschützt werden, mit der tatsächlich gemachten Politik in Einklang bringen. Immerhin hat die aktuelle Debatte um die Netzsperrern bewirkt, dass die CDU/CSU in ihrem „Regierungsprogramm 2009 bis 2013“ noch darauf verzichtete, dass Sperren von Internetzugängen etwa bei Urheberrechtsverstößen offiziell angestrebt werden.³⁰¹ Der Begriff vom „geistigen Eigentum“ wird vorbehaltlos übernommen und in keiner anderen Partei ist die längst als leere Phrase demaskierte Aussage, dass das Internet ein rechtsfreier Raum sei, so zu Hause wie in der Union, sie steht sogar im aktuellen Regierungsprogramm der Unionsparteien. Im Wahlkampf nun setzt die CDU ihren Kurs munter fort - sie ist die einzige der etablierten Parteien, die sich nicht davor fürchten braucht, einen nennenswerten Teil ihrer Wähler an die *PIRATEN* zu verlieren. Mit Innenminister Wolfgang Schäuble (Stasi 2.0) und Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (Zensursula) hat die CDU zudem die ausgemachten Feindbilder der *Piratenpartei* in ihren Reihen.

Piratenquote: Null Prozent.

300 Börnsen, Wolfgang & Günter Krings (14.05.09): Urheberrecht. Online: http://www.regierungsprogramm.cdu.de/archiv/2370_26902.htm (25.07.09)

301 c't magazin (25.06.09): CDU/CSU: Keine Internetsperren, Warnung vor Datenschutz als Täterschutz. Online: <http://www.heise.de/ct/news/meldung/141090> (25.07.09)

4.2 Die Linke

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit würde so mancher Piratensympathisant vermuten, es handele sich um das eigene Parteiprogramm, wenn er liest:

Mit der Digitalisierung entstehen auch neue Möglichkeiten, das Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer zu steuern [...]. Die technische Beschränkung eines freien und gleichen Informationsflusses im Netz nimmt zu. Interessengeleitete Forderungen und Begehrlichkeiten nach Internetsperren bei Urheberrechtsverstößen werden lauter.

Daraus werden bestimmte Forderungen abgeleitet:

Rechte von Kreativen und Nutzerinnen und Nutzern im Internet in einem modernen Urheberrecht verankern: das Recht auf Privatkopien und Kopien für Bildungs- und Forschungszwecke langfristig sicherstellen; [...]

Freiheit im Netz erhalten und ausbauen: Internetsperren verhindern; Netzneutralität technologisch zeitgemäß bewahren.³⁰²

Das klingt doch eigentlich schon sehr nach Piratenpartei. Und es geht noch weiter:

- Polizei und Geheimdienste scharf trennen: wachsende Geheimbereiche der Polizei und unkontrollierbare Kooperationsgremien einschränken und auflösen; Ausbau des Bundeskriminalamtes zu einer zentralisierten Polizei stoppen; perspektivisch alle Geheimdienste abschaffen, bis dahin die demokratische Kontrolle stärken;

- Individuelle Kennzeichnungspflicht für uniformierte Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei einführen;

- Datenschutz und Datenschutzrecht modernisieren: Großprojekte, von Gesundheitskarte über biometrische Ausweise bis zu elektronischen Identitätskarten und einheitlicher Steuernummer, überprüfen und nach

302 Die Linke - Bundestagswahlprogramm 2009. Online: http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/485516_LinkePV_LWP_BTW09.pdf, S. 37f (06.08.09)

strengen datenschutzrechtlichen Kriterien korrigieren; [...]umfassendes Akteneinsichtsrecht und Verbandsklage einführen;

- das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der informierten Bürgerinnen und Bürger verteidigen: die Vorratsdatenspeicherung beenden; auf Online-Durchsuchungen und Zensurmaßnahmen im Internet verzichten, verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-, Späh- und Lauschangriffe und Rasterfahndung abbauen;

- Einsatz der Bundeswehr als "Hilfspolizei" im Inneren verbieten.³⁰³

Sapperlott, wer hat denn da von den PIRATEN abgeschrieben? Dieser Forderungskatalog ist dem Wahlprogramm der Linken, das auf dem Bundestagswahlparteitag 2009 am 20. und 21. Juni 2009 in Berlin beschlossen wurde, entnommen. Die inhaltliche Übereinstimmung fiel auch einem Linke-Sympathisanten auf, und so begab er sich ins Forum der PIRATEN und schrieb einen Beitrag, in dem er die PIRATEN aufrief, die Linke zu wählen:

Ahoi Piraten,

gebt eure Stimme der Linkspartei. Sie vertritt zu 90% die Meinung der Piratenpartei. [...] Warum solltet ihr bei gleichem Programm die Linke wählen ...

Der Trick an der Sache: Wenn die PIRATEN 10% bekommen und der Linkspartei nur noch die entscheidenden 5% fehlen und deswegen eine CDU / FDP Regierung an die Macht kommt, nützt eine Piratenpartei auch nicht mehr viel: Denn die CDU widerspricht in fast allen Punkten den Piraten! Wenn aber eine Linkspartei an die Macht kommt (z. B. mit SPD oder besser selbst), gerade durch die 5%, wird das Piratenprogramm weitgehend umgesetzt. Und der ganze Sumpf an Korruption wird im Land ausgetrocknet.

[...] Ich könnte mir sehr gut vorstellen, wenn sich PIRATEN mit den Linkspartei vereinigen würden. Da es keine unterschiedliche Meinung gibt, können beide nur noch gewinnen ...³⁰⁴

303 Die Linke - Bundestagswahlprogramm 2009. Online: http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/485516_LinkePV_LWP_BTW09.pdf, S. 44f (06.08.09)

Es wäre stark übertrieben zu behaupten, dass der Aufruf bei den PIRATEN ernst gemeinte positive Reaktionen ausgelöst hätte. Aber - fast identische Forderungen im Kernbereich der PIRATEN und doch haben nur die wenigsten Piratenunterstützer ihre Sympathien für die Linke bekundet, wie passt das zusammen?

1. Alle PIRATEN sind der festen Überzeugung, dass sie weder links noch rechts seien, mithin nicht in ein traditionelles Parteienschema einzuordnen sind (siehe unten). Das impliziert ganz konkret die Absage an Positionen, die dogmatisch antikapitalistisch bzw. explizit kapitalismuskritisch motiviert sind. Das heißt nicht, dass sich hinter den Ideen der PIRATEN nicht auch das eine oder andere den Kapitalismus kritisierende Detail verbirgt. Ein Blogger nannte die Position der PIRATEN in der Auseinandersetzung mit den Mediengiganten in der Urheberrechtsfrage "konzernkapitalismuskritisch"³⁰⁵ und das Gros der PIRATEN würde sich wahrscheinlich auch eher aus der linksliberalen Ecke kommend sehen. Dennoch ist es für die PIRATEN kennzeichnend, dass sie die groben demokratisch-kapitalistischen Eckpfeiler keineswegs in Frage stellen:

*Nein, PIRATEN sind keine neue Linke. Sie lassen sich nicht in ein ideologisches Korsett von Klassenkampf und Arbeiterbewegung pressen.[...] Mir persönlich geht es auch nicht um die Bekämpfung des Kapitalismus oder ähnliches. Im Gegenteil, ich sehe, wie viele Piraten, selbstregulierte Systeme als die beste Lösung an. [...] Statt nun wie die Linke zu fordern, Erfolg zu bestrafen und Misserfolg zu belohnen, wäre es die bessere Wahl, die Definition von wirtschaftlichem Erfolg zu verändern. Gewinnstreben ist gut, solange es der Effizienz dient. Auch ein Arbeitsplatzabbau in einer Branche kann nützlich sein. Man stelle sich vor, es müssten weiterhin 95% der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten.*³⁰⁶

304 Forumsteilnehmer „propirat86“ (16.09.09): Online:

<http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=1&t=11185&hilit=die+linke> (16.09.09)

305 Carta (Robin Meyer-Lucht, 23.07.09): Piraten wollen die Freiheit: Die Piratenpartei ist gegen die Kulturfltrate. Online: <http://carta.info/12283/piraten-wollen-die-freiheit-die-piratenpartei-ist-gegen-die-kulturfltrate/> (16.09.09)

306 Forumsteilnehmer „queue“ (16.09.09): Online:

<http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=1&t=11185&hilit=die+linke&start=15> (16.09.09)

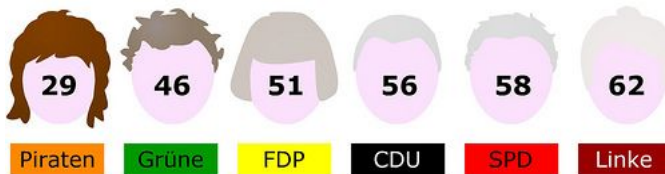
Der *Spiegel* berichtete über den Bundesparteitag im Juli 2009 in Hamburg:

*"Eine Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von Verlusten lehnen wir ab", ruft der Redner in bestem Lafontaine-Deutsch. Aber das kommt beim Auditorium nicht gut an. Der Vorsitzende Siepenbusch warnt unter Applaus: "Ich hab keine Kompetenz, über die Wirtschaftskrise im allgemeinen zu reden oder das auch nur ansatzweise zu erklären."*³⁰⁷

Zudem lasse sich an der eher ablehnenden Haltung zur Kulturfltrate

*der deutlich individualistische Impuls der Piratenpartei erkennen. Die PIRATEN stehen der kollektivistischen Lösung einer gesellschaftlich organisierten und damit letztlich auch zwangsweise verordneten Kulturfltrate sehr skeptisch gegenüber. Sie verweisen dagegen auf marktwirtschaftliche Mittel, die den Charme einer deutlich geringeren Regulierungsintensität haben. Denn PIRATEN geht es ja gerade um mehr persönliche Freiheit, weniger Staat und weniger Bürokratie.*³⁰⁸

**Durchschnittsalter der Mitglieder versch. Parteien
(in Jahren)**



Zahlen von <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/15/0,3672,7611407,00.html>

Quelle: <http://www.flickr.com/photos/piratenpartei/3860611338/> Lizenz: CC

2. Glaubwürdigkeit: Die Angehörigkeit zu gänzlich unterschiedlichen Generationen steht zwischen den beiden Parteien. Damit soll nicht gesagt sein, dass kein älterer Pirat oder kein jüngerer Vertreter der Linken ausfindig zu machen sind.

307 Twickel, Christoph (05.07.09): Piratenpartei will den Bundestag entern. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,634228,00.html> (14.09.09)

308 Carta (Robin Meyer-Lucht, 23.07.09): Piraten wollen die Freiheit: Die Piratenpartei ist gegen die Kulturfltrate. Online: <http://carta.info/12283/piraten-wollen-die-freiheit-die-piratenpartei-ist-gegen-die-kulturfltrate/> (16.09.09)

Dennoch wird in vielen Äußerungen der PIRATEN deutlich, dass die Linken eher als Überbleibsel aus einer Zeit angesehen werden, als es noch zwei Deutschlands gab, dafür aber kein Internet. In diesem Zusammenhang werden die Forderungen der Linken einfach nicht ernst genommen, ihnen wird keine Netzkompetenz zugetraut und auch in der Frage der Bürgerrechte gehen die PIRATEN davon aus, dass deren Forderungen nicht ehrlich sondern nur wahltaktischer Natur seien.

Dass das Bewusstsein für netzpolitische Themen bei der Linken nämlich wirklich noch nicht so ausgeprägt ist und dass es wohl noch nötig sei, eine diesbezügliche „Lücke in der Politik der LINKEN“ zu schließen, zeigt die Ablehnung eines weiterführenden Antrags bezüglich des Wahlprogramms. Mitglieder der AG Digitale Demokratie forderten, den „Zugang zum Internet sowie in öffentlichen Einrichtungen genutzte Software als Daseinsvorsorge“ im Wahlprogramm zu verankern. Zudem solle die öffentliche Hand bei dem Erwerb von Software offenen Quellcode sowie eine offene Lizenz verlangen. Der Parteitag ist dem Antrag nicht gefolgt, weil, so ist auf der Website der AG zu lesen, „vielen Delegierten die Bedeutung unseres Anliegens nicht bewusst war“. Und Matthias Gruber, Kreisrat der Linken, kommentierte fast schon resignierend:

Ich habe den Antrag online mitverfolgt. Ich fand es schade, wie wenig Bewusstsein für freie Software, bzw. OpenSource in der LINKEN vorhanden ist. Ich denke, hier muss mal ganz klar aufgeklärt werden, was Freie Software ist, bzw. was es bedeutet von einem Möchtegernmonopolisten wie Microsoft abhängig zu sein. Das fängt bei der demokratischen Struktur von OpenSource an und setzt sich fort über die horrenden Lizenzgebühren für proprietäre Software. Desweiteren ist der Gedanke des Gemeineigentums gerade bei Software, wie auch allgemein bei Wissen ein urlinker Gedanke.³⁰⁹

Piratenquote: gefühlte 5%, reale 33%, im thematischen Kernbereich viele Überschneidungen, nur wollen die PIRATEN davon überhaupt nichts wissen.

309 AG Digitale Demokratie kann programmatische Lücke der Linken schließen (23.06.09). Online: <http://digitale-demokratie.org/2009/ag-digitale-demokratie-kann-programmatische-luecke-der-linken-schliessen/> (06.08.09)

4.3 SPD

Die SPD thematisch in ihrem Verhältnis zu den PIRATEN auszuloten, ist ob der ambivalenten Äußerungen und Taten extrem schwierig. Nun ist sie sich offensichtlich selbst nicht einig: Da gibt es beispielsweise diejenigen, die an der Regierungsfrent gemeinsam mit der CDU für all die bürgerrechtseinschränkenden Gesetze mitverantwortlich sind, die von vielen Kritikern und auch den PIRATEN beanstandet werden. Als Beispiel kann uns hier das bereits bekannte Zugangserschwerungsgesetz dienen. Mit den Stimmen von 190 SPD-Abgeordneten (bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen)³¹⁰ wurde das umstrittene Gesetz letztlich verabschiedet. Der langjährige innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dieter Wiefelspütz verstand die Kritik am Gesetz nicht; zu behaupten, dass das Sperren strafbarer Inhalte im Internet Zensur sei, so Wiefelspütz, sei „unterirdisch dumm“.³¹¹ Der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Gert Weisskirchen nannte das Gesetz einen „tragfähigen Kompromiss“, dessen Ausweitung, etwa gegen Antisemitismus, „klug beachtet werden“ müsse.³¹²

Der sächsische Wirtschaftsminister und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Sachsen Thomas Jurk argumentierte ähnlich wie Ministerin von der Leyen und lehnte sich dabei gar weit aus dem Fenster:

*Wenn wir gegen das Grundgesetz verstoßen, weil wir Pädophilen unmöglich machen kinderpornografische Bilder aus dem Internet herunterzuladen, dann nehme ich das in Kauf. Ich persönlich hoffe darauf, dass wir das Problem lindern, wenn wir den Kunden von Kinderpornografie das Leben schwerer machen. Wenn deshalb irgendwo auf der Welt nur ein Kind nicht zu pornografischen Bildern missbraucht wird, hat sich das gelohnt.*³¹³

310 Online: http://www.abgeordnetenwatch.de/internet_sperren-636-180.html (06.08.09)

311 faz.net (05.07.09): Seipenbusch führt Piratenpartei. Online: <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EBD3966C7BE9A47DCBF7BDFEA9396EF87~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (06.08.09)

312 zit. nach golem.de (12.08.09): „SPD-Kritik an verschärften Internetsperren unglaubwürdig“ Online: <http://www.golem.de/0908/69015.html> (03.09.09)

313 Freie Presse (29.07.09): Thomas Jurk im Wahl-Chat. Online: <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/HINTERGRUND/HINTERGRUND26/1554595.html> (11.08.09)

Die sozialdemokratische Schatten-Familienministerin Manuela Schwesig, zurzeit Sozialministerin in Mecklenburg-Vorpommern, kritisierte als – wie der *Spiegel* sie nannte – „eine Art Turbo-von-der-Leyen“ die Verzögerung bei der Umsetzung der Gesetzesvorlage:

*Für diese Hängepartie habe ich nicht das geringste Verständnis. Das hält einen besseren Kinderschutz auf!*³¹⁴

Die *Piratenpartei* war sich einig: „Ob Zensursula oder jemand von der SPD“ das Familienministerium übernehme, sei „mittlerweile einerlei“, so Bundesvorstandsmitglied Wirth, der Abbau der Grundrechte werde sowieso „munter fortgeführt“.³¹⁵

Ganz so einfach ist die Situation in der Partei selbst aber nicht: Denn schon während der Debatten im Bundestag erkannte eine Gruppe jüngerer SPD-Mitglieder die Gefahren für die Partei, wenn sie einem solch umstrittenen Gesetz zustimme:

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind die Zukunft der Partei, denn wir kandidieren für die SPD bei der Bundestagswahl [...] Wir gehören den unterschiedlichsten Strömungen und Arbeitsgemeinschaften unserer großartigen Partei an. [...] Es ist nicht selbstverständlich, dass wir uns bei einem Thema alle einig sind und heute gemeinsam an Euch appellieren:

Wir bitten Euch dringend, dem "Zugangerschwerungsgesetz" [...] auch in seiner neuen Fassung - in der heutigen Sitzung des Bundestages nicht zuzustimmen. Denn wir alle sind der festen Überzeugung: Dieses Gesetz darf nicht mit den Stimmen der SPD verabschiedet werden!

Vielleicht ist es einfach nur eine völlig unterschiedliche Wahrnehmung der Realitäten oder tatsächlich bereits der Beginn eines neuen Generationenkonfliktes: Aber wir sind uns sicher, dass Ihr mit dem Eintreten für ein wirkungsloses Gesetz, das nicht grundlos Zensurängste schürt, selbst unsere treuesten Fürsprecher in der digitalen Welt nachhaltig vergrätzt und wir die Deutungshoheit im wichtigsten Massenmedium unserer Zeit, dem Internet, an Andere verlieren werden. Dieses wird nicht ohne

314 Meusers, Richard (10.08.09): Parteien wetteifern mit Internet-Schelte. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,641453,00.html> (18.08.09)

315 zit. nach golem.de (12.08.09): „SPD-Kritik an verschärften Internetsperren - glaubwürdig“ Online: <http://www.golem.de/0908/69015.html> (03.09.09)

negative Folgen für den (Online-) Wahlkampf bleiben, denn heute werden Wahlen zwar (noch) nicht im Internet gewonnen, aber wohl bereits dort verloren.

[...] Wer dagegen heute aus der SPD für diesen Gesetzentwurf stimmt, entscheidet sich gegen seine Online-Gefolgschaft. Selbst dann, wenn Eure Zustimmung aus der Sorge heraus geschieht, nicht als Fürsprecher für strafbare Inhalte verunglimpft werden zu wollen, so tauscht ihr damit die begrenzte Gefahr einer negativen BILD-Schlagzeile mit der unbegrenzten Gefahr des Verlustes der Glaubwürdigkeit bei einer ganzen Generation. Denn, anders als bei anderen schwierigen Entscheidungen [...] lassen sich für uns, die wir uns selbst der "Generation Online" zugehörig fühlen, keine überzeugenden Argumente finden, warum sich die SPD in dieses Gesetz so verbissen hat, dass man glaubt, das eigene Bauchgefühl und die Stimme von über 130.000 Unterzeichnern einer Petition gegen das Gesetz einfach ignorieren zu können.

Und auch nicht, warum die einhellige Kritik der Experten, die auch die neuen Fassung des Gesetzentwurfes nicht beseitigen kann, schlichtweg ignoriert werden soll.

Wir bitten Euch daher, dass Ihr heute das Selbstbewusstsein aufbringt und Euch mutig auf die Kritik an diesem Gesetz einlasst. Lasst sie in eine Entscheidung mit Sinn und Verstand einfließen und verabschiedet dieses Gesetz heute nicht! Denn der durch eine Ablehnung mögliche politische Gesichtverlust gegenüber dem Koalitionspartner ist wesentlich geringer zu bewerten, als die Gefahr, die der SPD durch die Zustimmung droht.

Auch wenn die Aufregung im Netz um "Zensursula" Euch unverständlich und überhöht erscheinen sollte, so glaubt uns bitte zumindest, dass wir vielleicht besser einschätzen können, wie gut digitale Netze für die Organisation von Aktionen nutzbar sind, die uns in den kommenden Wochen erheblich schaden können. Und wie groß der Verlust an Glaubwürdigkeit gerade bei Erst- und Jungwählern ist, wenn Ihr Euch in dieser Frage nicht im Zweifel doch noch klar als Verteidigerin unseres ersten Grundwertes, der Freiheit, erweist und mit "Nein" stimmt.

Denn selbst, wenn am Donnerstag der Online-Protest nicht in den Reichstag dringt: Wir erleben einen derart emotionalen Protest, dass wir glauben, auch noch in letzter Sekunde an Euch diesen Appell richten zu

*müssen. Vor allem wir Jüngeren werden es sein, die die Folgen einer falschen Zustimmung noch lange aushalten müssen. Denn im Internet "versendet" sich nichts, weil das Netz nicht vergisst. [...]*³¹⁶

Diese schon fast dramatische Warnung von dreizehn jungen Bundestagskandidaten der SPD verhallte jedoch unbefolgt, woraufhin sich innerhalb der Sozialdemokraten eine offizielle Bewegung formierte, die Web-Sperren und überwachungsstaatliche Tendenzen anprangert: Die *PIRATEN in der SPD* wollen sich „das Netz zurückholen“. Das Gesetz sei weder in der Fraktion noch in der Partei umfangreich diskutiert worden, erklärte Mit-Initiator Björn Böhning, der auch im Bundesvorstand sitzt.³¹⁷



Es mag ein ehrliches Anliegen der Unterzeichner sein, eine Fehlentwicklung in der eigenen Partei zu korrigieren, ob es aber ausreichend ist, sich einen Namen zu geben, der auf diejenige Gruppierung verweist, die konsequent die Politik vertritt, der sich die eigene Partei bislang verweigerte?

Die Grundsatzerklärung der Gruppe, die sich auf *Facebook* zurzeit über mehr als 1.500 Mitglieder erfreut und die auch die Petentin Franziska Heine unterzeichnet hat, heißt *Ludwigsburger Dialog für Informationsfreiheit und gegen Internet-Sperren* und klingt durchaus ambitioniert.³¹⁸

Im Bereich der inneren Sicherheit gibt es seit einigen Jahren eine gefährliche Tendenz Bedrohungen und Bekämpfungsstrategien isoliert voneinander zu betrachten. [...] Der Wertekanon unserer Gesellschaft verschiebt sich von einer Tradition der Freiheit zu einer Ideologie der Si-

316 http://spdnet.sozi.info/bawue/ludwigsburg/moenikes/dl/Offener_Brief_der_Kandidatinnen_und_Kandidaten.pdf (07.08.09)

317 Krempf, Stefan (27.07.09): Familienministerin will Web-Sperren „unbedingt“ vorantreiben. Online: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/142617> (06.08.09)

318 <http://www.spd-internetpolitik.de/uber-uns/ludwigsburger-dialog-fur-informationsfreiheit-und-gegen-internet-sperren/> (06.08.09)

cherheit. Über Generationen erstrittene Freiheitsrechte gelten weniger als die Verheißungen eines scheinbaren Sicherheitsgewinns durch immer mehr Verbote, Kontrolle und Überwachung.

Als Folge erleben wir eine sicherheitspolitische Aufrüstung ohne Augenmaß: Vorratsdatenspeicherung, Onlinedurchsuchung, BKA-Gesetz oder Webseiten-Sperren sind die bekannteren Beispiele dieser Entwicklung. All dies geschieht im Namen vermeintlicher Sicherheit oder der Bekämpfung unliebsamer Inhalte. Es werden dadurch jedoch Infrastrukturen mit Repressionspotential geschaffen, die nur so lange keine größere Gefahr darstellen wie sie in den Händen demokratisch gesinnter Menschen sind und eine wirksame rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet ist. Die Diskussion über die Gefahr einer Erosion der Grundrechte muss dabei wieder in den Parteien und in den Parlamenten stattfinden und nicht nur in einer tief beunruhigten (Fach-)Öffentlichkeit oder vor dem Bundesverfassungsgericht. Denn der Schutz der bürgerlichen Freiheit ist eine vorrangige Aufgabe aller demokratischen Kräfte!

[...] Vorhaben wie die von der großen Koalition eingeführte Webseiten-Sperre lehnen wir deshalb strikt ab! Dies ist unseriöser und schädlicher Populismus auf Kosten missbrauchter Kinder, mit langfristig bedrohlichen Nebenwirkungen für Grundrechte wie der Informationsfreiheit! Löschen ist demgegenüber die einzig richtige, verhältnismäßige und zugleich bürgerrechtsverträgliche Alternative. Sperren ist das nicht. [...] Zunehmend organisieren sich wegen dieses Themas bisher unpolitische Bürger. Dies zeigt, dass netzpolitische Themen in der Politik bislang zu wenig Beachtung fanden. Daher appellieren wir heute gemeinsam:

Das Internet darf nicht zum bürgerrechtsfreien Raum werden!

[...] So wie in einem demokratischen Rechtsstaat Folter kein legitimes Mittel der Strafverfolgung sein darf, müssen auch ganz selbstverständlich schädliche technische Eingriffe in Kommunikations- und Informationsnetze als Mittel der Gefahrenabwehr ausgeschlossen sein. Und so, wie nicht alle Postkarten und Briefe kontrolliert und ihre Inhalte abgeschrieben werden, so dürfen Strafverfolgungsbehörden die technischen Möglichkeiten, die das Internet ermöglicht, nicht zur schrittweisen Errichtung einer Infrastruktur zur umfassenden bis hin zur totalen Überwachung der Bürger zweckentfremden.

An alle demokratischen Parteien stellen wir den selbstverständlichen Anspruch, unter allen Bedingungen jedem Missbrauch durch demokratie- und grundrechtsfeindliche Kräfte standzuhalten. Das gilt besonders für die SPD, die als ihren ersten Grundwert die Freiheit anführt. Dies ist das tragende Prinzip unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das der Parlamentarische Rat aus guten Gründen in unserer Verfassung als "ewig" verankert hat. Wir halten es für falsch, wenn Regierungsmitglieder und Abgeordnete des Bundestages diesen demokratischen Grundkonsens beim Internet aufgeben wollen.

Gemeinsam wollen wir diese Fehlentwicklung korrigieren und mit den uns jeweils zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln für eine Politik streiten, die Sicherheit in Freiheit verwirklicht, anstatt die Freiheit unserer Gesellschaft einer scheinbaren Sicherheit durch totale Kontrolle zu opfern bereit ist. [...]

Hoffen die *SPD-PIRATEN* wirklich, die Abwanderung einer jungen und netzaffinen Wählerklientel zu den *PIRATEN* mit dem Hinweis, dass eine „Volkspartei“ für die Durchsetzung solcher Ziele notwendig sei, zu verhindern? Die Reaktion im Netz ist jedenfalls eindeutig: die Kommentare in den einschlägigen Foren reichen von „billiger Wählerfang“ bis hin zu „Etikettenschwindel“. Dass man es nicht leicht haben wird, sich das Netz zurückzuholen, dürften die Initiatoren bereits schnell gemerkt haben. Der erste Internetauftritt der *SPD-PIRATEN* war auf der Website *WordPress.com*, auf der sich jeder und jederzeit in sekundenschnelle einen eigenen Blog kreieren kann, unter der Adresse <http://spdpiraten.wordpress.com/> angesiedelt. Die Parodien ließen nicht lange auf sich warten:



- Bayern in der SPD: Wir holen uns Bayern zurück!
- Liberale in der SPD: Wir holen uns das Kokain zurück!
- Grüne in der SPD: Wir schalten das Internet ab. Verbraucht zuviel Strom.

Der Blog mit der Adresse <http://spdpiraten.wordpress.com/> ist mittlerweile gelöscht, der Netzauftritt der sozialdemokratischen Freibeuter auf die unverfänglichere Adresse www.spd-internetpolitik.de umgezogen.

Ob sich die Initiative der *SPD-PIRATEN* für die eigene Partei noch auf die Septemberwahl positiv auswirken wird, ist fraglich. Dennoch könnte es sich lohnen, den Spott der Netzcommunity zu ertragen. Denn durch die Namensannäherung an die *PIRATEN* wird durchaus der Eindruck erweckt, dass in dieser Frage mit der *Piratenpartei* gar kein grundsätzlicher Dissens besteht, ja, man nicht einmal in thematischer Konkurrenz zueinander steht. Diese Taktik soll sicherlich nicht die enttäuschten Internetfreaks locken, könnte aber ein Zeichen für die kommende Legislaturperiode werden, denn es ist wahrscheinlich, dass hier für die zukünftige Oppositionsarbeit der Boden bereitet wird. Einerseits bietet dieses Feld noch einiges an Profilierungspotential, andererseits ist dies ein Signal an alle Piratenparteiwähler: Wenn Ihr die 5%-Hürde nicht schafft oder an was auch immer die Partei zerbrechen sollte: Bei uns seid ihr gut vertreten.

Die *Piratenpartei* jedenfalls reagierte pikiert:

Manchmal schaut man auf den Kalender und wundert sich, daß es nicht der 1. April ist. So kann man heute bei Heise lesen, daß es bei der SPD trotz der Bundes-SPD-Zustimmung zur Internetzensur angeblich "Piraten" in der SPD gäbe.

So lobenswert dieses Engagement gegen den Überwachungsstaat auch ist, mag man es den "Genossen" nicht so ganz abnehmen. Wer wirklich für die Freiheitsrechte eintreten möchte, sollte dieser Partei so schnell wie möglich den Rücken kehren und sich anderswo engagieren. Dies muß nicht zwangsläufig eine andere Partei sein, denn auch außerhalb der Parteienlandschaft gibt es Organisationen wie z. B. den "Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung", die sich für Bürgerrechte in der digitalen Welt einsetzen. Die Piratenpartei freut sich aber natürlich ebenso über neue Mitstreiter.

Während der Wahlkampfzeit bekommt diese SPD-Aktion zudem einen seltsamen Beigeschmack. Sollte dies etwa nur eine weitere Nebelkerze sein, geeignet um Menschen so zu verwirren, daß diese dennoch SPD wählen? Leider allzu eindeutig ist die bezogene Position. Wer an der Wahlurne für Freiheitsrechte und ein zensurfrees Internet kämpfen will, kann keinesfalls SPD wählen.³¹⁹

Selbstverständlich hat die SPD beim Thema Urheberrecht eine ebenfalls rigorose und unumstößliche Meinung: Sie hat angekündigt zu prüfen, ob die eventuelle Einführung einer Kulturflatrate vielleicht ein Lösungsansatz sein könnte. Es gibt natürlich auch Stimmen, die die harte Hand bevorzugen und mit dem sogenannten Three-Strikes-Gesetz, das in Frankreich und England diskutiert wurde, sympathisieren. Dieses Gesetz besagt, dass nach dreimaligen Rechtsverstößen im Internet, z. B. bei Urheberrechtsverletzungen, der Zugang zum Internet für einen gewissen Zeitraum ganz gesperrt werden kann.³²⁰

Piratenquote: Zwischen 10 und 75%, je nachdem, welcher Sozialdemokrat sich gerade äußert.

319 Pressestelle der Piratenpartei: „Piraten“ in der SPD. Online:

<http://89.238.67.24/piratenupdate/202-qpiratenq-in-der-spd.html> (07.08.09)

320 Angelika Krüger-Leißner zit. nach winfuture.de (Sebastian Kuhbach, 08.08.09):

SPD-Sprecherin zeigte Interesse an Internetsperren. Online: SPD-Sprecherin zeigte Interesse an Internetsperren (10.08.09)

4.4 Die Grünen/Bündnis 90

Die Grünen sind die einzige etablierte Partei, die der Netzpolitik im Wahlprogramm ein eigenes Kapitel gewidmet hat. Unter dem Titel „Digital ist besser – Für ein freies Internet“ heißt es unter anderem:

[...] Das Recht auf einen freien Zugang zum Internet ist eine entscheidende Teilhabefrage des 21. Jahrhunderts. Wer keinen Zugang hat, ist schnell abgehängt. Eine lückenlose Breitbandversorgung ist wesentlicher Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Zudem wollen wir ein System öffentlicher WLAN-Zugänge. [...]

Offene Formate, Lizenzen wie Creative Commons und Freie Software wollen wir fördern, um Inhalte, Software und Technik so zu gestalten, dass sie von möglichst vielen umfassend genutzt werden können. Das Internet ist oft der letzte Hort der Freiheit in den Diktaturen unserer Zeit und das einzige Tor zur freien Kommunikation. Wir GRÜNE wollen eine freie Internetkultur. Diese wird aber immer öfter bedroht. Staatliche Institutionen und viele Unternehmen wollen das Internet einschränken, ihm die Freiheit nehmen. Die Filterung des Datenverkehrs sowie massenhafte und unbegründete Speicherorgien, wie die Vorratsdatenspeicherung, lehnen wir strikt ab. Den aktuellen Vorschlägen zur Einführung von Internetsperrlisten und den Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur erteilen wir eine klare Absage, da sie rechtsstaatlich und technisch unverantwortlich sind. [...] Inhalte wie Kinderpornografie müssen aus dem Netz gelöscht werden, sobald sie bekannt sind. Wir wollen ein neutrales Medium, welches weder von Konzernen noch von Staaten gesteuert oder gefiltert wird. [...] Maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft neuer Unternehmensmodelle hat eine zukunftssichere Regelung des Urheberrechts. Derzeit verbreitet allen voran die Medienindustrie eine Ideologie, die unlicenzierte Nutzung als »Raub« und »Piraterie« kriminalisiert. Im Kampf gegen die Internetpiraterie gerät jedoch immer öfter die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger unter die Räder – und der freie Zugang zu Wissen und kulturellen Werken. Massenhafte Verfolgung, den Einsatz von digitalem Rechtsmanagement sowie die Bestrafung von digitalen Privatkopien lehnen

wir ab. Solche Flickschustereien der vergangenen Jahre am Urheberrecht wollen wir beenden.³²¹

Jan Philipp Albrecht, zum Zeitpunkt des Interviews noch Kandidat für das Europaparlament für die Grünen/Bündnis 90, hat im Vorfeld jener Wahl die Grünen Positionen vor dem Hintergrund des Pirate-Bay-Prozesses zusammengefasst:

*Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung und die unverhältnismäßige Kriminalisierung von Filesharern müssen gestoppt werden. [...] Kultur muss geremixt, neu verteilt werden dürfen. Das Bereitstellen einer Plattform ist noch lange kein Verbrechen. [...] Es darf nicht sein, dass Suchmaschinenbetreiber haftbar dafür gemacht werden, was hinter den Suchergebnissen steht. Sonst wären sie dazu gezwungen, Zensur zu betreiben und müssten nach eigenem Bemessen entscheiden, was gefiltert wird und was nicht. Der Staat muss gegen die Anbieter von tatsächlich illegalen Angeboten vorgehen. [...] Nach geltendem Recht ist der Austausch von Kopien illegal. Doch ob das politisch richtig ist, möchte ich in Frage stellen. Denn das Recht auf eine Privatkopie ist ein Grundrecht. Das aber als Verbrechen gebrandmarkt wird. [...] Die Bekämpfung des Filesharing nutzt Künstlerinnen und Künstlern wenig. Bisher gewinnen in erster Linie die Rechteinhaber, die Unterhaltungsindustrie. [...] Normale Nutzerinnen und Nutzer werden kriminalisiert, um die Einnahmen der Medienindustrie zu sichern, auf Kosten der Grundrechte und einer freien Gesellschaft. Unterhaltungsindustrie und Sicherheitspolitiker errichten ein Konstrukt von Gesetzen, die den freien Wissensaustausch begraben wollen. [...] Das Netz ist Teil unserer Lebenswelt, auch wenn viele Politiker das nicht verstehen. Wir leben dort und werden dort dauerüberwacht. Dagegen kämpfe ich.*³²²

Die hier aufgeführte Meinung ist identisch mit den Positionen der Piratenpartei. Überhaupt sind sich beide Parteien recht nahe, der EU-Abgeordnete der schwedischen PIRATEN hat sich im europäischen Parlament der Grünen Fraktion angeschlossen. Dazu erklärten Rebecca

321 http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm_komplett_2009.pdf, S. 195ff (11.08.09)

322 Gruene.de (03.06.09): Das Netz wählt grün. Interview. <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/das-netz-waehlt-gruen.html> (01.08.09)

Harms und Daniel Cohn-Bendit, Ko-Vorsitzender der Grünen/EFA-Fraktion:

*Wir heißen die schwedische Piratenpartei in unserer Fraktion herzlich willkommen. Uns verbindet das konsequente Eintreten für die Rechte der Internetnutzer. Der neugewählte Europaabgeordnete der Piratenpartei, Christian Engström, tritt unserer Fraktion als unabhängiges Mitglied bei. Er hat bereits erklärt bei allen Dossiers, bei denen die Piratenpartei keine eigene Position hat, der Linie der Grünen/EFA-Fraktion folgen wird.*³²³

Auch Albrecht hebt die Gemeinsamkeiten hervor:

*Wir, die Grünen und die Piraten, befassen uns mit der Frage, wie die Bürgerrechte im Internet geschützt werden können. Zudem hat das Internet die Macht, mehr Transparenz und Demokratie zu schaffen. Wir wollen die Freiheit im Netz auch verteidigen, um diese Chancen zu nutzen. Dazu gehört, den Austausch von Ideen, Meinungen und Kultur abseits von gewerblicher Nutzung für alle zu ermöglichen. Das Netz ist nicht das Fernsehen.*³²⁴

Dass diese Einstellung aber nicht von allen innerhalb der Partei geteilt wird, erfuhr die Welt Ende Juli 2009. Unter dem Titel „Unerträgliche Leichtigkeit des Internets“ veröffentlichte der bis dato eher mäßig bekannte Fraktionsvorsitzende der Grünen in der Bremischen Bürgerschaft, Matthias Güldner, einen - vor allem in der eigenen Partei - viel beachteten Kommentar:

Regeln gelten überall, auch im weltweiten Netz. Die ignorante Argumentation gegen Internetsperren kommt von Menschen, die es sich in virtuellen Räumen bequem gemacht haben und übersieht die Opfer in der realen Welt.

323 PM der Europagruppe Die Grünen (25.06.09). Online: http://www.gruene-euro-pa.de/cms/default/dok/291/291525.die_schwedische_piratenpartei_schliesst@en.htm (07.09.09)

324 Gruene.de (04.08.09): Gegen die Überwachungsunion. Interview. Online: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/gegen-die-ueberwachungsunion.html> (11.09.09)

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder ist ein ebenso grausames wie zeitloses Phänomen. Es gab sie lange vor dem Internet und wird sie leider auch geben, wenn eine andere Kommunikationsmode Einzug gehalten hat. Die Auseinandersetzung um die Internetsperren dreht sich im Kern aber gar nicht um die – bisher konsensuale - Bekämpfung der Kinderpornographie. Es geht vielmehr knallhart um Definitionsmacht in Zeiten der Virtualisierung der Welt. Ihre Anhänger kämpfen mit hoch effektiven Mitteln für die Rechtsfreiheit ihres Raumes. Wer sich in ihre Scheinwelt einmischen will, wird mit Massenpetitionen per Mausclick weggebissen.

Die Tatsache, dass diese Community viel Zeit in virtuellen Räumen verbringt, spielt dabei eine große Rolle. Wer Ego-Shooter für Unterhaltung, Facebook für reales Leben, wer Twitter für reale Politik hält, scheint davon auszugehen, dass Gewalt keine Opfer in der Realwelt fordert. Anders kann die ignorante Argumentation gegen die Internetsperren gar nicht erklärt werden.

Gesetze abschaffen, wenn sie nicht eingehalten werden?

Da ist zum Beispiel das Argument, die Sperren könnten umgangen werden. Da haben sich einige wohl das Hirn herausgetwittert. Genauso gut könnte die Tatsache, dass Morde begangen werden, obwohl sie verboten sind, als Argument gegen den Mordparagrafen im Strafgesetzbuch angeführt werden. Die ständig umgangenen Umweltgesetze könnte man sich gleich komplett schenken. Auch wird behauptet, das Gesetz nütze nichts gegen Kinderpornographie. Jeder weiß, dass es kein Allheilmittel ist. Aber in Skandinavien wurden schon positive Erfahrungen mit vergleichbaren Gesetzen gemacht. Warum nicht, wie in anderen Politikfeldern auch, Baustein um Baustein zusammenfügen, um eine größtmögliche Wirkung zu erzielen? Die Antwort bleibt die Community schuldig.

Teile der Grünen – fasziniert von den Möglichkeiten der virtuellen Mobilisierung und hingerissen von ihrem eigenen Getwitter – erkennen, dass unsere Wähler und Wählerinnen eine hohe Affinität zu Menschenrechtsfragen haben, erst recht wenn Kinder die Opfer sind. Unser Umfeld kommt zu einem nicht unerheblichen Teil aus den erziehenden Berufen, ist selbst Mutter oder Vater. Die Internetsperren haben Umfragen zu Folge bei ihnen eine hohe Popularität. Die Glorifizierung des In-

*ternet wird vergehen. Der politische Makel, mehr auf den Trend gesetzt zu haben als auf die Bekämpfung realer Menschenrechtsverletzungen, würde dagegen lange haften bleiben.*³²⁵

Güldner, der laut seiner Homepage als Consultant für das britische Kinderhilfswerk *Save the Children U.K.* tätig war, hat mit diesem Kommentar drei Dinge erreicht:

1. eine überwältigend große Anzahl an - überwiegend negativen - Kommentaren auf der Debattenseite von *WELT-online* sodass Güldner sich auf seiner Website zu einigen Relativierungen seiner Äußerungen gezwungen sah:

*Ich bin denjenigen, die sich mit dem Thema Internet befassen, auf die Füße getreten. Viele haben sich provoziert und beleidigt gefühlt. Das mit der Provokation, das hat jeder gemerkt, war beabsichtigt. Die Beleidigung nicht. [...] Obwohl das Internet unverzichtbarer Teil meines Lebens geworden ist, bin ich Teil der so genannten digitalen Spaltung der Gesellschaft. In Aufsätzen wird über Bewohner des Web2.0 und der so genannten Realität 1.0 geschrieben. Die einen (wie ich) nutzen das Netz oberflächlich für ihre (politische) Arbeit. Die anderen sind viel tiefer in die Materie eingestiegen, machen das Netz selbst zum Teil ihres politischen Engagements.*³²⁶

2. ein paar angedrohte Parteiaustritte und

3. eine Stellungnahme des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen:

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, aber auch kein bürgerrechtsfreier Raum!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich intensiv an der Debatte um die effektive Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet beteiligt und einen klaren Beschluss dazu auf dem letzten Parteitag gefasst, der die Pläne der Bundesregierung hier mit guten Gründen ablehnt.

325 Güldner, Matthias (26.07.09): „Unerträgliche Leichtigkeit des Internets“. Online: <http://debatte.welt.de/kommentare/144723/unertraegliche+leichtigkeit+des+internets?#comment-146728> (06.08.09)

326 <http://www.matthiasgueldner.de/> (11.08.09)

Das Vorhaben von Frau von der Leyen und der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD den Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur umzusetzen haben wir klar abgelehnt. Auch im Kampf gegen Kinderpornografie gelten rechtsstaatliche Grundsätze, diese werden jedoch mit dem jetzt beschlossenen Gesetz nicht gewahrt.

Das Bundeskriminalamt bekommt eine nahezu unkontrollierte Befugnis und Telekommunikationsunternehmen werden erneut als Hilfsheer herangezogen. Wir Grüne kämpfen für ein rechtsstaatliches Vorgehen und einen wirkungsvollen Kampf gegen solche widerlichen Taten.

Daher ist unser Ziel, die Betreuung und Hilfe für die Opfer zu verbessern, die Verfolgung zu intensivieren und solche Inhalte konsequent aus dem Internet zu entfernen. Wir sagen: Löschen statt Sperren!

Der Beitrag von Matthias Güldner vom 27. Juli 2009 in der WELT widerspricht deshalb nicht nur unserer grünen Programmlage, sondern schlägt gegenüber denjenigen, die sich für ein freies Internet engagieren, einen aus unserer Sicht nicht akzeptablen Ton an.

Das Internet war nie und darf auch nie ein rechtsfreier Raum sein. Es geht aber nicht um ein rechtsfreies Internet, sondern um ein freies Internet, ohne Filter und permanente staatliche Überwachung, selbstverständlich im rechtsstaatlichen Rahmen und mit rechtsstaatlicher Verfolgung von Straftaten.³²⁷

Güldner hat seiner Partei damit einen echten Bärendienst erwiesen. Obwohl der Beitrag in der Öffentlichkeit schon fast wieder vergessen ist, ist er doch aus Sicht der PIRATEN ein Beleg dafür, wie unterschiedlich die beiden Parteien doch eigentlich sind. Da man thematisch eng beieinander liegt und in weiten Teilen um die Gunst der gleichen Klientel buhlt, geben sich die Grünen betont piratenfreundlich, ein Nutzer im Forum der PIRATEN formulierte gar die Hoffnung einer mittelfristigen Fusion der beiden Parteien.³²⁸ Dieses Verhalten entspricht dem Wunsch der größeren und etablierteren Partei, den neuen Zwerg zu

327 Stellungnahme des Bundesvorstandes (27.07.09), Online:
http://www.gruene.de/no_cache/einzelansicht/artikel/das-netz-ist-nicht-buergerrechtsfrei.html (11.08.09)

328 Forumsteilnehmer „Liebertär“ (28.07.09). Online:
<http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=87&t=7871&start=0> (03.08.09)

marginalisieren und eine Abwanderung von größeren Wählergruppen zu verhindern.

Entsprechend ist der Ton der PIRATEN gegenüber den Grünen etwas schärfer, da jede Möglichkeit zur Profilierung durch Betonung der Unterschiede vom Neuling genutzt werden muss. So hat der Landesverband Thüringen wie erwähnt zwar vor der Landtagswahl mit den dortigen Grünen eine inhaltliche Kooperation in Sachfragen für die kommende Legislaturperiode im Landtag vereinbart, weil man selber nicht zur Landtagswahl antreten konnte. Die nachfolgend mehrheitlich kritischen Kommentare auch im Piratenforum fielen teils jedoch so heftig aus („strategisch unklug“, „riskant“, „dumm“ etc.), dass der Landesverband sich genötigt sah klarzustellen, man habe keinesfalls eine Wahlempfehlung ausgesprochen.³²⁹

Auf die inhaltliche Nähe angesprochen, versuchte auch das Mitglied des Bundesvorstandes Thorsten Wirth, sich von der Ökopartei abzugrenzen, indem er auf das Abstimmungsverhalten beim „Zensursula“-Gesetz verweist:

*Nichts desto trotz haben 15 Abgeordnete ihrer Fraktion sich enthalten, mit sehr zweifelhaften Argumenten. Das macht die Grünen in meinen Augen unglaublich unwürdig. Bei ihnen fehlt es an einer entsprechenden Geisteshaltung - anders als bei uns.*³³⁰

Piratenquote: 85 Prozent, inhaltlich sind beide Seiten dankbar, wenn sie auf Unterschiede hingewiesen werden. Die größte Differenz wird bei den Parteistrukturen gesehen: ausgerechnet die früher basisdemokratisch organisierten Grünen gelten den PIRATEN heute als eher festgefahren. Es könnte aber durchaus passieren, dass Grüne und PIRATEN eines Tages zusammenfinden. Z. B. dann, wenn die PIRATEN aufgrund der realen politischen Gestaltungsprobleme ihre basisdemokratischen Ansprüche aufgeben, oder aber, wenn es der Partei nicht gelingt sich thematisch zu entwickeln, d.h., andere Schwerpunkte zu finden, wenn die alten Themen nicht mehr ihre heutige Relevanz haben sollten.

329 PM der Piratenpartei Thüringen (27.08.09): Keine Wahlempfehlung für die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Online: <http://www.piraten-thueringen.de/2009/08/27/keine-wahlempfehlung-fur-die-partei-bundnis-90die-grunen/> (12.09.09)

330 Telepolis (03.08.09): „Wir sind letztlich dabei, uns selbst zu erfinden“. Interview. Online: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30842/1.html> (06.08.09)

4.5 FDP

Als *der* klassischen Bürgerrechtspartei kann man der FDP nach deren Selbstverständnis in diesem Bereich natürlich nur schwerlich das Wasser reichen. Allerdings sind Bürgerrechte und Datenschutz zurzeit bei allen drei Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag außerordentlich beliebt.

In ihrem Deutschlandprogramm gibt sich die FDP betont internetfreundlich:

Deutschland muss zum europäischen Vorreiter in Sachen Internetkompetenz werden. Die Verwirklichung der Internetrepublik Deutschland bleibt eine wesentliche Herausforderung.

Die Partei verbindet dies stets mit dem Blick auf die Wirtschaftlichkeit, so müsse in eine „leistungsfähige IT-Infrastruktur“ investiert werden, auch um „Arbeitskräftebedarf an hochqualifizierten IT-Spezialisten sicherstellen“. Es geht ihr um „mehr Wettbewerb bei den Infrastrukturen der Telekommunikation und den flächendeckenden Zugang zu Breitband-Internet“ und der Markt solle als „Grundlage für Investitionen und Innovationen bei Infrastrukturen und Diensten“ fungieren.

Die Liberalen wollen dem „dramatischen Abbau von Bürgerrechten“ Einhalt gebieten, fordern ein „modernes, leicht verständliches, übersichtliches und effektives Datenschutzrecht“, die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und den Verzicht auf Online-Durchsuchungen. Der große Lauschangriff erhält eine Absage und Zensur dürfe nicht stattfinden, die FDP setzt in diesem Bereich auf „Filtern zu Hause statt Sperren durch den Staat“. Dem Urheberrecht ist ein ganzer Absatz gewidmet:

Das Urheberrecht hat in der digitalen Welt eine Schlüsselfunktion. Die FDP fordert deshalb die konsequente Weiterentwicklung des Urheberrechts zur weiteren Verbesserung des urheberrechtlichen Schutzes. Die Einführung einer "Kulturfltrate" lehnt die FDP ab. Eine besondere Herausforderung bleibt die Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen vor allem im Internet, denn die "Internetpiraterie" ist eine existenzielle Bedrohung für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Internet darf kein urheberrechtsfreier Raum sein. Die FDP setzt sich deshalb für Lösungen ein, die unter Wahrung des Datenschutzes eine effektive und konsequente Rechtsdurchsetzung gewährleisten. Die FDP bekennt sich

*zur kollektiven Wahrnehmung von Urheber- und Leistungsschutzrechten durch Verwertungsgesellschaften mit effizienten und transparenten Strukturen.*³³¹

Die FDP scheint gerade auf diesen Feldern einen großen Respekt vor den PIRATEN zu haben. Die Jugendorganisation der FDP, die Jungen Liberalen, haben einen „Arguliner“, also einen Argumentationsleitfaden, zusammengestellt, der Anfang August 2009 in die Hände der PIRATEN fiel. Das Papier soll den jungen FDPlern beim Kampf um möglicherweise abtrünnige Wähler helfen, sich argumentativ gegen die *Piratenpartei* in Position zu bringen, denn diese habe in der letzten Zeit

erste Achtungserfolge errungen. Dies ist für Liberale besonders interessant oder auch schmerzhaft, da die Piratenpartei im Wesentlichen nur zwei Kernthemen hat: Bürgerrechte (insbesondere im Internet) und Geistiges Eigentum (Immaterialgüterrechte). Mit diesem Arguliner wollen wir Dir helfen, Dich mit den politischen Forderungen und Argumentationen der Piratenpartei vertraut zu machen, Dich in Diskussionen ihrer Kritik zu erwehren und die Piratenpartei selbst kritisch zu durchleuchten. Denn für uns ist klar: Wer für den Schutz der Bürgerrechte ist, muss FDP wählen!

Die beste Strategie ist, die Piratenpartei gar nicht erst selbst aktiv ins Gespräch zu bringen und dadurch ihren Bekanntheitsgrad weiter zu steigern (keine gemeinsamen Aktionen oder Pressemitteilungen). Sie bekommt im Moment schon genug Öffentlichkeit und gute Presse. Das ist aber kein Grund unruhig zu werden! Bisher gibt es keine Umfrage, die die Piratenpartei auch nur in der Nähe der 5%-Hürde sieht. Also einfach cool bleiben, sie im Auge behalten und nötigenfalls argumentativ reagieren! [...]

Dann hat der Leitfaden noch einige Ideen parat, wie die herkömmliche Kritik an der *FDP* argumentativ gekontert werden könne:

Die Liberalen sind immer nur für Steuersenkungen und sonst nichts!

Antwort: Die FDP ist kompetent in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Jedoch ist sie auch immer schon die Partei der Bürgerrechte gewesen.

331 Alle Zitate aus dem FDP Deutschlandprogramm. Online: http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF, S. 40f (17.09.09)

Das heißt nicht, dass sie ohne Makel ist. In der Opposition hat sie sich jedoch neu aufgestellt [...] und das Thema wieder in den Vordergrund gerückt. [...] Guido Westerwelle hat daher auch bereits 2007 in Interviews klargestellt, dass die Liberalen im Falle einer Regierungsbeteiligung Bürgerrechtseinschränkungen der Großen Koalition zurück nehmen werden.

Beim Thema Bürgerrechte sind die Liberalen überhaupt nicht glaubwürdig!

Antwort: Das sind sie doch. Zwar gab es in der Kohl-Ära großer Fehler (Großer Lauschangriff, 1998), diese sind jedoch erkannt worden (Beschluss zur Abschaffung des Großen Lauschangriffs, 2005, erneut fast einstimmig beschlossen im Bundestagswahlprogramm 2009). Die FDP hat sich seither dem Thema angenommen und sich für den Schutz der Bürgerrechte eingesetzt. Dies zeigt sich insbesondere am Abstimmungsverhalten der Fraktion (Abgelehnt wurden Vorratsdatenspeicherung, BKA-Gesetz und Netzsperrung [...]).

Es gibt doch niemanden in der FDP, der die Bürgerrechte auch glaubwürdig vertritt!

Antwort: In der FDP gibt es ältere und jüngere Politiker, die für das Thema Bürgerrechte stehen. Das sind beispielsweise Burkhard Hirsch, Gerhard Baum, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Max Stadler, Gisela Piltz und Alexander Alvaro. Aber auch über diese Repräsentanten hinaus ist das Thema Bürgerrechte wieder breit in der Partei verankert: Bei der aktuellen Verfassungsbeschwerde von liberalen Politikern gegen die Vorratsdatenspeicherung ist neben den oben genannten und den Julis z. B. auch ein Wirtschafts- und Finanzpolitiker wie Hermann Otto Solms dabei. Das zeigt, dass der Einsatz für Bürgerfreiheiten wieder aus allen Ecken der Partei vertreten wird.

Schaut mal was in den Bundesländern mit FDP-Regierungsbeteiligung alles gemacht wird!

Antwort: Auch in den Ländern wurde für die Bürgerrechte einiges erreicht. Man sollte aber nicht alles über einen Kamm scheren. Bei der Bundestagswahl geht es um die Bundespartei und ihre Fraktion. Die hat in Abstimmungen bewiesen, dass sie sich für die Bürgerrechte stark macht. Letztes Beispiel ist hier die Abstimmung über die Netzsperrungen,

hier hat die FDP – im Gegensatz auch zu den Grünen, bei denen es zahlreiche Enthaltungen gab – geschlossen gegen das Vorhaben der schwarz-roten Regierung gestimmt.

Selbst wenn die FDP für Bürgerrechte stünde, in eurer Wunschkoalition mit der Union würdet ihr doch sowieso einknicken!

Antwort: Die FDP hat bisher keine Koalitionsaussage beschlossen. Diese wird es erst eine Woche vor der Wahl geben. Wir werben für unser Programm. Die Bundesregierungen in Deutschland sind immer Koalitionsregierungen mit einer großen und mindestens einem weiteren kleineren Partei. Auch wenn es im Falle eines Wahlsiegs wohl auf eine Koalition mit der Union hinausläuft, kommt es darauf an, die FDP so stark wie möglich zu machen, damit sie möglichst viel von ihrem liberalen Programm umsetzen kann. Jede Stimme für die FDP ist eine Stimme für die Bürgerrechte! Denn: Den Raubbau an den Bürgerrechten hat Rot-Grün (unter Innenminister Schily) eingeleitet, die SPD hat jüngst auch den Netzsperrern zugestimmt. Es kommt also nicht auf den Koalitionspartner, sondern auf das Ergebnis der FDP an. Klar ist: Die Liberalen treten nur dann in eine Regierung ein, wenn zentrale Bürgerrechtseinschränkungen zurück genommen werden.

Beim Thema Filesharing und Raubkopien verkennt die FDP die Realität!

Antwort: Nur weil etwas häufig praktiziert und schwer zu verfolgen ist, ist es nicht gleich in Ordnung. Der Großteil der Autofahrer hält sich nicht ans Tempolimit. Trotzdem würde niemand fordern, dass es keins mehr geben soll! Geistigen Eigentum und reales Eigentum sind für uns Ausdruck der menschlichen Individualität und Schaffenskraft und dürfen nicht grundlos vergemeinschaftet werden.

Bei der FDP sind doch auch nur ‚Internet-Ausdrucker‘!

Antwort: Die FDP ist eine moderne Partei, die schon früh die Chancen des Internets für die Politik erkannt hat (Online-Beteiligung am Wahlprogramm, YouTube-Channel der Fraktion). Für die JuLis ist die Nutzung des Internets politisch und privat völlig selbstverständlich. Wir wissen worüber wir reden!

Es folgen noch die Standard-Kritikpunkte („In-Partei“, kein Durchsetzungsvermögen, themenarm etc.). Dieses Papier³³² der jungen Liberalen ist natürlich ein gefundenes Fressen für die PIRATEN gewesen. Die obigen Thesen sind deshalb so gelungen, weil sie im Grunde genau das Bild, was die PIRATEN von der FDP haben, widerspiegelt:

Die FDP ist eine wirtschaftlobbyistische Vereinigung von lauter Internet-Ausdruckern, die Bürgerrechte nur nutzt um in die Parlamente zu kommen und für die Regierungsbeteiligung im Bund wie in den Ländern alle liberalen Prinzipien verrät. Und von Filesharing hat sie sowieso keine Ahnung ...

Fast könnte man meinen, die PIRATEN hätten diesen Leitfadens lanciert und den Jungen Liberalen untergeschoben, aber ein Blogger bestätigte zügig die Echtheit des Dokuments:

Auf der Heimseite der Julis-Website lachten mich natürlich die üblichen Fehlerchen an, also dachte ich mir... es ist ja durchaus möglich.... man könnte ja mal versuchen... Hajo! Sicher datt! Es sind eben auch nur Internetausdrucker, [...] Also auf jeden Fall habe ich das Originaldokument gefunden und nein, da hat niemand etwas an dem Dokument verändert, die PIRATEN verlinken das echte Dokument.

Und weiter:

*Was die da so alles speichern... also "rotbarsch" ist nun wirklich kein gutes Passwort! Wer solche Passworte vergibt der gehört ganz bestimmt zu den Passwortrecyclern. Ich habe natürlich nicht ausprobiert, wo und ob es noch funktioniert, aber so wirklich kompetent scheinen mir die Webfuzzies nicht zu sein.*³³³

Die überwiegende Mehrheit der PIRATEN hält sich selbst für die wahre liberale Kraft, das Attribut liberal wird der FDP in vielen Diskussionen verweigert. Da passte es auch gut ins Bild, dass Guido Westerwelle zu dieser Zeit ein Interview im ZDF gab. Seine Aussagen („Einerseits müssen die Bürgerrechte ernster genommen werden, andererseits muss man

332 Online: http://wiki.piratenpartei.de/images/b/b5/Arguliner.Piratenpartei_03.pdf (10.08.09)

333 meingottundmeinewelt.de (07.08.09): „rotbarsch“ ist kein Passwort! Online: <http://meingottundmeinewelt.de/2009/08/07/rotbarsch-ist-kein-passwort/> (14.08.09)

aber auch die Freiheit und die Sicherheit der Menschen schützen.³³⁴) wurden von einigen Kommentatoren sofort als Ankündigung schärferer Sicherheitsgesetze interpretiert.³³⁵ Das ist zwar gelinde gesagt etwas offensiv ausgelegt, spiegelt aber gut die Stimmung der meisten PIRATEN im parteieigenen Forum wieder: „Die FDP ist also schon VOR den Wahlen umgefallen.“³³⁶

Eine Woche vor der Bundestagswahl äußerte sich Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion zum Thema Netzsperrern und Vorratsdatenspeicherung:

*Die FDP in einer Regierungsbeteiligung sollte zügig das Gesetz von Frau von der Leyen zur Sperrung von Internetseiten stoppen, das noch bei der EU-Kommission liegt [...]Außerdem muss eine neue Bundesregierung sofort die Anwendung der Vorratsdatenspeicherung aussetzen, bis das Verfassungsgericht entschieden hat.*³³⁷

Da die FDP in einer Regierungskoalition mit der Partei, die maßgeblich an der Verabschiedung der beiden Gesetze beteiligt war, zusammen arbeiten würde, sollte man in dieser Aussage auf das „sollte“ achten. Mit der CDU als Seniorpartner in einer Koalition, hat die FDP wohl keine Chancen, diese Ankündigung zu realisieren, weshalb diese Aussage wohl lediglich dazu dienen soll, den übrigen Parteien, die kritisch zu den genannten Gesetzen stehen wie z. B. die Piratenpartei, etwas Wahlkampfwind aus den Segeln zu nehmen.

Piratenquote: Inhaltlich sind die Gemeinsamkeiten zwischen PIRATEN und FDP nicht so groß wie zwischen PIRATEN und der Linken. Im Bereich Urheberrecht glauben einige Piraten, die Ablehnung einer „kollektivistischen“ Kulturflaute sei ein „individualistischer“ Ansatz und somit eine Gemeinsamkeit mit der FDP, wobei sie verkennen, dass der

334 http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/Aergere_mich_ueber_Linksrutsch_der_Union/814882?inPopup=true (17.09.09)

335 Telepolis (09.08.09): Westerwelle kündigt schärfere Sicherheitsgesetze an. Online: <http://www.heise.de/tp/blogs/8/143245/> (17.09.09)

336 Forumsteilnehmer „Alexis“ (09.08.09). Online: <http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=1&t=8689> (17.09.09)

337 Rheinische Post (17.09.09): FDP will Gesetz für Internet-Sperren stoppen. Online: <http://www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/758922/FDP-will-Gesetz-fuer-Internet-Sperren-stoppen.html> (17.09.09)

Lösungsansatz der Liberalen in diesem Bereich sehr viel stärker mit dem der Unionsparteien übereinstimmt. Und in Fragen des Datenschutzes und der Bürgerrechte sind die Positionen der Liberalen entsprechend ihrer Klientel marktgerecht motiviert, also dogmatisch beeinflusst und damit genau das, was sie der Linken negativ auslegt, die dogmatisch marktkritisch argumentiert. Also: Gefühlte 50%, reale 20%.

Fazit

Die Regierungsparteien werden hauptsächlich als Ursache allen Übels wahrgenommen. Die Linke hat nur wenig Unterstützer bei den Piraten, da diese sich ideologisch nicht festlegen möchten. Der FDP und den Grünen wird zum Verhängnis, dass sie zwar jetzt Opposition sind, aber früher schon mal durften und mithin mitverantwortlich für die gegenwärtige und die Bürgerrechte bedrohende Situation sind:

Ich sehe auch nicht die Notwendigkeit für Bürgerrechte einzustehen, weil keine andere Partei sie im Parteiprogramm hat, sondern weil aktuell diese sehr stark unter die Räder kommen und keine Partei kompromisslos dafür eintritt (z. B. wird die FDP wenn sie mit der Union ins Regierungsbett steigt sehr schnell solche Dinge über Bord werfen).³³⁸

338 Forumsteilnehmer „fagri“ (28.08.09). Online:
<http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=87&t=7871&start=0> (03.08.09)

5 Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren

5.1 Ein-Themen-Partei

Noch im Mai des Jahres 2009 verglich eine Autorin des Jugendmagazins der Süddeutschen Zeitung *jetzt.de* die Piratenpartei mit der Autofahrerpartei.³³⁹ Und betrachtet man das Wahlprogramm der PIRATEN, kann man getrost davon sprechen, dass sie eine Special Interest Bewegung oder eine Single-Issue-Partei, also eine Ein-Themen-Partei ist. Das heißt jedoch nicht, dass sie sich nur zu einem Thema äußert. Aber wenn man ganz konkret die Themen Bildung (freier Zugang zu B.), Transparenz (freier Zugang zu staatlichen Entscheidungen) oder Infrastrukturmopole (freier Zugang zu I.) unter dem großen Punkt *Open Access* subsumiert und den freien Zugang - zu den genannten Themen und zur Kultur (Urheberrecht) - als ein Bürgerrecht deklariert, dann kommt man schnell zu der Erkenntnis, dass die Bürgerrechte im Informationszeitalter das alles bestimmende Thema der Piratenpartei ist.

Obwohl sich einige Unterstützer der Piraten über eine solche Einschätzung mokiert haben,³⁴⁰ beinhaltet diese simple Feststellung nichts Negatives - zumal sie von der Partei selbst bestätigt wird:

1. Warum gerade diese Themen?

Unsere Gesellschaft befindet sich derzeit in einer Umbruchsphase. Technische Entwicklungen bieten neue Möglichkeiten, unsere Gesellschaft zu gestalten und alle Menschen an Wissen, Kultur und politischer Mitgestaltung teilhaben zu lassen. Gleichzeitig sehen wir uns einer innenpolitischen Entwicklung ausgesetzt, die unsere Bürgerrechte mehr und mehr aushöhlt und technische Möglichkeiten nicht für, sondern gegen die Bürger einsetzt. Wir glauben, dass in dieser Phase die Weichen gestellt werden für die weitere politische Entwicklung: Über unsere Bürgerrechte und darüber, wer das Wissens und die Kultur der Menschheit besitzt, wird genau jetzt und oft still und leise im Verborgenen entschie-

339 Leister, Sonia (24.05.09): Piraten nehmen Kurs aufs Parlament. Online: <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/476154> (04. 08.09)

340 Vgl. z. B. „Reizzentrum“ (25.08.09): Die Piratenpartei ist eine „Single-Issue Partei“? Online: <http://rz.koepke.net/?p=3510> (20.09.09)

den. Das macht eine vorübergehende Priorisierung und eine Sammlung unserer politischen Kräfte bei diesen Themen nötig.

2. Warum keine weiteren Themen darüber hinaus?

Die Piratenpartei hat derzeit zu vielen Themengebieten noch keine Position. Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Wir denken erst und handeln dann: Wir möchten politisch nur vertreten, wovon wir auch etwas verstehen und keine Kompetenzen vorgeben, die wir noch nicht besitzen. Wir sind eine junge Partei und diskutieren und erarbeiten permanent neue Themenfelder. Politisch werden wir uns aber erst dann für diese einsetzen, wenn wir uns wirklich sicher sind, die richtige Position gefunden zu haben und diese auch verteidigen zu können.

- Wir wollen einen neuen Politikstil etablieren: Wir nehmen die Wähler als mündige Bürger ernst (schließlich begreifen wir uns selbst als Teil von ihnen). Da Politiker den Willen des Volkes vertreten sollten, erarbeiten wir unsere politischen Themen einfach gleich mit diesem gemeinsam. Wer findet, dass wir ein neues Themenfeld besetzen sollten, kann dieses mit Piraten und Nichtpiraten gemeinsam im Wiki erarbeiten. Positionen nicht einfach von der Parteispitze festlegen zu lassen, sondern mit den Bürgern zu erarbeiten, kostet allerdings Zeit.

- Dass wir eine Wahl mit absoluter Mehrheit gewinnen könnten, glauben nicht einmal wir. Da wir nicht so bald alleine regieren werden, müssen wir auch nicht jedes Thema sofort besetzen. Dafür meinen wir die Themen, die wir vertreten, aber absolut ernst. Das macht unser Verhalten nach einer Wahl für die Wähler vorhersehbar.

- Unsere Forderungen reichen oft weit in andere Themengebiete hinein. Wir wollen die Grundlagen unserer Gesellschaft so gestalten, dass diese sich zum Besseren wenden, indem wir an den Wurzeln und nicht nur an den Symptomen arbeiten. So haben wir zwar kein entwicklungspolitisches Programm - würden beispielsweise Gene nicht mehr patentiert, hätte dies aber existenzielle positive Auswirkungen für Kleinbauern in Entwicklungsländern. Der Begriff „Arbeitsplätze“ kommt in unserem Wahlprogramm zwar nicht wörtlich vor - unsere Forderung, Bildung kostenfrei und den Zugang zu Wissen, Informationen und Technologien

*offen zu halten, fördert aber die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nachhaltig als manches kurzfristige Konjunkturprogramm.*³⁴¹

Andreas Popp fasste zusammen: „Wir beschäftigen uns mit Politik rund um die Informationsgesellschaft.“³⁴² Er erklärte auch gleich noch einmal, weshalb man sich in der Themenwahl beschränke:

*Zum einen ermöglicht ein schmales Programm ein klares Profil. Jeder weiß, für was wir stehen. Gleichzeitig hat der Wähler in Deutschland aber üblicherweise nur eine Stimme. Das heißt, er kann nur fertig geschnürte Parteipakete wählen. Das führt dann aber auch dazu, dass die großen Parteien viel versprechen, aber dann von allem Abstriche machen müssen. Man weiß also auch bei den Großen nicht genau, woran man ist. Meist dreht sich deren Meinung ständig um, je nachdem wer gerade an der Spitze ist.*³⁴³

Die Piratenpartei hingegen setze Prioritäten:

*Die anderen haben zu breit gefächerte Themen, man muss immer damit rechnen, dass sie andere Themen vorziehen. Die FDP hat es, trotz intensiven Wahlkampfes mit dem Thema, zum Beispiel auch versäumt, den Bayerntrojaner abzuschießen. Wenn man das Gesamtpaket schätzt, mag das okay sein. Aber wem das Thema wichtig ist, der bleibt auf der Strecke.*³⁴⁴

Und weiter:

Alle Parteien haben mit einem engen Programm für eine bestimmte, unterrepräsentierte Zielgruppe angefangen. Die SPD entstand aus der damals verarmten Arbeiterschicht, die Grünen aus der Umweltbewe-

341 <http://www.piratenpartei.de/navigation/politik/themenwahl> (12.09.09)

342 zit. nach Spiegel Online (10.06.09): „So eine Alternative suchen viele Leute“. Interview. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,629533,00.html> (20.09.09)

343 zit. nach: „Hingesehen“ (22.05.09): Piratenpartei: „Geistiges Eigentum gibt es nicht“. Interview. Online: <http://www.hingesehen.net/piratenpartei-geistiges-eigentum-gibt-es-nicht/> (20.09.09)

344 zit. nach Spiegel Online (10.06.09): „So eine Alternative suchen viele Leute“. Interview. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,629533,00.html> (20.09.09)

*gung. Heute sind deren Themen in der ganzen Gesellschaft angekommen.*³⁴⁵

Politikwissenschaftler haben die Vor- und Nachteile einer solch monothematischen Ausrichtung betont: Karl-Rudolf Korte bestätigte, dass Ein-Themen-Parteien durchaus erfolgreich sein könnten, da sie Wähler mit einem Aufreger-Thema leichter mobilisieren könnten „als die Großtanker der großen Volksparteien“.³⁴⁶ Viele Parteienforscher wie z. B. Prof. Wichard Woyke hingegen sehen die Überlebensfähigkeit solcher Bewegungen kritisch: „Die Piraten haben ein eindimensionales Programm. Wenn es sich weiter nur auf Informationsgesellschaft stützt, lässt sich damit keine Gesamtpolitik machen.“³⁴⁷

Im Gegensatz zu den schwedischen Piraten hegen die deutschen aber bereits Ambitionen, sich einem Vollprogramm zu nähern. Während die schwedische *Piratpartiet* sich also explizit geweigert hat, zu Fragen außerhalb ihres Kernbereichs Stellung zu beziehen und für den Fall einer Regierungsbeteiligung ankündigte, sich in allen Diskussionen zu piratenfernen Themen zu enthalten, sieht das bei den deutschen Piraten anders aus, wie folgende Aussage des Partei-Vize Andreas Popp andeutet:

*Wir denken in der jetzigen Position ist es sinnvoller, den Leuten ein Thema als Wahlalternative zu stellen, nicht nur eine Partei allein. Wie das zukünftig aussieht, kann aber noch keiner sagen.*³⁴⁸

Der Berliner Landesvorsitzende Andreas Baum sekundierte:

Wir brauchen Zeit. Wir verfolgen nicht die Strategie, ausschließlich eine Special-Interest-Partei zu sein. Wir hatten nur schlicht noch keine Ge-

345 zit. nach Spiegel Online (10.06.09): „So eine Alternative suchen viele Leute“. Interview. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,629533,00.html> (20.09.09)

346 zit. nach „heute journal“ (04.07.09): Piratenpartei will den Bundestag entern. Online: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/790864?inPopup=true> (20.09.09)

347 Patzkowsky, Tobias (07.09.09): Junge Partei kapert das Internet. Online: <http://www.derwesten.de/nachrichten/wp/2009/9/7/news-132319710/detail.html> (12.09.09)

348 zit. nach: „Hingesehen“ (22.05.09): Piratenpartei: „Geistiges Eigentum gibt es nicht“. Interview. Online: <http://www.hingesehen.net/piratenpartei-geistiges-eigentum-gibt-es-nicht/> (20.09.09)

*legenheit, unsere Ideen weiter auszuarbeiten. Das werden wir jetzt tun. Bürgerrechte und direkte Demokratie werden eine Rolle spielen.*³⁴⁹

In diesem Zusammenhang aber versuchte die deutsche Piratenpartei im Wahlkampf einen Spagat. Offiziell bleibt man weiter bei der monothematischen Ausrichtung. Dies war die bisherige Taktik und die soll auch weiterhin vertreten werden, um eine internetaffine und bürgerrechtlich engagierte Klientel zu erreichen. Gleichzeitig möchte die Partei aber den Eindruck verwischen, dass ihre einseitige Ausrichtung sie auf anderen politischen Gebieten sprachlos mache, um die Partei somit auch für Wähler, die einen anderen Anspruch an Parteien haben, wählbar zu machen. Denn viele, die als Piraten-Sympathisanten in Frage kommen, sehen hier ein großes Hindernis, die Partei zu wählen:

*Mir persönlich genügt es einfach nicht, wenn ich in einem bestimmten Bereich (der im Detail auch noch zu diskutieren wäre) mit einer Partei übereinstimme, ich möchte auch die grundsätzliche Haltung einer Partei zu anderen gesellschaftlichen Themen kennenlernen. Denn ich bin nicht nur Netzbenutzer, sondern auch Vater, Selbständiger, Urheber, Unternehmer und vieles mehr.*³⁵⁰

Die Teilnahme am im Internet so beliebten „Wahl-O-Maten“ ist nun der Ausdruck für diesen Spagat. Der Wahl-O-Mat ist eine von der Bundeszentrale für politische Bildung betriebene Webpräsenz für interaktive Online-Wahlinformationen. Zunächst beantwortet man 38 politische Fragen und der Wahl-O-Mat vergleicht dann die gegebenen Antworten mit den Positionen der zur Wahl stehenden Parteien. Das Ergebnis zeigt dann, in welchem Maße der Nutzer mit den Parteien übereinstimmt. Der Wahl-O-Mat wolle dabei keine Wahlempfehlung abgeben, sondern sei vielmehr ein „Spielzeug, das zum Wählen verführt“.³⁵¹

349 Andreas Baum zit. nach Veihelmann, Tina (09.07.09): Freibeuter mit Mandat. Online: <http://www.freitag.de/alltag/0928-piratenpartei-mandat-bundestagswahl-direktkandidat> (11.09.09)

350 Spreeblick (Johnny Haeusler, 30.06.09): Netz. Politik. Online: <http://www.spreeblick.com/2009/06/30/netz-politik/> (20.09.09)

351 Bundeszentrale für politische Bildung: Wahl-O-Mat – Ein spielerisches Online-Tool zur Steigerung der Wahlbeteiligung. Online: http://www13.bpb.de/methodik/AN79O6,0,0,WahlOMat_%96_Ein_spielerisches_OnlineTool_zur_Steigerung_der_Wahlbeteiligung.html (05.09.09)

Von den insgesamt 38 veröffentlichten Thesen haben die Piraten 30 beantwortet, lediglich bei acht Thesen war die Partei nicht in der Lage oder Willens, Stellung zu beziehen. Sieben Thesenantworten sind dabei den direkten Kernthemen der Partei zuzuordnen bzw. aus der Satzung abgeleitet, 23 weitere Antworten sind Mehrheitsaussagen entweder der Bundestagskandidaten oder eines Parteitags.

Die Einteilung der Themen ist von mir vorgenommen. Die Frage beispielsweise nach einem EU-Austritt hat sowohl innen- als auch außen- sowie auch allgemeinpolitische Aspekte. Dass ich die Frage unter Allgemeinpolitik eingeordnet habe ist dementsprechend willkürlich und allein meiner subjektiven Einschätzung geschuldet. Die Antworten, die die Piratenpartei der Bundeszentrale zur Verfügung gestellt hat, sind kursiv unter die einzelnen Thesen gestellt. Sie können in drei Gruppen unterteilt werden:

1. Kernaussagen, d.h. Aussagen, die sich direkt aus der Satzung bzw. dem Parteiprogramm ergeben;
2. Mehrheitsaussagen, d.h. Aussagen, die sich nicht zwangsläufig aus dem Programm ergeben, die aber von einer bestimmten Gruppe (Bundestagskandidaten, Bundesparteitag) vertreten werden, innerhalb der Partei mehrheitsfähig sind und nicht im Widerspruch zu den Parteigrundsätzen stehen;
3. keine Aussage, d.h. die Partei hat sich mit dem bestimmten Thema noch nicht auseinandergesetzt oder aber ist noch zu keiner einheitlichen Meinung vorgedrungen.

Die Thesen hier sind im Vergleich zu den Originalthesen der Bundeszentrale in Bezug auf die Antworten der Piratenpartei umformuliert.

Außenpolitik

Die beiden Thesen, die sich mit der Außenpolitik befassen, werden von der *Piratenpartei* nicht beantwortet, über den Afghanistan-Konflikt gibt es keine einheitliche Einschätzung, die Frage nach der EU-Mitgliedschaft der Türkei ist bisher vernachlässigt worden.

1. Die Bundeswehr soll sofort aus Afghanistan abgezogen werden?

Wir stehen dem Einsatz sehr kritisch gegenüber und empfinden die Lage in Afghanistan als sehr problematisch. Dennoch besteht keine Einigkeit

darüber, ob ein sofortiger Abzug die richtige Lösung des Problems ist. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

2. Die Türkei soll die Vollmitgliedschaft in der EU erhalten?

Zu dieser Frage fand innerhalb der Partei leider noch kein Meinungsbildungsprozess statt.

Bildungspolitik

Bildungspolitik gehört nach dem Selbstverständnis der Piratenpartei zu ihren Kernthemen. Entsprechend hat sie alle fünf Thesen zu diesem Thema beantwortet. Allerdings ist nur die Frage nach den Studiengebühren aus dem Programm ableitbar. Die vier weiteren Thesen wurden auf der Basis einer Mehrheitsaussage der Bundestagskandidaten getroffen.

1. Das Erststudium soll gebührenfrei sein!

Wir sehen das Recht auf Bildung genau wie die UNO als eines der elementaren Grundrechte an. Bildungsgebühren jeglicher Art schränken den Zugang zu Wissen ein und sind deshalb kategorisch abzulehnen. (Abgeleitet aus den Kernthemen)

2. In allen Bundesländern: Keine Einführung verbindlicher Sprachtests für alle Kinder im Vorschulalter!

Dass Kinder sich unterschiedlich schnell entwickeln ist bereits lange bekannt. Verbindliche Sprachtests sind in unseren Augen keine Hilfe beim Umgang mit dieser Problematik. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

3. Studierende, Schüler/-innen und Auszubildende sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern einen Anspruch auf BAföG haben!

Volljährige Schüler, Studenten und Auszubildende müssen die Möglichkeit erhalten ihren Bildungsweg unabhängig von den Eltern zu beschreiten. Insbesondere für diejenigen ohne eigenes Einkommen ist das BAföG dabei ausschlaggebend. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

4. Bildungspolitik soll nicht Ländersache bleiben!

Diese Aussage ist innerhalb der Partei und auch der Kandidaten nicht unumstritten. Wir empfinden die deutlichen Unterschiede im Bildungsniveau der Bundesländer allerdings als großes Problem. Aus diesem Grund ist eine Tendenz hin zur Vereinheitlichung unumgänglich. (Mehrheitsaussage der Bundestagskandidaten)

5. Das gegliederte Schulsystem (Haupt- /Realschulen und Gymnasien) soll nicht beibehalten werden!

Die strikte Trennung wird in unseren Augen den individuellen Stärken und Schwächen der Schüler nicht gerecht und drängt diese schon früh in eine bestimmte Richtung. Die Trennung muss deswegen deutlich weicher gestaltet werden. (Mehrheitsaussage der Bundestagskandidaten)

Innen- bzw. Sicherheitspolitik

Von den insgesamt 38 Thesen ist die Aussage zur Online-Durchsuchung die einzige, die die politischen Kernforderungen der Partei berührt, also in den engeren Bereich der sogenannten Netzpolitik fällt. Inwieweit dies davon zeugt, dass die Piratenpartei politisch eingeschränkt agiert oder aber die Auswahl der Themen als eher unzeitgemäß gelten muss, sei einmal dahingestellt. Die Thesen zu den Bundeswehreinheiten im Inneren und dem Volksentscheid können jedoch aus den erweiterten Forderungen abgeleitet werden. Von den insgesamt sechs Thesen bleibt nur die Frage nach dem Asylrecht unbeantwortet.

1. Die verdeckte Online-Durchsuchung privater Computer durch Sicherheitsbehörden soll verboten werden!

Wie bereits vom Bundesverfassungsgericht geurteilt, umgehen heimliche Online-Durchsuchungen die Hürden der Hausdurchsuchung. Der Computer ist in der heutigen Zeit eine unverzichtbare Erweiterung des persönlichen Lebensraums und genießt deswegen den selben Schutz wie die Wohnung. Heimliche Durchsuchungen sind deswegen rechtsstaatlich nicht akzeptabel. (Abgeleitet aus den Kernthemen)

2. Zur Terrorismusbekämpfung soll die Bundeswehr nicht im Innern eingesetzt werden können!

Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee gegen Angriffe von außen. Terrorismusbekämpfung fällt in das Aufgabengebiet der Polizeibehörden.

Diese Trennung ist bewusst im Grundgesetz verankert. Bei einer Aufweichung ist mit massiver Einschränkung der Bürgerrechte zu rechnen.

3. Einführung von Volksentscheiden auch auf Bundesebene!

Politische Beteiligung fördert die Akzeptanz und Transparenz von politischen Entscheidungen. Volksbegehren haben sich auf Landes- und Kommunalebene bereits bewährt. Wir sehen keinen Grund, warum dies auf Bundesebene anders sein sollte. (Abgeleitet aus den Kernthemen)

4. Die Wehrpflicht soll in ihrer jetzigen Form nicht beibehalten werden!

Die Anforderungen an die Bundeswehr haben sich seit Einführung der Wehrpflicht entscheidend geändert. Die Organisation der Bundeswehr versucht zwar dem gerecht zu werden, dabei bleibt aber die Wehrerechtigkeit auf der Strecke. Der Zwangsdienst sollte deshalb abgeschafft werden. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

5. Kommunales Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Deutschland leben!

Die Entscheidungen und Beschlüsse einer Gemeinde haben unmittelbare und direkte Auswirkungen auf ihre Einwohner, darüber hinaus aber kaum. Ein nichtdeutscher Bürger der Gemeinde wird davon genauso stark betroffen, wie ein deutscher. Gleichzeitig sind Entscheidungen, die speziell die Interessen der Staatsbürger betreffen eher selten. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

6. Die Möglichkeit, in Deutschland Asyl zu erhalten, soll erleichtert werden?

Zu diesem Thema fand in der Partei leider noch keine Meinungsbildung statt.

Familien- und Gesundheitspolitik

Obwohl dieses Themenfeld nun wahrlich nicht als zentrales Feld der Piratenpartei anzusehen ist, hat sie laut Mehrheitsaussage ihrer Bundestagskandidaten zu allen Thesen eine eigene Meinung - und sei es nur, um die derzeit zuständige Ministerin zu ärgern.

1. Eltern, die für ihre Kinder keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, müssen kein Betreuungsgeld erhalten!

Der Verzicht auf eine staatliche Leistung kann in unseren Augen nicht das Recht begründen, sich diese in Geld auszahlen zu lassen. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

2. Vollständiges Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften!

Wir setzen uns für eine Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung ein. Ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare dürfte also nur verwehrt werden, wenn die Rechte des adoptierten Kindes entgegen stehen. Dies sehen wir nicht gegeben. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

3. Die Praxisgebühr soll abgeschafft werden!

Die Praxisgebühr missbraucht die Ärzte als Inkassobetriebe der Krankenkassen und verursacht lediglich Bürokratieaufwand ohne die Finanzierung der Krankenkassen zu verbessern. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

Ökologische bzw. Energiepolitik

Dreiviertel der Fragen aus diesem Themenfeld hat die Partei beantwortet. Wie die Grünen steht die Piratenpartei Atomkraftwerken und Gentechnik skeptisch gegenüber. Ein Tempolimit wird im Gegensatz zu den Grünen abgelehnt. Die Frage nach der staatlichen Förderung von ökologischer Landwirtschaft bleibt unbeantwortet, vielleicht deswegen, weil die Frage auch die Wirtschaft berührt.

1. Die Laufzeit der Atomkraftwerke soll nicht verlängert werden!

Eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke senkt den Anreiz erneuerbare Energiequellen weiterzuentwickeln. Die Laufzeiten der Atomkraftwerke sind bereits darauf abgestimmt die Abwägung passend zu treffen. Eine Verlängerung erscheint uns deshalb zu diesem Zeitpunkt wenig sinnvoll. (Mehrheitsaussage 2. Bundesparteitag 2008)

2. Kein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen!

Wir sind uns der Gefahren von hohem Tempo auf deutschen Autobahnen durchaus bewusst, halten ein generelles Tempolimit allerdings für

keine brauchbare Lösung. Stattdessen sollten individuelle Tempolimits und konsequentes Vorgehen gegen "Raser" in Erwägung gezogen werden. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

3. In Deutschland sollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel produziert werden!

Die öffentliche Meinung neigt in Deutschland sehr stark dazu, gentechnisch veränderte Lebensmittel abzulehnen. Da wir keinen direkten Gewinn bei der Verwendung genetisch veränderter Lebensmittel erkennen können, sehen wir keinen Grund diese zu produzieren. (Mehrheitsaussage 2. Bundesparteitag 2008 und Bundestagskandidaten)

4. Die ökologische Landwirtschaft soll vom Staat finanziell stärker gefördert werden?

Zu diesem Thema fand innerhalb der Piratenpartei leider noch kein ausreichender Meinungsbildungsprozess statt.

Wirtschafts- bzw. Finanz- und Sozialpolitik

Wie zu erwarten, spielt dieses Themenfeld beim Wahl-O-Maten und auch traditionell in der öffentlichen Diskussion in Deutschland eine sehr dominante Rolle. Etwa ein Drittel aller Fragen/Thesen können diesem Gebiet zugeordnet werden. Es ist auffällig, dass die *Piratenpartei*, obwohl sie sich in zahlreichen Stellungnahmen die Kompetenz auf diesem Gebiet selbst weitgehend abspricht, sich sehr bemüht hat, eine Position zu den meisten Thesen zu finden. Eine besondere Richtung ist dabei nicht erkennbar: keine staatliche Deckelung von Managergehältern und nur eine temporäre staatliche Beteiligung an Banken einerseits, andererseits aber auch bitte keine Steuersenkungen für Unternehmen. Die ganz harten Probleme (Mindestlohn, Kündigungsschutz, Vermögenssteuer und Hartz IV) freilich bleiben ausgeklammert.

1. Unternehmen sollen über die Höhe von Managergehältern frei entscheiden können!

Die Forderung nach einer gesetzlichen Deckelung von Managergehältern verletzt in unseren Augen das Subsidiaritätsprinzip, da die Allgemeinheit keine direkten Interessen an Managergehältern privater Unternehmen hat. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

2. Die staatliche Beteiligung an privaten Banken darf nur eine vorübergehende Notlösung sein!

Private Banken durch Beteiligung mit Steuermitteln zu stützen ist in unseren Augen grundsätzlich keine Aufgabe des Staates. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

3. Handelsbeziehungen mit Staaten, die Menschenrechte missachten, sollen nicht eingestellt werden!

Wirtschaftliche Sanktionen treffen die unterdrückte Bevölkerung häufig viel schlimmer als das Regime und sind deshalb ausschließlich auf kritische Güter wie Waffen oder Überwachungstechnik zu begrenzen.

Wir sind dafür Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich stattdessen mit voller diplomatischer und politischer Härte zu begegnen. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

4. Die Steuern für Unternehmen sollen nicht gesenkt werden!

Auch wenn wir uns durchaus bewusst sind, dass Unternehmenssteuern ein klarer Standortfaktor sind, denken wir dennoch, dass der Ausgleich zwischen der Belastung der Bürger und der Unternehmen nicht weiter zu Lasten der Bürger verschoben werden darf. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

5. Nicht jedem Jugendlichen kann ein Ausbildungsplatz gesetzlich garantiert werden!

Wir stimmen dem klaren Recht eines Jugendlichen auf Ausbildung uneingeschränkt zu. Betriebliche Ausbildungsplätze können aber nicht per Gesetz geschaffen werden. Stattdessen müssen diese direkt gefördert werden oder entsprechende staatliche Alternativen (z. B. "Ausbildungsschulen") angeboten werden. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

6. Die D-Mark soll nicht wieder eingeführt werden!

Eine Rückabwicklung der Währungsreform erscheint in unseren Augen wenig sinnvoll. Sie würde lediglich Kosten verursachen und keinen Gewinn bringen, erst recht nicht die Inflation rückgängig machen. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

7. Die Bahn soll vollständig in staatlicher Hand sein!

Wir sind der Meinung, dass insbesondere die Infrastruktur, also das Schienennetz, in staatlicher Hand verbleiben muss. Solange dies im Bahnkonzern verankert ist, muss deshalb von einer Privatisierung abgesehen werden. (Mehrheitsaussage 2. Bundestag 2008 und Bundestagskandidaten)

8. Wenn die Löhne sinken, müssen die gesetzlichen Renten entsprechend gekürzt werden!

Das Rentensystem setzt voraus, dass die Renten von der arbeitenden Bevölkerung mitfinanziert werden. Gleichbleibende Renten bei sinkenden Löhnen bedeuten real eine Mehrbelastung der jungen Generation. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

9. Kein generelles Verbot von Rüstungsexporten deutscher Firmen!

Der Handel mit Rüstungsgütern lässt sich nicht dadurch regulieren, dass man als einzelne Nation den Export einstellt. Ein Exportverbot an Staaten, welche die Menschenrechte missachten wird von uns, speziell bei Rüstungsgütern, natürlich nicht abgelehnt. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

10. Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes?

Das Thema ist innerhalb der Partei stark umstritten. Wir können deshalb leider keine eindeutige Aussage zu dem Thema treffen.

11. Der betriebliche Kündigungsschutz soll gelockert werden?

Diese Aussage ist innerhalb der Partei stark umstritten. Aus diesem Grund können wir hierzu leider keine klare Aussage treffen.

12. Die Vermögenssteuer soll wieder eingeführt werden?

Das Thema ist innerhalb der Bundestagskandidaten umstritten. Wir können deshalb leider keine klare Aussage treffen.

13. Die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II ("Hartz-IV") sollen deutlich angehoben werden?

Dieses Thema ist innerhalb der Partei sehr umstritten und befindet sich noch in einem andauernden Meinungsbildungsprozess. Aus diesem Grund ist es uns leider nicht möglich eine klare Aussage zu dieser These abzugeben

Allgemeinpolitische Aussagen

Zum Schluss bleiben noch die fünf eher allgemeinen politischen, bzw. nicht eindeutig zuzuordnenden Fragen übrig, die von der *Piratenpartei* allesamt beantwortet wurden:

1. Deutschland soll nicht aus der EU austreten!

Die PIRATEN sind eine internationale Bewegung und als solche sehen wir die europäische Einigung als positiven Prozess. Ein Austritt wäre nur ein Zeichen für die Abschottung und Isolation Deutschlands.

2. Die Demokratie, die wir in der Bundesrepublik haben, ist die beste Staatsform!

Die Piratenpartei Deutschland bekennt sich uneingeschränkt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. (Abgeleitet aus den Kernthemen)

3. Bei der Besetzung von Führungspositionen soll keine gesetzliche Frauenquote gelten!

Diskriminierung beginnt mit Unterscheidung. Wir stehen für eine uneingeschränkte Gleichberechtigung der Geschlechter. Dies bedeutet insbesondere, dass bei der Besetzung von Positionen ausschließlich die Qualifikation der Bewerber und nicht deren Geschlecht ausschlaggebend sein darf. (Abgeleitet aus der Parteisatzung)

4. Kein ausnahmsloses Verbot von Tierversuchen!

Wir sind uns des ethischen Dilemmas bei Tierversuchen durchaus bewusst, aber insbesondere das Wort "ausnahmslos" in der These können wir nicht unterstützen. Gerade bei Arzneien gibt es Situationen, in denen die Risikominimierung für den Menschen Vorrang hat. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

5. Christliche Werte sollen nicht das Leitbild deutscher Politik sein!

Das Leitbild der Politik müssen die Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sein. Dieses umfasst Werte aus vielen verschiedenen Weltanschauungen. Darunter nicht nur die christlichen, sondern insbesondere auch die der Aufklärung und des Humanismus. (Mehrheitsaussage Bundestagskandidaten)

Thema	Kernaussage	Mehrheits- aussage	Neutral	Gesamt
Allgemeines	3	2	0	5
Außenpolitik	0	0	2	2
Bildung	1	4	0	5
Familie/Gesundheit	0	3	0	3
Innen/Sicherheit	3	2	1	6
Öko/Energie	0	3	1	4
Wirtschaft/Finanzen /Soziales	0	9	4	13
Gesamt	7	23	8	38

Immerhin 50% der Fragen aus dem Bereich Innen/Sicherheit wurden mit Kernaussagen abgedeckt. Eine weitere Kernaussage konnte - abgesehen vom Ressort Allgemeines - nur noch bei der Bildung untergebracht werden. Obwohl die Piratenpartei Bildungspolitik zu ihren absoluten Kernthemen mit eigenem Programmpunkt im Wahlprogramm zählt, hat nur die Ablehnung der Studiengebühren den Status der Kernaussage. Zwar konnten die übrigen bildungspolitischen Punkte per Mehrheitsaussage geklärt werden, doch zeigt das erstens, dass ein nicht unerheblicher Teil der Piraten Studierende sind, waren oder werden wollen und zweitens, dass die bildungspolitischen Details innerhalb der parteiinternen Programmdebatte bislang eher eine untergeordnete Rolle spielen und sich gegen den Hype um die urheberrechtlichen und netzpolitischen Inhalte nur in sehr bescheidenem Maße durchsetzen konnten.

Darüber hinaus sind noch zwei Dinge erwähnenswert: Erstens die außenpolitische Inkompetenz der Piratenpartei und zweitens das auffallende Bemühen, einen solchen Eindruck bei den Fragen aus dem Bereich Wirtschaft/Finanzen/Soziales nicht aufkommen zu lassen.

Dennoch hat die Partei ausgerechnet in den vier Fragen keine Position bezogen, die eine Einordnung in ein politisches Lager zuließen, das aber wollte die Partei mit allen Mitteln zumindest vor der Wahl verhindern. Denn dass die Partei sich nicht dezidiert zu bestimmten Themen äußert, macht es erst möglich, dass sich zurzeit so viele völlig unterschiedliche und auch unterschiedlich denkende junge Menschen unter

dem Dach einer Organisation wiederfinden. Es wäre im Moment schlicht aussichtslos zu versuchen, eine homogene Position z. B. zu Hartz IV zu formulieren. Zurzeit ist das aber noch nicht von Nachteil, sondern im Gegenteil die besondere Stärke, denn so muss man nicht vorgeben, eine gemeinsame Meinung zu haben. Nichts anderes tun nämlich die etablierten Parteien in unserem System. Es ist doch mehr als unwahrscheinlich, dass 500.000 CDU-Mitglieder im Land derselben Meinung sind, wie das Rentensystem reformiert oder stabilisiert werden könnte. Im Gegenteil: Meinungsbildung in diesen Parteien zu konkreten Sachfragen läuft nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten.

Nach der Bundestagswahl allerdings wird es wesentlich schwieriger, einen solchen Spagat weiter durchzuhalten. Einerseits möchte die Partei ernst genommen werden und sich auch zu anderen Themen äußern, andererseits wird sie das einiges an Stärke kosten, da nicht alle Piraten in diesen Sachfragen übereinstimmen werden.

Für die Piratenpartei war die Beteiligung am Wahl-O-Maten eher hilfreich, auch wenn es durchaus kritische Stimmen innerhalb der Partei gab, die fragten, wie denn die im Wahl-O-Maten dargestellten Positionen überhaupt zustande gekommenen seien, und die sich z. B. darüber beschwerten, dass die Partei nicht den konsequenten Tierschutz vertrete. Dennoch war die Teilnahme an diesem „Spiel“ von Bedeutung, da sie den Bekanntheitsgrad der Partei weiter steigerte und neue Wählerschichten erschloss, wie z. B. die Ergebnisse des Jungwählertests im *Spiegel* nahe legen, wo ein Jungwähler erklärte:

*Die meisten Übereinstimmungen habe ich mit der Piraten-Partei, die ich bislang für eine inhaltsleere Freak-Vereinigung gehalten habe. Danach folgen die Grünen. Ich werde mir jetzt die Wahlziele der Grünen und der Piraten genau anschauen. Denn das Ergebnis hat mich zum Nachdenken gebracht. Dass ich statt grüner Bäume einen Totenkopf wählen soll, klingt skurril.*³⁵²

5.2 Nicht links, nichts rechts, sondern... vorne?

Auf die Frage, zu welcher politischen Richtung sich die Piraten denn zählen, hat Aaron König vom Bundesvorstand die Antwort parat: „Die

352 <http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/0,1518,646933-2,00.html>

Piratenpartei ist glücklicherweise weder links noch rechts ist, sie hat einfach nur das Ziel die besseren Lösungen zu finden.³⁵³ Thorsten Wirth vom Bundesvorstand erläutert diese Position genauer:

Selbst wenn wir eine Stellungnahme zur Agenda 2010 oder Hartz IV herausgeben würden, könnte man die Piratenpartei immer noch nicht klar links oder rechts einordnen. Denn Links und Rechts sind nur Konstrukte. Wo steht beispielsweise heute die SPD? Ist das die Mitte? Wo liegt denn die Mitte? Wenn ich frage: "Ist die CDU rechts?", was bedeutet dann eigentlich "rechts"? Bei der DVU ließe sich klar sagen, die sind ganz rechts, und Die Linke, die ist links, die haben es ja schon im Namen. Aber weshalb müssen wir uns in so ein Schema einordnen? Nur weil es vorgegeben worden ist? Ist das ein Naturgesetz? [...]

Es gibt Wähler, die sich das wünschen, aber ob alle es sich wünschen, wage ich zu bezweifeln. Sie wünschen es sich, weil sie es brauchen, und weil sie sich wünschen, dass wir so oder so sind. Aber wir sind letztlich dabei, uns selbst zu erfinden, und das tun wir verhältnismäßig häufig. Jedes neue, engagierte Mitglied formt und prägt die Piratenpartei etwas anders. Andererseits wollen wir zunächst unser Wertefundament legen, mit dem wir unser Tun begründen. Daraus leitet sich unser Tun im Weiteren ab. Jetzt ein konservatives oder soziales Schema anzuwenden, halte ich für falsch.

Wir suchen uns die Werte, die passend sind zu dem, was wir leben. Und da ist alles dabei. Der Begriff "konservativ" beispielsweise wird ja auch sehr gerne in Stücke gerissen und hat ein schlechtes Ansehen. Wenn man sich aber vornimmt, an bestimmten Werten festzuhalten und keine Veränderung zu wollen, gilt das als konservativ, ist aber in Bezug auf z. B. die Natur eine brauchbare Haltung. Wenn man aber fortschrittlich oder modernisierend denken will, sind wir, in Bezug auf das Internet, fortschrittlich und kritisch zugleich, weil wir die Technik verstehen und nicht nur die positiven, sondern auch die negativen Potenziale erkennen können. Es ist ein Kampf zwischen Erneuerung und Festhalten an alten Werten. Warum sollte man diesen Pluralismus nicht auch in-

353 zit. nach „heute journal“ (04.07.09): Piratenpartei will den Bundestag entern.
Online: <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/content/790864?inPopUp=true>
(20.09.09)

*nerhalb einer Partei leben. Ich kann mich auch ganz gut mit CDU- oder SPD-Wählern unterhalten.*³⁵⁴

Dass es sich bei solchen Benennungen immer um Konstrukte handelt, könnten die Beteiligten wissen. Ihnen scheint aber nicht bewusst zu sein, dass diese Konstrukte auch eine Funktion haben - nicht unbedingt für die Partei, sondern eher für den Wähler, der schließlich wissen möchte, was oder wen er wählt. Das Kalkül hinter einer solchen entpolitizierenden Aussage liegt auf der Hand: Erstens möchte man sich explizit von den etablierten politischen Kräften abgrenzen, die sich in das von den Piraten als überkommen angesehene Links-Rechts-Spektrum eingliedern lassen (müssen). Zweitens dient eine solche Einschätzung dazu, die offensichtliche Themenarmut bzw. das schlanke Programm mitzubegründen. Man habe keine ideologische Vorgabe in bestimmten Fragen und so habe man eben auch noch nicht die passenden Antworten auf verschiedene Probleme. Die werden sich im rein rationalen Diskurs aber mit der Zeit schon herausbilden. Drittens möchte man einen möglichst großen Wählerpool ansprechen, Wähler aus dem rechten wie dem linken Spektrum sollen ebenso wie die Unpolitischen motiviert werden, die Piratenpartei zu unterstützen und keiner soll aufgrund einer vielleicht unpassenden ideologischen Ausrichtung verprellt werden. Kronzeuge für diese These ist der Bundesvorsitzende selbst, der in einem Radiointerview äußerte:

*Wir wollen allen Leuten, denen unsere Themen wirklich sehr, sehr wichtig sind, die Möglichkeit bieten sich zusammen zu tun, egal ob sie aus dem eher linken oder eher rechten Lager kommen.*³⁵⁵

Anfang August gab Seipenbusch der linken *taz* ein Interview und antwortete auf die Frage, ob die praktizierte Ablehnung einer Einordnung in das alte Parteienspektrum, ob eine solche Entideologisierung, auch auf Dauer funktionieren könne:

Ich denke, dass sie in der jetzigen Situation bei den Piraten funktionieren kann, weil wir das Grundgesetz und die Bürgerrechte haben, um unseren Kurs nicht zu verlieren. Ich denke auch nicht, dass Entideologi-

354 Telepolis (03.08.09): "Wir sind letztlich dabei, uns selbst zu erfinden". Interview. Online: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30842/1.html> (06.08.09)

355 Jens Seipenbusch zit. nach Radio-G (24.06.09): Radio-G 184 - Piraten. Online: <http://www.radio-g.net/radio-g-184-piraten.html> (09.09.09)

sierung das richtige Wort ist, ich würde eher von einer vorübergehenden Priorisierung sprechen. Wir müssen in der Übergangsphase der Gesellschaft Bürger aus dem gesamten demokratischen Spektrum zusammenbringen, damit der Lauf der Dinge nicht unsern freiheitlichen, demokratischen Staat überrollt.³⁵⁶

Der Nachteil aber einer solch „vorübergehenden Priorisierung“ ist ein ganz anderer, er öffnet nämlich Türen für diejenigen, die sonst draußen bleiben müssen:

*Ich befürchte, dass sich in der Phase der Neugründung viele rechtslastige Personen, um es harmlos auszudrücken, der Piratenpartei angeschlossen haben und unter dem Deckmantel der Freiheit nun ihre Ideologie ins Land tragen wollen.*³⁵⁷

5.2.1 Backbord oder Steuerbord

Interessant wird es in dieser Frage erstmals im Mai 2007, als bekannt wurde, dass der schwedische Rechtspopulist Carl Lundström, der auch im *Pirate Bay*-Prozess als Unterstützer der Plattform verurteilt wurde, erheblich zum Erfolg von *The Pirate Bay* beigetragen hatte.³⁵⁸ Peter Sunde, Sprecher der Plattform, versuchte die Diskussion zu entschärfen:

*Mein Kollege Fredrik Neij hat damals beim schwedischen Internet-provider Rix Telecom gearbeitet, Lundström war der Geschäftsführer. Als wir *The Pirate Bay* vor fünf Jahren gründeten, bat Fredrik um einen Mitarbeiterrabatt für Bandbreite und Serverkapazität, der wurde ihm gewährt. Wir haben uns also indirekt von Lundströms Firma unterstützen lassen, aber er hat uns nie Geld oder Geräte gespendet.*³⁵⁹

356 zit. nach taz.de (07.08.09): "Nicht alle wissen, dass wir existieren. Interview. Online: <http://www.taz.de/1/leben/internet/artikel/1/nicht-alle-wissen-dass-wir-existieren/> (19.09.09)

357 fixmbr.de (17.09.09): Wie hart Steuerbord segeln die Piraten?. Online: <http://www.fixmbr.de/wie-hart-steuerbord-segeln-die-piraten/> (20.09.09)

358 Lischka, Konrad (04.05.07.): Rechtspopulist finanziert Internet-Tauschbörse. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,480972,00.html> (20.09.09)

359 zünder.zeit.de (o.D.): Alle hassen Peter. Interview. Online: <http://zuender.zeit.de/2008/15/interview-peter-sunde?page=all> (20.09.09)

Mit der Frage nach Lundström konfrontiert, stellte Jens Seipenbusch klar:

Es geistert immer wieder durch die deutschsprachige Presse, Carl Lundström wäre rechtsextrem und würde die Pirate Bay finanzieren. Ich habe mit dem schwedischen Vorsitzendem der Piratenpartei gesprochen und der hat mir versichert, dass dem nicht so ist.

Die Pirate Bay ist auch nicht mit der Piratenpartei gleichzusetzen. [...] Das sind vier unabhängige Leute, die die Server betreiben. Das hat nichts mit der Piratenpartei zu tun.³⁶⁰

Diese Erklärung musste er im Sommer 2009 abgeben, als die Piratenpartei immer mehr ins Licht der Öffentlichkeit trat. Bereits ein Jahr zuvor hatte der Vorstand ein Parteimitglied verwarnen müssen, weil es in einer öffentlichen Diskussion einen bekannten Holocaust-Leugner verteidigt hatte. Das Protokoll der damaligen Sitzung vom 05. Juni 2008:

Ordnungsmaßnahme

Der Bundesvorstand der Piratenpartei Deutschland erteilt dem Mitglied Bodo Thiesen hiermit eine Verwarnung gemäß Abschnitt A, §6, Absatz 1, Alternative (1) der Satzung. Das Mitglied hat wie folgt gegen die Grundsätze und die Ordnung der Piratenpartei Deutschland verstoßen und ihr damit Schaden zugefügt:

Das Mitglied hat in seinen E-Mails an die Haupt-Mailingliste vom 13.5.2008 leichtfertig und unreflektiert Position bezogen zugunsten der pseudowissenschaftlichen Abhandlungen von Germar Rudolf, der vielfach belegt und durch Gerichtsurteile bestätigt die erwiesenen Tatsachen um den Holocaust leugnet oder relativiert. Diese Aussagen verletzen die Menschenwürde der Opfer.

Da die Piratenpartei im Kern auf der Achtung der Menschenwürde jedes Einzelnen beruht, ist ein solches Verhalten für ein Mitglied der Piratenpartei unangemessen und kann nicht geduldet werden. Um dem Mitglied dies unmißverständlich klarzumachen und um solche

360 zit. nach derStandard.at (13.07.09): "Das ist ja keine Schar von gutwilligen Engeln". Interview. Online: <http://derstandard.at/fs/1246541926605/derStandardat-Interview-Das-ist-ja-keine-Schar-von-gutwilligen-Engeln>

Vorfälle in Zukunft zu vermeiden, nimmt der Vorstand diese Verwarnung vor.

Keinesfalls möchten wir den Eindruck erwecken, kritische oder unliebsame Meinungsäußerungen würden per se von Vorstand sanktioniert. Die geäußerte Ignoranz gegenüber geschichtlichen Fakten im Zusammenhang mit der Außerachtlassung des nötigen Respekts vor der Menschenwürde der Opfer des Nationalsozialismus sowie der Schaden für das Ansehen der Piratenpartei lassen uns in diesem Falle jedoch zu der Parteiordnungsmaßnahme greifen.

Mit dieser Verwarnung wird dem Mitglied die Möglichkeit gegeben, in Zukunft die Grundsätze der Piratenpartei bei seinen Äußerungen stärker zu beachten.³⁶¹

Damit schien die Sache vom Tisch. Als nun der Boom die Piraten erreichte, wurde dieses Thema jedoch wieder präsent. Auf dem Bundesparteitag Anfang Juli 2009 kandidierte jener Bodo Thiesen als Stellvertretendes Mitglied des Bundesschiedsgerichtes - und wurde gewählt. Die kritische Nachfrage eines Parteimitgliedes kanzelte er ab: „Wer glaubt, ich hätte den Holocaust gelehnet, soll zur Staatsanwaltschaft gehen und hier nicht Verleumdungen gegen meine Person aussprechen.“³⁶² Der frisch gewählte Bundesvorsitzende Seipenbusch versuchte, die Wogen zu glätten:

Ich persönlich distanziere mich natürlich von Bodo Thiesens Äußerungen. [...] Ich bedaure persönlich auch, dass er zum stellvertretenden Richter des Schiedsgerichts gewählt wurde, weil ich der Meinung bin, dass er eigentlich kein Amt in der Partei ausüben sollte. Wir haben damals, als ich auch schon im Bundesvorstand der Piratenpartei war, unmissverständlich mit unserem Verweis klar gemacht, dass wir weitere Äußerungen dieser Art nicht tolerieren werden. Und wenn jetzt in der derzeitigen Debatte solche Äußerungen von ihm noch einmal fallen, dann wird er auch mit weiteren Parteimaßnahmen rechnen müssen.³⁶³

361 Protokoll der Vorstandssitzung vom 05.06.08. Online:

http://wiki.piratenpartei.de/2008-06-05_-_Vorstandssitzung (20.09.09)

362 zit. nach Twickel, Christoph (05.07.09): Piratenpartei will den Bundestag entern. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,634228,00.html> (20.09.09)

363 „Die Sendung mit dem Internet“ (06.07.09): Interview mit Jens Seipenbusch von der Piratenpartei. Online: <http://www.sendung-mit-dem->

In einem späteren Interview nannte Seipenbusch Thiesen „Meinungsfreiheitsfetischist“, der lediglich eine „Meinungsfreiheit wie in den USA“ wolle:

*Dort darf der Holocaust geaugnet werden, weil eben jeder seine Meinung haben darf, egal wie dumm sie ist. In Deutschland aber geht das so nicht.*³⁶⁴

In einer Stellungnahme forderte der im Sommer zunehmend unter Druck geratene Bundesvorstand von Thiesen „eine noch klarere und deutlichere Distanzierung“³⁶⁵ bezüglich seiner kritisierten Äußerungen vorzunehmen. Thiesen schrieb im Piraten-Wiki daraufhin verschiedene Stellungnahmen in denen er bestritt, eine rechtsextreme Gesinnung zu vertreten, die aber einem Großteil der Piraten nicht ausreichend erschien. Man antwortete ihm in einem offenen Brief:

Werter Bodo Thiesen,

[...] Hier geht es nicht nur um das Bild in der Öffentlichkeit. Es geht auch um die Amtsfähigkeit eines Parteimitgliedes. Vor allem aber geht es um moralische Dimension einige Deiner Aussagen. [...] Du hast ihn [den Holocaust] nicht geaugnet aber relativiert, in dem du angezweifelt hast, dass dies durch massenhafte Vergasung, durch eine industrialisierte Tötungsmaschinerie geschah und indem du andere länger andauernde Genozide in anderen Ländern dem Deiner Meinung nach nur „lächerliche 12 Jahre“ andauernden deutschen Massenmord an europäischen Juden gegenüberstellst. Du hast Historikern, Zeitzeugen und Opfern Geschichtsfälschung vorgeworfen. Deine diesbezüglichen Aussagen waren eindeutig. Dass Du sie lediglich als „missverständlich“ bezeichnest zeigt, dass Du sie nicht zurücknimmst. [...]

Laut früheren Äußerungen leugnest Du die Kriegsschuld des Deutschen Reiches, hältst du den Angriff auf Polen ohne Kriegserklärung nicht für

internet.de/2009/07/06/interview-mit-jens-seipenbusch-bundesvorsitzender-piratenpartei/ (20.09.09)

364 zit. nach Knüwer, Thomas (23.09.09): Die Piraten kommen. Online: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/die-piraten-kommen;2459360;4> (24.09.09)

365 Stellungnahme des Bundesvorstandes zu Bodo Thiesen (07.09.09). Online: <http://berlin.piratenpartei.de/index.php/2009/07/07/stellungnahme-des-bundesvorstandes-zu-bodo-thiesen/> (20.09.09)

völkerrechtswidrig. Vielmehr erklärst du eine polnische Teilmobilmachung zu einer indirekten Kriegserklärung und den "Angriff" aus damaliger deutscher Sicht für gerechtfertigt. [...]

Diese Stellungnahme enthält nichts zu Deinen antisemitischen Äußerungen über die jüdische Bevölkerung im Deutschland der Gegenwart. Wie steht es mit Deiner Meinung bezüglich des Schutzes jüdischer und israelischer Einrichtungen? Wie steht es um Deine Meinung, Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen würden keinerlei Bedrohung der jüdischen Bevölkerung darstellen? Wie steht es mit Deiner Meinung, jüdische Deutsche könnten auswandern wenn sie sich hier bedroht fühlen? Wie steht es mit deiner Meinung, Juden sollten sich integrieren, wollten dies aber trotz des Angebotes nicht?

[...] Einer Gruppe zu sagen, dass es ihr freistünde, ihr Heimatland zu verlassen, ist für sich genommen schon moralisch nicht akzeptabel. Diese Aussage gegenüber Juden zu treffen, ist im Kontext der unsäglichen Verbrechen des Nationalsozialismus ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen. Deine Bemerkung, sie könnten diesmal sogar „ihr Hab und Gut mitnehmen“ ist an Ekelhaftigkeit kaum zu überbieten. Unserer Meinung nach ist das antisemitische Hetze. Da Du Dich zu diesen Fragen nicht geäußert hast, muss davon ausgegangen werden, dass Du von Deiner Meinung nicht abgerückt bist.

Solche Äußerungen mit Meinungsfreiheit zu begründen, stellt unseres Erachtens einen Missbrauch von Meinungsfreiheit dar: Hetze, Unterstellungen und Beleidigungen sind keine Meinungen, und juristisch gesehen ist nicht jede Äußerung durch die Meinungsfreiheit gedeckt. [...]

Wir als Piraten, Deutsche und Menschen sind uns der besonderen Verantwortung gegenüber der Deutschen Geschichte bewusst. Wir wenden uns entschieden gegen Versuche, die Verbrechen des zweiten Weltkrieges zu relativieren und zu verharmlosen. Wir lehnen jede Form von Antisemitismus und Intoleranz ab. Und wir wehren uns entschieden gegen alle Versuche, die Meinungsfreiheit für solche Bestrebungen zu missbrauchen.

Wir, die Unterzeichner, halten Deine Stellungnahme vom 08. Juli 2009 für genauso unzureichend wie Deine vorangegangenen Stellungnahmen. Wir halten Deine Äußerungen, von denen Du Dich weiterhin

*nicht distanzierst, für vollkommen unvereinbar mit den Grundsätzen der Piratenpartei und der Menschenwürde. Seit der Rüge im Jahr 2008 hattest Du die Chance, das zu bereinigen. Unserer Meinung nach ist Dein Verhalten parteischädigend und mit Parteiämtern wie Listenplätzen nicht vereinbar. Wir fordern Dich auf, von Deinem Parteiamt und dem Listenplatz zurückzutreten und deine Parteimitgliedschaft zu überdenken.*³⁶⁶

Dieser Aufruf fand über einhundert Unterzeichner, wobei auch knapp dreißig Mitglieder ihre Ablehnung des Briefes und ihr Unbehagen äußerten. Obwohl im Nachhinein kein Mitglied des Bundesvorstands öffentlich die These vertrat, Thiesen sei ein Rechtsextremer, verkündete der Bundesvorstand nur ein paar Tage später:

Der Bundesvorstand der Piratenpartei hat in seiner Telefonkonferenz am 16. Juli 2009 beschlossen, das Parteimitglied Bodo Thiesen seines Amtes als Ersatzmitglied des Bundesschiedsgerichtes zu entheben. Weiterhin wird ihm zunächst befristet bis Ende September 2010 die Befähigung aberkannt, erneut für ein Parteiamt zu kandidieren. Dies wurde vom Bundesvorstand einstimmig beschlossen.

*Der Bundesvorstand beantragt ferner beim zuständigen Schiedsgericht den Ausschluss von Bodo Thiesen aus der Piratenpartei, weil er sich vorsätzlich parteischädigend und satzungswidrig verhalten hat. Dem Antrag auf Parteiausschluss stimmten fünf der sieben Vorstandsmitglieder zu.*³⁶⁷

Bundesvorstandsmitglied Aaron König zog ein positives Fazit:

Man erwartet von uns einen souveränen Umgang auch mit heiklen Themen und ein klares Bekenntnis zu unseren Werten und Prinzipien: zu den universellen Menschenrechten, zu Demokratie und Freiheit. Ich denke, wir haben im Fall Bodo Thiesen richtig gehandelt: wir haben keine Vorverurteilung aufgrund von Spekulationen vorgenommen, aber auch eine ganz klare Position vertreten: wir sind und bleiben die Partei

366 Piratenpartei-Wiki (09.07.09): Offener Brief an Bodo Thiesen. Online: http://wiki.piratenpartei.de/2009-07-09_-_Offener_Brief_an_Bodo_Thiesen (20.09.09)

367 Stellungnahme der Piratenpartei (18.07.09): Piratenpartei enthebt Bodo Thiesen seiner Ämter und startet Parteiausschlussverfahren. Online: <http://www.piratenpartei.de/node/818> (20.09.09)

*der Meinungsfreiheit und der offenen Diskussion - aber wer auch nur den Hauch von Sympathie für rechtsextremes Gedankengut hegt, hat in der Piratenpartei nichts verloren.*³⁶⁸

5.2.2 Bloß nicht über die Freiheit stolpern ...

Im Vorfeld der Bundestagswahlen gab es nun eine Wahlempfehlung der Freien Wähler Düsseldorf:

*Die FREIEN WÄHLER Düsseldorf empfehlen ihren Mitgliedern und Anhängern, bei der Bundestagswahl am 27.9. für die Piraten zu stimmen. Das Führungsgremium der ausschließlich auf kommunaler Ebene aktiven Wählergemeinschaft beschloss am Freitag einstimmig, eine offizielle Wahlempfehlung für die Piratenpartei auszusprechen.*³⁶⁹

Pech nur, dass sich schnell herausstellte, dass diese Gruppierung einen etwas obskuren Hintergrund hatte und der angeblich starke Mann hinter dieser Partei ein gewisser Thorsten Lemmer sein soll, der im Mai 2009 wegen Volksverhetzung verurteilt worden war.³⁷⁰

Da war es natürlich suboptimal, dass der stellvertretende Bundesvorsitzende Popp ausgerechnet zur gleichen Zeit einer gemeinhin als „rechts“ eingestuften Zeitung ein Interview gegeben hatte. Die Wochenzeitung um die es geht, hatte laut Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (ivw) im 2. Quartal 2009 eine verkaufte Auflage von 17.025 Exemplaren und wird von einigen Politikwissenschaftlern „als Sprachrohr der Neuen Rechten mit einer Scharnier- oder Brückenkopf-Funktion zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsextremismus“ eingeordnet.³⁷¹ Wolfgang Gessengharter, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der

368 ruhrbarone (10.07.09): „Bereits abgeschlossener Fall wieder hochgekocht“. Interview. Online: <http://www.ruhrbarone.de/bereits-abgeschlossener-fall-wieder-hochgekocht/> (20.09.09)

369 Pressemitteilung Piratenpartei (16.09.09): FREIE WÄHLER Düsseldorf empfehlen Piratenpartei – Große Übereinstimmung bei den Zielen; Online: http://www.piratenpartei.de/Pressemitteilung/Freie_Waehler_geben%20Wahlempfehlung (20.09.09)

370 <http://www.rp-online.de/public/article/duesseldorf-stadt/708031/Torsten-Lemmer-verurteilt.html> (20.09.09)

371 Wikipedia: Junge Freiheit. Online: http://de.wikipedia.org/wiki/Junge_Freiheit#cite_note-IVW-408-0 (20.09.09)

Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, schreibt über das Blatt:

"Was ist eigentlich so schlimm an der Jungen Freiheit? Ist sie denn wirklich rechtsextrem und woran könnte man das erkennen?" Meist kommen diese Fragen aus dem Kreis eher konservativ denkender Mitmenschen. Die Antwort ist kurz und knapp: Man wird an der Jungen Freiheit (JF) nichts Rechtsextremes erkennen. Denn sie vermeidet seit Jahren alles, was ihr nach den Rechtsextremismus-Kriterien des Verfassungsschutzes vorgeworfen werden könnte.

Doch diese Kriterien decken längst nicht alles ab, was für einen liberalen Konservativen eigentlich unakzeptabel sein müsste. Denn sie verehrt und propagiert nach wie vor die politische Weltanschauung der Konservativen Revolution, insbesondere eines Carl Schmitt, für den das Grundgesetz die gefährliche Lebenslüge einer waschlappigen deutschen Gesellschaft ist. Für den mithin die Achtung und der Schutz der Würde des Menschen, wie sie im Art.1 des Grundgesetzes als zentrale Aufgabe Staat und Gesellschaft auferlegt sind, bestenfalls als Floskeln gelten dürfen.

So lange die JF nicht den radikalen Bruch mit dieser neurechten Weltanschauung vollzieht, die sie seit ihrem ersten Erscheinen stolz und unerbittlich vor sich herträgt, muss jeder, der sich mit dieser Zeitung gemein macht, wissen, dass er damit einer gefährlichen Relativierung des Grundgesetzes Vorschub leistet. Nicht nur durch die direkten Attacken der Nazis, sondern auch an der Relativierung der ersten deutschen Demokratie, insbesondere durch die konservativen Eliten, ist die Weimarer Republik zugrunde gegangen.³⁷²

Das Interview an sich war eher harmlos, auf die Frage, mit wem die Piratenpartei koalieren würde, antwortete Popp politisch korrekt: „Keinesfalls mit rechten Parteien.“³⁷³ Aber als ihm bewusst (gemacht?) wur-

372 Gessenharter, Wolfgang (22.04.08): Ein Kommentar zur Jungen Freiheit. Online: <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/ein-kommentar-zur-jungen-freiheit> (20.09.09)

373 zit. nach „A Pirate's World“ (Jens Seipenbusch, 16.09.09): Mit Schmuttelkindern spricht man nicht. Online: <http://nanuk.wordpress.com/2009/09/16/mit-schmuttelkindern-spricht-man-nicht/> (20.09.09)

de, was er da losgetreten hatte, dauerte es nicht lange, bis er sich öffentlich entschuldigte:

Sixtus hats ja heute schon getwittert, dass ich ein Interview mit einer Zeitung names „Junge Freiheit“ gegeben habe, die sich für mich im Nachhinein als ziemlich rechtslastiges Blatt herausgestellt hat. Dazu möchte ich ein paar Worte verlieren. Ich bekam letztes Wochenende eine Mail mit dem Titel „Eilige Interviewanfrage“ mit einer Bitte um Rückruf. Also hab ich da angerufen und gefragt was er denn will. Mir war die Zeitung überhaupt nicht bekannt, also dachte ich mir nichts dabei.

Bei dem Interview bin ich schließlich aus allen Wolken gefallen und hab den Interviewer auch gefragt, was er denn eigentlich von mir wolle, weil er mir immer halb seltsame Vorträge gehalten hat und ich mich auch schon so gefühlt habe, als wolle er mir hier irgendwas unterschieben. Das hab ich dem auch so gesagt. Er versicherte mir ich dürfe mir alles durchlesen und nochmal korrigieren. Ich war schon ziemlich stinkig als das Transkript kam, weil er mir jedes Wort im Mund rumgedreht hat und ich habs bisher auch ehrlich gesagt dank 3 Tagen Schlafmangel nicht gelesen, ob er wirklich alles so übernommen hat was ich geschrieben hab. Ich habe mit mir gehadert ob ich überhaupt ein Transkript zurückschicken soll, aber ich wollte unter keinen Umständen das stehen lassen, was da im ersten Transkript stand. Ich hab also nochmal den Wikipedia-Artikel zu der Zeitung gelesen und dachte mir dann, wenn sogar Ephraim Kishon da ein Interview gibt, dann ist es wohl sicherer es doch zurückzuschicken anstatt zu riskieren, dass er das alte nimmt. Es gibt ja auch genug Medien, die dich gar nicht drüberlesen lassen. Ich hoffe ich habe auch klar gemacht, dass ich mitnichten mit diesen seltsamen Ansichten sympathisiere, die mir da angekreidet werden sollten.

Ich für meinen Teil weiß, dass dies mein ersters und letztes Interview mit diesem seltsamen Blatt war. Ich entschuldige mich bei allen, dass ich hier nicht besser aufgepasst habe, wem ich da ein Interview gebe. Ich hab jetzt schon entschieden, dass ich Interviewanfragen nur noch über

*die Pressestelle laufen lasse, insbesondere wenn ich die Interviewer nicht kenne.*³⁷⁴

Natürlich hagelte es Kritik, hier nur eine kleine Auswahl:

Das Interview von Andreas Popp mit der JF war im Zweifelsfall sehr sehr dämlich, wenn man etwas kritischer sein will: ein politisches No-Go und schierer Dilettantismus. Viel schlimmer aber ist, dass die meisten kommentierenden Piraten offensichtlich vor lauter Pragmatismus vergessen, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen.

In dem Fall: Ob sie sich entscheiden, Rechtsextreme zu instrumentalisieren. Und sich gleichzeitig durch Rechtsextreme instrumentalisieren lassen.

*Es ist noch ein weiter Weg für die Piraten. Sie sollten mal anfangen, die Segel zu stellen.*³⁷⁵

Selbst Rücktrittsforderungen wurden laut:

*Und nein, ich nehme ihm die wachsweiße Entschuldigung in seinem Blog nicht ab. Wer in Deutschland politisch tätig sein will, der **muß** wissen, um was für eine nazistische Schmierpostille es sich bei der Jungen Freiheit handelt, ansonsten ist er nur dumm und nicht in der Lage, als stellvertretender Bundesvorsitzender einer demokratischen Partei zu agieren. Für Andreas Popp gibt es daher nur eine ernstzunehmende Entschuldigung — alleine, um weiteren Schaden von der Piratenpartei abzuwenden. Und die hören wir auf jedem Bahnsteig: Zurücktreten!*³⁷⁶

Oder auch:

Freiheit bedeutet in erster Linie Verantwortung. Diese Verantwortung nimmt Andreas Popp nicht wahr. Er ist damit in meinen Augen als

374 Andis Blog (Andreas Popp, 14.09.09): Zum Interview mit der „Jungen Freiheit“. Online: <http://andipoppp.wordpress.com/2009/09/14/zum-interview-mit-der-jungen-freiheit/> (20.09.09)

375 Spreeblick (Frédéric Valin, 15.09.09): Piraten auf Kurssuche. Online: <http://www.spreeblick.com/2009/09/15/piraten-auf-kurssuche/> (20.09.09)

376 Der Schockwellenreiter (Jörg Kantel, 15.09.09): Wenn Dummheit weh täte ... Online: <http://www.schockwellenreiter.de/blog/2009/09/15/wenn-dummheit-weh-taete/> (20.09.09)

*stellvertretender Bundesvorsitzender völlig ungeeignet und sollte sofort zurücktreten.*³⁷⁷

Der Bundesvorsitzende Seipenbusch allerdings ergriff Partei für seinen Vize, vielleicht wohl auch, weil just in diesen Tagen ein Fragebogen veröffentlicht wurde, den Seipenbusch vor längerer Zeit für eben jene Zeitung ausgefüllt hatte:

*Sicherlich: eine Zusammenarbeit mit rechten Parteien kommt nicht in Frage, auch für mich nicht, genau das hat Andreas Popp ja auch gesagt. Ist es aber die richtige Antwort, einer Zeitung die zugegebenermaßen die eigene Schmerzgrenze der Distanz zum rechten Rand bis zum äußersten belastet, bisweilen überschreitet, und die das natürlich absichtlich tut. Einer Zeitung, die aber auch diejenigen Menschen erreicht, die wir überzeugen wollen und müssen, damit die Wahlergebnisse der rechten Parteien nicht weiter steigen sondern endlich sinken. Ich denke bei der Bewertung dieses Interviews an die Leser der Jungen Freiheit, nicht an die Macher. Wenn wir diese Menschen nicht für würdig befinden, mit ihnen über Politik zu reden, dann geben wir sie verloren. Wenn wir sie zurückholen wollen ins demokratische Spektrum, dann müssen wir mit ihnen reden, ihnen klarmachen, warum die rechte Ideologie menschenfeindlich ist. Sie zu verachten, sich von ihnen zu distanzieren, mag den Linken dabei helfen, ihre eigene Identität zu definieren – in der angesprochenen Sache ist es eher schädlich.*³⁷⁸

Die Zustimmung, die Seipenbusch mit seiner Argumentation erfuhr, war, so schwer das quantitativ abschätzbar ist, in etwa gleich groß wie die Kritik. Im Sinne einer praktizierten Meinungsfreiheit wurde gefordert, dass man den Kontakt zu den Rechten nicht vernachlässigen sollte, um dortiges Wählerpotential abzuschöpfen.

Wenn jetzt, nur durch ein Interview eines Piraten, Menschen sich mit den Gedanken der Piratenpartei beschäftigen, die vorher undemokrati-

377 fixmbr.de (17.09.09): Wie hart Steuerbord segeln die Piraten?. Online:

<http://www.fixmbr.de/wie-hart-steuerbord-segeln-die-piraten/> (20.09.09)

378 A Pirate's World (Jens Seipenbusch, 16.09.09): Mit Schmuttelkindern spricht man nicht. Online: <http://nanuk.wordpress.com/2009/09/16/mit-schmuddelkindern-spricht-man-nicht/> (20.09.09)

*schen Protest gewählt haben (sei es nun linksextrem oder rechtsextrem), dann bin ich froh darüber.*³⁷⁹

[Hat man diese Argumentation nicht schon irgendwo gehört? Vgl. Kap. 2.5., Michaela Noll: Wenn durch das Sperren von Internet-Seiten auch nur ein einziger Fall von sexuellem Missbrauch eines Kindes verhindert wird, dann hat es sich für mich gelohnt.³⁸⁰]

Der Hinweis, zahlreiche politisch unverdächtige Menschen - wie die Präsidentin des Zentralrats der Juden - hätten dem Blatt bereits ein Interview gegeben, erwies sich allerdings nicht als hilfreich:

Mich wundert übrigens, wie sehr die Argumentation "Wichtig ist, was er gesagt hat" und "Da haben schon ganz andere geschrieben" Hand in Hand geht: Das hat sich die Knobloch auch schon gesagt. Und nach dem Interview beschlossen, mit der JF nie wieder zu reden. Was sie gesagt hat, weiß keiner mehr: dass sie es der JF gesagt hat, das wissen offensichtlich viele hier.

so wird es in zwei Jahren (nehmen wir ein krudes Beispiel) dem Vorsitzenden des ADAC gehen. Wenn der der JF ein Interview gibt, dann werden alle sagen: aber die Knobloch. Und der Kishon. Und die Piratenpartei. Und keiner wird sich mehr daran erinnern, was Popp tatsächlich gesagt hat.

*Ihr wisst gar nicht, wie sehr ihr den Piraten schadet, wenn ihr einen Fehler dadurch zu vertuschen versucht, indem ihr ein Blatt von Nazis und Nazifreunden vor lauter Vertuschung in Schutz nehmt.*³⁸¹

Noch mehr Kritik hingegen musste Popp einstecken, der sich nicht nur von links als politisch naiv beschimpfen lassen musste. Nun teilten ihm auf seiner Webseite auch noch die Rechten mit, dass sie die Entschuldigung Poppers als Kotau vor den Linken nicht akzeptieren könnten und nun leider doch wieder die NPD wählen müssten.

379 Nichts als die Wahrheit (Andreas Argeleb, 19.09.09): Levi, der Zöllner. Online: <http://argeleb.wordpress.com/> (19.09.09)

380 Michaela Noll (CDU) am 6. Mai im Bundestag zit. nach Kossel, Axel (c't 12/09): Schadensbegrenzung. Online: <http://www.heise.de/ct/artikel/138426> (06.08.09)

381 Frédéric Valin (16.09.09): Kommentar auf "Spreeblick" (Frédéric Valin, 15.09.09): Piraten auf Kurssuche. Online: <http://www.spreeblick.com/2009/09/15/piraten-auf-kurssuche/> (20.09.09)

Der Aufregung um das Interview folgte nun etwas, was die Partei vermutlich noch länger beschäftigen wird, und zwar der Konflikt um die politisch-ideologische Ausrichtung der PIRATEN.

Auf der einen Seite stehen die, man könnte sie die *Fundamental-Libertären* nennen, die darauf beharren, dass Meinungsfreiheit für alle und in jeder Situation gelten müsse. Oder wie es der Herausgeber der libertären Monatsschrift *eigentlich frei*, Andre F. Lichtschlag, formulierte:

*Und aus ist es mit dem möglichen Wahlerfolg der Piratenpartei. Nicht aufgrund des Interviews, sondern wegen solch formvollendeter Selbstenthauptung vor dem Altar der Politischen Korrektheit. Alle, und es waren bereits viele, welche der Piratenpartei auch und gerade deshalb ihre Stimme geben wollten, weil sie das als Votum gegen die „political correctness“ ansahen, zuweilen auch mangels Alternative als liberales oder konservatives Statement gegen das linke Establishment, wurden von Popp nun eines besseren belehrt.*³⁸²

Lichtschlag, der nicht erklärte, ob er auch die Regierungschefin zum „linken Establishment“ zählt, kann nicht mit den Nazis in einen Topf geworfen werden, die Wirtschaftspolitik unter Hitler war ihm zu staatlich dominiert. Dennoch ist er nicht unbedingt als Freund der Republik bekannt, wie er in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* (sic!) bekannte:

*Diese Republik wird von einem leider sehr erfolgreichen Gemisch aus Bürokraten, Staatsfans, Umwelthysterikern, Männerhassern und Antifaschos nicht nur regiert, sondern allumfassend bis in den letzten Gedankenwinkel dominiert. Gegen diese Verpestung muß nun eine gemeinsame starke Frischluftwelle organisiert werden.*³⁸³

Um Missverständnisse zu vermeiden: Lichtschlag ist kein (dem Autor bekanntes) Mitglied der Piratenpartei. Ebenso wenig sind bei den PIRATEN demokratiefeindliche Tendenzen, für die Lichtschlag steht,

382 Lichtschlag, Andre F. (17.09.09): Die Piratenpartei, die „taz“ und die „Junge Freiheit“: Jehova, Jehova! Online: <http://ef-magazin.de/2009/09/17/1481-die-piratenpartei-die-taz-und-die-junge-freiheit-jehova-jehova> (23.09.09)

383 zit. nach ef-online (25.07.03): „Bürokratie macht staatliche Verbrechen möglich“. Interview. Online: <http://ef-magazin.de/lichtschlag-artikel/junge-freiheit/> (20.09.09)

offen anzutreffen. Es ist aber recht schwierig zu beurteilen, wie viele Piraten mit den radikalen Ansichten Lichtschlags, der schon mal Sachen sagt wie: „Heute ist *Weniger Demokratie wagen!* der letzte Ausweg vor dem sicheren Gang in den Totalitarismus“,³⁸⁴ tatsächlich sympathisieren, aber es gibt sie: „Ein beeindruckender Artikel von André F. Lichtschlag zeigt das wahre Problem in unserem Land.“³⁸⁵ Die Mehrheit aber scheint solchen Positionen nicht zu verfallen, schon weil die Übernahme einer libertären Ideologie gänzlich gegen das Selbstverständnis der Partei, keiner Ideologie zu folgen, verstieße. Die radikal-freiheitlichen Standpunkte ohne Grenzen werden entsprechend von vielen kritisch gesehen:

*Einige Piratenanhänger, die sich im Netz hervortun - nochmal: ich weiß nicht, wie viele das anteilig sind - scheinen mir diese ganzen Probleme nicht zu verstehen und noch nichtmal verstehen zu wollen. In gewisser Weise ist es sogar sympathisch, wenn man sich mit diesem braunen Kram gar nicht beschäftigen will und den Vorwurf, die Piraten seien rechts, so abwegig findet, dass man eine Abgrenzung gar nicht für nötig hält. Die Frage ist nur, wo einen diese sympathische Naivität in der politischen Wirklichkeit hinführt, die in weiten Teilen weder sympathisch noch naiv ist.*³⁸⁶

Das käme daher, dass der

einzig Wert der Piratenpartei [...] Freiheit [ist]. Sie wird absolut gesetzt, ähnlich wie in sozialistischen Ideologien die Gleichheit. Jede andere Orientierung scheint der Piratenpartei zu fehlen. Deshalb ist jede Meinung und jedes Weltbild gleich viel wert.

*Und so akzeptiert man dann auch rechte Thesen.*³⁸⁷

384 Pressemitteilung des Libertären Instituts (16.09.06). Online: http://www.libertaeres-institut.de/pm/li_pressemitteilung_04_wahlrecht.pdf (20.09.09)

385 Nichts als die Wahrheit (Andreas Argeleb, 24.09.09): Wo ist die Piratenpartei verortet? Online: <http://argeleb.wordpress.com/2009/09/24/wo-ist-die-piratenpartei-verortet/> (25.09.09)

386 Fiddle.Knows (22.09.09). Online: <http://fiddleknows.soup.io/post/29259891/Naja-es-geht-mir-ja-nicht-darum> (24.09.09)

387 Andreas' Journal (Andreas Rohlf, 16.09.09): Was wählen (2): Piratenpartei – dann eher doch nicht. Online: <http://andreas-journal.de/archives/2009/09/16/was-waehlen-2-piratenpartei-dann-eher-doch-nicht/> (23.09.09)

Die Gegenseite, nennen wir sie der Einfachheit halber *realistisch sozialliberal*, hingegen kritisiert:

Naja, es geht mir ja nicht darum, dass man mit niemandem sprechen sollte, der mal ein Kreuz bei der NPD gemacht oder eine JF gekauft hat. Die Abgrenzung, die ich verlangen würde, ist eher eine Abgrenzung von Positionen als von Personen. Das Gefährliche ist auch nicht das bloße Sprechen, sondern erstens, dass man dazu beiträgt, die Nazis zu legitimieren, wenn man den Umgang mit ihnen als etwas Normales erscheinen lässt, und zweitens, dass man Gefahr läuft, ungewollt ihr Gedankengut weiter zu verbreiten, wenn man nicht aufpasst. Es mag ja gute Argumente dafür geben, dieses Risiko einzugehen und mit der JF zu sprechen. Aber man muss sich der Risiken doch bewusst sein, einfach um zu wissen, was man tut.

"Die Piraten grenzen sich nicht nach rechts ab" würde ich so nicht sagen, denn wer sind "die Piraten"? Popp hat sich im Interview ja schon klar abgegrenzt. Gleichzeitig ist es aber kein Hirngespinnst, sondern Fakt, dass diejenigen, die den Lichtschlag-Text bejubeln, sich nicht nach rechts abgrenzen.³⁸⁸

Und die linke Wochenzeitung *Jungle World* polemisierte:

Das könnte durchaus daran liegen, dass die Klientel der Partei – jedenfalls die, die sich öffentlich äußert – zu großen Teilen aus Nazi-Nerds und Stammtischschwaflern mit IT-Kenntnissen besteht, die sich gegen das "ausgelutschte Links-Rechts-Schema" verwahren, weil sie ihren Stammtisch-Pragmatismus und ihr Lamento über "die da oben", die alle "korrupt" seien, für "postideologisch" halten.³⁸⁹

Besonders auffallend war, dass der Ton in der Debatte nicht immer sachlich blieb und auch der Stil der Diskussion gefiel nicht jedem:

Ich sage mal vorab, dass ich nicht der Meinung bin, die Piraten seien wegen des JF-Interviews unwählbar. Nicht wegen der Existenz des Interviews und auch nicht wegen des Inhalts, denn die Antworten von Andreas Popp sind gut und unproblematisch, so dass er in meinen Au-

388 Fiddle.Knows (22.09.09). Online: <http://fiddleknows.soup.io/post/29259891/Naja-es-geht-mir-ja-nicht-darum> (24.09.09)

389 Wittich, Elke (24.09.09): Rechts über Bord. Online: <http://jungle-world.com/artikel/2009/39/39453.html> (25.09.09)

gen sogar eher gepunktet hat. Anders steht es aber leider mit einigen Reaktionen und Äußerungen, die dieser Streit hervorgebracht hat. Sie schaffen mehr Grund zum Zweifel als das Interview selbst. Deshalb ist es, wie ich schon mal schrieb, wichtig, dass diese Auseinandersetzung geführt wird. Es darf keinesfalls passieren, dass die Kritiker [...] niedergebriüllt werden - ausgerechnet von solchen, die sich Bürgerrechte und Meinungsfreiheit auf die Fahnen schreiben.³⁹⁰

Dieser Streit, der zunächst auf der publizistischen Bühne in der der Piratenpartei nahestehenden Blogosphäre geführt wurde, beschäftigte natürlich auch die Mitglieder und Sympathisanten in den Foren:

Es zeigt, wie Naiv der Vorstand mit dem Thema rechts umgeht, und das sollten wir schläunigst ändern. Und wem es egal ist, dass wir von Faschos eine Wahlempfehlung bekommen und in rechtsextremen Zeitungen Interviews abdrucken lassen, der ist auf dem rechten Auge blind, brüllt aber gegen die linksextremen, die das sehen.

Ein wenig unausgeglichen find ich das und damit besorgniserregend. [...] Kommt mal Jungs, wir sollten beide Augen offen halten und uns gegen solche "Übergriffe" und "Inbesitznahme" wehren und nicht gegen solche, die uns für Fehler in dieser Hinsicht kritisieren!³⁹¹

Auch wenn die *taz* der Piratenpartei „mangelnde Distanz zum rechten Rand“³⁹² unterstellt, weder Popp noch Seipenbusch noch die offiziellen Parteiaussagen sind bislang mit rechten Positionen aufgefallen oder in Verbindung zu bringen. Mit dem, was die Partei sagt und für was sie steht, kann man sie nicht ins rechte Lager abschieben. Der Blog *Spiegelfechter* aber fragt provokant:

Traut man einem Politiker, der noch nicht einmal merkt, dass er vom Leitmedium der rechtsextremen Intelligenzija instrumentalisiert werden

390 Fiddle.Knows (21.09.09): Online: Heulen und Zähneknirschen, jetzt erst recht. <http://fiddleknows.soup.io/post/29231622/Heulen-und-Z-hneknirschen-jetzt-erst-recht> (24.09.09)

391 Forumsteilnehmer „Gegenwind“ (24.09.09) Online: <http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=130&t=11888> (24.09.09)

392 Seeliger, Julia (15.09.09): Die Freiheit, die wir meinen. Online: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/die-freiheit-die-wir-meinen/> (20.09.09)

*soll, zu, auf mögliche Unterwanderungsversuche der Partei von rechts zu reagieren?*³⁹³

Der Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke weist auf die Gefahren hin, die mit einem solchen Spiel, wie es die Piratenpartei treibt, verbunden sind. Die Partei werde

nicht umhin kommen, ihren Freiheitsbegriff zu klären. Mit dem bloßen Postulat nach "mehr Freiheit" ist es in der politischen Auseinandersetzung nicht getan. Letztlich geht es darum, zu definieren, in welchem Verhältnis die drei großen Werte der Moderne "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (bzw. Solidarität) für die Piratenpartei zueinander stehen. Daran wird sich klären müssen, ob eine Partei in Zukunft eher rechts- oder linksliberal ist. Alles andere ist letztlich unpolitisch und eine Illusion.

"Was bedeutet ‚links‘ in der heutigen Politik? Dass die Piraten liberal sind, steht außer Frage. Allerdings ist die Aufteilung in linke und rechte Lager, in meinen Augen, Schnee von gestern." Diese heute für die Piratenpartei typische Position eines Bloggers geht völlig an der Sache vorbei und ist Ausdruck der [...] unpolitischen Haltung.

Denn auch CDU und Linkspartei würden stets für sich reklamieren, liberal, also freiheitlich zu sein – und die FDP als "Freiheitlich Demokratische Partei" sowieso, wie auch die österreichischen Freiheitlichen um Heinz-Christian Strache, den Nachfolger Jörg Haiders. Und doch bestehen offensichtlich bis heute gewaltige Unterschiede. In Zukunft wird die Piratenpartei also klären müssen, um welche Form des Liberalismus es sich bei ihr handeln soll. [...]

Die Gretchenfrage lautet nicht schlicht: Wie hältst Du's mit der Freiheit?, sondern komplexer: Was verbirgt sich konkret hinter Deinem Freiheitsbegriff? Was ist damit gemeint? Eine inklusive Freiheit für alle Bürger, zu deren Gunsten Staat und Politik Handlungschancen und -möglichkeiten schaffen. Oder eine exklusive Freiheit, in der sich Staat und Politik aus allem heraushalten, getreu der zynischen Devise: Wenn jeder für sich sorgt, ist für alle gesorgt.

393 Der Spiegelfechter (22.09.09): Klarmachen zum Kentern? Online: <http://www.spiegelfechter.com/wordpress/834/klarmachen-zum-kentern> (22.09.09)

*Wird diese Debatte um das konkrete Freiheitsverständnis der neuen Partei jedoch nicht ernsthaft geführt, wird man sich nicht darüber wundern können, wenn sich auch in Zukunft hinter dem Piraten-Label alle möglichen zwielichtigen "Freiheitlichen" versammeln werden.*³⁹⁴

Und der Spiegelfechter haut in dieselbe Kerbe:

Auch wenn die Piraten die Begriffe „links“ und „rechts“ so sehr meiden, wie der Teufel das Weihwasser, so müssen sie Stellung beziehen, was für sie Freiheit ist. Ist Freiheit die Freiheit des Menschen, sich in der Gesellschaft möglichst ungehindert verwirklichen zu können? Dann haben die Piraten einen eher linken Freiheitsbegriff, zu dem untrennbar auch die materielle Sicherheit und die Chancengleichheit zählen. Oder verstehen die Piraten unter Freiheit die Abwesenheit staatlicher Einschränkungen in möglichst vielen gesellschaftlichen und politischen Bereichen? Dann hätten sie einen eher rechten Freiheitsbegriff, der im Endeffekt auf die Legitimation des Sozialdarwinismus und des Wirtschaftsliberalismus hinausläuft. [...]

*Nur werden sie die Frage nach ihrer Positionierung bald beantworten müssen. Noch können sie ihre Sympathisanten und Wähler aus allen Lagern ruhigstellen, in dem sie sich diesbezüglich verweigern. Dieser Welpenschutz ist allerdings bald abgelaufen. Nach den Wahlen wird die Partei allerdings viel Zeit haben, um sich zu positionieren. Sicher werden sie einige Wähler, die tendenziell eher rechts oder auch links zuzuordnen sind, durch ihre Positionsbestimmung verlieren. Andere Wähler, die heute Angst haben, die Katze im Sack zu kaufen, könnten sie allerdings gewinnen – egal, wie die Entscheidung ausfällt. Sowohl eine rechts-libertäre, als auch eine links-liberale Partei haben einen Platz im Parteienspektrum. Wenn sie allerdings versuchen, ihren Schlingerkurs weiterzuverfolgen, werden die Piraten bald nur noch eine Splitterpartei ohne gestalterische Möglichkeiten sein.*³⁹⁵

-
- 394 von Lucke, Albrecht (18.09.09): Die Untiefen der Freiheit. Online: <http://www.taz.de/1/debatte/theorie/artikel/1/die-untiefen-der-freiheit/> (20.09.09)
- 395 Der Spiegelfechter (22.09.09): Klarmachen zum Kentern? Online: <http://www.spiegelfechter.com/wordpress/834/klarmachen-zum-kentern> (22.09.09)

Folgt man Seipenbuschs Argumentation von der „vorübergehenden Priorisierung“, dann wird die Partei sich einer politischen Einordnung nicht gänzlich entziehen können. Diese Diskussion ist also noch lange nicht beendet. Im Gegenteil, sie nimmt erst Fahrt auf.

Die Partei mag weder links noch rechts sein, ihre Mitglieder, Wähler und Sympathisanten sind aber noch in erheblichem Maße dem traditionellen Denken verhaftet. Das bezeugen nicht nur die vielen unappetitlichen Aussagen in den Foren sondern auch gemäßigte Stimmen:

Ich akzeptiere zwar den Ansatz, dass die althergebrachten Unterteilungen in „Rechts“ und „Links“ für eine junge Wählergeneration nicht mehr gelten würden, doch ich sehe das für mein Leben nicht als Lösung für irgendetwas, denn ich weiß sehr genau, was ich für „Rechts“ halte.

Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, die grundsätzlich liberale Einstellung der Piratenpartei schließe rechte Sympathisanten von vornherein aus. Die rechte Szene hat mit staatlichen Einschränkungen und ihrer Beobachtung mehr zu tun als die meisten von uns, im Fall von Netz-Freiheiten also zumindest eine zeitlang die Fahne in den Wind zu hängen ist keineswegs so abwegig, wie man glauben könnte. Dafür kann die Piratenpartei selbstverständlich nichts, aber sie ist sich dessen hoffentlich bewusst. Nochmal: Ich glaube nicht, dass die Piraten eine Koop mit rechten Parteien anstreben. Ich finde eine klare Abgrenzung dann aber auch nicht zuviel verlangt...³⁹⁶

Selbst wenn die Partei ein Rechts-Links-Denken ablehnt, ist es mehr als naiv zu glauben, der Rest, vor allem diejenigen, die die Piratenpartei wählen sollen, müssten und würden dies auch tun. Das ist auch einem Teil der Sympathisanten bewusst, die sich um eine Einschätzung der Partei und um erklärende Attribute bemühen, wobei es nicht an Wortschöpfungen mangelt:

Die Piratenpartei ist wahrscheinlich noch viel zu jung, um schon von einer ausgereiften ideologischen Basis sprechen zu können. Es zeigen sich aber schon deutliche Konturen:

396 Spreeblick (Johnny Haeusler, 30.06.09): Netz. Politik. Online: <http://www.spreeblick.com/2009/06/30/netz-politik/> (20.09.09)

Die Piraten sind digiliberal und zugleich konzernkapitalismuskritisch.

Es wäre daher falsch zu sagen, die Partei sei nicht links oder rechts. Sie ist radikalliberal und establishmentkritisch in einem Atemzug.³⁹⁷

Was sind die Piraten denn nun, Herr Schirmmacher?

Die jungen Vertreter des alten Parteiensystems haben mit wachem Instinkt festgestellt, dass die „Piraten“ zwar einerseits kommerzfeindlich (Kopierschutz), in einigen ihren Strömungen partiell marxistisch (Vergesellschaftung der Inhalte), aber andererseits in ihrem Individualismus auch durchaus neoliberal sind.³⁹⁸

Ein Teilnehmer am Piratenpartei Forum stimmt zwar zu,

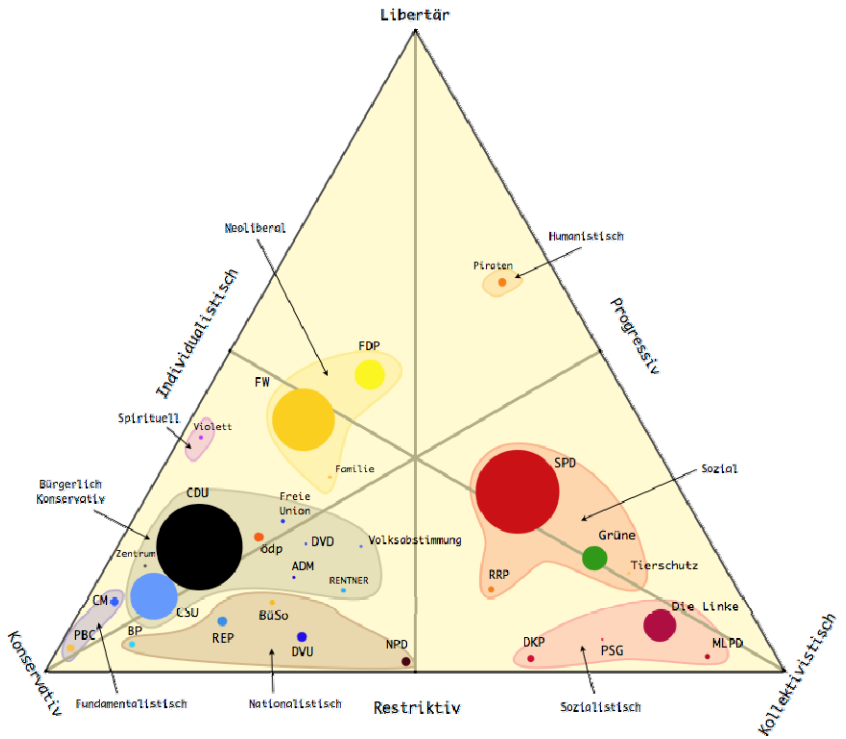
dass wir uns einer Selbsteinordnung nicht ewig entziehen können. Gleichzeitig bin ich dagegen, uns auf die eindimensionale rechts-links-Skala zu stellen. Schlimmstenfalls quetschen wir uns dort zwischen die SPD und die Grünen oder gar in die Mitte der großen Koalition... wie sieht das denn aus?? Die Aussage wäre gleich null und würde völlig falsch aufgefasst werden. Wenn, dann sollten wir uns auf eine verbindliche, mindestens zweidimensionale Struktur einigen.³⁹⁹

397 Carta (Robin Meyer-Lucht, 23.07.09): Piraten wollen die Freiheit: Die Piratenpartei ist gegen die Kulturfltrate. Online: <http://carta.info/12283/piraten-wollen-die-freiheit-die-piratenpartei-ist-gegen-die-kulturfltrate/> (20.09.09)

398 Schirmmacher, Frank (21.09.09): Die Revolution der Piraten. Online: <http://www.faz.net/s/Rub475F682E3FC24868A8A5276D4FB916D7/Doc~ECDFFB52576C1433783CB47AB44B8426F~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (22.09.09)

399 Nutzer „queue“ (23.08.09) im Piraten-Forum: Piraten - nicht rechts nicht links sondern vorne?! Online: <http://forum.piratenpartei.de/viewtopic.php?f=1&t=9662> (20.09.09)

Die so aussehen könnte:



<http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Wertedreieck.png>

5.3 Liquide Basisdemokraten

Innerhalb der vorangegangenen Diskussion zur politischen Ausrichtung der PIRATEN wurde ihnen auch vorgeworfen, sie seien nur dem Wert Freiheit verhaftet. Dieses Problem war der Partei schon kurz nach ihrer Gründung durchaus bewusst, und so entschloss man sich einen verbindlichen Kodex zu entwerfen:

Die Idee ist schon etwas älter - und auf dem 1. Piratenkongreß am 30.12.2006 in Berlin hatte sie einen durchschlagenden Erfolg. Wir brauchen einen Kodex. Einige möglichst einfache Worte in der möglichst alles verpackt ist. Unser Konsens. Der ideale Pirat.

Was einigt uns? Warum sind wir Piraten geworden?

Und so hat sich [...] eine kleine Gruppe entschieden, sich dieses Themas anzunehmen, unten im Keller. Wir waren vielleicht 6 oder 7 Leute, und alle haben sich rege beteiligt.

Die Arbeitsvorlage war ein kleiner, gekritzelter Zettel mit Ideen, [...] und mit dieser Basis schafften wir es innerhalb von nur wenigen Stunden einen einvernehmlichen und guten Konsens zu bilden, den wir alle mit Stolz vertreten konnten und den wir den anderen vortrugen.

Jetzt tragen wir ihn ins Wiki, denn wir wollen unsere Ideen gemeinsam ausarbeiten, besser formulieren, und natürlich allen anderen Piraten vorstellen um ihre Meinungen und Ideen zu hören.⁴⁰⁰

Heraus kamen die folgenden zwölf Aussagen (Stand September 2009):

1. Piraten sind frei
2. Piraten leben privat
3. Piraten hinterfragen
4. Piraten sind erfinderisch
5. Piraten fördern freies Wissen, Bildung & Kultur
6. Piraten machen die Klappe auf
7. Piraten haben Achtung vor dem Leben
8. Piraten sind friedlich
9. Piraten zeigen Zivilcourage

⁴⁰⁰ <http://wiki.piratenpartei.de/Diskussion:Kodex> (26.09.09)

10. Piraten sind keine Räuber
11. Piraten denken auch an andere
12. Piraten zerschlagen Gordische Knoten

Die Frage, was „piratig“ sei, stellte sich auch ein Programmworkshop des Landesverbandes Hamburg, der im September 2008 eine überarbeitete Version, den Kodex 2.0, vorstellte.⁴⁰¹

Lebe frei!

Piraten sind freiheitsliebend, unabhängig und selbstbestimmt. Dies beinhaltet auch, dass Parteizwang ebenso wie jeder Verhaltenskodex als blinder Gehorsam abgelehnt wird und dass die Entscheidungsfreiheit erhalten bleibt.

Habe Recht!

Wer seine Rechte nicht kennt, kann sich auch nicht auf sie verlassen. Sorge also dafür, dass du die Gesetze und deine Grundrechte kennst.

Bleib ehrlich!

Piraten sind unbestechlich und spielen mit offenen Karten. Nur wer seine Beweggründe offen nennt, bleibt vertrauenswürdig. (Piraten gehen verantwortungsbewusst mit dem Vertrauen der Wähler um.)

Verzichte auf Gewalt!

Piraten haben Achtung vor jeglicher Form von Leben. Todesstrafe, Tötung von Tieren aus Spaß und die Zerstörung von Natur und Umwelt, Krieg und Tyrannei lehnen wir daher ab.

Teile Wissen - Wissen ist Macht!

Wissen ist für Piraten das höchste Gut. Deshalb setzen sie sich für eine freie Wissensgesellschaft ein. Wissen zu teilen ist der Schlüssel zum Erfolg. Piraten engagieren sich ebenso für freie Bildung und gleiche Bildungschancen für Alle.

401 http://wiki.piratenpartei.de/Grundsatzprogramm:_Kodex_2.0 (26.09.09)

Verstehe das System!

Piraten ergründen die Hintergründe von Regelungen und Bestimmungen und vereinfachen sie so, dass sie für alle verständlich, transparent und nachvollziehbar werden.

Denke einfach!

Was Piraten anpacken, machen sie so einfach wie möglich und so kompliziert wie nötig. Piraten wollen, dass jeder die Spielregeln versteht. Piraten setzen sich für eine klare Begriffssprache ein und sind daher verständlich.

Mach's selbst!

Piraten warten nicht darauf, dass andere etwas für sie tun. Sie beteiligen sich aktiv an der politischen Willensbildung ihrer Gesellschaft.

Sei kritisch!

Piraten nehmen nichts für gegeben hin. Sie hinterfragen, und bedienen sich dabei ihres eigenen Wissens. Dabei nutzen sie die Originalquellen und Medien kompetent.

Sei laut!

Piraten vertreten ihre Meinung, wenn ihnen etwas nicht passt. Sie stehen für ihre Standpunkte ein. Sie haben keine Angst gegen den Wind zu segeln.

Sei neugierig!

Piraten sind offen für neue Wege. Andere Lösungen sehen und sich nicht von alten Mustern einnehmen lassen.

Sei geradlinig!

Piraten sind konsequent! Inkonsequenz ist die Grenze der Dummheit, sie ist zugleich ihr Beweis.

Beide Kodizes sind online im Piratenwiki einseh- und diskutierbar. Die getroffenen Aussagen klingen natürlich auch noch recht beliebig und sagen eigentlich wenig bis nichts über die politische Arbeit aus. Sie können daher auch eher als philosophische Selbstdarstellung verstanden

werden. Andererseits ist die Partei noch sehr jung und steht in ihrer Entwicklung noch ganz am Anfang. Solche Verhaltenskataloge können in Zukunft durch bestimmte Ergänzungen durchaus zu einer politischen Philosophie ausgebaut werden. Momentan ist wie bereits erwähnt die Ausrichtungsdiskussion noch im vollen Gange, sodass weitergehende Aussagen, die in die eine oder andere Richtung interpretiert werden können, nicht in den Wertekatalog aufgenommen wurden.

Für den Bundestagswahlkampf 2009 wurde diskutiert, welche Werte, für die die Piratenpartei steht, man auf einer Wahlbroschüre und für einen Videospot hervorheben sollte: Geschafft haben es letztlich Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit, Transparenz, Sicherheit, Privatsphäre, Fairness, Aufrichtigkeit, Bescheidenheit, Neugier, Mündigkeit, Rücksicht, Kompetenz und Beteiligung.

Toleranz und Solidarität haben es nicht geschafft, zur Solidarität findet sich folgender Kurzdialog auf der entsprechenden Diskussionsseite:

Aus welchem Grundsatzprogrammpunkt wurde die Meinung über die sozialen Sicherungssysteme extrahiert. Ich denke, da sollte erst diskutiert und beschlossen werden, bevor wir das als Piratenwert verkaufen. -Thorres 13:06, 17. Aug. 2009 (CEST)

Du hast recht wenn du meinst, dass dieser Punkt nicht beschlossen wurde. Das Kurzmanifest ist ja überschrieben mit "nicht parteimeinung". Ich hätte das auch gern diskutiert. Hier? eigene seite? Blogs? ML? --Mpd 13:39, 17. Aug. 2009 (CEST)⁴⁰²

Diese Verhaltensregeln sind zwar von Piraten entwickelt worden, spiegeln aber (noch) nicht die offizielle Parteimeinung wider. Einen offiziellen Status bekommen programmatische Aussagen erst, wenn sie von einem Parteitag abgesegnet werden. Dennoch oder gerade trotzdem ist es jedermann erlaubt, an diesen inhaltlichen Fragen mitzuarbeiten. Einen Kommentar darf man sogar anonym abgeben, und solange der Inhalt des Kommentars halbwegs zivilisiert ist, wird jener auch nicht gelöscht. Sobald man sich aber anmeldet und als Nutzer registrieren lässt, darf auch an der Satzung und an den politischen Zielen mitgeschraubt werden. Das schlägt sich natürlich auch in den versammelten Inhalten nieder:

402 <http://wiki.piratenpartei.de/Diskussion:Kurzmanifest> (26.09.09)

*Die Web-Seiten der Partei wirken für Außenstehende zunächst wie ein Sammelbecken für alle möglichen politischen Wirrköpfe. Über die Abschaffung von Schulpflicht, Patenten und der Rente wird da genauso diskutiert wie über UFOs und die Stärkung der Rechte bei Online-Vidorekordern.*⁴⁰³

Umgesetzt wird die direkte Beteiligung durch eine Plattform, die wie die große Online Enzyklopädie *Wikipedia* funktioniert. Wikipedia ist ein Kunstwort, das sich aus den Begriffen "Wiki", hawaiisch für schnell und „Encyclopedia“, einer englischen Schreibweise des Wortes Enzyklopädie, zusammensetzt.

Jeder darf einen Artikel auf einer eigenen Webseite erstellen und jeder hat das Recht, den Text zu verändern, zu ergänzen oder zu korrigieren (nur löschen geht nicht so leicht). Gleichzeitig ist auf parallelen Webseiten nicht nur sichtbar, wer und wann am Text gearbeitet hat, sondern auch der Quelltext und eine separate Diskussionsseite, auf der Probleme bezüglich des Artikels erörtert werden, können jederzeit aufgerufen werden. So ist das Piratenwiki eine bislang einzigartige Plattform, über die aktive Parteiarbeit gestaltet werden kann. Selbst die Wahlwerbespots und die Plakate wurden in einem offenen Wettbewerb gekürt. Jeder durfte mit abstimmen und jeder wurde gefragt - das schafft hochgradig ein Gemeinschaftsgefühl, von dem die etablierten Parteien nur träumen können. Als einen Hauptgrund dafür, dass das „Piratenvirus“ so „hochansteckend“ sei, hat die *Süddeutsche Zeitung* entsprechend auch den „Zauber der Gemeinschaft im Netz“ ausgemacht:

*Dort gibt keine Berliner Parteizentrale das neueste Wahlplakat vor - dort treffen sich die Mitglieder zu einem Wettbewerb, bei dem rasch 142 Vorschläge entstehen. Kostenlos erstellt überall in der Republik. So hat, wer Pirat wird, sofort den Eindruck, Teil einer lebendigen Bewegung zu sein.*⁴⁰⁴

Eine solche Organisationsform ist nur durch das Internet möglich und für viele, gerade junge Menschen außerordentlich attraktiv: „Nicht nur

403 Fischer, Konrad & Oliver Voß (23.08.09): Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. Online: <http://www.wiwo.de/politik/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (23.09.09)

404 Widmann, Marc (15.09.09): Die Internet-Romantiker. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/240/487644/text/> (17.09.09)

die Themen, sondern vor allem die Art, wie man sich organisiert, macht die Partei so attraktiv“, analysiert der Gießener Politikwissenschaftler Christoph Bieber.⁴⁰⁵ Während die traditionellen Parteien zwar mittlerweile auch von Profis entwickelte Internetauftritte hätten, dürfe man bei diesen aber nur gucken:

Diese Organisationsstrukturen machen die Internet-Partei so einzigartig. Denn mit den modernen Kommunikationsmitteln kann der Nachwuchs von der FDP bis zur CSU zum Teil genauso umgehen. Doch die hierarchischen Strukturen behindern einen effektiven Online-Wahlkampf.

"Die Parteien müssen auf eine Zwei-klassengesellschaft im Netz achten", sagt Internet-Politik-Experte Bieber. So wird auf den teuren Kampagnenseiten zwar zum Mitmachen aufgerufen, doch dabei strikt zwischen Parteimitgliedern und reinen Sympathisanten getrennt. Das wichtigste Prinzip heißt Kontrolle, nicht Kooperation.⁴⁰⁶

Diese direkte Partizipation an der politischen Arbeit ist in Deutschland unvergleichlich, sieht man von den Grünen in den 1980er Jahren einmal ab. Da ist es bezeichnend und nur konsequent, dass das grüne Urgestein Herbert Rusche, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und erster bekennender homosexueller Politiker der Republik, am 24. August 2009 der Piratenpartei beitrug:

Ich habe die Hoffnung, dass die Piraten mit ihrem Verständnis von Transparenz und den Möglichkeiten der Kommunikationstechnik das schaffen, was die Grünen schnell haben fallen lassen: Basisdemokratie, die Leute einbinden und ihnen Mittel und Wege an die Hand geben, sich auch über das Kreuzchen alle vier Jahre hinaus zu beteiligen. [...]

Ich hatte irgendwann das Gefühl, dass es nicht mehr um eine echte Zusammenarbeit mit den Menschen geht, die die Grünen ursprünglich ins Parlament gebracht hatten. Die Grünen haben am Anfang stark auf die Basis gehört, auf Bürgerinitiativen, auf Frauengruppen, Schwulengruppen-

405 zit. nach Fischer, Konrad & Oliver Voß (23.08.09): Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. Online: <http://www.wiwo.de/politik/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (23.09.09)

406 Fischer, Konrad & Oliver Voß (23.08.09): Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. Online: <http://www.wiwo.de/politik/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (23.09.09)

*pen und die Anti-AKW-Bewegung. Aber schon Ende der 80er haben sie angefangen, in diesen Gruppen eine Konkurrenz zu sehen, sie haben ihre Kapazitäten eher gegen die Bewegung genutzt als dafür. Das war hochgradig unsolidarisch. Viele der frühen Idealisten haben sich frustriert von den Grünen zurückgezogen.*⁴⁰⁷

Die basisdemokratischen Ambitionen der Partei spiegeln sich auch in der Organisation vor Ort wider. Bislang hat sich in den beiden Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Berlin ein eigenes Crew-Konzept durchgesetzt, das das unflexible und hierarchische Prinzip der Ortsverbände durch eine dynamischere Struktur ersetzen soll; andere Landesverbände treffen sich noch am guten alten Stammtisch. Das Berliner System charakterisiert sich wie folgt:

- 1. Eine Crew ist eine sich selbst organisierende Einheit der Piratenpartei auf lokaler Ebene. Sie dient vor allem der sozialen Vernetzung, der Konsensfindung und der Weitergabe von Wissen an Neupiraten.*
- 2. Crews können für spezielle Aktionen auf Lokalebene eingesetzt werden, sie sind jedoch nicht thematisch gebunden. Dazu gibt es die B-Web:SQUADs (= thematische Arbeitsgruppen).*
- 3. Jeder Pirat gehört in der Regel genau einer Crew an. Jeder Pirat kann außerdem je nach Fähigkeiten bei beliebig vielen Squads mitarbeiten.*
- 4. Eine Crew umfasst fünf bis neun Piraten, so dass man an einem Tisch sitzen und ein gemeinsames Gespräch führen kann. Wenn es dauerhaft mehr werden, teilt sich die Crew in zwei neue auf. Wenn es dauerhaft weniger werden, löst sie sich auf oder verschmilzt mit einer anderen.*
- 5. Jede Crew hat einen Ankerplatz für regelmäßige Crewtreffen an einem öffentlichen Ort (z. B. Bar, Café). Sie trifft sich so oft die Mitglieder es für richtig halten, mindestens aber einmal im Monat.*
- 6. Crew-Mitglieder sollten in der Regel aus dem Stadtteil kommen, in dem der Ankerplatz liegt, Ausnahmen sind möglich.*

407 zit. nach klarmachen-zum-aendern.de (Stefan Mey, 28.08.09): Das ist es, wie ich mir Demokratie vorstelle. Interview. Online: <http://klarmachen-zum-aendern.de/2009/08/das-ist-es-wie-ich-mir-demokratie-vorstelle/> (12.09.09)

7. Jede Crew gibt sich einen prägnanten, piratischen Namen. Der Name sollte nicht mit einer Bezirksorganisation und nicht mit einer thematischen Arbeitsgruppe zu verwechseln sein. Crewnamen sind wie Schiffsnamen immer weiblich, also z. B. auch "Die Klaus Störtebeker" oder "Die Rote Korsar".

8. Wenn Entscheidungen anstehen, sollte möglichst ein Konsens der ganzen Crew erzielt werden. Wenn das gar nicht geht, entscheidet die Mehrheit. Die Minderheit trägt dann entweder die Mehrheitsentscheidung 100%-ig mit oder gründet eine neue Crew.

9. Jede Crew pflegt eine eigene Wiki-Seite, auf der die Namen der Mitglieder, die Adresse des Ankerplatzes und die Termine der Crewtreffen stehen.

10. Jede Crew wählt einen Käpt'n (geschlechtsneutraler Begriff) und einen Navigator (geschlechtsneutraler Begriff). Diese haben keinerlei Entscheidungsgewalt. Der Käpt'n moderiert die Treffen und vertritt die Crew nach außen, der Navigator koordiniert die Treffen, betreut neue Crewmitglieder und ist verantwortlich für die Pflege der Wiki-Seite. Käpt'n und Navigator können jederzeit abgewählt werden.

Die Entwicklung der letzten Monate, die mediale Aufmerksamkeit, der Mitgliederboom und der öffentliche Wahlkampf haben aber auch gezeigt, dass es wahrscheinlich nicht so einfach sein wird, die basisdemokratischen Strukturen bedingungslos aufrecht zu erhalten. Die Wirtschaftswoche weiß beispielsweise zu berichten:

*Die Zahl der Crews ist in den vergangenen Wochen so stark gestiegen, dass es für die Landesverbände immer schwieriger wird, die Aktivitäten zu überblicken. Auch die inhaltliche Ausrichtung einzelner Crews bereitet der Partei zunehmend Probleme. So wollte eine Gruppe aus Brandenburg mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in den Wahlkampf ziehen – erst kurz bevor die Plakate gedruckt wurden, konnte der Bundesvorstand die Crew zurückpfeifen.*⁴⁰⁸

408 Fischer, Konrad & Oliver Voß (23.08.09): Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. Online: <http://www.wiwo.de/politik/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (23.09.09)

Und auch mit der innerparteilichen Transparenz läuft nicht alles rund: Zwar ist der Kontostand⁴⁰⁹ (manch' Fußballverein würde sagen, „wir sind nicht reich, aber gesund“) weiterhin jederzeit online einsehbar, doch im Forum wird sich schon mal über den einen oder anderen Beschluss des Vorstands mokiert, selbst wenn im großen Wiki irgendwo eine Ankündigung zu finden gewesen sein sollte - als Basisdemokrat wäre man doch gerne persönlich gefragt worden.

Nun hat die Partei einen Masterplan, wie man den Tücken einer repräsentativen Demokratie entgegenkommen möchte, entwickelt, mit dem die basisdemokratischen Ambitionen gerettet und ein grünes Schicksal vermieden werden sollen. Möglich machen soll das die digitale und vernetzte Gesellschaft. Die Ideen von einer computerunterstützten oder E-Demokratie sind eigentlich schon recht alt:

Politikwissenschaftler und Technikphilosophen haben in der elektronischen Demokratie immer mehr gesehen als die Fortführung etablierter Verfahren repräsentativer Demokratien mit neuen Mitteln. Optimisten erhoffen sich von der millionenfachen Vernetzung Großes: Das Internet soll den Willensbildungsprozess moderner Gesellschaften perfektionieren. Wie in der idealtypischen Dorfgemeinschaft von Aristoteles soll jeder Bürger nach seiner Meinung gefragt werden. Wahlen werden einfacher, dringende Entscheidungen liegen nur noch einen Mausklick entfernt. Willy Brandts Forderung "mehr Demokratie wagen" scheint plötzlich umsetzbar.⁴¹⁰

Trotzdem hat sich bisher in Deutschland keine E-demokratische Ideen unterstützende politische Kultur durchgesetzt. Die Überlegungen des Politikwissenschaftlers Martin Hagen erklären, weshalb trotz der zunehmenden Technisierung Konzepte einer elektronischen Demokratie hierzulande bislang keine Rolle spielen. Deutschland ist eine repräsentative Demokratie und das hat seinen historischen Grund in den totalitären Auswüchsen, die die Weimarer Verfassung nicht verhindern konnte (obwohl die plebiszitären Elemente in der Verfassung sicherlich nicht entscheidend waren). Die Gründer der Bundesrepublik trugen dem Rechnung und entschieden, für den neuen Staat weitgehend auf direkt-

409 <http://wiki.piratenpartei.de/Kontostand> (26.09.09)

410 tagesschau.de (Ariane Peters & Torben Börgers, 12.09.05): Die Vision der elektronischen Demokratie. Online: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung162388.html> (12.09.09)

demokratische und plebiszitäre Elemente zu verzichten. Stattdessen sollen die Parteien in erheblichem Maße „an der Willensbildung des Volkes“ mitwirken (Art. 21 GG).

Diese Parteiendemokratie und ihre Konsequenzen wie das Listenwahlrecht und der Fraktionszwang haben auch Auswirkungen auf das Verhältnis von Massenmedien und politischen Institutionen in Deutschland. Letztere sind prinzipiell gegenüber der Öffentlichkeit wenig aufgeschlossen. Fast jede öffentliche Stellungnahme der Fraktionen und ihrer Mitglieder wird sorgfältig vorbereitet und bedarf der Abstimmung zumindest mit der Fraktionsspitze, was einem direkten Kontakt zwischen Abgeordneten und Wählern entgegenwirkt. Auch die Tatsache, daß viele Abgeordnete nicht in erster Linie auf die Zustimmung ihrer Wähler, sondern auf das Wohlwollen der Partei(spitze) für ihre Wiederwahl angewiesen sind, bedeutet, daß es weniger Motivationen für einen öffentlichkeitswirksamen Kontakt von Seiten der Parlamentarier gibt. [...] die strukturellen Gegebenheiten der deutschen Demokratie [sorgen] eher für eine gewisse Abschottung des Parlaments und damit der Abgeordneten gegenüber der Öffentlichkeit.

Schließlich ist die Exekutive, die eine Einheit mit der Parlamentsmehrheit bildet, nicht [...] darauf angewiesen, z. B. über Medienkommunikation politische Unterstützung für ihre Programme und Initiativen zu generieren. Das heißt nicht, daß sie die Öffentlichkeitsarbeit ganz vernachlässigen kann.

Weil der Einsatz von Kommunikationsmedien im politischen Prozeß im Vergleich zu den USA im Ergebnis aber eine deutlich geringere Rolle spielt, fehlt in Deutschland ein wichtiger institutioneller Ansatzpunkt, an dem sich die theoretischen Konzepte elektronischer Demokratie auch praktisch verankern ließen.

Auch die Parteiorganisationen, die oft auf hierarchischen und zentralistischen Strukturen beruhen, sind bei der Verwirklichung von Konzepten elektronischer Demokratie hinderlich.⁴¹¹

411 Hagen, Martin (Februar 97): Konzepte elektronischer Demokratie und die deutsche Demokratie. Online: http://www.uni-giessen.de/fb03/vinci/labore/netz/hag_text.htm#4 (12.09.09)

Die so oft zitierte Parteien- und Politikverdrossenheit wird sicherlich durch die Verweigerung einer direkten Partizipation der Bürger an der politischen Willensbildung nicht geschmälert. Die Piratenpartei versucht nun ein Werkzeug zu entwickeln, das als eine Art Mischung aus der repräsentativen und der parlamentarischen Demokratie verstanden werden soll. Damit möchte sie den basisdemokratischen Impuls, dem sie sich verpflichtet fühlt, in die politische Realität einbringen. Der damalige Politische Geschäftsführer Jan Huwald erklärte bereits 2007:

Wir verfolgen nun ein Konzept namens "Liquid Democracy", das repräsentative Demokratie und jederzeitige Entscheidung des Bürger vereint, statt nur aller vier Jahre ein Los in die Urne zu werfen. [...] Die Grundidee ist einfach: der Wähler kann jede Frage, mit der sich heute die Parlamente beschäftigen, selbst entscheiden. Oder aber eine Partei bestimmen, die für ihn entscheiden soll. Es sind "Sammelaufträge" möglich: zum Beispiel, dass im Normalfall die SPD entscheiden soll, in sozialen Fragen aber Die Linke. Wichtig ist, dass das Votum der Vertreter stets überschrieben werden kann. Auf diese Weise kann der Wähler selbst bestimmen, wie viel direkte und wie viel repräsentative Demokratie er möchte.

Das System soll die beiden wesentlichen Probleme direkter und repräsentativer Demokratie angehen: die Masse an Entscheidungen samt notwendigem Fachwissen auf der einen Seite und die Ungebundenheit der auf Zeit gewählten Oligarchen an den Willen der Wähler.

[...] Das langfristige Ziel, den Bürger ständig an Entscheidungen über die Entwicklung der Gesellschaft teil haben zu lassen, betrachte ich, unabhängig von der konkreten Durchführung, als außerordentlich lohnenswert. Die fortgeschrittene Vernetzung der Menschen und die Freiheit von Informationen machen diesen Traum greifbar.⁴¹²

Auf der entsprechenden Wikiseite findet sich Näheres:

Warum Liquid Democracy?

Da wir in dem etablierten Parteiensystem den eigentlichen Anspruch der Demokratie nicht verwirklicht sehen. Demokratie bedeutet, zu jeder Zeit gezielt zu einzelnen Themen verbindlich Stellung beziehen zu kön-

412 Telepolis (12.09.07): Warum Partei und nicht Religion? Interview. Online: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26173/1.html> (23.09.09)

nen und nicht nur alle vier Jahre die Wahl zwischen Parteien mit unverbindlichen Parteiprogrammen zu haben. Im Informationszeitalter haben sich die Voraussetzungen so verändert, dass demokratischer Diskurs auch in großen Gesellschaften potentiell möglich ist. An der Verwirklichung dieses Zieles arbeiten wir unter dem Titel "Liquid Democracy".

Wie könnte Liquid Democracy aussehen?

Jeder Teilnehmer kann zu jedem Zeitpunkt für sich selbst entscheiden, wo auf dem Kontinuum zwischen repräsentativer und direkter Demokratie er sich aufhalten möchte. Jederzeit. Das bedeutet, dass ich als Teilnehmer beispielsweise sagen kann:

„Für Steuerrecht möchte ich gerne durch die Partei SPD, für Umweltpolitik durch die Partei die Grünen und für die Schulpolitik durch die Privatperson Herrn Müller vertreten werden. Für die Entscheidung über das neue Hochschul-Zulassungsgesetz an den Universitäten möchte ich aber selbst abstimmen.“

Dieses Mix-Prinzip ist entscheidend, da man sich nicht mehr für ein Bündel von Prinzipien entscheiden muss, wie es beispielsweise eine Partei bietet, sondern man sich je nach Thema die Experten aussuchen kann, denen man vertraut - oder selbst entscheiden kann. Essentiell dabei ist auch, dass man diese "Stimmvergabeentscheidung" jederzeit ändern kann und sein Stimmgewicht umverteilen kann.⁴¹³

Engagierte Mitglieder der Piratenpartei haben zur praktischen Umsetzung dieses Projektes den Verein *Liquid Democracy e. V.* gegründet, der sich unter anderem der Entwicklung einer Software widmet, die das Projekt realisieren soll. Sobald die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, hat die Piratenpartei einen innerparteilichen Testlauf angekündigt, wenn möglich schon zur Abgeordnetenhauswahl 2011 in Berlin. Falls dieser positiv verläuft, möchte man das Konzept endgültig ins Parteiprogramm als konkrete Forderung zur Reform des bestehenden parlamentarischen Systems aufnehmen und auch für andere Meinungsbildungsprozesse empfehlen und anwenden.

413 http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy

5.4 Euphorie und Perspektiven

Das, was die Partei für viele so unglaublich attraktiv macht, ist die Euphorie, von der die PIRATEN im Spätsommer/Frühherbst 2009 ergriffen wurden. Resultat: ein Mitgliederboom ohne Gleichen. Hier machen sich politische Dilettanten im positivsten Sinne ans Werk. Menschen, die vor kurzem noch nicht im Traum daran dachten, politisch aktiv zu werden, engagieren sich, diskutieren und haben einfach Spaß an der Idee, die Gesellschaft mitzugestalten.

Wie konnte es nun soweit kommen? Am Anfang stand sicherlich der Frust: die Netzsperrpläne der Regierung. Keiner, der sich auch nur kurz mit der Materie auseinandergesetzt hat, kann zu einem anderen Schluss kommen als: ineffektiv, kontraproduktiv und gefährlich.

Viele junge und internetaffine Menschen wurden auf diese Weise politisiert, spätestens als sie sahen, dass die erfolgreichste Online-Petition aller Zeiten in Deutschland schlicht und einfach wirkungslos verpuffte und man sich vom Wirtschaftsminister noch in eine Ecke mit Kinderschändern gestellt sah. In dem Moment war die Piratenpartei zur Stelle und ihr Vorteil war, dass sie völlig unbelastet war. Sie war genauso neu in der Politik wie diese erstmals politisierte Generation der "Digital Natives". Der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann analysiert:

Diese Partei spricht mit ihren Schwerpunktthemen Datenschutz und Informationsfreiheit im Internet genau die Themen und Interessenlagen an, die die junge Generation unmittelbar betreffen. Eine Partei, die das ganz gezielt macht, hat bei diesen Authentizitäts- und Originalitätssuchenden jungen Leuten natürlich viel mehr Chancen als eine schon sehr etablierte und gefestigte und damit auch schon traditionell erscheinende Partei. [...] Die Piratenpartei kann durchaus der Kristallisationspunkt für eine neue Bewegung sein, denn sie trifft einige ganz sensible Komponenten des Lebensgefühls der jungen Generation – sich durch frei verfügbare Technik autonom und ohne Kontrolle von Autoritäten in der Gesellschaft bewegen zu können.⁴¹⁴

414 zit. nach kultur.ard.de (08.09.09): „Die Jugend droht der Demokratie verloren zu gehen“. Interview. Online:
<http://www.ard.de/kultur/sonstiges/politikverdrossenheit-der-jugend/-/id=171948/nid=171948/did=1196778/y0h6y/index.html> (15.09.09)

Diese Einschätzung teilt z. B. auch der Berliner Politologe Gero Neugebauer. Die Piraten besetzten ein Thema, das andere Parteien stiefmütterlich oder gar nicht behandelten. Für viele Politiker der alten Parteien sei das Internet „ein Tummelplatz für Pädophile oder Extremisten, für Piratenanhänger ist es eine zweite, wichtige Welt“, was die Partei auch für solche Menschen interessant mache, die sich bislang nicht mit Politik beschäftigt hätten.⁴¹⁵ Das sehen die Piratenpartei resp. ihr Vorsitzender Seipenbusch natürlich ähnlich:

*Die alten Parteien haben alles, was damit zusammenhängt, ja immer mit allergrößter Vorsicht angefasst, wenn überhaupt, und sehen das Internet noch immer eher als Bedrohung statt als Chance. Da war eine riesige Lücke zwischen den politischen Akteuren und der Lebenswirklichkeit vieler Menschen. Ein Vakuum. Diese Lücke füllen wir nun.*⁴¹⁶

Dass die Vertreter der Opposition sich in der Netzsperrren-Debatte weitgehend geschlossen gegen das Gesetz gewandt haben, zeigt ein Dilemma auf, in dem sich die etablierten Parteien befinden. Die kritischen Worte - Kinderpornografie werde mit dem Gesetz „um kein Jota zurückgedrängt“ (Max Stadler, FDP); der „Placebo“-Entwurf öffne das Tor zur Zensur (Jörn Wunderlich, Die Linke), „im Schweinsgalopp“ sei hier ein „Vorhang für Verbrechen“ aufgezogen worden (Wolfgang Wieland, Die Grünen)⁴¹⁷ - wurden entweder ignoriert oder aber in das Gegenteil verkehrt. In den Foren und Blogs der Piraten-Sympathisanten ist es nur eine Randbemerkung, dass die FDP ihre Zustimmung verweigerte, vielmehr wird hervorgehoben, dass die Partei, so sie denn selbst an der Regierung ist - so z. B. in Nordrhein-Westfalen - für internetfeindliche und bürgerrechtsverletzende Gesetze verantwortlich zeichnet. Und auch den Grünen werden die Enthaltungen zum Zensursula-Gesetz einzeln vorgezählt und ihre Bilanz aus der Schröder/Fischer-Ära ange-

415 Schulte, Ulrich (13.08.09): Piraten mit Wachstumsschmerzen. Online: <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/piraten-mit-wachstumsschmerz/> (19.09.09)

416 Jens Seipenbusch zit. nach suite101.de (28.08.09): Piratenpartei – „Wir verteidigen Bürgerrechte“. Interview. Online: http://bundespolitik-deutschland.suite101.de/article.cfm/piratenpartei_wir_verteidigen_buergerrechte (08.09.09)

417 Alle Zitate nach heise online (18.06.09): Bundestag verabschiedet Gesetz für Web-Sperren. Online: <http://www.heise.de/newsticker/Bundestag-verabschiedet-Gesetz-fuer-Web-Sperren--/meldung/140746> (03.09.09)

kreidet. (Die Linke wird als Abkömmling einer ehemaligen Einheitspartei in diesen Fragen sowieso nicht wahrgenommen.)

*Drei Jahre nach ihrer Gründung beweisen die jungen Bürgerrechtler, dass man die sinkende Wahlbeteiligung nicht nur mit Politikverdrossenheit erklären kann. Sondern eher mit einer weit verbreiteten Ablehnung der etablierten politischen Kräfte. Die unetablierten Piraten gewinnen jedenfalls im Vorfeld der Wahlen täglich Dutzende neue Mitglieder hinzu.*⁴¹⁸

In diesem Moment funktionierte die Piratenpartei nicht mehr als Partei, sondern als Sammlungsbewegung. Man konnte sich gut abgrenzen - hier die Onliner, die *Generation C64*, das Internet, dort die Internetausdrucker, hier das neue Unverbrauchte, dort das Alte, Überkommene, was auch hervorragend in dem Blog von Kristian Köhntopp zum Ausdruck kommt, der im Mai 2009, mitten in den Debatten um die Netzsperrungen, die Internetgemeinde aufrief:

Mitzeichner zu Mitgliedern

Eigentlich bin ich ein zutiefst unpolitischer Mensch. Ich würde mich gerne hinter mein Display verziehen und weiter an spannenden technischen Dingen arbeiten, anstatt mich mit diesen ganzen Politik-Unsinn zu beschäftigen. Es geht nur nicht, man lässt mich nicht.

Es ist ja nicht nur die Frau von der Leyen, deren da gerade von jedem Sachverstand befreit sachlichen und politischen Unsinn durchsetzen will, sondern es ist eine ganze Kette von Vorfällen, die mich glauben lässt, daß unsere versammelten Führer das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben und dringend eine Aktualisierung der politischen Landschaft notwendig ist. Da ist einmal die Elite deutscher Wirtschaftsbosse, die eine lange Kette von Abhör-, Spitzel- und Datenschutzskandalen produzieren. Da ist die Reaktion der Politik auf solche Dinge, die von von Lobbies gesteuert einen Umbau des Datenschutzrechts zum Besseren verhindert. Da ist der schon fast klassische Counterstrikte-Reflex als Reaktion auf psychisch gestörte Mörder. Da ist das neue BSI-Gesetz, die Vorratsdatenspeicherung und der Biometriewahn, der Da-

418 Becker, Matthias (12.09.09): „Das war wie ein Blitzschlag“. Online: <http://www.stern.de/wahl-2009/bundestagswahl/piratenpartei-das-war-wie-ein-blitzschlag-1508537.html> (12.09.09)

tenschützer und Verfassungsrichter habe fertig sagen zum Überwachungsstaat sagen läßt. Da ist HADOPI und der Klammerreflex einer aussterbenden Verwerterkette an ein veraltetes Urheberrechtsregime. Und da ist ein unseliger Trend in der Gesetzgebung, Unschuldsvermutungen auszuhebeln und Beweislasten umzukehren. Wer meine letzten paar URL-Sturm-Artikel hier verfolgt hat, weiß was ich meine.

Man kann sich nach all dem an die Spree setzen und in einem Barcamp lostwittern in der Hoffnung, daß dadurch die Zukunft schöner werden wird. Oder, wenn man ein wenig eloquenter ist, seinen Unmut bloggen. Das funktioniert natürlich nicht.

Man kann auch, wenn man ein wenig schlauer ist, eine Petition mitzeichnen und sich freuen, daß man was getan hat. Das ist in der Tat besser als nix, aber dann ist es auch vorbei und man wird weiter ignoriert und von der Politik abgetan.

Das alles reicht nicht. Leider. Unsere großen politischen Parteien sind durchweg von Digitalen Immigranten und Internetausdruckern kontrolliert. Sie sind außerdem in technischen Dingen nicht zuverlässig. Keine dieser Parteien repräsentiert meine Interessen und reagiert auf meine Sorgen in einer Weise, die ich für angemessen halte, ja die meisten meiner Probleme werden noch nicht einmal thematisiert. Wichtiger noch für Dich, lieber Leser: Keine der Parteien dort repräsentiert Deine Interessen und reagiert auf Deine Sorgen.

Denn ich bin da nicht alleine - offenbar geht es einem großen Teil meiner Freunde und Bekannten ebenso.

Darum, lieber Leser, mußt Du Dich politisieren! Darum habe ich mich politisiert und bei einer Partei unterschrieben. Denn Mitzeichnen reicht nicht - stand and be counted ist nicht genug. Meine Leute müssen in die Parlamente und die Internetausdrucker schreiend und blutig in das neue Jahrtausend ziehen! Digital Natives an die Macht!

Darum brauchen wir nicht einen International Talk Like a Pirate Day, nein, wir brauchen viel dringender einen National Become a Pirate Day! Und nicht erst am 27. September. Gleich heute solltet Ihr, die

*Mitzeichner von gestern, das Mitgliedsformular Eurer Sektion der Piratenpartei runterladen, es ausfüllen und abschicken.*⁴¹⁹

Dass nun nicht jeder, der einen Computer einschalten kann auch die PIRATEN wählen muss, zeigt die Antwort auf diesen Aufruf:

Das Netz allein ist nicht die Welt (oder: Warum ich der Piratenpartei nicht beitrete)

Kris ruft in seinem Blog durchaus überzeugend dazu auf, gerade jetzt "demokratische Mitbestimmung" nicht auf "alle vier Jahre ein Kreuzchen machen" zu beschränken, sondern auch als ansonsten eher unpolitischer Mensch das Hinterteil aus dem Sessel zu bewegen und eine Partei zu unterstützen. Soweit, so gut - dieser Meinung kann ich mich nur anschließen. Immer nur zu jammern, daß "die da oben" ja sowieso nicht auf einen hören, ist in meinen Augen nichts als eine faule Ausrede, solange man nicht selbst versucht, Einfluß zu nehmen.

Aber die von ihm ausgewählte Partei ist nichts für mich. Aus mehreren Gründen, die von einander abhängen und teilweise mit der Partei, teilweise mit unserem Wahlsystem zu tun haben.

Das Netz und alles, was damit zusammenhängt, ist für mich ein sehr wichtiger, integraler Bestandteil meines Lebens. Ich verdiene mein Geld damit. Ich kommuniziere darüber mit vielen Menschen, die mir sehr wichtig sind. Es stellt mir Wissen und aktuelle Informationen in einer unglaublichen Vielfalt und Qualität zur Verfügung. Es ermöglicht meine Art zu leben überhaupt erst.

Aber: Das Netz ist zwar ein Teil meiner Welt, aber eben nur ein Teil.

Ein anderer, ebenso wichtiger Teil ist die reale Welt da draußen - ihr wisst schon, der große blaue Raum. Dieser Teil ist ebenso Herausforderungen ausgesetzt wie die digitale Welt, und es gibt dort Probleme, die mir am Herzen liegen. Und bei der Piratenpartei ist für mich nicht erkennbar, daß sie sich mit diesen Herausforderungen und Problemen in irgendeiner Weise beschäftigt, geschweige denn eine erkennbare Meinung darüber gebildet hat.

419 Die wunderbare Welt von Isotopp (Kristian Köhntopp, 27.05.09): Mitzeichner zu Mitgliedern. Online: <http://blog.koehntopp.de/archives/2461-Mitzeichner-zu-Mitgliedern.html>

Und eine Partei, die nur einen Teil meines Lebens überhaupt wahrnimmt, ist mir zu wenig.

Alleine schon deshalb, weil ich mir dabei nicht sicher sein könnte, mit wem eine solche Partei am Ende tatsächlich koaliert. Wenn ihr bestimmte, mir wichtige Bereiche einfach egal sind, könnten das durchaus die Leute sein, die ich auf keinen Fall an der Macht haben möchte.

Nun könnte man sagen, daß ich doch aus der Unix-Welt das Konzept der beschränkten, aber durch Kombination unglaublich mächtigen Werkzeuge gewohnt bin, und dem ist auch so. Nur: Dieses Modell funktioniert in der Politik so nicht ohne weiteres. Denn nach unserem Wahlsystem muß eine Partei (auf der hier relevanten Bundes- und Landesebene) erst einmal fünf Prozent der Wählerstimmen (oder drei Direktmandate) erlangen, um überhaupt mitspielen zu dürfen. Das ist durchaus Absicht (und in meinen Augen ein Feature, kein Bug) und eine ernstzunehmende Hürde - bei der letzten Bundestagswahl waren das 2.402.207 Stimmen. Das sind zwar auf den ersten Blick nicht so richtig viele, aber doch um den Faktor 20 mehr, als beispielsweise die Petition gegen Internetsperren (deren Mitzeichnung ich ausdrücklich empfehle!) derzeit an Mitzeichnern hat.

Für eine Partei, die sich ausschließlich auf das Netz fokussiert, ist diese Hürde hoch - vielleicht zu hoch.

Zumal man bei den echten Wahlen da draußen tatsächlich mal aufstehen und einen Stimmzettel aus Papier ausfüllen und abgeben muß - und zwar nicht irgendwann, sondern an einem Sonntag zwischen 8 und 18 Uhr, falls man keine Briefwahl gemacht hat. Und auch nicht in der eigenen Wohnung, sondern irgendwo in einer Schule, einem Gemeindesaal, einem Amt oder ähnlichem, zu dem man erstmal hinkommen muß. Alles Dinge, die für den gemeinen Nerd schon eine ziemliche Herausforderung an das eigene Nichtverpeilen stellen.

Ich ganz persönlich halte das Konzept einer sich auf einen kleinen Teilbereich des Lebens fokussierenden Splitterpartei für falsch. Und deshalb

*werde ich - im Gegensatz zu Kris - der Piratenpartei nicht beitreten. Es gibt da eine andere Partei, die sich für mich richtiger anfühlt.*⁴²⁰

Für eine Sammlungsbewegung war der Themenzugang über Bürgerrechte und Netzpolitik sicherlich ein wichtiger Punkt. Weitere Bausteine des Erfolgs waren aber gleichzeitig der Verzicht, vorerst zu anderen Themen Stellung zu nehmen und sich ideologisch nicht festlegen zu lassen. Diejenigen Neupiraten, die das schlanke Programm und die Konzentration auf ein paar wesentliche Themen anzog, sollen nicht durch eine ideologische Ausrichtung verschreckt und diejenigen, die bei den bestehenden Parteien keine ideologischen Übereinstimmungen mit den eigenen Positionen fanden, sollen nicht durch die Wahl der falschen inhaltlichen Themen verprellt werden.

Dem einzelnen Piraten erscheint es daher als völlig nebensächlich, dass die Partei nicht weiß, wie das Gesundheitssystem zu reformieren sei, die anderen wissen es ja auch nicht. Was er aber genau weiß, ist, dass er die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ablehnt.

Frust über das Bestehende und die intelligente Ausrichtung der Partei sind zwei Vorbedingungen der Entwicklung gewesen, die dritte und letzte war der Erfolg der Partei bei den Europawahlen im Juni. Der Einzug der schwedischen Piraten in Brüssel signalisierte vor allem eines: hier entsteht etwas, das auch tatsächlich konkrete Chancen bei den Wählern hat. Eine psychische Schranke, die viele Wähler hindert, ihre Stimme einer Kleinpartei zu geben, weil die Stimme dann als verschenkt angesehen wird, wurde durchbrochen. Das alles zusammen vermag jedoch noch immer nicht recht zu erklären, weshalb die Piratenpartei in so kurzer Zeit einen solch enormen Zulauf erhielt und weshalb der einzelne Pirat ein Engagement an den Tag legte, dass die anderen Parteien geradezu neidisch werden könnten. Der Schlüssel liegt hier meines Erachtens in einer Kombination aus den technischen Möglichkeiten und dem basisdemokratischen Impetus. Durch die technische Vernetzung über Internet, *Twitter* und die sozialen Plattformen ist eine gemeinschaftliche Identität schnell hergestellt gewesen und durch die offen gelebte Teilhabe an und die direkte Gestaltungsmöglichkeit von Partei-

420 Das Blog am Datentrampelpfad (Torsten Jerzembek, 27.05.09) Online: <http://blog.datentrampelpfad.de/archives/548-Das-Netz-allein-ist-nicht-die-Welt-oder-Warum-ich-der-Piratenpartei-nicht-beitrete.html> (15.08.09)

arbeit haben sich für viele bislang unpolitische Menschen neue Horizonte eröffnet.

*Viele Jugendliche scheinen Politik vor allem als Handeln politischer Akteure in einem geschlossenen System wahrzunehmen, auf das sie keinerlei Einfluss haben. Sie sehen Politik gewissermaßen als eine mehr oder weniger gut funktionierende Maschinerie, die ihre Aufgaben erledigt, die ihnen aber keine Möglichkeit lässt, sich einzubringen. Die große Distanz der jungen Leute gegenüber der institutionalisierten Politik kommt anscheinend deshalb zustande, weil sie sich thematisch nicht angesprochen fühlen und glauben: Die machen da im politischen System etwas, was mit mir direkt gar nichts zu tun hat.*⁴²¹

Es ist fast so, als ob ein lang ersehntes neues Computerspiel endlich auf den Markt gekommen ist. Und diese „Politiksimulation“ wird wie die anderen Spiele mit vollster Hingabe gespielt - nur eben nicht vor dem Computer sondern „in echt“. Der folgende Blogbeitrag von Benjamin Stöcker ist ein schönes Beispiel dafür:⁴²²

Ahoi meine Leser!

Ja ich lebe noch. Mein erster Blogpost seit fast zwei Wochen (und gefühlten zwei Jahren). Ich könnte über so viel schreiben. Ich könnte mich dafür entschuldigen, dass ich leider keine Zeit hatte, eine Nachlese zu erstellen. Ich könnte euch mitteilen, wie der erste Infostand in Oberfranken gelaufen ist (gut). Ich könnte euch erzählen, wie die Gründung des Bezirksverbandes Oberfranken gelaufen ist (relativ gut). Ich könnte über die unendliche Dankbarkeit schreiben, die ich empfinde, weil ich zum Kapitän der oberfränkischen Piraten gewählt wurde (DANKE!). Ich könnte darüber bloggen, wie meine Impressionen am Landespartei-tag der Bayern waren, wie genial die Fahrt dorthin, wie speziell die Veranstaltung.

421 zit. nach kultur.ard.de (08.09.09): "Die Jugend droht der Demokratie verloren zu gehen". Interview. Online:

<http://www.ard.de/kultur/sonstiges/politikverdrossenheit-der-jugend/-/id=171948/nid=171948/did=1196778/y0h6y/index.html> (15.09.09)

422 Under skill and bones (Benjamin Stöcker, 02.09.09): Bekenntnis eines Piraten.

Online: <http://blog.benjamin-stoecker.de/index.php/2009/09/02/bekenntiss-eines-piraten#more45> (03.09.09)

Ich könnte das alles lang und breit erzählen, aber das tun ja schon so viele andere. Mein kurzes Lebenszeichen heute werde ich daher für etwas anderes nutzen. Ich werde etwas niederschreiben und etwas mit euch teilen, was mir seit einiger Zeit im Kopf "herumgeistert". Etwas, das mir auf der Seele brennt. Etwas, was ich niederschreiben muss, weil es mich selbst immer wieder und jeden Tag aufs Neue überwältigt:

Ich bin Pirat!

Klingt jetzt sehr unspektakulär, stimmt's? Stimmt, dabei gibt es nichts Spektakulärereres! Ich werde euch heute erzählen, wie ich zur Piratenpartei kam: Verfolgt habe ich die Piratenpartei schon seit der Gründung und, wie wahrscheinlich viele andere auch, nicht ernst genommen. Ich hielt die Piraten für einen kleinen Haufen, mit guten Zielen, der sich aber leider nie durchsetzen wird. Doch dann kam die Europawahl: 0,9% aus dem Stand. Auch in Oberfranken, dem wohl konservativsten Landstrich nach Niederbayern und das mit gerade so zwei aktiven Piraten. Ich persönlich war beeindruckt. Beeindruckt darüber, wie viele Leute scheinbar eine ähnliche politische Einstellung hatten wie ich, ohne dass ich es wusste. Am Abend der Europawahl wurde es mir zum ersten Mal bewusst:

Ich bin Pirat!

Und ich bin nicht allein. Danach ging alles rasend schnell. Ein erstes Treffen mit fünf lokalen Piraten verfestigte mein positives Gefühl über die Piraten, und ich trat acht Tage nach der Europawahl ein. Kurz darauf streckte ich meine Fühler innerhalb der Partei aus, organisierte den Stammtisch Bamberg, entwarf Flyer, saß Nächte lang da und diskutierte auf Mailinglisten, Foren und im Wiki mit anderen Piraten. Die offene Diskussionskultur, die Toleranz gegenüber anderen und die gesunde Streitkultur überwältigten mich und überwältigen mich noch immer, denn:

Ich bin Pirat!

Das wird mir auch immer wieder bewusst, wenn ich mit meinen lokalen Piraten rede. Ich habe noch nie eine bunt gemischte, politische Gruppe erlebt, die dennoch mit so viel Begeisterung an einem Strang ziehen kann und bei der jeder einfach tolerant empfangen wird. Die Bereicherung, die ich durch Ansichten jeden einzelnen erhalte, erfreuen

mich, erhellen mich, ergänzen mich. Im Besonderen möchte ich Martin Haase erwähnen. Ich habe noch nie so einen liebenswerten Kerl kennen lernen dürfen, der einerseits hoch intelligent ist, aber andererseits einfach nie die Bodenhaftung verliert. Genau so möchte ich auch sein, denn:

Ich bin Pirat!

Mir fiel diese kleine, aber einfache Tatsache auch auf dem Landesparteitag erneut auf. Dort "geisterte" eine Frau um die Mitte 20 herum. Sie machte auf mich einen sehr sympathischen Eindruck, war sehr freundlich und von dem paar Satzketzen aus Unterhaltungen, die ich mitbekam, schien sie mir intelligent zu sein. Diese Frau hatte etwas Besonderes: Ihr gesamtes Gesicht war voll von 3D-Implantaten. Diese Frau wäre damit wohl bei allen anderen Parteien unten durch, aber nicht bei uns! Versteht mich nicht falsch, ich würde mir so etwas persönlich nie einsetzen lassen, aber ich finde die Toleranz überwältigend, die jeder einzelne Pirat hier an den Tag legt. Irgendwann zwischen durch ist mir durch den Kopf geschossen, dass wir diese Frau auch zu unserer Spitzenkandidatin ausrufen würden, wenn sie qualifiziert genug ist für den Posten. Ihr Aussehen würden wir Piraten komplett ignorieren und sie rein nach ihrem Charisma und ihrer Kompetenz beurteilen. Und ich finde das umwerfend, denn:

Ich bin Pirat!

Und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um meinen Dank loszuwerden. Meiner Freundin, weil sie mich unterstützt und mir den Freiraum lässt, mich zu engagieren. Den 53 Menschen, die am 10.09.2006 in Berlin eine neue politische Bewegung starteten, die endlich Schluss macht mit der langweiligen und unsinnigen Politik der etablierten Parteien. Und dann allen anderen 7326 Mitglieder der Piratenpartei. Ich würde am liebsten jedem einzelnen von euch die Hand schütteln und persönlich danken: Für eine politische Heimat, in der ich mich verwirklichen kann, mit der ich meine Ansichten durchsetzen kann. Nie wieder will ich in die politische Lethargie zurückfallen, in der ich einst war, bevor ich euch beitrete. Nie wieder soll meine Stimme verstummen, wenn idiotische Gesetze gemacht werden. Nein, meine Stimme wird nicht mehr

verstummen, meine Meinung soll gehört werden, und dafür werde ich alles geben denn:

Ich bin Pirat!

Und jetzt mache ich etwas, was ich als Kapitän eben darf: Ich gebe das Ziel vor, zu dem unser Schiff fahren wird. Ich habe beschlossen, dass es an uns Oberfranken nicht liegen soll am Wahltag: Unser Ziel in Oberfranken soll, kann und muss einfach fünf Prozent+X heißen. Und keine Stimme weniger. Wir sind hier, um dieses Land zu einem Besseren zu verändern. Wir sind hier, um die Demokratie zu retten vor der Langleweiligkeit, welche die jetzige Parteiendemokratie ausstrahlt. Und genau dafür müssen wir ins Parlament. Wir sind der belebende Wind. Wir sind die Stimme der Gerechtigkeit. Wir sind die Stimme unserer Grundrechte. Es gibt sicher einige, die meinen dass dieses Ziel nicht erreichbar ist. Eine Träumerei. Das mag durchaus sein, aber ich werde lieber an diesem hohen Ziel scheitern, als von vorn herein zu verstummen und nicht für meine Überzeugungen zu kämpfen. Also werde ich alles geben, damit meine Überzeugungen eine Stimme im Deutschen Bundestag haben, denn:

Ich bin Pirat!

Bleibt da noch etwas sagen? Habe ich etwas vergessen? Na ja, eigentlich nur eins 🤔

Ich bin Pirat!



Diese Euphorie hat lange dafür gesorgt, dass bei einigen PIRATEN der Einzug in den Bundestag schon längst beschlossene Sache war. Selbst die zukünftigen Koalitionsmöglichkeiten wurden ausgelotet. Für viele Piraten war das tatsächlich erreichte Ergebnis bei der Bundestagswahl dann auch ein kleiner Schock. Nichtsdestotrotz ist das Resultat von 2% außerordentlich beachtenswert und keinesfalls Anlass zu Katzenjammer, wenn man bedenkt wo die Piraten ein halbes Jahr zuvor standen. Für die Piraten wird es nun entscheidend sein, ob sie das Abschneiden als einen weiteren Schub interpretieren können

Nach der Bundestagswahl stehen für die Piraten einige Aufgaben an. Zuvorderst muss sie klären, ob sie den Charakter einer Sammlungsbe-

wegung beibehalten oder ob sie zu einer „richtigen“ Partei werden will. Entscheidend dafür ist, um bei Seipenbuschs Worten zu bleiben, wie lange die PIRATEN die „vorübergehende Priorisierung“ bezüglich politischer Sachfragen weiterverfolgen.

Hält sie diese aufrecht, wird sie zwar die Unzufriedenen und die Protestierenden anlocken können, die eigene Gefolgschaft aber wird inhaltlich so heterogen bleiben, dass konkrete Gestaltungsarbeit in vielen Themen unmöglich bleiben wird. Zudem besteht die Gefahr, nicht nur von anderen politischen Kräften unterwandert und instrumentalisiert zu werden, auch das Abdriften auf einen populistischen Pfad droht.

In einem Brief an die Nichtwähler, „die stärkste politische Kraft in diesem Land“ versuchte die Partei im Vorfeld der Bundestagswahl noch schnell, brachliegendes Wählerpotential zu mobilisieren, wobei man sich etwas im Ton vergriff:

*Wir haben von der Politik in diesem Land auch die Nase voll. Alle vier Jahre dürfen wir Bürger unser Kreuzchen für Kandidaten und Landeslisten machen, die von Parteifunktionären in Hinterzimmern aufgestellt werden. Dafür wird uns vor der Wahl in professionell gestalteten Werbekampagnen das Blaue vom Himmel versprochen. Nach der Wahl werden diese leeren Versprechen dann eiskalt wieder einkassiert. Die Sachzwänge sind dann schuld, oder die leeren Kassen. [...] Die Politiker ... bekommen schließlich von den Lobbyverbänden eine Menge Geld dafür, deren Entwürfe zu Gesetzen zu machen. Von den knappen Diäten kann man ja kaum leben, und es ist auch viel bequemer, die Vorlagen der Lobbyisten zu verwenden, als selbst nachdenken zu müssen.*⁴²³

Es folgten noch die „leeren Versprechungen“, „Dienstwagen und Pensionen aus der Staatskasse“ und der Hinweis auf die „Menschen ...“, die außer Parteipolitik nichts gelernt haben“. Das, bitte schön, war billigster Populismus, der doch ganz gewaltig an die Wir-ham-die-Schnauze-voll-Rhetorik anderer Parteien, mit denen man nicht in einen Topf geworfen werden möchte, erinnerte. Der eigene Anspruch, lösungsorientiert, rational und sachlich zu agieren, wurde hier konterkariert. Man mag hoffen, dass es sich lediglich um einen Ausrutscher im Eifer des Wahlkampfes gehandelt hat, ansonsten sollten die Piraten wissen, dass man mit solchen leeren Hülsen vielleicht ein paar schwankende Protestwäh-

423 http://wiki.piratenpartei.de/Brief_an_die_Nichtwaehler (26.09.09)

ler abgreifen kann, aber in ungleich höherem Maße politisch Interessierte verschreckt. Und Nichtwähler haben überdies eine äußerst unangenehme Eigenschaft: sie wählen nicht.

Entscheidet sich die Partei jedoch dafür, sich inhaltlich stärker zu positionieren, so wird sich unweigerlich ein Teil der bisherigen Piraten abwenden. Einige Piraten verwechseln inhaltliche Positionen einnehmen allerdings mit einer Einordnung in das als überkommen verachtete alte Parteienspektrum.

Niemand hat etwas dagegen, dass eine Partei sich nicht in ein bestimmtes Schema einordnen lassen will, aber dann bitte auch richtig. Nur zu sagen, man sei nicht rechts, reicht nicht aus, wenn man vergisst klarzustellen, dass man sich in jeder Form explizit und von extremistischem Gedankengut distanziert. Allein die Möglichkeit, in irgendeiner Form mit Extremismus verbunden zu werden, hat eine fatale Wirkung auf die Öffentlichkeit. Den - wie geschehen - Dialog mit den Rechten zu rechtfertigen ist ein Vabanque-Spiel. Aber auch, wenn so ein paar Wähler vom rechten Rand geholt werden können, ist das Risiko viel größer, da jede Äußerung oder Aktion, die einen rechten Wähler anzieht, ein vielfaches an gemäßigten Wählern abhält, die Piraten zu wählen. Und weil man, wenn man erstmal in einer rechten Schublade steckt, da so leicht nicht mehr hinauskommt. Denn „politisch klug im Sinne eines Politik-Marketing-Ansatzes für die Piratenpartei war dies natürlich zunächst nicht.“⁴²⁴

Wer sich persönlich als „nicht links, nicht rechts“ bezeichnet und sich auch so sieht, dem braucht nicht bange davor zu sein, einem rechten Blatt ein Interview zu geben. Und Kritik daran braucht er auch nicht zu fürchten, höchstwahrscheinlich versteht er sie nicht einmal. Er ist ja nicht rechts, also kann er ja auch gleich versuchen, ein paar Nazis zu bekehren. Außerdem gibt es ja noch die Meinungsfreiheit.

Wenn eine Partei sich als "nicht links, nicht rechts" bezeichnet, *sollte* ihr bange davor sein, einem rechten Blatt ein Interview zu geben. Denn eine Partei darf vielleicht die Meinungsfreiheit verteidigen, darf diese aber nicht überstrapazieren, um nicht die eigene Klientel zu verschrecken.

Für den einzelnen Piraten mag es unerheblich sein, woher der Wähler kommt und wenn alle mittlerweile knapp 10.000 Mitglieder die Par-

424 A Pirate's World (Jens Seipenbusch, 16.09.09): Mit Schmuttelkindern spricht man nicht. Online: <http://nanuk.wordpress.com/2009/09/16/mit-schmuttelkindern-spricht-man-nicht/> (20.09.09)

tei auch deshalb wählen, ist das auch schön. Nur: die 5%-Hürde ist so nicht zu knacken, diesmal nicht und auch nicht bei der nächsten Wahl. Dazu bedarf es nämlich über zwei Millionen Wähler, und diese große Zahl erreicht man eben nicht unbedingt mit Interviews in Zeitungen, die einen bestimmten Ruf haben. Und zu glauben, dass es schon reicht, selber zu glauben, man sei weder links noch rechts, heißt eben nicht, dass es alle anderen auch glauben müssen.

Für die Partei wird in Zukunft also entscheidend sein, den eigenen Anspruch und die öffentliche Wahrnehmung zu koordinieren. Wenn die Partei selbst glaubt, dass eine Rechts-Links-Einordnung überholt ist, dann braucht sie langfristig auch keine Angst davor zu haben, sich in konkreten Fragen zu äußern. Sie könnte sich z. B. zum Sozialstaat, zum bedingungslosen Grundeinkommen oder zur radikalen Beschneidung der sozialen Systeme bekennen. Eine eigene Meinungsfindung würde jedoch nicht nur innerparteilich schwierig werden, sondern eben auch mit einem öffentlichen Urteil einhergehen. Ein solches Urteil wäre zwar immer ein Konstrukt und müsste auch gar nicht die Selbstwahrnehmung der Partei wiedergeben, aber das muss die Partei akzeptieren. Denn es geht nicht darum, sich ideologisch festlegen zu lassen, sondern darum, berechenbarer und verständlicher für den Wähler zu werden. Wer auf kurzfristigen Erfolg spekuliert, kann es mit brachialen Parolen und ohne Aussagen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen sicher als Protestpartei in den einen oder anderen Landtag schaffen. Bundesweit ist ein Zugang zu einem ausreichend großen Wählerpool, der ernsthafte politische Mitbestimmung ermöglicht, so unmöglich. Das gelte besonders für Bundestagswahlen, wie ARD-Wahlexperte Jörg Schönenborn weiß:

*Seit den siebziger Jahren sind es wirtschafts- und sozialpolitische Fragen, die bei dieser Wahl die entscheidende Rolle spielen. Über die bisherigen Wähler der Piratenpartei wissen wir hingegen, dass die Stichwörter innere Sicherheit und Datensicherheit die Kernthemen sind. Ich bin mir nicht sicher, ob es genug Menschen gibt, die am Wahltag sagen, diese Themen sind mir wichtiger als mein Arbeitsplatz, meine Rente, meine Einkommensverhältnisse.*⁴²⁵

425 zit. nach tagesschau.de (22.07.09): „Die Piratenpartei füllt ein Angebotsvakuum“. Interview. Online: <http://www.tagesschau.de/inland/schoenenbornpiraten100.html> (08.08.09)

Relevant für die Zukunft der Partei wird zudem sein, wie ein solcher Meinungsbildungsprozess ablaufen würde. Dass einige Mitglieder, deren Positionen bei einer thematischen Ausweitung der Programmatik nicht berücksichtigt werden, die Partei enttäuscht verlassen werden, ist kaum zu vermeiden. Es wird aber darauf ankommen, nicht alle diese Enttäuschten und Unberücksichtigten zu verlieren. Das kann dann gelingen, wenn sich diese Mitglieder, wenn sie sich schon nicht im Ergebnis wiederfinden, sich zumindest mit dem Meinungsbildungsprozess anfreunden können und in Einzelfragen durchaus noch zukünftige Chancen erkennen können, ihre eigenen Vorstellungen von der Partei abgebildet zu sehen.

Trümpfe für die Zukunft hat die Piratenpartei noch einige in der Hand, z. B. ihre Unbedarftheit und der sympathische Dilettantismus. Der *Spiegel* ortete beim Landesparteitag der Berliner PIRATEN Anfang Juli 2009 ein „erfrischendes Demokratieverständnis“, weil bei der wichtigsten Entscheidung des Tages - ob man bei der Bundestagswahl auch Direktkandidaten aufstellen sollte - sich zwei Stimmen mehr gegen die Direktkandidaten aussprachen - mit der Folge, dass die zweite Hälfte des Parteitags, der für die Ermittlung der Direktkandidaten geplant gewesen war, einfach ausfiel.⁴²⁶ Und über den Bundesparteitag ein paar Tage später vermeldete das Blatt:

*Mögen die etablierten Parteien tagelang Änderungsanträge debattieren, bevor sie das endgültige Papier zur Abstimmung stellen, die Piratenpartei macht's einfach umgekehrt: Erst mal das Programm beschließen, über Änderungen diskutiert man dann später. "Parteiprogramme sind Momentaufnahmen der Diskussion", erklärt der neue Vorsitzende Jens Seipenbusch [...]. Parteitagbeschlüsse versteht man hier als so etwas ähnliches wie Wikipedia-Einträge: Was stimmt, darf bleiben, alles andere wird eben nach und nach verbessert.*⁴²⁷

Die rasante Mitgliederentwicklung, fast eine Verzehnfachung innerhalb eines halben Jahres, brachte natürlich auch zahlreiche neue ungewohnte Situationen für die Politneulinge mit sich, die nicht selten im lebens-

426 Heller Martin (02.07.09): „Macht es nicht so spießig“. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,633905,00.html> (09.08.09)

427 Twickel, Christoph (05.07.09): Piratenpartei will den Bundestag entern. Online: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,634228,00.html> (09.08.09)

würdigen Chaos endeten, wie der folgende Bericht über den Nordrhein-Westfälischen Landesparteitag 2009 belegt:

Neben den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen war gestern auch die Landesmitgliederversammlung (aka Landesparteitag) die in Düsseldorf stattgefunden hat. Hauptziel war es die Liste für die Landtagswahl 2010 aufzustellen. Nachdem sich dann fleissig alle 45 Kandidaten vorgestellt haben - so ca. nach 3 Stunden plus halbe Stunde Mittagspause - fiel dann auch mal auf das noch gar keine Stimmzettel gedruckt worden sind.

Nach guten weiteren 30 Minuten waren dann auch die Stimmzettel für die Akzeptanzwahl vorbereitet und ein Großteil der Münsteraner schon wieder gefahren, schliesslich sollten die Kommunalwahlkandidaten um 18:00 am Rathaus sein. Und dann kam der GAU: Aufgrund der mangelnden Erfahrung und des mangelnden Wissens seitens einiger Teilnehmer wurden die Stimmzettel nicht geordnet verteilt und teilweise die Stimmkarten eingesammelt. Und damit war die gesamte Akkreditierung für die Katz, genauso wie die Stimmzettel ungültig waren. Das war dann auch der Zeitpunkt bei dem der Wahlleiter eingestehen musste das er für eine unanfechtbare Wahl nicht mehr garantieren kann. Und eine neue Akkreditierung war mangels Mitgliederdaten vor Ort auch nicht möglich.

*Was haben wir daraus gelernt: Man sollte sich vorher klar machen wer Wahlberechtigt ist. Man sollte sich vorher überhaupt um eine geordnete Organisation kümmern. Und man sollte niemals seine Stimmkarte abgeben. Überhaupt: Man sollte **vorher**.*⁴²⁸

Größter Trumpf jedoch ist ihre Kompetenz auf dem digitalen Sektor sowie ihre direktdemokratischen Bestrebungen. Wenn diese beiden Faktoren in einem Instrument, wie es z. B. das Konzept von *Liquid Democracy* anstrebt - dass Entscheidungen innerhalb der Partei auch mit vielen Mitgliedern basisdemokratisch ermöglichen soll - vereinigt werden könnten und gleichzeitig die Angst vor einer konkreteren inhaltlichen Positionierung fallen gelassen wird, dann könnten die Piraten vielleicht einen ähnlichen Erfolgsweg beschreiten, wie es die Grünen vor dreißig Jahren geschafft haben.

428 Gedankenstücke (31.08.09): #lmvnmw #fail. Online: <http://www.gedankenstuecke.de/archives/2231-lmvnmw-fail.html> (23.09.09)

Der Vergleich mit den Grünen wird überhaupt gerne gezogen, wenn es um die Piraten geht, die thematische Beschränkung oder die basisdemokratische Ausrichtung werden als Argumente genannt. Allerdings, so der ARD-Wahlexperte Jörg Schönenborn, stünden die Grünen für

*eine politische Erfolgsgeschichte, die nicht mit einem Thema anfing. Die Grünen waren die Friedenspartei, die Anti-Atompartei, die Ökopartei und ein wenig die Anti-Kapitalismuspartei. Insofern hinkt der Vergleich.*⁴²⁹

Ein weiterer Unterschied ist sicherlich, da sich die Grünen aus einer Vielzahl kleinerer Bewegungen heraus zusammen schlossen, dass sie über eine sehr breite Basis verfügten, während bei den Piraten zuerst eine Idee stand, die nun ein entsprechendes Milieu und eine eigene Klientel sucht. Zudem konnten die Grünen Tschernobyl und Atomkriegsängste nutzen; der Datenschutz sei zwar wichtig, habe aber nicht dieses *Weltangst*-Potential, wie der Medienwissenschaftler Norbert Bolz zu bedenken gibt.⁴³⁰

Aber damals gab es das Internet ja auch noch nicht, das heute ganz andere Möglichkeiten auch für die Parteiarbeit bietet. Und lernen kann man ja trotzdem von den Grünen, die zogen nämlich zuerst in die Landtage ein, bevor sie es in den Bundestag schafften. Auf jeden Fall haben es die Piraten zu einem großen Teil selbst in der Hand, welcher der beiden folgenden Experten Recht behält, Dieter Rucht, Soziologe vom Wissenschaftszentrum Berlin, der seit Jahren Protestbewegungen erforscht:

*Ich gebe ihnen keine große Chance auf dem Markt der politischen Parteien.*⁴³¹

oder der Sozialwissenschaftler Klaus Hurrelmann:

429 zit. nach tagesschau.de (22.07.09): „Die Piratenpartei füllt ein Angebotsvakuum“. Interview. Online: <http://www.tagesschau.de/inland/schoenenbornpiraten100.html> (08.08.09)

430 zit. nach Fischer, Konrad & Oliver Voß (23.08.09): Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. Online: <http://www.wiwo.de/politik/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (23.09.09)

431 Fischer, Konrad & Oliver Voß (23.08.09): Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz. Online: <http://www.wiwo.de/politik/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/> (23.09.09)

*Ich denke, wir werden noch von dieser Bewegung und damit auch von dieser Partei hören, sie wird gegenwärtig unterschätzt.*⁴³²

Es bleibt spannend.

432 zit. nach kultur.ard.de (08.09.09): "Die Jugend droht der Demokratie verloren zu gehen". Interview. Online:
<http://www.ard.de/kultur/sonstiges/politikverdrossenheit-der-jugend/-/id=171948/nid=171948/did=1196778/y0h6y/index.html> (15.09.09)